HESSISCHER LANDTAG

19. Wahlperiode

Stenografischer Bericht

– öffentlich –

4. Sitzung der Enquetekommission „Kein Kind zurücklassen – Rahmenbedingungen, Chancen und Zukunft schulischer Bildung in Hessen“

26. September 2014, 9:35 bis 14:05 Uhr

Anwesend

Vorsitzender Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

ordentliche Mitglieder:	*stellvertretende Mitglieder:*
CDU	
Abg. Sabine Bächle-Scholz	Abg. Joachim Veyhelmann
Abg. Petra Müller-Klepper	
Abg. Günter Schork	
Abg. Bettina Wiesmann	
SPD	
Abg. Christoph Degen	
Abg. Kerstin Geis	
Abg. Karin Hartmann	
Abg. Gerhard Merz	
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Abg. Marcus Bocklet	
Abg. Daniel May	
DIE LINKE	
Abg. Barbara Cárdenas	
FDP	
Abg. Wolfgang Greilich	

FraktAss Dr. Marc Steinbrecher (Fraktion der CDU)
FraktAss Kianusch Zakikhany (Fraktion der SPD)
FraktAss Josse Straub (Fraktion DIE LINKE)
FraktAssin Birgit Müller (Fraktion der FDP)

Ständige Sachverständige:

Josef Kraus
Prof. Dr. Wolfgang Boettcher
Katharina Gerarts
Prof. Dr. Frank-Olaf Radtke
Prof. Dr. Helmut M. Niegemann

Zu dieser Sitzung geladene Sachverständige:

Jens Weichelt
Prof. i. R. Dr. Horst Weishaupt
Günther Bachmann

Institution	**Name**
Hessischer Landkreistag	Christian Engelhardt Geschäftsführender Direktor
Hessischer Städte- und Gemeindebund	Horst Kaiser
Hessischer Städtetag	Anita Oegel
Hessisches Statistisches Landesamt	Frau Schedding-Kleis Referatsleiterin
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Hessen	Jochen Nagel
Hessischer Philologenverband e. V.	Dr. Knud Dittmann
Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Hessen (agah)	Enis Gülegen Landesvorsitzender
Landeselternbeirat von Hessen (LEB) - Geschäftsstelle -	Tanja Pfenning
Landesschülervertretung Hessen - Geschäftsstelle -	
Verband Bildung und Erziehung Landesverband Hessen e. V. (VBE)	Stefan Wesselmann
Gesamtverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen in Hessen e. V. (GLB)	
Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer beim HKM	Angela Scheffels
Verband der Lehrer an Grund-, Haupt-, Real-, Sonder- und Gesamtschulen (VDL)	

Protokollierung: Monika Disser
Sonja Samulowitz

Punkt 1:

Anhörung zu

Themenblock 2: „Die Auswirkungen des demografischen Wandels auf das flächendeckende Angebot frühkindlicher, schulischer und beruflicher Bildung, insbesondere in den ländlichen Regionen Hessens, untersuchen und Lösungen entwickeln, wie überall in Hessen gleichwertige Bildungschancen gesichert werden können. Hierbei sind auch die jeweiligen Möglichkeiten der lokalen Infrastruktur zu berücksichtigen (u.a. ÖPNV), um die angemessene Erreichbarkeit von Bildungsangeboten zu untersuchen."

Vorsitzender: Guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Sachverständige, Gäste von nah und fern! Ich eröffne die Sitzung und begrüße Sie.

Die Tagesordnung ist vermutlich allen zugegangen. Ich schaue tief in die Augen der Obfrauen und Obmänner: Gibt es zur heutigen Tagesordnung Wünsche oder Anregungen? – Das sehe ich nicht. Dann ist die Tagesordnung so beschlossen.

Mein Vorschlag ist, dass wir mit Herrn Prof. Dr. Horst Weishaupt beginnen, den ich herzlich begrüße. Anschließend hören wir aus technischen Gründen Herrn Jens Weichelt, der ebenfalls eine Powerpoint-Präsentation halten will, und kommen dann zu Herrn Günther Bachmann. Auch bei Ihnen beiden darf ich mich herzlich für Ihr Kommen bedanken. Wir wünschen uns, hätte ich jetzt beinahe gesagt, spannende Unterhaltung, und freuen uns, dass Sie hier sind.

Dann steigen wir ohne Verzögerung ein, und ich erteile Herrn Prof. Weishaupt das Wort.

Herr Prof. **Dr. Weishaupt:** Vielen Dank, Herr Vorsitzender, und Ihnen allen, die Sie mir Gelegenheit geben, heute hier vorzutragen. Ich werde nicht den Fragenkatalog von 1 bis 17 abhandeln, sondern versuchen, systematisch einige Aspekte zu entwickeln und in diesem Zusammenhang implizit auf die Fragestellungen einzugehen, soweit das in der Kürze der Zeit möglich ist.

(Präsentation Weishaupt siehe Anlage 1 – Folie „Rahmenbedingungen des Bildungssystems")

Wenn wir über das Bildungssystem sprechen, müssen wir uns vergegenwärtigen, dass dem Bildungssystem einerseits durch die Geburtenentwicklung nachwachsende Jahrgänge zuwachsen; andererseits haben wir die Aufgabe, dass das Schulwesen auf die Bewältigung künftiger Lebenssituationen und Aufgaben in der Gesellschaft vorbereiten muss. Von daher muss insbesondere auch eine Qualifikation für den Arbeitsmarkt erfolgen, weil er für andere gesellschaftliche Rollen, z. B. in der Familie, große Bedeutung hat. Dabei sind die individuellen Bildungsinteressen und Bildungsvoraussetzungen zu berücksichtigen, aber auch gesamtgesellschaftliche und internationale bis hin zu globalen Entwicklungen, die auch Zwänge und Folgerungen auslösen.

(Folie „Bevölkerung Hessens bis 75 Jahre nach Altersjahren 2003 und 2012")

Betrachten wir uns vor diesem Hintergrund die demografische Situation. Hier sehen Sie den Bevölkerungsaufbau in Hessen in den Jahren 2003 und 2012. Normalerweise würde man eine Pyramide erwarten. In den jungen Jahrgängen viele, in den alten Jahrgängen nur wenig Bevölkerung: Das wäre der traditionelle, klassische Pyramidenaufbau historischer Gesellschaften. So sah im Jahr 1910 auch der Bevölkerungsaufbau in Deutschland noch aus.

Das hat sich völlig gewandelt. Sie sehen, dass im Hinblick auf die nachwachsende Generation die demografischen Herausforderungen eigentlich gar nicht so enorm sind, verglichen mit der Situation, die eintrat, als es den sogenannten Pillenknick gab und die Schülerzahlen um 45 % zurückgingen. Im Moment ist der demografische Rückgang landesweit betrachtet relativ moderat.

Was man hier aber nicht sieht, sind die qualitativen Veränderungen in der Zusammensetzung der jungen Bevölkerung, auf die ich gleich noch eingehen werde. Vor allem interessant sind die geburtenstarken Jahrgänge, die in den nächsten zwanzig Jahren den Arbeitsmarkt verlassen werden. Der Ersatzbedarf für diese ausscheidenden Jahrgänge muss aus wesentlich geringeren Alterskohorten gesellschaftlich herangebildet werden.

Damit sind wir wieder beim Schulwesen, das auf gesellschaftliche Rollen und Situationen vorbereiten muss. Es muss sicherstellen, dass der Ersatzbedarf an Facharbeitern und Hochqualifizierten auch unter diesen Bedingungen gesichert ist.

(Folie „Gliederung“)

Diese Probleme, diese drei Aspekte der demografischen Entwicklung werde ich im ersten Teil etwas näher beleuchten, dann werde ich – ebenfalls unter diesen drei Gesichtspunkten – etwas zu den Folgerungen für die Schulentwicklung sagen und am Schluss einige weiterführende Überlegungen anstellen.

(Folie „Entwicklung der Geburtenzahlen in Deutschland nach Ländern 1990 – 2012“)

Sieht man sich zunächst die Geburtenzahlen in Hessen im Vergleich zu den anderen deutschen Bundesländern an, muss man eines konstatieren: Hessen ist das Flächenland mit dem geringsten Bevölkerungsrückgang in den letzten zwanzig Jahren. Wir hatten einen gewissen Anstieg und eine Konstanz bis 1997, das sind die jetzt 16-Jährigen. Danach geht es abwärts, aber nur um etwa 20 %.

Völlig anders ist die Entwicklung etwa in den neuen Bundesländern, wo nach der Wende die Geburtenzahlen um mehr als 50 % eingebrochen sind und wo das Geburtenniveau nach wie vor sehr niedrig ist. Völlig anders ist auch die Situation im Saarland, wo die Geburten um mehr als 40 % zurückgegangen sind, oder in den Stadtstaaten, insbesondere in Hamburg. Auch in Berlin sieht man das. In einigen Großstädten haben wir sogar eine positive demografische Entwicklung.

(Folie „Schulentlassene aus allgemeinbildenden Schulen in Hessen 2000 – 2025 nach Art des Schulabschlusses“)

Ich habe hier eine Schülervorausberechnung, die Prognose der Schulentlassenen. Wir werden vor allem im Bereich der Sekundarstufe II mit Rückgängen zu rechnen haben; die jetzt 16-Jährigen, Geburtsjahrgang 1997, sind diejenigen, die jetzt die Schule verlassen. Der Rückgang, der sich in anderen Phasen des Bildungswesens oder des Schulwe-

sens schon vollzogen hat, wird sich dann in den nächsten Jahren ereignen. Von daher werde ich mich auch auf diesen Bereich besonders konzentrieren.

(Folie „Entwicklung der Bevölkerung im Grundschulalter nach Kreisen, 2000 – 2012“)

Was für Hessen aber wirklich sehr dramatisch ist, sind die regionalen Unterschiede. Ich habe das hier einmal am Beispiel der Grundschüler dargestellt. Wir können sehen: Wir haben einzelne Kreise wie den Odenwaldkreis und den Vogelsbergkreis, wo etwa ein Drittel der Schülerzahlen durch die Entwicklung der letzten Jahre verloren gegangen sind – also nicht knapp 20 %, sondern ein Drittel. Wir haben auf der anderen Seite aber Großstädte wie Frankfurt, Darmstadt, Wiesbaden, auch Offenbach, wo wir Zuwächse haben. In Frankfurt beträgt der Zuwachs an Schülern sogar fast 20 %.

Das muss man sich vergegenwärtigen: Wenn man von demografischen Rückgängen bezogen auf die nachwachsende Generation spricht, muss man vor allem die nordhessischen Landkreise, aber auch den Vogelsbergkreis und den Odenwaldkreis im Blick haben, weil sich eigentlich nur dort diese Entwicklungen vollziehen.

Im Ländervergleich haben wir in Hessen also nur einen relativ geringen Schülerzahlenrückgang, was sich auch im Hinblick auf eine Entlastung für das Schulwesen durch die demografische Entwicklung auswirkt. Wir haben aber starke regionale Unterschiede. Es sind eben vor allem die ländlichen, dünn besiedelten Kreise, die von dem Rückgang besonders betroffen sind.

Wir haben jetzt noch einen gewissen Rückgang in der Sekundarstufe I zu erwarten, aber er wird sich vor allem in der Sekundarstufe II auswirken.

Vielleicht noch generell zu den demografischen Sachverhalten, die ich nenne. Alle Vorausberechnungen, auch die sonstigen Unterlagen, die ich hier habe, basieren noch auf Bevölkerungsfortschreibungen vor der Volkszählung 2011. Wenn die Ergebnisse der Volkszählung ausgewertet sind und auf dieser Basis Vorausschätzungen gemacht werden, müsste man diese Aussagen eigentlich noch einmal überprüfen. Da wird es einige Korrekturen geben – zum Teil auch nach unten –, die durchaus bedenkenswert sind.

Noch einmal zur Veränderung der Schülerzusammensetzung durch den demografischen Wandel – der zweite Punkt, der vielleicht viel wichtiger ist als die rein quantitative Entwicklung. Die qualitativen Veränderungen will ich Ihnen hier einmal darstellen am Beispiel der Situation in der Bundesrepublik – etwas Vergleichbares für Hessen habe ich leider nicht gefunden.

(Folie „Zusammensetzung der Altersgruppen nach Migrationshintergrund im Jahr 2009“)

Konzentrieren Sie sich einmal auf die unteren Balken, auf die Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Alter von 0 bis 25 Jahren. Es sind Daten von 2009, also auch nicht mehr ganz taufrisch, aber die Aussage, die ich Ihnen vermitteln will, wird, glaube ich, deutlich. Ausländer mit eigener Migrationserfahrung gibt es in den jungen Altersgruppen praktisch nicht mehr. Das wird sich jetzt durch die zunehmende Zuwanderung wieder etwas ändern, aber bisher war das kein Punkt. Ausländer ohne eigene Migrationserfahrung, ebenfalls eine abnehmende Gruppe, haben wir hier insgesamt nur noch etwa 20 %.

Durch die Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts haben wir nach dem Jahr 2000 die Situation, dass es im Grunde genommen kaum noch „Ausländer“ gibt. Das Ausländermerkmal ist als Merkmal zur Erfassung der Migrationsproblematik eigentlich nicht mehr geeignet. In Hessen haben gerade noch 8 % der Kinder unter zehn Jahren einen Ausländerstatus. Wie gesagt, das kann sich in den nächsten Jahren durch die Zuwanderung wieder ändern; dies wird aber nur graduelle Verschiebungen verursachen.

(Folie „Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Altersgruppen in Hessen 2005 – 2012“)

Interessant ist die Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Da kann ich nur auf den Mikrozensus zugreifen. Er hat den Vorteil, dass er den Migrationshintergrund sehr umfassend erfasst, besser als die Schulstatistik, die ja keine Merkmale der Eltern erfasst.

Wir haben eine systematische Untererfassung der Schüler mit Migrationshintergrund in der Schulstatistik, weil wir nur schülerbezogene Merkmale erheben. All diejenigen, deren Eltern Deutsche sind und die selbst diesen Status haben, erscheinen nicht mehr als Schüler mit Migrationshintergrund. Dafür ist der Mikrozensus besser.

Sie sehen es hier in der jüngsten Altersgruppe der bis zu 3-Jährigen, aber auch bei den 3- bis 6-Jährigen: Landesweit haben inzwischen 45 % der Kinder einen Migrationshintergrund – im engeren Sinne. Wenn ich es richtig verstanden habe, ist es so, dass diejenigen Kinder, die eine deutsche Nationalität haben und deren Eltern die deutsche Nationalität angenommen haben, die also eingebürgert wurden, hier nicht mehr als Kinder mit Migrationshintergrund erfasst werden. Das heißt also, wir haben hier sozusagen nicht die Gesamtproblematik, sondern schon eine statistisch eingegrenzte Darstellung.

(Folie „Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung unter 18 Jahren in Regionen Hessens“)

Auch hier gibt es massive regionale Disparitäten im Bevölkerungsanteil der Migranten, hier jetzt auf der Basis des Mikrozensus 2011. Sie sehen, ich habe mir überall, wo man etwas finden kann, Daten gezogen, um die Probleme ins Blickfeld zu rücken. Bei den einzelnen Regionen, die der Mikrozensus unterscheidet, haben wir einerseits Frankfurt, wo in der Bevölkerungsgruppe der bis 18-Jährigen schon mehr als 70 % einen Migrationshintergrund haben. In den Städten Offenbach, Darmstadt und Wiesbaden sind es fast 60 %, in Kreisen wie dem Werra-Meißner-Kreis gerade 20 %. Das hat natürlich weitreichende Folgen.

Bezogen auf die Migrationsproblematik muss man vor allem sehen, dass Deutschland ein Land ist, in dem die Migranten eine deutlich niedrigere Sozialstruktur haben als die eigentliche deutsche Bevölkerung. Wenn Bevölkerungsgruppen, die insgesamt ein niedriges Bildungsniveau, einen niedrigen Sozialstatus, ein niedriges Einkommen haben, in der jungen Generation so dominant werden, gibt es Befürchtungen, dass dies zu einer Unterschichtung führen könnte. Das bedeutet auch, dass die nachwachsende Generation nicht mehr das Bildungsniveau erreicht, das die ältere Generation hatte.

Im Zusammenhang mit der Bildungsberichterstattung hatten wir schon Diskussionen darüber, ob Deutschland damit rechnen muss, dass sich die PISA-Ergebnisse in den nächsten Jahren verschlechtern – eben aufgrund dieser völlig veränderten Zusammensetzung. Wir haben einmal versucht, das bundesweit zu analysieren. Aufgrund der hohen Bildungsmotivation und der sehr heterogenen Migrantengruppen konnten wir sagen: Bezogen auf Deutschland sehen wir dieses Problem nicht.

In Hessen stellt sich das Thema aber natürlich noch einmal verschärft dar. Insgesamt, bundesweit, haben wir nur ein Drittel Migranten, hier in Hessen sind es unter den jungen Menschen 45 %. Das sind noch einmal 12 % mehr. Da muss man sich die Zusammensetzung noch einmal ansehen. Von daher würde ich Ihnen sehr empfehlen, sich das noch einmal im Detail zu betrachten.

Ich hätte das auf der Basis der Schulstatistik gerne getan. Die Schulstatistik scheint in Hessen aber „geheime Verschlusssache" des Kultusministeriums zu sein – jedenfalls gibt es keine Veröffentlichungen, die auch den Migrationsstatus im Detail darstellen, obwohl die hessische Schulstatistik sogar die Zweitnationalität von Migranten miterfasst, sodass man eben auch jene, die in anderen Bundesländern als deutsche Schüler erscheinen, noch als Migranten identifizieren könnte. Das würde sehr differenzierte Analysen zur Bildungsbeteiligung der verschiedenen Migrantengruppen erlauben. Das wäre, wie gesagt, eine Zukunftsaufgabe, die ich Ihnen aber eigentlich sehr nahelegen möchte, um die qualitativen Entwicklungsprobleme zu analysieren und um vor allem auch die regionalen Disparitäten im Hinblick auf die Schülerzusammensetzung noch einmal detaillierter zu betrachten.

(Folie „Ersatz- und Zusatzbedarf an qualifizierten Arbeitskräften")

Der dritte Punkt: Ersatz- und Zusatzbedarf an qualifizierten Arbeitskräften. Ich sagte, das Bildungssystem muss auf die künftigen Anforderungen des Arbeitsmarkts vorbereiten. Hier habe ich die 20-jährige und die 60-jährige Bevölkerung einmal als paradigmatische Altersgruppen genommen: für diejenigen, die auf den Arbeitsmarkt kommen – empirisch ist feststellbar, dass etwa die Hälfte der 20-Jährigen schon in den Arbeitsmarkt integriert sind –, und für diejenigen, die aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden. Im Moment ist es tatsächlich so, bundesweit zumindest, dass die Hälfte der 60-Jährigen schon aus dem Arbeitsmarkt ausgeschieden ist.

Wenn man sich die historische Entwicklung ansieht, kann man feststellen, dass in den Jahren 1970 bis 1990 die Situation am Arbeitsmarkt dadurch geprägt war, dass es sehr geburtenstarke Jahrgänge gab, die auf den Arbeitsmarkt drängten, was eben zu diesen Arbeitsmarktproblemen führte: einem Überhang an Nachfrage am Arbeitsmarkt. Hinzu kam noch, dass ausgerechnet die stark reduzierten Geburtsjahrgänge des Ersten Weltkriegs aus dem Arbeitsleben ausgeschieden sind, von daher also auch kein Ausgleich da war. Das hat zu den Problemen geführt, mit denen wir in den letzten Jahrzehnten zu kämpfen hatten. Man musste, um einen qualifizierten Arbeitsplatz zu bekommen, längere Bildungszeiten in Anspruch nehmen und sich hoch qualifizieren; es gab insgesamt Arbeitsplatzknappheit usw.

Das hat sich schon in den letzten Jahren ein bisschen entspannt. Dazu hat eben auch beigetragen, dass die geburtenstarken Jahrgänge der 1930er-Jahre den Arbeitsmarkt verlassen haben.

Im Moment stehen wir an einer historischen Wende. Wir kommen jetzt in die Zeit – und es ist auch weltweit einmalig, dass eine Gesellschaft vor dieser Situation steht –, dass die neue, nachwachsende Generation deutlich weniger umfangreich besetzt ist als diejenige, die aus dem Erwerbsleben ausscheidet. Da sind wir weltweit Trendsetter, wenn man so will. Es gibt andere Länder wie z. B. Südkorea, die dasselbe Problem haben, allerdings mit etwa zehn Jahren Verzug gegenüber uns. Es gibt Länder wie Japan usw., wo sich Ähnliches schon aktuell abzeichnet.

Wir wissen noch gar nicht, was das gesamtgesellschaftlich bedeutet: ob Wirtschaftswachstum überhaupt noch generiert werden kann, wenn dieser Rückgang eintritt, oder

nur ein Wirtschaftswachstum pro Kopf. Zumindest können Sie daraus ersehen: Die Angebots-Nachfrage-Konstellationen am Arbeitsmarkt werden sich dramatisch verändern. Teilweise müssen in Hessen in zehn Jahren aus Alterskohorten, die halb so groß sind wie diejenigen, die aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden, ebenso gut qualifizierte Personen rekrutiert werden, wie es sie bisher im Beschäftigungssystem gibt, wenn das Beschäftigungssystem konstant bleibt.

> (Folie „Entwicklung des qualifikationsspezifischen Arbeitskräftebedarfs 2010 – 2030“)

Damit noch nicht genug: Die Arbeitsmarktprognosen sagen, wir haben eine Entwicklung hin zu einem höheren Qualifikationsbedarf. Es gibt zwei aktuelle Arbeitsmarktprognosen des Bundesarbeitsministeriums bzw. des Bundesinstituts für Berufsbildung und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Beide kommen – mit gewissen Varianten, aber in der Tendenz – zum gleichen Ergebnis: Wir haben einen steigenden Bedarf an Hochschulabsolventen und einen sinkenden Bedarf an Personen ohne Berufsabschluss.

> (Folie „Arbeitsmarktbilanz nach Qualifikationsgruppen 2005 – 2030: Erwerbspersonen“)

Insgesamt haben wir bis 2030 vermutlich einen gewissen Rückgang der Erwerbstätigen insgesamt; das wird sich wohl nicht ganz vermeiden lassen. Aber – und das ist eben das Interessante an der Entwicklung – wenn Sie die Arbeitsmarktbilanz betrachten, die ich hier einmal anhand der BIBB-Ergebnisse darstelle, können Sie feststellen: Wir haben einen Abbau der Gesamtarbeitslosigkeit, auf der anderen Seite aber einen Sockel von Unqualifizierten. Das ist das große Problem am Arbeitsmarkt.

Wir könnten 2030 – und in der Prognose im Bildungsbericht 2010, als wir das schon einmal dargestellt haben, war man im Grunde genommen schon 2025 so weit – einen Arbeitsmarktausgleich erreichen, wenn es nicht die Unqualifizierten gäbe, die nicht in den Arbeitsmarkt integrierbar sind. Auch hier ergeht ein ganz massiver Auftrag an die Gesellschaft, die Bildungsbemühungen anzuheben.

Das Bundesarbeitsministerium hat das meines Erachtens sehr schön auf den Punkt gebracht:

> Das Augenmerk der Bildungsbemühungen wird sich auf das untere Ende des Qualifikationsspektrums richten müssen. Dort muss es zu verstärkten Anstrengungen bei der Integration ausbildungsferner Jugendlicher kommen, aber auch zum Ausbau der beruflichen Weiterbildung. Dies sind die Voraussetzungen, damit die Wirtschaft ihren Qualifikationsbedarf überhaupt in wirksame Nachfrage umsetzen kann.

Hiermit wird im Grunde genommen gesagt: Wenn es nicht gelingt, den Überhang an Unqualifizierten abzubauen, erzeugen wir gesellschaftlich eine Wachstumsbremse. Man kann diese Situation nun natürlich problematisch sehen, aber jedenfalls folgt daraus: Ohne eine weitgehende massive Bildungsanstrengung ist es nicht möglich, diesen Herausforderungen gesellschaftlich gerecht zu werden.

Wir müssen also das Qualifikationsniveau erhöhen, wir müssen den Leistungsschwachen eine zweite Chance geben, um eben gerade die Unqualifizierten zu qualifizieren, und der gesamte Bereich beruflicher Qualifizierung und Weiterbildung muss verstärkt werden.

Ich komme jetzt zu den Folgerungen aus den drei Aspekten, und Sie werden sehen: Ich habe diese drei Aspekte deshalb einleitend dargestellt, weil sie im Grunde genommen, auch bei den Folgerungen, immer im Zusammenhang zu sehen sind, obwohl die Akzente jeweils auf spezifische Punkte gelenkt werden.

Zunächst zum Problem der Schulstandortsicherung. Im Fragenkatalog wird diesem Aspekt relativ große Bedeutung beigemessen. Ich finde, dass diese Fragen durch die Forschung und auch durch den Bericht, den ich verteilt habe – den Ergebnisbericht des MORO-Arbeitskreises des Bundesbauministeriums –, im Grunde genommen sehr gut abgedeckt sind. Man kann sagen: Kleine Grundschulen sind kein Problem. Sie sind ein international erprobtes Schulmodell, auch in der Reformpädagogik praktiziert, und kein Defizitmodell der Schulentwicklung.

Beispielsweise in den Niederlanden gibt es sehr viele Schulen mit parallelen, jahrgangsübergreifenden Klassen. Man sagt: Dieser soziale Lerneffekt ist genau das, was wir wollen; die Kinder sollen in den drei Jahren Grundschulklasse vom Novizen zum Experten werden und im nächsten Jahr auf der nächsten Stufe wieder der Novize sein. Die sozialen Rollen, die darüber gelernt werden, sind neben dem Erlernen kognitiver Inhalte auch sehr wichtig.

Wenn man das machen will, ist das Problem dabei natürlich die Lehrerqualifizierung. Mit der Landschulreform haben wir das, was an pädagogischer Professionalität im Hinblick auf kleine Grundschulen und dem Umgang damit vorhanden war, verkommen lassen. In der Schweiz und in Teilen Österreichs, etwa Vorarlberg usw., ist dieses Wissen noch vorhanden. Man müsste dann eben auch bei der Lehrerqualifizierung gezielt Akzente setzen, z. B. könnte an bestimmten Lehrerbildungsstandorten für das Unterrichten an kleinen Schulen qualifiziert werden, für binnendifferenzierenden Unterricht in jahrgangsübergreifenden Klassen.

Irgendwo ist die Frage aufgetaucht, ob man für diese Form des Unterrichts überhaupt ausreichend Material hat. Da gibt es jahrzehntelange Erfahrungen und auch Verlage, die versuchen, damit Geschäfte zu machen – und natürlich auch viele Lehrer, die entsprechende Materialien und viele Erfahrungen mit solchen Arbeitsformen haben.

Was vielleicht noch zu überlegen wäre: Man könnte sich gerade in peripheren Regionen auch einmal die Zusammenarbeit von Kindertagesstätte und Grundschule vornehmen.

Die Frage zu den Folgen der Schulschließung für Gemeinden ist aus meiner Sicht ein Thema, das, wenn ich es richtig sehe, bisher nicht erforscht ist – für mich völlig unverständlich. Wir haben Ende der Neunzigerjahre in den neuen Bundesländern zig Schulen geschlossen; es gibt sehr viele Gemeinden, die keine Schulen mehr haben. Bisher hat niemand untersucht, wie diese Gemeinden sich in den letzten 15 Jahren im Vergleich zu anderen entwickelt haben. Da gibt es viele Vermutungen, aber ich kenne bisher keine belastbaren Befunde.

In der Sekundarstufe I finde ich einen Punkt ganz zentral: Aus Sicht der Forschung sind leistungsmäßig heterogen zusammengesetzte Lerngruppen und ein fachlich qualifizierter Unterricht ganz zentrale Punkte. Wir haben durch die IQB-Erhebung jetzt gerade das Ergebnis, dass es auch in Deutsch und Mathematik einen großen Anteil fachfremden Unterrichts gibt.

Für Mathematik konnte man sogar nachweisen, dass sich dieser fachfremd erteilte Unterricht auf das Leistungsniveau der Schüler negativ auswirkt. Von daher sollte man auf

die Fachlichkeit des Unterrichts sehr viel mehr Wert legen, weil das eine Grundvoraussetzung dafür ist, dass keine Benachteiligungen entstehen. Entsprechend muss man auch bei der Schulorganisation darauf achten, dass die Fachlichkeit der Zusammensetzung des Kollegiums gesichert ist.

Deshalb sollte man durchaus auch erwägen, Schulen mit einer kleinen Sekundarstufe I zu schließen, sofern diese die Qualitätsstandards nicht erfüllt. Sonst ist das eben eine implizite Benachteiligung der Kinder, die diese Sekundarstufe besuchen.

Auf der anderen Seite wäre im ländlichen Raum denkbar, die Grundschulzeit zu verlängern. Wir haben hier in Hessen die Förderstufe, aber das ist eben kein obligatorisches Angebot für alle Kinder. Dann wäre auch notwendig, dass alle dortigen Kinder diese Schule besuchen, damit es nicht wieder eine Aufteilung auf verschiedene Bildungsgänge gibt, die angesichts niedriger Schülerzahlen sofort zu Angebotsproblemen führt. International gibt es auch Beispiele erfolgreicher Verbundschulmodelle. Dann muss man aber auch entsprechende Rahmenbedingungen schaffen.

Ich finde es auch merkwürdig, dass viele Länder meinen, sie müssten im Schulgesetz regeln, dass bestimmte Bedingungen überall im Land gleich sein müssen. Man kann sich durchaus vorstellen, dass Einrichtungen, die in einer Region sinnvoll sind, in einer anderen eben nicht geeignet erscheinen, und dass es den Schulträgern deshalb gestattet wird, nach eigener Fasson zu entscheiden.

Man muss sehen, dass die Entwicklung hin zur Inklusion natürlich auch ein Instrument sein kann, um Standorte im ländlichen Raum zu sichern, weil dann einfach mehr Schüler die entsprechenden Schulen besuchen. 5 bis 8 % der Schüler haben sonderpädagogischen Förderbedarf; sie kämen dann in den allgemeinen Schulen hinzu. Außerdem wäre dies – weil das angesprochen wurde – natürlich wirklich eine Maßnahme, um die Transportbelastung von Sonderschülern zu reduzieren. Aber auch dann müssen wir vor allem sehen, dass die Fachlichkeit der inklusiven Settings gesichert ist. Sie müssten sich also vor allem auch Lehrerangebotskonzepte überlegen, um auch im ländlichen Raum bei dispers verteilten Schülern sicherzustellen, dass sie eine angemessene Betreuung bekommen.

Schleswig-Holstein hat z. B. bezogen auf blinde und sehbehinderte Schüler eine virtuelle Landesschule an einem Standort, dem die betreffenden Lehrer alle zugewiesen sind. Sie streuen im Land aus, gehen zu den verschiedenen Schulen, wo die entsprechenden Kinder sind, und leiten sie an oder beraten die Lehrer. So etwas muss man machen.

Worauf ich etwas mehr Wert legen will, ist die Problematik der Berufsschulen. Ich habe mir das gerade letzte Woche einmal in Loccum angeschaut und darüber berichtet. In den neuen Bundesländern hat man jetzt 30 % der beruflichen Schulen geschlossen – vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung. Aus meiner Sicht wäre es fatal, wenn das hier in Hessen angesichts des Schülerrückgangs in der Sekundarstufe II in den ländlichen Regionen genauso passieren würde. Ich meine, die beruflichen Schulen haben eine wichtige strukturpolitische Funktion.

Man müsste verschiedene Maßnahmen ergreifen. Die erste bezieht sich auf die Fachklassen im Rahmen der dualen Berufsausbildung. Dieses System der Bezirks- und Landesfachklassen müsste man überprüfen und sehen, ob man nicht verstärkt so etwas wie Mischklassen oder jedenfalls fächerübergreifende Angebote schaffen kann, damit sich die Situation, die wir im Moment haben, nicht noch weiter verstärkt.

(Folie „Auszubildende nach Ausbildungsort und Berufsschüler nach Berufsschulort 2013 im Regierungsbezirk Darmstadt“)

Ich habe hier nur einmal für den Regierungsbezirk Darmstadt die Kreise zusammengestellt, nach Auszubildenden und Berufsschülern. Sie können sehen, dass ein Großteil der Frankfurter Berufsschüler gar nicht in Frankfurt ausgebildet wird, sondern dort eben nur die Schule besucht. Auf der anderen Seite gibt es in ländlichen Regionen, z. B. im Odenwaldkreis, viele Auszubildende, die dort nicht auf die Berufsschule gehen. Gerade die ländlichen Berufsschulen werden durch dieses Landesfachklassensystem benachteiligt.

Letztlich werden sie in ihrer Bestandsfähigkeit doppelt benachteiligt, weil es sowieso wenige Auszubildende gibt und diejenigen dann auch nicht am gleichen Ort die Berufsschule besuchen können. Eigentlich müsste man auch noch diejenigen danebensetzen, die am Ort tatsächlich eine Ausbildung nachfragen. Denn wenn man den dritten Punkt hinzunimmt: In Frankfurt gibt es sehr viele Auszubildende, von denen aber nur die Hälfte Frankfurter sind. Die Frankfurter Nachfrage nach Ausbildung ist also noch einmal deutlich niedriger als die Zahl derer, die in Frankfurt eine Ausbildung machen.

Sie haben dann eben immer eine Dreiecksbeziehung zwischen Wohnort, Ausbildungsort und Berufsschulort. Wenn das drei unterschiedliche Orte sind, können Sie sich sehr gut vorstellen, dass manche Ausbildungsbetriebe sagen: Unter solchen Bedingungen können wir einen Ausbildungsplatz legitimerweise eigentlich gar nicht mehr anbieten, weil das für die Jugendlichen nicht zumutbar ist.

Wir haben das einmal im Rodgau untersucht. Dort haben wir Jugendliche, die aus Alzenau oder sonst wo aus Bayern kommen, die in Offenbach oder im Rodgau in den Ausbildungsbetrieb gehen und die dann vielleicht noch nach Frankfurt zur Berufsschule müssen. Das sind Konstellationen, die für die Bestandserhaltung peripherer Berufsschulen nicht förderlich sind.

(Folie „Anteile der Anfänger in betrieblicher Berufsausbildung, die Wohn- und Ausbildungsort in einem Kreis haben, in Relation zum Versorgungsquotienten 2010“)

Das Zweite: Es gibt – ich habe es gerade angedeutet; hier können Sie es noch einmal sehen – in Frankfurt doppelt so viele Ausbildungsplätze wie regionale Nachfrager. Im Gegensatz dazu übersteigt in der Mehrzahl der Regionen, gerade im ländlichen Raum, die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen deutlich das entsprechende Angebot. Etwa ein Drittel der Auszubildenden in Hessen werden nicht dort ausgebildet, wo sie herkommen. Sie sehen, das betrifft vor allem die Landkreise. Diese Grafik stammt übrigens aus einem Gutachten zum Übergangssystem in Hessen, das wir vor zweieinhalb Jahren für das hessische Wirtschaftsministerium gemacht haben. Dort haben wir genau dieses Missverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage mit aufgegriffen.

Gerade in solchen Regionen könnte man sich überlegen, ob es nicht möglich wäre, das dortige Ausbildungsplatzdefizit durch vollzeitschulische Ausbildungsangebote zu kompensieren. Es geht nicht darum, dem dualen System Konkurrenz zu machen. Denken könnte man beispielsweise – da gibt es ja verschiedene Vorstellungen – an Gesundheitsberufe oder Assistenzberufe, auch in Verbindung mit der lokalen Wirtschaft und Betrieben. Man könnte gezielt versuchen, vollzeitschulische Berufsausbildungsangebote bzw. dieses Schulberufssystem als strukturpolitische Maßnahme gerade in ländlichen Berufsschulen zu entwickeln.

(Folie „Ausbau des Übergangssystems als gut ausgestattetes Angebot der Benachteiligtenförderung“)

Der dritte Bereich ist das Übergangssystem – so nennen wir es in der Bildungsberichterstattung. Frau Schedding-Kleis ist hier; ich bin ihr sehr verbunden, sie hat diese Analysen mit der integrierten Ausbildungsberichterstattung in Hessen erstellt. Was man hier am Beispiel der jungen Menschen ohne Hauptschulabschluss sieht: Das Übergangssystem ist im Grunde genommen ein System des Übergangs der Unqualifizierten in Arbeitslosigkeit oder unqualifizierte Beschäftigung. Es gelingt nicht, auch nicht dem Übergangssystem, sie wirklich dauerhaft zu halten. Nach einem Jahr sind schon über 50 % verschwunden.

Auch bei Haupt- und Realschulabsolventen haben wir einen Schwund – etwa 15 % –, aber gerade bei den Unqualifizierten produzieren wir die Problemfälle am Arbeitsmarkt der nächsten Jahrzehnte. Denken Sie wieder an meinen dritten Punkt: Qualifikationsbedarf des Beschäftigungssystems. Gegenüber dieser Gruppe praktizieren wir – vielleicht auch durch die Abschaffung der Berufsschulpflicht in Hessen – eine Verantwortungslosigkeit, auch gesellschaftlich, die meines Erachtens nicht vertretbar ist.

Das heißt, wir müssen als Kritikpunkte einfach sehen, dass das Übergangssystem für die Mehrzahl im Wesentlichen ein Durchgangssystem in die Arbeitslosigkeit oder in eine unqualifizierte Beschäftigung ist. Das Übergangssystem dient aber nicht dazu, die Betroffenen tatsächlich so zu qualifizieren, dass sie in eine Berufsausbildung hineinkommen. Man muss dieses System deshalb qualifizieren. Man muss sehen, dass auch die Arbeitsmarktbenachteiligten zunehmend verschwinden, aber die wirklich Bildungsbenachteiligten in der Gruppe zunehmen.

Auffällig ist vor allem, dass ein Schüler, der sonderpädagogischen Förderbedarf hat, davon geheilt ist, wenn er in die berufliche Schule kommt. Es gibt in Hessen keinen Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in der beruflichen Schule – jedenfalls tauchen Benachteiligte in der Statistik nicht mehr auf. Es gibt auch nicht die sonderpädagogischen Zusatzressourcen, die derselbe Schüler in der allgemeinbildenden Schule noch bekommt. Das ist für mein Empfinden ein Skandal.

Wir haben gerade auch mit beruflichen Schulen gesprochen; sie finanzieren sich im Hinblick auf die Sozialarbeit an diesen Schulen aus dem Europäischen Sozialfonds. Das sind Mittel, die aus dem ordentlichen Haushalt fließen müssten und die zum Teil auch die Kommunen bereitstellen müssten – was hier nicht der Fall ist.

Ich glaube, man müsste das Übergangssystem als Teil der beruflichen Bildung oder Teil des Berufsschulsystems qualifizieren, indem man z. B. Sonderpädagogen im Bereich der beruflichen Bildung ausbildet – was es ebenfalls nicht gibt. Bundesweit existieren nur 500 Berufsschullehrer mit sonderpädagogischer Qualifikation. Das wäre wichtig.

Vor allem wäre auch wichtig, die wohnortbezogenen Angebote zu erhalten, das heißt nicht aufgrund des Rückgangs der Schülerzahl dahin zu kommen, dass ländliche berufliche Schulen die Betreuung dieser Schüler möglicherweise ganz aufgeben, weil sie das kapazitär nicht mehr können.

Der vierte Punkt sind die allgemeinbildenden Bildungsgänge an beruflichen Schulen. Aus meiner Sicht sind sie unheimlich wichtig – aus zwei Gründen.

Zum einen gilt das regionalpolitisch. Die Fachrichtungen an Fachgymnasien – Technik, Naturwissenschaften, Wirtschaft, Sozialwirtschaft, Hauswirtschaft, Umwelt usw. – haben eher eine Bindung an regionale Qualifikationsinteressen. Zum anderen sind sie aber

auch Voraussetzung dafür, dass bildungsferne Gruppen eher Zugang zu einer gymnasialen Bildung und zu einem Hochschulabschluss finden.

Vor diesem Hintergrund halte ich die Entwicklung in einigen Ländern, neben die gymnasiale Oberstufe noch einen zweiten allgemeinbildenden Studiengang zu setzen, für ausgesprochen fatal, weil damit gerade im ländlichen Raum dem beruflichen Gymnasium das Wasser abgegraben wird. Insofern bin ich froh, dass das in Hessen bisher noch nicht so weit vorangeschritten ist wie anderswo der Fall, auch wenn man dann, etwa in Nordrhein-Westfalen, sagt, diese Schulen müssten mit beruflichen Schulen kooperieren etc.

Ich will mich aber dafür stark machen und Ihnen sagen: Sehen Sie zu, dass die beruflichen Gymnasien und Fachoberschulen gerade im ländlichen Raum erhalten bleiben und möglicherweise ausgebaut werden: als Weg zu einer Hochschulzugangsberechtigung, weil sie dem spezifischen Profil dieser Klientel entsprechen und weil die dort und auf diese Weise erworbenen Qualifikationen letztlich vielleicht auch in der Region verwertbar sind.

Ein Philologe oder Historiker, der schon am Gymnasium einen entsprechenden Schwerpunkt hatte, wird nach seinem Studium nicht wieder in den ländlichen Raum zurückgehen, aber jemand, der im Bereich Wirtschaft oder Sozialwirtschaft seinen Schwerpunkt hat, kann vielleicht auch in der Herkunftsregion eine Beschäftigung bekommen.

Man wird die ländlichen Berufsschulen nur sichern können, wenn man diese vier Handlungsansätze miteinander verbindet. Man muss sowohl die Fachklassenproblematik als auch die Problematik des Übergangssystems bzw. des Schulberufssystems und die Frage der beruflichen Gymnasien im Zusammenhang sehen, um auf diese Art und Weise die ländlichen Berufsschulen zu stärken.

Ein weiterer Punkt sind die Folgerungen für die migrationsspezifische und soziale Zusammensetzung der Schülerinnen und Schüler. Auch hier gilt wieder: Heterogene Schülerzusammensetzungen sind die Voraussetzung für eine geringe Benachteiligung im Schulwesen. Die Schulforschung hat in den letzten Jahren, glaube ich, sehr deutlich gemacht, dass Heterogenität, dass unterschiedliche Lernvoraussetzungen ein ganz wichtiger Punkt sind. Bei sozial oder leistungsmäßig ausgelesenen Milieus an Schulen sind die Entwicklungsbedingungen der kognitiven Fähigkeiten einfach ungünstiger. Durch die Migrationsentwicklung haben wir jetzt die Situation, dass sich bestimmte selektive Milieus kaum noch vermeiden lassen.

Hinzu kommen die Gestattung und die zunehmende Gründung von Privatschulen. In Frankfurt gehen inzwischen 12 % der Grundschüler auf Privatschulen. Die Zahlen sind in anderen Städten fast ähnlich hoch. Durch solche Prozesse wird diese Separierung der verschiedenen Gruppen natürlich noch gesellschaftlich vorangetrieben.

In der Sekundarstufe kommt noch die Schulartdifferenzierung dazu. Migranten besuchen tendenziell eher Hauptschulen, Realschulen oder Gesamtschulen, die deutschstämmige Bevölkerung eher Gymnasien. Das befördert die Segregation.

Man muss eben sehen, wie man diesen Bedingungen gegensteuert. Es bleibt nur eine Intensivierung der schulischen Förderung der Kinder mit Migrationshintergrund. Zu überlegen wäre, ob dazu neben der intensiven Förderung der deutschen Sprachkenntnisse auch eine Anerkennung der Muttersprache beitragen könnte. Bisher ist sie ein kulturelles Mitbringsel, das in der Schule nichts zählt. Wenn jemand Arabisch kann und in der Lage

ist, Beiträge im entsprechenden Fernsehprogramm zu verfolgen, interessiert diese Kompetenz in der deutschen Schule keinen Menschen.

Dann wäre hier natürlich noch das Thema Ganztagsschule anzusprechen.

Eine Frage, der man sich noch einmal annähern muss – mit dem Sozialindex hat man in Hessen damit ja begonnen –, ist die zusätzliche Förderung von Schulen mit benachteiligter Schülerschaft. Die 300 Personalstellen sind ein Tropfen auf den heißen Stein; das sind weniger als die 1.000 Stellen, die Nordrhein-Westfalen den Grundschulen zur Verfügung stellt. Damit kann man keine wirklichen Umschichtungseffekte erreichen.

Ansonsten gibt es auch keine Dokumentation darüber, wie diese Mittel nun tatsächlich verwendet wurden, ob sie dorthin geflossen sind, wo sie eigentlich hingehören. In Nordrhein-Westfalen habe ich von Kommunen gehört, dass entsprechende Mittel, die nur pauschal den Schulaufsichtsbezirken zugewiesen wurden und eigentlich für die Migrantenförderung gedacht waren, an ganz anderen Schulen gelandet sind. In Köln hat man uns z. B. gesagt, dass die Mittel an eine Schule gingen, an der irgendwelche Eltern ganz massiv Verbesserungen eingefordert haben. Da müsste man sich noch einmal genau überlegen, wie man da zurechtkommt.

Zu den Folgerungen für die Fachkräftesicherung: Angesichts der Arbeitsmarktprobleme muss Ihnen eines klar sein. Wenn es nicht gelingt, massiv in die Migrantenförderung zu investieren und da etwas zu erreichen, dann bekommen wir große gesellschaftliche Probleme.

Ein Aspekt ist Ihnen vielleicht nicht so bewusst, weil die Arbeitsmarktforscher ihn meist nicht darstellen. Es gibt zwar eine Fülle arbeitsmarktpolitischer Instrumente, um – das ist ja nun angesagt – das Erwerbspersonenpotenzial zu erhöhen. Man möchte die Erwerbsquote erhöhen und die Erwerbsdauer verlängern. Dabei ist übrigens auch interessant: Die Verlängerung der Erwerbsdauer ist jetzt ein ganz wichtiges arbeitsmarktpolitisches Thema; gleichzeitig führt man aber G 9 wieder ein, damit die Jugendlichen erst möglichst spät auf den Arbeitsmarkt kommen, obwohl man ja schon in den Neunzigerjahren mit der Begründung einer Benachteiligung deutscher Schüler im internationalen Vergleich – weil sie zu lange auf die Schule gehen – G 8 gefordert hat. Aber das nur als Fußnote.

Eine Erhöhung der Frauenerwerbsquote, die Erhöhung der Erwerbsquote von Migranten, die Erhöhung des Anteils vollzeitbeschäftigter Frauen, das sind die Punkte, die arbeitsmarktpolitisch auf der Agenda stehen. Was aber nicht gesehen wird: Sämtliche dieser Maßnahmen sind bildungsabhängig. Die Erwerbsquote steigt mit höherer Bildung. Die Erwerbsdauer steigt mit höherer Bildung. Die Frauenerwerbsquote ist höher, wenn die Frauen eine akademische Bildung oder zumindest mehr als nur einen Hauptschulabschluss haben, wenn sie eine abgeschlossene Berufsausbildung haben. Die niedrige Erwerbsquote von Migranten resultiert eben vor allem daraus, dass ein Großteil unqualifiziert ist. Ein Drittel der Migranten im entscheidenden Alter hat keine abgeschlossene Berufsausbildung, im Vergleich zu etwa 10 % der deutschen Bevölkerung. Eine Vollzeitbeschäftigung gehen bei Frauen eben vorwiegend Akademikerinnen an und nicht Unqualifizierte.

Um also die arbeitsmarktpolitischen Ziele zu erreichen, muss in Bildung investiert werden. Wir brauchen eine Senkung der Schulabgänger ohne Schulabschluss. Wir brauchen eine Erhöhung des allgemeinen Schulabschlussniveaus: mindestens einen qualifizierten Berufsbildungsabschluss. Das ist in Deutschland ja ganz zentral: Ohne Berufsbildungsab-

schluss hat man deutlich schlechtere Arbeitsmarktchancen. Und dann geht es eben auch um eine Erhöhung der Studierbereitschaft und der Studienerfolgsquoten.

Angesichts der Arbeitsmarkterfordernisse stehen wir vor Nachqualifizierungsaufgaben. Man geht von bundesweit etwa 1,2 Millionen über den Bedarf hinausgehenden Unqualifizierten aus (bis 2030). Um die Qualifizierungsaufgaben anzugehen reicht das bisherige Weiterbildungssystem meines Erachtens nicht aus.

Wir haben mit den beruflichen Schulen aber eine flächendeckende Infrastruktur, die genau da einsteigen könnte. Sie tun es aber nicht, weil die ordnungspolitischen Voraussetzungen nicht gegeben sind. Es fehlt meistens an dem Rechtsrahmen, damit die beruflichen Schulen aktiv werden können. Ich halte es für gesellschaftspolitisch unheimlich wichtig, dass da wirklich etwas getan wird. Ich habe es ja schon angesprochen: Wir bekommen einfach eine Wachstumsproblematik. Wir verschleudern gesellschaftliche Mittel, wenn es nicht gelingt, die Unqualifizierten in stärkerem Maße nachzuqualifizieren.

Im Zusammenhang mit arbeitsmarktpolitischen Fragen ebenfalls noch wichtig ist die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Kinderbetreuung. Die arbeitsmarktpolitischen Instrumente setzen eben gerade auch bei den Frauen an; man möchte eine Erhöhung der Frauenerwerbsquote und der Vollzeitbeschäftigung. In Hessen haben wir die Situation, dass für etwa 48 % der Kinder im Kindergartenalter, also ab drei Jahren bis zum Schuleintritt, Ganztagsplätze zur Verfügung stehen, worunter man eine mindestens 35-stündige Betreuung pro Woche versteht.

Wechseln die Kinder aber in die Schule, stehen nur noch für 13,4 % Hortplätze bereit. Interessanterweise haben wir eine Zunahme der Hortplätze in Hessen, und 20 % der Kinder besuchen eine Ganztagsgrundschule. Es gibt aber nur sechs gebundene Ganztagsgrundschulen in Hessen.

Ob die anderen, nicht gebundenen Ganztagsgrundschulen überhaupt den Standards der Kultusministerkonferenz genügen, die „Ganztagsschule“ als eine Verzahnung der pädagogischen Arbeit am Vormittag und am Nachmittag definiert, sei dahingestellt. Die Betreuung, die dort erfolgt, wird meist von anderen Trägern übernommen. Ob dabei die Standards gewährleistet sind, halte ich für ein großes Problem.

Von daher würde ich Ihnen raten: Die Priorität bei der Ganztagsschulfrage müsste auf dem Ausbau wenigstens teilgebundener Ganztagsgrundschulen liegen, mit der Priorität auf Regionen mit einem hohen Anteil an Migranten. Das würde vielleicht dazu führen, dass auch Akademikerinnen akzeptieren würden, dass ihre Kinder Schulen mit hohem Migrantenanteil besuchen, weil diese Schulen ihnen dann immerhin eine Ganztagsbetreuung ihrer Kinder sicherstellen würden.

(Folie „Entwicklung der Schüler-Lehrer-Relation und ihrer Komponenten in Hessen 2002 bis 2012“)

Sie haben in Ihrem Fragenkatalog die Schüler-Lehrer-Relation angesprochen. Man muss sich klarmachen, dass die Schüler-Lehrer-Relation nur eine Planungsgröße ist, die sich aus der Klassenfrequenz, den erteilten Unterrichtsstunden je Lehrer sowie den der Klasse erteilten Unterrichtsstunden zusammensetzt. Die entscheidende Frage ist nicht die Schüler-Lehrer-Relation, sondern wie man sie umsetzt: ob man nun kleine Klassen bildet, ob man die Lehrer sehr stark mit Unterricht belastet oder ob man – das kann man auch umgekehrt sagen – sicherstellt, dass die verfügbaren Lehrerstunden auch wirklich dem Unterricht zugute kommen und nicht in irgendwelche Entlastungsstunden usw. gehen,

und schließlich, wie viele Unterrichtsstunden je Klasse zur Verfügung stehen, das heißt, dass es eben auch für Förderunterricht etc. zusätzliche Lehrerstunden gibt.

Nach den Daten des Hessischen Kultusministeriums hat sich in der Grundschule vor allem die Schüler-Lehrer-Relation aufgrund der geringeren Abnahme der Lehrerbelastung verändert. Sonst hat sich in den letzten Jahren eigentlich relativ wenig getan. Von den Lehrdeputaten der Lehrer werden anscheinend zunehmend weniger unterrichtswirksam.

Abschließend einige weitere Bemerkungen zum Lehrkräfteeinsatz und zum Lehrkräftebedarf. In der Sekundarstufe I ist zu beobachten, dass das Unterrichtsvolumen, das für die Schüler zur Verfügung steht, tatsächlich erhöht wird. Das ist aus meiner Sicht eine sinnvolle Strategie.

Problematisch wäre – das wissen wir ebenfalls aus der internationalen Forschung –, wenn man die Senkung der Schüler-Lehrer-Relation einfach dazu nutzen würde, kleinere Klassen zu bilden – ohne ergänzende pädagogische Maßnahmen. Zusätzliches Personal für gezielte Fördermaßnahmen und Doppelbesetzungen scheinen in heterogenen Lerngruppen, mit denen wir es ja überwiegend zu tun haben, besser zu wirken als eine Klassenfrequenzsenkung.

Auf jeden Fall ist eine weitere Senkung der Schüler-Lehrer-Relation notwendig, vielleicht sogar noch in einem stärkeren Umfang als in den letzten Jahren, um den Mehrbedarf an Lehrkräftestunden sicherzustellen – für eine inklusive Schule, für den Ausbau der Ganztagsschule unter stärkerer Einbeziehung von Lehrkräften, für Integrationsmaßnahmen, für den Erhalt kleiner Grundschulen etc.

> (Folie „Hauptamtliche und hauptberufliche Lehrer an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in Hessen seit 1980 nach Geschlecht und Altersgruppen“)

Zum Schluss noch etwas zu den Lehrkräften. Die Entwicklung der Lehrkräfte in Hessen ist dadurch gekennzeichnet, dass es in den Achtzigerjahren umfangreiche Einstellungen junger Lehrer gab. Das hat dazu geführt, dass es in den folgenden Jahren kaum noch Neueinstellungen junger Lehrer gab. Die Lehrer sind zunehmend älter geworden, und 2005 hatten wir die Situation, dass etwa die Hälfte der Lehrer über 50 Jahre alt war.

In den letzten Jahren hat man durch Neueinstellungen erreicht, dass der Anteil der Über-50-Jährigen gesunken ist – auf etwa 40 %. Der Anteil der Über-60-Jährigen hat zugenommen, weil die Lehrerschaft inzwischen die Beamtengruppe ist, die mit dem höchsten Durchschnittsalter in Pension geht. Das wissen viele nicht, aber es ist faktisch so. Die größte Gruppe, die aus dem Dienst ausscheidet, ist diejenige, die zum Regeltermin in Pension wechselt. Über ein Drittel oder fast 40 % verlassen den Schuldienst erst mit 65 Jahren.

Da der Lehrerersatzbedarf in Hessen weiterhin hoch ist und die Entlastung durch sinkende Schülerzahlen vermutlich vergleichsweise gering – verglichen mit anderen Bundesländern –, würde ich Ihnen empfehlen, sich wirklich noch einmal genauer zu überlegen, wie man Lehrerbedarfsberechnungen auch unter Berücksichtigung politischer Vorgaben vorsehen kann. Es hat, glaube ich, keinen Sinn, wenn Sie mit einer Status-quo-Betrachtung unter Konstanthaltung der gegenwärtigen Bedingungen berechnen, wie künftig die Lehrersituation aussehen soll. Vielmehr müssen Sie die Zusatzbedarfe mit in den Blick nehmen, und die sind erheblich.

Vor allem muss es gelingen, eine fächerspezifische Vorausberechnung der erforderlichen Lehrkräfte zu erstellen. Das Problem ist eigentlich nicht der globale Bedarf. Ich weiß, dass es hier in Hessen etwa für die Grundschule keine Ausbildung von Musiklehrern gibt; es sollen aber zwei Unterrichtsstunden pro Klasse erteilt werden. Keiner kümmert sich darum, dass es dafür keine Musiklehrer gibt. Ich habe einmal eine Ausbildung als Musisch-technischer Fachlehrer gemacht; das war eine Ausbildung speziell für diese Fächer. Jetzt gehen meine Kollegen alle in Pension, und ich weiß nicht, wer sie an den Schulen eigentlich ersetzen soll.

(Zuruf: Niemand!)

– Ja. Und die Politik, das Kultusministerium regt es nicht auf, dass dann Unterricht gegeben werden muss, für den es überhaupt keine ausgebildeten Lehrer gibt.

Das ist nur ein Beispiel; wir haben das in anderen Fächern ganz genauso. Nordrhein-Westfalen hat es ein bisschen transparent gemacht: In vielen Bereichen haben wir eben nicht die entsprechend ausgebildeten Lehrkräfte. Wenn die Fachausbildung wirklich die Grundlage dafür ist, dass die Schüler etwas lernen, dann ist das eigentlich eine völlig fatale und nicht hinzunehmende Situation. Also: Lehrerbedarfsberechnungen, die nicht auch den fächerspezifischen Bedarf berücksichtigen, kann man vergessen.

Ich komme zum Schluss, zur demografischen Rendite. Eine solche würde ja nur entstehen, wenn man die Schulausgaben linear an die sinkenden Schülerzahlen anpassen würde. Das kann nun wirklich nicht das sein, was man braucht.

Ich glaube, notwendig ist eine Aufklärung der Öffentlichkeit darüber, was uns tatsächlich an dramatischen Entwicklungen bevorsteht. Das bezieht sich einerseits auf die migrationsspezifische und soziale Zusammensetzung der nachwachsenden Bevölkerung, also der jungen Leute, die jetzt in die Schulen gehen oder in die Schule kommen, und zum anderen auf die Herausforderungen, die im Hinblick auf die Arbeitsmarkterfordernisse bestehen. Wir stehen vor der Notwendigkeit, die Arbeitsmarkterfordernisse mit einem deutlich reduzierten Bevölkerungsbestand erfüllen zu müssen.

Diese Information ist, glaube ich, die Grundlage, um der Gesellschaft und den Bürgern klarzumachen, dass die Bildungsanstrengungen intensiviert werden müssen. Hinzu kommt noch das Anliegen eines inklusiven Schulsystems. Daher bin ich der festen Überzeugung – wir haben auch im Zusammenhang mit dem Bildungsbericht 2010 schon versucht, das zu quantifizieren oder zumindest die Anforderungen der verschiedenen Bereiche in den Blick zu nehmen –: Die demografische Rendite wird in Hessen in keinem Fall ausreichen, um das, was an Herausforderungen an das Schulwesen existiert, finanzieren zu können.

Wir werden einen Mehrbedarf haben. Wenn dieser nicht im Schulwesen oder in der Bildung befriedigt wird, dann wird er in anderen sozialen Bereichen – Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Kriminalitätsbekämpfung – aufgebracht werden müssen.

(Beifall)

Vorsitzender: Herzlichen Dank. – Nun können Sie sich mit Fragen zu Wort melden.

Abg. **Wolfgang Greilich:** Ich bin ein Stück weit erschlagen, Herr Prof. Weishaupt, aber es war hoch spannend; das darf ich vorweg sagen. Ich will versuchen, mich auf drei Fragen zu beschränken.

Die erste Frage bezieht sich auf Ihre Darstellung zu den Unterschieden in den verschiedenen Städten und Landkreisen in Hessen. Dort lag – was man natürlich immer im Blick hat – mein eigener Landkreis Gießen etwa im Mittelfeld. Kann man sagen, dass das, was sich zwischen den Kreisen und Städten abzeichnet, auch innerhalb der ländlich strukturierten Kreise gilt, dass also die Städte in diesen Kreisen eine andere Entwicklung haben als das Umland? Das scheint mir relativ einfach zu beantworten zu sein, denn ich glaube, das ist so.

(Herr Prof. Dr. Weishaupt: Ja!)

Die zweite Frage ist schon spannender. Sie haben zum Schluss über das Stichwort demografische Rendite gesprochen. Meine Frage: Gehen Sie nach den derzeitigen Entwicklungen davon aus, dass wir überhaupt eine demografische Rendite haben werden? Die Geburtenentwicklung ist das eine, wobei es auch um die Geburtenentwicklung in unterschiedlichen – wie nennt man das? – Bevölkerungskohorten geht. Das andere ist die Zuwanderung, die wir hier jetzt in einem ganz massiven Ausmaß haben, wenn wir allein in Hessen von rund 40.000 zusätzlichen Flüchtlingszuwanderern im Jahr ausgehen. Welche Auswirkungen wird das auf eine eventuelle demografische Rendite haben?

Ein anderer Punkt, der mich beschäftigt, sind die Übergangssysteme. Auch dazu haben Sie sehr Erhellendes vorgetragen. Sie hatten eine Grafik, die ich mir nicht richtig anschauen konnte, da sie so schnell wieder weg war. Es ging um die Frage, wie viele denn im Übergangssystem verloren gehen. Wenn ich es richtig verstanden habe, dann ist die Zahl derer, die aus dem Übergangssystem verschwinden, relativ hoch und ist gestiegen. Aber der untere Sockel, und darum geht es mir, erfasst, wenn ich es richtig sehe, diejenigen, die im Übergangssystem dann doch einen Abschluss erreichen. Dies ist gestiegen. Wie erklären Sie das? Wo sind die Ansätze, um dieses blaue Feld weiter zu vergrößern und das weiße Feld zu verkleinern?

Wir haben in Hessen eine heftige Diskussion über die Frage: Behindern die Übergangssysteme den dualen Ausbildungsmarkt? Ich sehe das nicht so, würde von Ihnen aber gern etwas dazu hören. Wie können duales Ausbildungssystem und Übergangssystem in ein produktives Zusammenwirken gebracht werden?

Vorsitzender: Ich setze voraus, dass wir wieder so verfahren, dass wir die Fragen zunächst sammeln und Herr Prof. Weishaupt sie im Anschluss beantwortet. Der Fragenkomplex von Herrn Greilich war schon sehr umfangreich; mehrere weitere Wortmeldungen liegen mir bereits vor. Wir sammeln also die Wortmeldungen, damit Herr Prof. Weishaupt weiß, wie lange er noch vortragen kann. Wir haben noch zwei weitere Vortragende. Nachdem unser erster Experte statt der vorgesehenen 30 Minuten fast 50 Minuten lang gesprochen hat, müssen wir versuchen, den zeitlichen Rahmen einigermaßen einzuhalten.

Herr **Kraus:** Herr Prof. Weishaupt, ich möchte zwei Themen ansprechen: ein Thema, das Sie interessant und ausführlich dargestellt haben, und ein anderes, das Sie mit einem interessanten Halbsatz erledigt haben.

Ich beginne mit Letzterem. Sie haben darauf hingewiesen, dass in Frankfurt mittlerweile 12 % der Grundschüler eine Schule in privater Trägerschaft besuchen. Mich würde Ihre Einschätzung interessieren, was die Entwicklung im Bereich privater Schulen, freier Träger, Ersatzschulen betrifft. Nun, wir wissen natürlich – da will niemand Abstriche machen –, dass die Schulen in freier Trägerschaft, insbesondere im weiterführenden Bereich, grundgesetzlich garantiert sind und auch eine wichtige Ergänzungs-, Vorbild- und Ersatzfunktion haben.

Zugleich wissen wir aber auch – das ist vielleicht noch die unproblematische Entwicklung –, dass der Privatschulbereich in den letzten Jahren vom Schülerrückgang relativ unberührt geblieben ist. Die Rückgänge hatten wir in anderen Bereichen. In den neuen Bundesländern – dazu wird auch Herr Weichelt etwas sagen können – gab es im Privatschulbereich, ausgehend von einer niedrigen Ausgangsbasis, innerhalb von zehn Jahren Schülerzuwächse, die bei 300 % bis 400 % liegen. In Hessen sind es 30 %, bezogen auf die Jahre 2000 bis 2010. Das einfach einmal als Feststellung.

Wie bewerten Sie diese Entwicklung vor dem Hintergrund staatlicher Planungssicherheit? Diese Schulen kommen teilweise ja plötzlich aus dem Nichts. Wie bewerten Sie das hinsichtlich der Ersatzschulfinanzierung? Wie bewerten Sie es hinsichtlich möglicher Leistungsentwicklungen oder Niveauunterschiede? Wie bewerten Sie das auch hinsichtlich eines Prinzips, das in den letzten Jahren ja nicht ganz zu Unrecht, zum Teil aber auch ein bisschen verzerrt, heftig diskutiert wurde, nämlich das Prinzip der Bildungsgerechtigkeit?

Der zweite Punkt betrifft Ihr Thema Lehrerbedarfsprognose. Nun erlaube ich mir zu sagen, dass sich die 16 Bundesländer bzw. die 16 Kultusminister in puncto Lehrerbedarfsprognose alles andere als mit Ruhm bekleckert haben, obwohl man relativ verlässliche Planzahlen gehabt hätte – verlässlicher als in der freien Wirtschaft, wo man konjunkturellen Zyklen unterliegt.

Bekannt ist die genaue Altersstruktur der Lehrerschaft, nach Schulformen und nach Fächern differenziert. Man weiß relativ gut, wie die Schülerzahlentwicklung aussieht – der Gymnasiast des Jahres 2024 ist schon geboren, der Berufsschüler des Jahres 2030 ist schon geboren. Man kennt die politischen Setzungen und das Deputat eines Lehrers; man weiß, wie viele Stunden ein Schüler in einer bestimmten Jahrgangsstufe haben soll und wie groß die Klasse sein soll. Meine Frage nun: Wie könnte die Planung verbessert werden, damit wir angesichts der demografischen Entwicklung nicht einen noch stärker gespaltenen Lehrerarbeitsmarkt bekommen?

Sie wissen, in den alten Ländern ist es so, dass wir im Bereich weiterführender Schulen einen erheblichen Lehrerüberhang haben, etwa in den Fächern Deutsch und Geschichte, und einen Lehrermangel in den MINT-Fächern oder auch in Fächern wie Kunst oder Latein. Was kann man hier wirklich tun? Was könnte man den Kultusministern ins Stammbuch schreiben?

Die demografische Entwicklung geht ja oft auch einher – oder kann einhergehen – mit einem Schulsterben auf dem flachen Land, einer Landflucht. Haben Sie ein Rezept, wie es gelingt, Lehrer für Stellen auf dem flachen Land zu gewinnen?

Abg. **Daniel May:** Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Prof. Weishaupt! Auch von meiner Seite vielen Dank für den Vortrag, den auch ich als sehr spannend empfunden habe. Es sind so viele Punkte angeführt worden, dass es mir jetzt schwerfällt, überhaupt eine Auswahl zu treffen, aber an einer Stelle kann ich vielleicht etwas erwidern und dann Nachfragen stellen.

Bei der Bearbeitung des Fragenkatalogs ist Ihnen ja aufgefallen, dass sehr viel zu Schulstandorten, Mindestzügigkeit usw. gefragt wurde; das hatten Sie im Vortrag auch erwähnt. Zur Erklärung: Dahinter steht, dass die Landtagsabgeordneten fast alle auch kommunal aktiv sind und dass sie als Vertreter in Kommunalparlamenten eben auch als Schulträger tätig sind. Von daher sind wir mit diesem Thema unter Umständen ganz massiv beschäftigt. Ich als Abgeordneter aus dem ländlichen Raum kenne das auf jeden Fall zur Genüge. Daher möchte ich an dieser Stelle zwei Fragen stellen.

Zur Sekundarstufe I haben Sie ausgeführt, welche Gefahr gegeben ist, wenn im Unterricht quasi keine Fachlichkeit mehr dargestellt werden kann. Als Überschrift haben Sie aber „Verringerung der äußeren Differenzierung" gewählt. Für mich wäre eine Eingrenzung interessant: Was ist aus Sicht der Bildungsforschung tatsächlich ein Mindestrahmen für die Politik? Was muss an Fachlichkeit mindestens vorgehalten werden? Reicht es tatsächlich aus, einen Lehrer jedes Faches zu haben, oder brauche ich, wenn ich die Verringerung der äußeren Differenzierung tatsächlich angehen möchte, vielleicht noch mindestens einen weiteren Lehrer für den Bereich Haupt- und Realschule bzw. Gymnasium? Das würde mich interessieren.

An anderer Stelle, im Grundschulbereich ist das Problem schon etwas drängender – Sie sind darauf eingegangen. Sie sagten, es gebe Erfahrungen aus der Zeit, als wir noch die kleinen Dorfschulen hatten. Aber wie ist das in einen Zusammenhang zu bringen mit der Forderung nach einer Mindestfachlichkeit, vor allem vor dem Hintergrund dessen, was Sie zuletzt ausgeführt haben? Wir verlangen beispielsweise Musikunterricht, bilden aber keine Lehrer aus.

Herr Prof. **Dr. Radtke:** Vielen Dank, Herr Weishaupt. Auch ich hätte eine Reihe von Fragen, beschränke mich jetzt aber auf zwei oder drei.

Die erste Frage bezieht sich auf den MORO-Bericht, den Sie uns als Anlage mitgeschickt haben: Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge. Das ist ein Bericht, der sich im Wesentlichen mit ländlichen und kleinstädtischen Regionen beschäftigt. In diesem ganzen Bericht kommt nicht ein Mal das Wort Migration vor. Sie haben vorhin ja deutlich gemacht, dass man sich in den größeren Städten Gedanken über die Schülerzusammensetzung machen muss. Spielt das Thema Migration aus Ihrer Sicht für die Kleinstädte in ländlichen Räumen keine Rolle?

Für Demografen ist es immer eine schöne Sache – Herr Kraus hat es eben vorgetragen –, wenn man heute schon weiß, wer 2020 in die Schule geht und wer da unterrichtet werden muss. Solange sich das aus Geburtenzahlen ableiten lässt, handelt es sich quasi um natürliche Entwicklungen. Bei der Migration haben wir es nun aber mit genau dem Phänomen zu tun, dass wir heute eben noch nicht wissen, was morgen der Fall sein wird, an welcher Stelle der nächste Bürgerkrieg ausbricht oder ähnliche Ereignisse. Ich will Sie nur fragen: Ist das gar nicht berücksichtigt worden, dass man sozusagen auch in kleinstädtischen Räumen, etwa in Nordhessen, damit rechnen muss, dass man mit unvorhergesehenen demografischen Entwicklungen zu tun hat?

Der zweite Punkt bezieht sich ebenfalls auf ein Problem der Prognosesicherheit. Sie haben ein ziemlich dramatisches Bild von dem Zusammenhang zwischen demografischer Entwicklung – bzw. in Ihrer Logik: demografischem Schwund – und dem Ersatzbedarf am Arbeitsmarkt gezeichnet. Das Wort Produktivität ist an keiner Stelle gefallen. Wie wird das in solchen Überlegungen berücksichtigt, die dann ja für die Schulentwicklung,

für den Ausbau oder Nicht-Ausbau von Schulen eine große Rolle spielen? Scheinbar ist diese Größe statistisch nicht gut messbar und wird deshalb nicht berücksichtigt.

Ein Drittes: Sie haben hier das Bild der Zusammensetzung der Schülerschaft unter dem Stichwort Unterschichtung eingeführt: Die Migration führe zu einer Unterschichtung der deutschen Schulbevölkerung und damit zu erhöhtem Qualifikationsbedarf – das war Ihr Argument.

Haben wir nicht, gerade wenn wir auf Hessen schauen, damit zu tun, dass es sich in hohem Maße um eine Elitewanderung bzw. Hochqualifiziertenwanderung handelt? Herr Bachmann wird uns das nachher für den südhessischen Raum darlegen. Ist es nicht so, dass wir gar nicht von vornherein davon ausgehen können – das hängt natürlich auch von den Maßnahmen ab, die wir ergreifen –, dass hier nur Unqualifizierte oder Bildungsferne ankommen? Wie wir wissen, kommen im Augenblick z. B. aus der EU-internen Einwanderung im Grunde nur Hochqualifizierte.

Neben diesen drei Fragen hätte ich noch fünf andere, aber ich belasse es einmal dabei.

Vorsitzender: Dann bitten wir Herrn Prof. Weishaupt, zunächst die bis hierhin gestellten Fragen zu beantworten. Es haben sich noch sechs weitere Kolleginnen und Kollegen zu Wort gemeldet, sodass wir im Anschluss eine zweite Fragerunde durchführen, bevor die anderen Vortragenden angehört werden. Unter Umständen ergeben sich auch daraus noch größere Fragerunden. Ich hoffe, diese Vorgehensweise stößt auf Ihre Zustimmung. – Das ist der Fall.

Herr Prof. **Dr. Weishaupt:** Es ist klar und in den Großstädten ganz offensichtlich, dass es dieses Stadt-Umland-Verhältnis oder diese internen regionalen Disparitäten gibt. Bei den Landkreisen ist es unterschiedlich. Wir haben z. B. einmal Cloppenburg untersucht, da gab es fast keine Unterschiede innerhalb des Landkreises. Das kann aber durchaus anders sein, gerade dann, wenn es eine prominente Kreisstadt mit Umland gibt. Diese regionalen Verwerfungen können auch kleinräumig noch einmal auftauchen.

Die Frage der weiteren Zuwanderung ist natürlich ein offenes Thema. Es ist völlig klar, das habe ich auch schon deutlich gemacht, dass auch so – ohne Flüchtlingszuwanderung – die demografische Rendite in Hessen ohnehin schon klein bemessen ist, weil es diesen Rückgang der Schülerzahlen gar nicht geben wird, unter anderem durch eine steigende Bildungsbeteiligung. Aus dieser Rendite können die Aufgaben, die anstehen, wenn man das im Detail durchgeht, nicht finanziert werden. Von daher muss man damit rechnen, dass die Probleme durch weitere Zuwanderung noch verstärkt werden.

Ich möchte aber davor warnen, zu meinen, wir könnten die Zuwanderung in Deutschland nun steuern. Natürlich haben wir in bestimmten Teilen auch eine Hochqualifiziertenzuwanderung, aber das ist nicht der Regelfall – gerade bei den Flüchtlingen, die jetzt nach Deutschland kommen. Ich habe das gerade gesehen; meine Frau ist Lesepatin an einer Schule in Frankfurt-Fechenheim. Wenn man sich die Zusammensetzung dieser Schüler anschaut, stellt man fest, dass das auch nicht mehr die traditionellen Gastarbeiterkinder sind. Sie kommen aus Afghanistan, aus Marokko, aus England, sind aber eigentlich aus Pakistan usw. Das sind die Gruppen, mit denen wir es zu tun haben.

Von daher glaube ich, dass sich die Frage der Unterschichtung in Zukunft noch verstärkt stellen könnte. Ich habe auch nicht gesagt, dass dies empirisch nachgewiesen ist, son-

dern sagte: Sie müssen darauf achten. Lassen Sie es doch einmal genauer untersuchen! Wie sieht die Zusammensetzung der Migranten in Hessen denn aus? Wie ist es an den Schulen? Anhand der Schulstatistik könnte man das perfekt machen. Es gibt kein Bundesland, das eine bessere Schulstatistik hat als Hessen, nur wird sie, habe ich den Eindruck, als geheime Verschlusssache des Kultusministeriums behandelt.

(Zuruf: Mal nachfragen!)

Zum Verhältnis Übergangssystem – duales Ausbildungssystem: Das Problem ist sicherlich kein echtes. Sicher wird es so sein, dass sich die Unternehmen auch darauf einstellen müssen, verstärkt Schüler bzw. Auszubildende zu übernehmen, die sie bisher ins Übergangssystem abschieben, weil sie sagen, sie seien nicht ausbildungsreif. Aber ich denke – das habe ich vorhin, glaube ich, vergessen zu erwähnen –, dass die Problematik der Übergangssysteme vor allem darüber gelöst werden muss, dass man die Berufsvorbereitung in der Sekundarstufe I massiv intensiviert. Wie heißt es hier in Hessen? Ich habe es wieder vergessen.

(Zuruf: Mittelstufenschule!)

Das fand ich eine schöne Idee, und es ist ein bisschen schade, dass man das in den letzten Jahren nicht intensiver vorangetrieben hat. Genau das ist ein Ansatzpunkt. Gerade habe ich in Niedersachsen, in Loccum, von einem Modell gehört, das seit zehn Jahren betrieben wird und bei dem die berufliche Schule mit der allgemeinbildenden Schule zusammenarbeitet. Das hat sich unheimlich gut bewährt und wird als ein riesiges Erfolgsmodell beschrieben. Von daher kann ich Sie nur ermuntern, das auszubauen.

Man muss einfach sehen: Das Übergangssystem wird zunehmend zu einem System der wirklich Benachteiligten, wobei auch jene sich noch weiter differenzieren. Einerseits sind darunter migrationsspezifisch sprachlich Benachteiligte, sozial Benachteiligte und auf der anderen Seite wirklich behinderte junge Menschen. Man muss deutlich machen, dass dieses Übergangssystem eine ganz spezifische Klientel hat, auf die auch die Pädagogik und das pädagogische Programm sich viel stärker ausrichten müssen, als es bisher der Fall ist.

Privatschulen: In Hessen hat sich die Zahl der Grundschüler auf Privatschulen verzweieinhalbfacht – in einer Zeit, in der die Grundschülerzahl insgesamt um 15 bis 20 % zurückgegangen ist. Ich sehe das vor dem Hintergrund von Artikel 7 Abs. 5 des Grundgesetzes. Sonst habe ich gar nichts gegen Privatschulen und im Prinzip auch nichts gegen private Grundschulen. Nur war die Idee des Grundgesetzgebers, dass wenigstens vier Jahre lang die Kinder aller sozialer Schichten und Gruppen gemeinsam lernen sollen.

Deshalb steht in Artikel 7 Abs. 6 GG als Zusatz noch: „Vorschulen bleiben aufgehoben." Solche gab es vor dem Ersten Weltkrieg für die Kinder der Oberschicht, die gar nicht erst in die öffentliche Schule gegangen sind, sondern in Vorschulen und nach drei Jahren dann aufs Gymnasium. Interessant übrigens, dass es damals bis zum Abitur zwölf Jahre waren.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Gerhard Merz: Das wollen wir aber nicht mehr vertiefen!)

– Nein, nein, das vertiefen wir heute nicht.

Ich kann es gesellschaftlich natürlich verstehen, dass angesichts der sozialen Heterogenität der Bevölkerung in Frankfurt der Drang hin zu Privatschulen geht. Aber ich habe es bei meinen Mitarbeiterinnen gesehen: Sie haben ihre Kinder nicht in Privatschulen angemeldet, weil sie unbedingt Privatschulen haben wollten, sondern in einem Fall ging es um eine bilinguale deutsch-französische Erziehung für ein Kind, das die erste Klasse in Frankreich besucht hatte. Es war nicht möglich, ein solches Angebot in einer öffentlichen Schule zu bekommen. Das einzige derartige Angebot, das es in Frankfurt sonst gab, war nicht darauf eingerichtet, dass Kinder aus dem Ausland kommen, die bilingual aufgewachsen sind und eine bilinguale Klasse besuchen wollen. Ich habe nur den Kopf geschüttelt und gedacht, das kann nicht sein, aber es war so. Im anderen Fall ging es um eine verbindliche Ganztagsbetreuung für das Kind, da dessen Mutter eine Ganztagsstelle bei mir am Institut hatte. Die Mitarbeiterin hat dann natürlich die Schule gewählt, die das sicherstellt.

Man sieht also: Das ist keine Selbstläuferentwicklung, sondern auch aus bestimmten Defiziten des öffentlichen Schulsystems erwachsen.

(Abg. Gerhard Merz: Ja, so ist es!)

Im Hinblick auf die Planungssicherheit habe ich zum Teil den Eindruck – wenn man in den Osten schaut, ist das noch ausgeprägter –, dass man die Privatschulen nimmt, um die Schulfinanzen zu reduzieren. Für Privatschüler muss man nur 80 % dessen zahlen, was ein öffentlicher Schüler kostet. Von daher kann man die Schulausgaben senken, indem man die Privatschulentwicklung fördert. Das ist jetzt ein bisschen defätistisch, was ich hier sage, aber manchmal hat man schon den Eindruck, dass das mit eine Rolle spielt.

Wenn man an die Berliner Situation denkt – da ist es ähnlich mit den Privatschulen –, hat es den Anschein, als würden auf diese Weise auch Konflikte mit den Eltern kanalisiert. Eltern, die sonst am staatlichen Schulsystem herummosern würden, können dann eben auf Privatschulen gehen, und damit hat man sozusagen die kritische Elternschaft aus dem öffentlichen Schulsystem heraus und kann seinen Betrieb weitermachen, ohne gestört zu werden. Das ist jetzt alles ein wenig flapsig gesagt.

Dass diese Entwicklung für die Bildungsgerechtigkeit nicht gut ist, wird jedem unmittelbar evident sein.

Zum Lehrerarbeitsmarkt gab es mehrere Fragen. Lehrer für das flache Land bekommt man beispielsweise, indem man Lehrerehepaare bittet. Ich glaube, was sich international nicht bewährt hat, ist, Junglehrer auf eine periphere Grundschule irgendwo auf dem Land zu schicken. Aus der Schweiz wird aber berichtet, ein Viertel der Lehrer sei völlig begeistert und wolle überhaupt nichts anderes als diese kleinen Schulen. Man muss also die passenden Personen finden und darf nicht einfach jemanden dort hinsetzen. Vielleicht muss man die Stellen ausschreiben.

Man muss vielleicht auch die Rahmenbedingungen schaffen. In Norwegen gibt es zwischen diesen Lehrern Netzwerke, internetgestützt. Das alles ist sehr gut denkbar. Im Hinblick auf Spezialangebote ist denkbar, dass z. B. Künstler oder andere Personen zwischen diesen Schulen herumwandern und immer wieder einmal Projekte mit den Schulen durchführen. Dazu gibt es in Frankreich Modelle. Wir haben 1998 ein Buch über kleine Schulen in Europa herausgegeben, darin sind solche Modelle beschrieben, auch didaktische Konzepte, wie Lehrer mit kleinen Grundschulen umgehen. Gerade in der Schweiz ist das sehr verbreitet. Das liegt alles vor.

Wenn man sich geschickt anstellt, findet man die Lehrer. Das Problem ist eben wirklich die Qualifikation. So habe ich die Frage zum gespaltenen Lehrerarbeitsmarkt verstanden. Es gibt eben keine pro-aktive Lehrerbedarfsbefriedigungspolitik der Kultusministerien. Etwas gezielter läuft es in Bayern, wo man auch fächerspezifisch den Lehrerbedarf genauer benennt und sagt, wo aussichtsreiche Bereiche sind.

Ich meine, in Hessen ist es ja noch nicht einmal so, dass man überhaupt die Ausbildungsinfrastruktur finanziert und zur Verfügung stellt, z. B. wenn jemand Musiklehrer für die Grundschule werden will. Wo soll er das denn studieren?

(Zuruf: Das gibt es schon! In Gießen zum Beispiel!)

Noch schlimmer ist es für die Sekundarstufe I. Nehmen wir einmal Kunstlehrer.

(Abg. Wolfgang Greilich: Wir bieten Gießen an!)

– Ja, ja, klar. Man kann auch Sonderpädagogik für berufliche Schulen studieren. Es gibt in Hannover, in Köln usw. ein paar Angebote. Aber das ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Es fehlen ja auch die Ausbildungsstrukturen, um die entsprechenden Kompetenzen überhaupt auszubilden.

Ob ein Lehrer je Fach ausreicht, ist eine Frage der Unterrichtsorganisation – jetzt im Hinblick auf die Verringerung der äußeren Differenzierung. In Brandenburg gibt es eine Kommission, die sich speziell mit dieser Frage auseinandergesetzt hat. Dort hieß es: mindestens zweizügig. Das setzt eben voraus, dass man dann auch bezüglich der Lehrerversorgung versucht, eine gewisse Doppelbesetzung zu erreichen, was angesichts der zwei Fächer, die Lehrer haben, im Regelfall auch zu machen ist. Ob man an Gesamtschulen dann noch nach Lehrbefähigung differenzieren soll – ob das ein Gymnasial- oder ein Hauptschullehrer ist –, ist ja sowieso die Frage, und auch, ob man im Hinblick auf die Stufenlehrerausbildung nicht noch einmal Überlegungen anstellen sollte.

Fachlichkeit in der Grundschule ist nur herzustellen, wenn die Grundschullehrer fachlich breit ausgebildet werden. Das heißt, bei der Selektion von Grundschullehrern muss man im Grunde genommen auch darauf achten, dass sie fachlich breit interessiert sind, dass sie auch irgendwelche künstlerischen Interessen haben, dass sie sich nicht nur für Deutsch interessieren, sondern auch bereit sind, Mathe so weit zu studieren, dass sie in der Grundschule einen Mathematiklehrgang machen können. Aber das sind eben Dinge, auf die bisher zum Teil zu wenig geachtet wird.

Migration ist sicher auch im ländlichen Raum ein Thema, aber ich glaube, es ist jetzt nicht so relevant, dass es noch einmal eine spezifische Herausforderung bildet. Wenn man Heterogenität und eine gewisse Flexibilisierung des Angebots erreicht, dann haben Sie in Landkreisen mit 20 % Migrantenanteil kein unlösbares Problem.

Allerdings gibt es z. B. in Stadtallendorf oder anderen Gegenden eine massive Konzentration. Im ländlichen Raum kommt es zum Teil vor, dass sich bestimmte Gruppen in einzelnen Orten ansiedeln und dort massieren. Das kann natürlich schon passieren, ist aber nicht der Regelfall. Ich überblicke das nicht im Detail, aber wenn es solche Konzentrationsprozesse im ländlichen Raum gibt, dann sind sie, glaube ich, genauso problematisch wie in städtischen Zentren. Deshalb wäre es eben wichtig, schulstandortspezifisch solche Analysen anzustellen. Die Daten dafür haben Sie, um im Detail festzustellen, ob es hohe Konzentrationen gibt.

Die Produktivität, Herr Radtke, geht natürlich in die Arbeitsmarktberechnungen ein. Das ist überhaupt kein Thema. Es ist eine interessante gesellschaftliche Konstellation, dass man Produktivitätsfortschritt braucht, um überhaupt Wachstum zu erzeugen. In der Vergangenheit war es so, dass Produktivität immer als negativ angesehen wurde, weil sie Arbeitskräfte gekostet hat. Produktivitätsfortschritt bedeutet eine Reduzierung des Arbeitskräftebedarfs um einen entsprechenden Prozentsatz. Deshalb war man gegen Produktivität. Jetzt braucht man Produktivität, weil man in Zukunft eben gar nicht mehr die Arbeitskräfte hat.

Vorsitzender: Auch an der Anzahl der Nachfragenden und Kommentierenden sehen Sie, Herr Prof. Weishaupt, wie spannend Ihr Vortrag war. Wir beginnen jetzt mit der zweiten Fragerunde.

Abg. **Barbara Cárdenas:** Herzlichen Dank, Herr Prof. Weishaupt. Auch ich fand es sehr spannend, was Sie erzählt haben. Ich werde mich auf zwei Fragen beschränken.

Zum einen haben Sie ausgeführt, dass es notwendig ist, zusätzliche Lehrerstellen für benachteiligte Kinder zur Verfügung zu stellen. Sie haben den Sozialindex angesprochen und haben erwähnt, dass in NRW mehr bereitgestellt wird als hier in Hessen. Sie haben gesagt, wenn ich das richtig verstanden habe, dass man evaluieren solle, wie zusätzliche Ressourcen eigentlich eingesetzt werden. Ich würde gern wissen, was Sie dazu treibt, das zu sagen. Gibt es schlechte Erfahrungen? Was würden Sie erwarten? Wie sollte ein Sozialindex, wenn das überhaupt Ihr favorisiertes Modell wäre, eingesetzt werden?

Die zweite Frage: Ganz zu Anfang haben Sie davon gesprochen, dass es einen – sage ich einmal – „Lag“ gibt zwischen der Schulstatistik und sonstiger Statistik, wobei ich nicht genau weiß, welche andere Statistik Sie konkret meinten. Aber das ist etwas, was mich aufhorchen lässt, denn das kann ja durchaus große Auswirkungen haben. Wenn die Schulstatistik von weniger Bedarf ausgeht, kann sie auch entsprechende Lehrerstellen bei Migrationshintergrund zur Verfügung stellen. Die Frage wäre: Was denken Sie, wie hoch dieser „Lag“, dieser Unterschied ist? Wie kann man sich das ungefähr vorstellen? Das andere wäre: Ist das den Wissenschaftsministerien bekannt? Warum, denken Sie, geht man von geringeren Zahlen aus?

Frau **Scheffels:** Ich bin Vorsitzende des Hauptpersonalrats der Lehrerinnen und Lehrer, und ich denke, wir als Lehrkräfte haben noch einmal einen besonderen Blick auf diese Thematik. Ich habe drei Anmerkungen. Bei dem, was Sie ausgeführt haben, könnte sich der Hauptpersonalrat in seinen Positionen an vielen Stellen wiederfinden, aber mindestens genauso viele Punkte würden wir gern in einer kritischen Auseinandersetzung intensiver mit Ihnen diskutieren. Da waren wirklich viele Facetten, mit denen man sich sehr kritisch auseinandersetzen könnte.

Konkret zu dem, was bezüglich der Lehrkräfte angesprochen wurde, die nicht aufs Land wollen: Real erleben wir, dass Grundschullehrkräfte nicht nach Frankfurt wollen – sie gehen aufs Land. Das nehmen sie gerne an. In Frankfurt ist die Situation so schwierig und so teuer, dass das gar nicht so begehrt ist. Auch da muss man also sehr genau hinschauen. Dort haben wir die höchste Absagequote.

Zunächst zu der breiten Fächerung – ich nehme das nur als Beispiel dafür, dass man zu jedem Punkt wirklich sehr viel intensiver einsteigen müsste. Grundschullehrkräfte müssen

heute in ihrer Ausbildung alle Deutsch und Mathe machen. Das ist Voraussetzung, das wissen wir auch. Was dann natürlich verloren geht, ist eine gewisse Breite in anderen Bereichen, im musischen Bereich. Dass es da einen Nachholbedarf gibt, ist völlig unbestritten. Aber in der Realität sind zumindest einmal diese beiden Fächer aufgrund von Leistungsstudien als Voraussetzung gegeben.

Dann gibt es einen Punkt, der mir generell aufgefallen ist, auch schon in der ersten Sitzung der Enquetekommission. Ich denke, wir müssen ein bisschen auf unsere Begrifflichkeiten achten. Wenn man von „demografischer Rendite" spricht, muss man sich darüber klar sein, dass man über Menschen redet. Das müssen wir uns alle immer wieder vergegenwärtigen. Wenn man den Ausdruck „Unqualifizierte" verwendet, sollte klar sein, dass diese Menschen durchaus bestimmte Qualifikationen mitbringen, wenn auch vielleicht nicht die Qualifikation eines bestimmten Berufsabschlusses oder überhaupt eines Berufsabschlusses. Aus Sicht der Pädagogen ist das ein Punkt, bei dem wir auch im Kultusministerium durchaus öfter einmal Anforderungen stellen.

Der Hauptpunkt, weshalb ich mich gemeldet habe: Der Vortrag thematisierte ausführlich die berufliche Bildung und die Perspektive des Arbeitsmarkts. Ich denke, wir müssen gemeinsam noch einmal viel stärker in die Frage einsteigen, welche Konsequenzen das eigentlich für die Gesellschaft hat, was im Bildungsbereich abläuft. Sie haben beschrieben und ausgeführt, was in der Schule passiert, welche Probleme es gibt usw. Sicherlich ist es für die Jugendlichen wichtig, mit welcher beruflichen Perspektive sie irgendwann ins Leben gehen, aber die Frage der gesellschaftlichen Teilhabe ist für jeden einzelnen Menschen und für die Gesellschaft insgesamt natürlich ganz wichtig. Darüber müssten wir, glaube ich, noch einmal intensiver diskutieren.

Herr **Gülegen:** Herr Prof. Weishaupt, sehen Sie besonderen Handlungsbedarf für die Gruppe der Seiteneinsteiger, darunter insbesondere die immer größer werdende Gruppe minderjähriger Flüchtlinge? Denn wenn Kinder als 14- oder 15-Jährige hier ankommen, nach mitunter jahrelanger Flucht ohne die Möglichkeit einer Schulbildung, sagen wir ihnen nach einem Jahr: „Die Schulpflicht ist nunmehr vorbei, jetzt hast du die Gelegenheit, ein Jahr lang den Eingliederungslehrgang EIBE zu besuchen" – das soll in Frankfurt ja neuerdings „Push" heißen. Aber wie auch immer: Ob sie jetzt noch ein Jahr „geeibt" oder „gepusht" werden, es bleibt das Ergebnis übrig, dass sie dann in die Gruppe der unqualifizierten Arbeitslosen entlassen werden.

Insofern ist die Frage, ob man einmal strukturell darüber nachdenken sollte, eventuell die Schulpflicht für diese besondere Gruppe zu erweitern, um ihnen die Möglichkeit einer Schulbildung zu öffnen, die diesen Namen tatsächlich verdient.

Meine andere Frage hängt wiederum mit dieser Gruppe zusammen. Es gibt ja zumindest in Frankfurt die Realität, dass die Intensivklassen, in die diese Seiteneinsteiger einsteigen, zu 80 % bis 90 % an Hauptschulen oder Realschulen angesiedelt sind. Es gibt kein Gymnasium in Frankfurt, das überhaupt eine Intensivklasse anbietet. Es ist fast unmöglich, durch den Einstieg in die Intensivklasse einer Hauptschule später noch den Weg auf ein Gymnasium zu finden.

Insgesamt war aus meiner Sicht die Frage der Diskriminierung in Ihrem Vortrag eigentlich gar nicht erwähnt. Aber ohne diese Sicht werden wir bestimmte Entwicklungen auch nicht regeln bzw. nicht durchblicken können. Welche Handlungsbedarfe sehen Sie in dieser Frage?

Herr **Nagel:** Zunächst einmal möchte ich unterstützen, was auch Frau Scheffels gesagt hat. Ich habe schon Schwierigkeiten, hier sitzenzubleiben, wenn ungebrochen von „Unqualifizierten" geredet wird. Ein solcher Sprachgebrauch macht es mir schwer. Auch wenn die Wissenschaft vielleicht versucht, da bestimmte Kategorien zu bilden: Das sind Menschen, von denen man allenfalls sagen kann, dass sie für einen Arbeitsmarkt nicht hinreichend qualifiziert sein könnten. Jeder Mensch ist qualifiziert. Das ist ganz schwer.

Auf ein Zweites möchte ich hinweisen: Sie haben eigentlich nachgewiesen, dass es gesellschaftlich keine Rendite, sprich: keinen Profit aus dem Rückgang der Schülerinnen- und Schülerzahlen gibt. Deshalb ist eine Überschrift wie „demografische Rendite", die es ja gar nicht gibt, etwas, wogegen wir uns an vielen Stellen wehren. Aber das hat Frau Scheffels schon gesagt.

Eine dritte Anmerkung; da können Sie die Daten vielleicht nicht abgleichen, denn Sie haben sie vom Kultusministerium. Ich möchte nur betonen, dass es im hessischen Schuldienst in den letzten Jahren keinerlei Pflichtstundenreduzierung der Lehrkräfte gegeben hat. Von daher ist für uns nicht nachvollziehbar, inwiefern hier eine Verringerung des Unterrichtseinsatzes feststellbar sein soll – gerade bei den hessischen Grundschullehrkräften mit der weitaus höchsten Pflichtstundenzahl, auch bundesweit. Aber das müssen wir an anderer Stelle nachfragen.

Sie haben sehr betont, wie wichtig die Fachlichkeit im Unterricht ist. Aufgrund von Daten des Hessischen Kultusministeriums wissen wir inzwischen, dass jede 25. Unterrichtsstunde in Hessen durch eine Kollegin, einen Kollegen gehalten wird, die/der überhaupt kein Lehramt hat, nicht einmal die Fachlichkeit bezogen auf die pädagogisch-didaktische Qualifikation. Welche Untersuchungsergebnisse gibt es beim Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung denn für komplexe Tatbestände wie solche Fristverträge, die sich in Hessen ja zu einem ziemlichen Unwesen ausgewachsen haben?

Auch in diesem Zusammenhang haben Sie von der Bedeutung der Qualifikation gesprochen. Meine Frage: Wie sieht man in der pädagogischen Forschung denn in diesem Kontext den Komplex, dass diese Regierungskoalition jetzt plant, die Profession weiter abzuwerten? Gehaltsreduzierungen und anderes sind ja eine deutliche Abwertung der Professionsstandards. Welche Folgen sieht die pädagogische Forschung bei diesen Dingen, wo man umgekehrt doch immer sagt, für diesen Beruf brauche man nur die Besten? Zugleich wertet man den Beruf ab. Wie sind solche politischen Prozesse einzuschätzen?

Dritte Frage: Sie sprachen von der zweiten Chance. Auch ich bewerte das als einen ganz wichtigen Komplex. Sie haben sich aber auf die beruflichen Schulen bezogen. In Hessen gab es einmal einen im bundesweiten Vergleich relativ gut ausgebauten zweiten Bildungsweg, der inzwischen doch zunehmend ein Schattendasein führt. Wie wird das bewertet?

Letzte Frage, weil die Privatschulen immer wieder angesprochen werden: Man muss doch deutlich machen, dass bei den Privatschulen gleichzeitig geregelt ist, dass sie ein Sonderungsverbot haben. Das Privatschulwesen unterliegt dem Sonderungsverbot. Wie sieht die pädagogische Forschung die Frage, dass dieses Sonderungsverbot an keiner Stelle reguliert ist, dass man sozusagen dem zweiten Teil der Ermöglichung von Privatschulen, der ja auch ganz wichtig war, politisch an keiner Stelle ein Augenmerk widmet?

Abg. **Kerstin Geis:** Meine Frage bezieht sich, ähnlich wie eine Frage von Herrn Nagel, auf das uns übersandte Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge – MORO. In diesem Aktionsprogramm gibt es einen Absatz zum Thema zivilgesellschaftliches Engagement, in dem festgestellt wird, dass zivilgesellschaftliches Engagement für Schulen über den Kreis der Elternschaft hinaus traditionell eher selten anzutreffen sei und dass man auch unter Kostengesichtspunkten doch prüfen müsse, inwieweit bestimmte Aufgaben an Schulen durch ehrenamtliches Engagement erfüllt werden könnten. Das gipfelt, wenn ich das zitieren darf, in dem Satz:

> In diesem Bereich sind der Phantasie durch rechtliche Regelungen kaum Grenzen gesetzt.

Ich finde nicht, dass es wenig ehrenamtliches Engagement an Schulen gibt – man braucht ja nur einmal auf die Elternvereine zu schauen, die es jetzt schon überall gibt, und darauf, welche Aufgaben diese haben. Wie beurteilen Sie denn unter dem Aspekt der fachspezifischen Anforderungen an das, was in der Schule passiert, die Ausweitung von Ehrenamt?

Abg. **Bettina Wiesmann:** In Ihrem Vortrag, Herr Prof. Weishaupt, und in der Diskussion sind jetzt ganz viele Aspekte angesprochen worden. Ich will versuchen – und hoffe, dass wir es dann im weiteren Verlauf auch so machen können –, mich wirklich mit den Demografieaspekten besonders zu befassen und ein paar andere Fragen, die damit zwar verbunden sind, aber doch auch eigenständig, vielleicht nicht so in den Mittelpunkt zu stellen. Dennoch ganz kurz vorweg, weil das angesprochen wurde: Ich würde mich gern einmal mit Ihnen darüber unterhalten, ob es in Frankfurt wirklich an keinem Gymnasium eine Intensivklasse gibt. Ich kenne eines, von dem ich meine, dass es dort eine gibt; aber das können wir nachher klären.

Wir brauchen uns nicht darüber zu unterhalten, dass wir alle gern unendliche Ressourcen im Bildungssystem hätten – Bildung ist uns wichtig; wir sitzen hier überwiegend als Bildungspolitiker oder Bildungsengagierte. Da die Ressourcen dennoch endlich sind und bleiben, müssen wir uns irgendwann auch die Frage vorlegen, wie wir sie am sinnvollsten und am besten einsetzen.

Da haben Sie am Anfang und immer wieder das Thema gestreift – dafür bin ich sehr dankbar –, dass die demografische Situation und Entwicklung in Hessen an vielen Stellen sehr unterschiedlich ist. Wir haben ländliche Räume, in denen die Bevölkerung zurückgeht, die Zusammensetzung sich aber vielleicht nicht so sehr ändert, und wir haben Ballungsräume, wo die Situation stärker in eine andere Richtung geht und wo das qualitative Thema, das Sie so genannt haben, auch noch ein bedeutenderes ist. Es gibt also manche Nuancen; Sie haben es ja differenzierter dargestellt.

Wenn ich unterstelle, dass die Ressourcen, die wir im System haben werden, am Ende doch endlich bleiben, auch wenn wir sie ausweiten – was wir hier seit Jahren tun –, dann interessiert mich schon, wie Sie beurteilen, inwieweit wir in diesem Lande sozusagen dem Gerechtigkeitsanspruch unserer Mittelverwendung – und das muss unser Anspruch sein – entsprechen. Sind die Ressourcen so, wie wir sie heute einsetzen, optimal verteilt? Haben Sie dazu Beobachtungen oder kennen Sie entsprechende Untersuchungen?

Ganz konkret: Gibt es aus Ihrer Sicht Unterschiede in den Auswirkungen und auch in den Qualitätsmerkmalen schulischer Bildung zwischen ländlichen Räumen und Ballungsräumen? Ich habe die Vermutung, dass es das geben könnte, weil wir bestimmte Prob-

lemaspekte, wie von Ihnen auch angesprochen, in den Ballungsräumen unter Umständen stärker vorfinden als im ländlichen Raum – und gleichzeitig in höherer Quantität. Das wäre für mich ein wichtiger Aspekt, denn ich glaube, dies ist eine ganz zentrale Frage, über die wir vielleicht im Nachgang zur Enquete noch nachdenken müssten.

Ein anderer Aspekt: Ich bin sehr dankbar, Frau Geis, dass Sie die MORO-Studie, die auch ich versucht habe, mir anzuschauen, eben schon bezogen auf das Stichwort Zivilgesellschaft angesprochen haben. Interessant ist auch die Aufstellung, die da insgesamt geboten wird, auch im Hinblick auf Stellschrauben, um mit demografischen Problemen und Situationen umzugehen. Die haben Sie jetzt nicht so sehr ins Zentrum Ihres Vortrags gerückt, aber ich würde den Aspekt Planung, Netzplanung von Schule einmal ansprechen wollen und auch den Aspekt Flexibilisierung. Aus meiner Sicht sind da recht innovative Vorgehensweisen dargestellt, z. B. eine Beschulung von Kindern umschichtig vormittags und nachmittags oder die Zuhilfenahme von Telelearning-Elementen, die alle zwar noch in den Anfängen stecken, aber vielleicht Ausbaupotenzial haben. Wie wären solche Dinge, die noch sehr nach Zukunftsmusik klingen, aber schon diskutiert werden, aus Ihrer Sicht einzubeziehen?

Im Folgevortrag, den wir noch hören werden, können wir vielleicht auch auf jahrgangsübergreifenden Unterricht und Schulkooperationen zu sprechen kommen, aber ich würde mich freuen, auch von Ihnen etwas darüber zu hören.

Vorsitzender: Ich schließe die zweite Fragerunde und erteile Herrn Prof. Weishaupt das Wort.

Herr Prof. **Dr. Weishaupt:** Vielleicht gerade zu Ihrem letzten Punkt: Ich habe selbst in diesem Arbeitskreis mitgearbeitet, das heißt, ich vertrete, was in diesem Papier steht, auch wenn ich das jetzt nicht dargestellt habe – ich habe sowieso schon zu lange geredet. Mir ging es darum, hier eher die übergreifenden Punkte anzusprechen.

Wichtig finde ich den Gerechtigkeitsanspruch des Mitteleinsatzes. Das hängt ja auch mit der Frage zum Sozialindex zusammen. Die Frage ist grundsätzlich, ob – zum einen – die Mittel im Moment gerecht eingesetzt werden. Da es mit der Schüler-Lehrer-Relation etc. im Grunde genommen eine pauschale Lehrerzuweisung je Schüler gibt, stellt sich beispielsweise noch die Frage: Ist es gerecht, dass es Differenzen gibt zwischen der günstigeren Bezahlung der Lehrkräfte an Gymnasien im Verhältnis zu den Lehrkräften an Hauptschulen? Das sind Fragen, die man sich unter Gerechtigkeitsaspekten vielleicht auch noch einmal überlegen muss, weil das im Grunde genommen eine sozial unterschiedliche Bereitstellung von Ressourcen ist. Das Gymnasium besuchen überwiegend Kinder der Mittelschicht, während es bei den Hauptschulen eben andere soziale Gruppen sind.

Das scheint mir ein wichtigerer Aspekt zu sein als die Unterscheidung „Ländlicher Raum – Ballungsraum“. Dass dieser Gerechtigkeitsaspekt dort auftaucht, könnte höchstens dann noch passieren, wenn man den Punkt anspricht, der jetzt mit dem Sozialindex thematisiert wurde, nämlich die Frage, ob man angesichts unterschiedlicher Problemlagen von Schulen auch die Ressourcenbereitstellung differenziert. Sie wird bisher über die Schüler-Lehrer-Relation relativ einheitlich gehandhabt, auch wenn es bestimmte Ausnahmefaktoren gibt.

Der Sozialindex liefert ja ein Instrument. Das Bundesland, das in Deutschland am intensivsten damit arbeitet, ist Hamburg, wo über den Sozialindex wirklich massiv Mittel um-

geschichtet werden. Man versucht, den problembelasteten Schulen bessere pädagogische Bedingungen zu ermöglichen, indem man ihnen mehr Ressourcen zuweist.

Nur sind Ressourcen eben nicht pädagogische Erträge oder pädagogische Effekte. Das Problem, das ich bei diesen Mittelzuweisungskonzepten sehe: Wenn sie nicht mit Zielvereinbarungen, genauen Absprachen und bestimmten pädagogischen Programmen verknüpft sind und wenn man nicht auch evaluiert, ob diese zusätzlichen Mittel tatsächlich zielführend eingesetzt werden und zu dem führen, was man sich davon erwartet, kann es sein, dass das eben eine Strategie ist, die letztlich keinen Ertrag bringt.

Man kann dann sein soziales Gewissen beruhigen, weil man so viele Mittel zur Verfügung gestellt hat, aber ob das funktional ist, ist noch die andere Frage. Im Grundsatz bin ich aber schon jemand, der eine bedarfsorientierte Mittelzuweisung an einzelne Einrichtungen sehr unterstützt. Das tut man ja auch im Kindergartenbereich; ich glaube, das ist sogar im KJHG geregelt, zumindest gibt es in Nordrhein-Westfalen ein Landesgesetz dazu. Das macht jedoch nur Sinn, wenn man den Mitteleinsatz genauer kontrolliert und die Effekte überprüft. Ich denke, man sollte vielleicht generell ein Controlling – oder wie immer man das nennt – auch in pädagogischen Zusammenhängen einführen und einfach überprüfen: Bringt das etwas?

Sie fragten auch nach solchen Strategien. Wenn Sie sich genau informieren wollen, wie man das machen kann, ist Hamburg ein gutes Beispiel. Aber Hamburg hat eben auch den Nachteil, dass der Erfolg der Strategien nicht evaluiert wurde. Es sind auch keine Erfolgskriterien genannt. Was ist Erfolg? Müssen die Schüler höhere Leistungsniveaus erreichen? Sollen sie höhere Übergangsquoten zu weiterführenden Schulen erreichen? Diesen Fragen muss man sich widmen.

Zum Teil muss man natürlich auch sehen, dass die Lehrer ein bisschen alleingelassen sind, denn wir haben es in der Bildungsforschung bisher versäumt, für die Lösung bestimmter Probleme tatsächlich angemessene pädagogische Programme zu entwickeln. Den Lehrern sagt man jetzt: „Macht mal Sprachförderung!“ Aber wie sie das genau machen sollen, dazu können wir ihnen seitens der Forschung jetzt auch nicht sagen: „Macht das, und dann habt ihr den Ertrag, den ihr euch wünscht.“ Da sind die Lehrer sehr stark auf ihre eigene Phantasie, ihre Kreativität und auf ihr Feeling im Verhältnis zu den Schülern angewiesen.

Die Migrationsdaten der Schulstatistik haben, um es noch einmal deutlich zu machen, eben das Problem, dass nur Schülermerkmale erhoben werden. Es werden also erhoben: die Nationalität, die Herkunft – also, ob jemand aus dem Ausland kommt – und die zu Hause gesprochene Sprache. Wenn das Kind zu Hause deutsch spricht und in Deutschland geboren ist, dann erscheint es nicht als Migrant. Wenn das Kind die deutsche Staatsbürgerschaft hat, wie es bei den Kindern unter 10 oder 12 Jahren jetzt überwiegend der Fall ist, kann man dieses Merkmal nur erfassen, indem man die Eltern fragt, ob sie in Deutschland geboren sind.

Die Differenz zum Mikrozensus: Auch das wäre eine spannende Frage, inwieweit man das genau feststellen kann. Zumindest erscheinen all diejenigen, bei denen man den Migrationsstatus nur aufgrund von Elternmerkmalen identifizieren kann, in der Schulstatistik nicht mehr als Migranten. Interessanterweise kann man das Elternmerkmal in der Kindergartenstatistik mit erheben. Da gibt es keine datenschutzrechtlichen Bedenken. In der Schulstatistik haben die Statistiker das aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht gemacht.

Die zu Hause gesprochene Sprache ist eben ein sehr weiches Merkmal, das halte ich für problematisch. Es ist einfach ein großes Problem.

Entschuldigen Sie, dass sich im Sprachgebrauch manchmal irgendwelche Begriffe einschleichen, die man so nicht gemeint hat, wie man sie sagte. Ich habe den Begriff der demografischen Rendite auch nur deshalb verwendet, weil er im Fragenkatalog aufgetaucht ist. Ich mag den Begriff auch nicht und finde ihn irreführend. Er ist aber als solcher in der öffentlichen Diskussion, daher habe ich ihn verwendet. Ich hätte vielleicht ein Fragezeichen dahinter setzen sollen, und zwar doppelt: Gibt es diesen Begriff überhaupt, ist er sinnvoll? Zum anderen: Bringt das etwas?

Auf die Punkte, die Sie zur Benachteiligung angesprochen haben, und auch auf die Lehrerfragen will ich mich jetzt gar nicht einlassen. Bei dem zivilgesellschaftlichen Engagement habe ich die Zielrichtung der Frage nicht ganz verstanden – ob zivilgesellschaftliches Engagement in der Schule möglich ist? Es gibt ja entsprechende Projekte, die so etwas tun und verstärken können, die sogar auch leistungsmäßig bei den Schülern angerechnet werden können. Das kann man durchaus machen, z. B. irgendwelche Patenschaften übernehmen. Wenn die Schüler das tun, können sie es hinterher auch als Leistung im Zeugnis anerkannt bekommen. Solche Formen sind denkbar, aber ich weiß nicht, ob es das war, was Sie fragen wollten.

(Folie „Ausbau des Übergangssystems als gut ausgestattetes Angebot der Benachteiligtenförderung“)

Herr Greilich hatte in der ersten Runde nach einer Abbildung gefragt; das möchte ich noch erläutern. Hier geht es um einen konkreten Jahrgang, der über vier Jahre beobachtet wird. Wir haben in der hessischen Schulstatistik das Personenkennzeichen; dadurch kann man verfolgen, was aus den Schülern wird, die z. B. im Schuljahr 2009 im Schulsystem auftauchen und im Jahr zuvor eine allgemeinbildende Schule verlassen haben. Betrachtet man, inwieweit diese von der Schulstatistik weiterhin erfasst wurden, stellt man fest, dass 15 % verloren gehen. Hier ist es so, dass ein Viertel der Schüler nach diesen vier Jahren einen Berufsbildungsabschluss erreicht hat. Ein Viertel ist also erfolgreich, aber zwei Drittel verschwinden. Auf die habe ich mich vor allem bezogen. Diejenigen, die im Übergangssystem sind, gehen eben nicht verstärkt in eine Ausbildung, sondern sie verschwinden irgendwo. Das war die Aussage.

Es ist wirklich sehr verdienstvoll, dass die hessische Schulstatistik es inzwischen ermöglicht, Bildungsverläufe zu analysieren.

Vorsitzender: Wir haben nach der zweiten Fragerunde nun gut zwei Stunden hinter uns. Ich schlage vor, dass wir aus technischen Gründen und zur Installation des zweiten Powerpoint-Vortrags eine fünfminütige Pause einlegen. Ich unterbreche die Sitzung bis 11:35 Uhr; danach fahren wir mit Herrn Weichelt fort.

(Unterbrechung von 11:30 bis 11:35 Uhr)

Vorsitzender: Wir fahren mit der Sitzung fort. Herr Weichelt, Sie haben als Nächster das Wort.

Herr **Weichelt:** Auch von mir einen wunderschönen guten Morgen! Der Grund, warum ich heute eingeladen bin, sind die Erfahrungen, die wir in Sachsen mit dem demografischen Wandel gemacht haben. Ich bitte um Verständnis, dass ich weniger auf hessische Statistiken eingehe, sondern die Erfahrungen schildere, die ich aus meinem Bundesland mitbringe.

Ich habe Ihnen vorab eine Handreichung zukommen lassen, die verschiedene Punkte enthält. Mit den Fußnoten hinter den Überschriften habe ich auf die Fragen des Fragenkatalogs verwiesen, die dadurch tangiert werden.

Zur Situation, die wir in Sachsen hatten: Wir hatten einen dramatischen Rückgang bei den Schülerzahlen aufgrund des Geburtenknicks infolge der politischen Wende in der DDR. Wir sehen, dass sich die Schülerzahlen in Sachsen zeitversetzt praktisch halbiert haben, und das in Windeseile. Das heißt, es war kaum Zeit, Vorsorge zu treffen. Von daher unterscheidet sich die sächsische Situation von der, die in Hessen zu erwarten ist. Das hatte natürlich auch Auswirkungen auf die Lehrkräfte. Wir hatten im Freistaat Sachsen einen deutlichen Rückgang bei den Lehrerstellen.

Lassen Sie mich etwas zu Prognosen sagen. Ganz wichtig ist, dass im Zuge des demografischen Wandels Prognosen erstellt werden, sowohl zur Schülerzahlentwicklung als auch zur Entwicklung des künftigen Lehrerbedarfs, der nach Schularten, nach Regionen, nach Schulstandorten – bis hin zu einzelnen Schulen – und nach Fächern, die gebraucht werden, aufgeschlüsselt ist. Wir hatten in Sachsen die letzte Schülerzahlprognose im Jahr 2011. Es gab zwei Prognosen des Statistischen Landesamts. In der einen Prognose hat man sich ausschließlich auf die Daten des Statistischen Bundesamts gestützt, in die andere Prognose hat man weitere Faktoren einfließen lassen.

Diese Prognosen liegen ein Stück weit auseinander. Ich möchte das für das Jahr 2030 erläutern. Die Variante 1 geht für das Jahr 2030 von über 325.000 Schülern aus, die Variante 2 von 286.000 Schülern. Die Tatsache, dass von einem Statistischen Landesamt zwei Prognosen erstellt wurden, führte dazu, dass es einen Streit darüber gab, wie sich die Schülerzahlen tatsächlich entwickeln werden. In diesen Streit waren verschiedene politische Akteure verwickelt, und wenn sich dann noch zwei Ministerien darüber streiten, welche die richtige Prognose ist – Sie können sich denken, welche Ministerien das sind –, ist es schwierig, daraus die richtigen Schlüsse zu ziehen. Deswegen ist es auch ganz wichtig, dass die Akzeptanz solcher Prognosen gewährleistet ist.

Für die Jahre bis 2020 – bis 2030 kommt es dann wiederum zu einem geringen Schülerzahlenrückgang – haben wir einen Schülerzahlanstieg zu erwarten, der alle Arten von allgemeinbildenden Schulen betrifft. Bei den berufsbildenden Schulen haben wir es noch mit einem Rückgang zu tun. Das sind noch die Nachwirkungen des Geburtenknicks nach der Wende.

Aus diesen Schülerzahlprognosen muss man ableiten, wie sich der Lehrerbedarf gestaltet. Da gab es in Sachsen durchaus Versäumnisse. In einem Zeitungsartikel aus dem Jahr 2011, der für sehr viele mediale Veröffentlichungen steht, heißt es, dass die Warnungen zu lange ignoriert wurden. Deshalb empfehle ich Ihnen, die abzusehenden demografischen Entwicklungen sehr ernst zu nehmen, gerade was die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrer betrifft; denn das lässt sich nicht von heute auf morgen korrigie-

ren. Wir haben hier eine Ausbildungsdauer, die in der Regel bei sechs bis sieben Jahren liegt.

Die ersten Lehrerprognosen wurden im Dezember 2009 erstellt. Auch dort wurde von zwei Varianten ausgegangen. Die erste Variante ging vom Renteneintritt der Lehrerinnen und Lehrer zum frühestmöglichen Zeitpunkt aus, also mit 63 Jahren. Ich muss an der Stelle erwähnen, dass in Sachsen kein Lehrer verbeamtet ist. Sie sind alle Tarifbeschäftigte. Deshalb spreche ich bewusst von der Rente. Lediglich die Schulleiter und ihre Stellvertreter sind, soweit sie die Altersgrenze seinerzeit nicht schon überschritten hatten, Beamte geworden. Ausgegangen wurde seinerzeit von der Altersstruktur der Lehrer. Sie wurde nach Schularten differenziert aufgeschlüsselt, und daraus wurden Einstellungsprognosen, auch für bestimmte Schularten, erstellt.

Wir sehen also, dass zwischen den Schularten durchaus Unterschiede bestehen. Das liegt daran, dass wir gerade bei den Gymnasien doch noch einen größeren Anteil von Lehrkräften unter 50 Jahren haben als in den anderen Schularten. Bei den anderen Schularten, in denen in den Neunzigerjahren noch weniger Einstellungen erfolgten. ist die Differenz viel größer. So gestaltet sich der Einstellungsbedarf in den nächsten Jahren: Auf die drei großen Schularten – Grundschule, Mittelschule und Gymnasium – entfallen je ein Viertel des Bedarfs; die beiden anderen Schulen, nämlich die Förderschulen und die berufsbildenden Schulen, teilen sich in das verbleibende Viertel.

Um auf das Studienverhalten Einfluss nehmen zu können, ist es natürlich wichtig, dass man die Fächerbedarfe offenlegt. Die jungen Leute müssen wissen, mit welchen Fächerkombinationen sie realistische Chancen haben, in einem Bundesland – hier konkret in Sachsen – später eine Stelle als Lehrer zu bekommen, und mit welchen Fächern sie schlechte Aussichten haben. Darauf, wie das die jungen Leute in Sachsen berücksichtigt haben, komme ich zum Schluss noch einmal zurück.

Jetzt bin ich bei dem Punkt 1: Prognosen. Auch sie sind natürlich für verschiedene Schularten erstellt worden. Insbesondere war das für die allgemeinbildenden Schulen, die Gymnasien und die Mittelschulen, wichtig. Bei den Förderschulen ist es natürlich wichtig, auf die Förderschwerpunkte zu achten. Auch dort wurde der Einstellungsbedarf analysiert. Bei den berufsbildenden Schulen ist das etwas schwieriger. Darauf komme ich im Zusammenhang mit dem konkreten Punkt zu sprechen.

Es gibt seit diesem Sommer eine neue Prognose zum Ausscheiden von Lehrkräften. Sie ist leider noch nicht schulartspezifisch aufgeschlüsselt. Sie unterscheidet sich von den bisherigen Prognosen dadurch, dass nicht die Personen betrachtet wurden, sondern die Stellen, also die Vollzeitäquivalente, die mit diesen Personen einhergehen. Da wird es in den folgenden Jahren erhebliche Unterschiede geben, die aus dem Übergang von der Ruhephase der Altersteilzeit in die Rente bzw. aus dem Übergang von einer freiwilligen Teilzeitbeschäftigung in die Rente resultieren. Das führt dazu, dass nicht mit jeder ausscheidenden Person eine volle Stelle frei wird. Wenn ich das Jahr 2014 herausgreife, stelle ich fest, dass über 1.100 Personen ausscheiden. Sie machen aber nur 543 Stellen frei. Es ist, wie gesagt, eine neue Herangehensweise, dass man nicht mit jeder ausscheidenden Person gleich eine volle Lehrerstelle verbindet.

Zu dem zweiten Punkt: Lehrerbedarf und demografische Rendite. Ich habe vorhin schon die Halbierung der Schülerzahlen erwähnt. Es wird aber deutlich, dass sich die Lehrerstellenzahl in Sachsen nicht halbiert hat. Wer etwas von Schule versteht, weiß auch, dass das gar nicht sein kann; denn nicht jeder Schüler weniger bedeutet zugleich eine Klasse weniger. Viel wichtiger ist es also, zu untersuchen, wie sich die Anzahl der Klassen entwickelt; denn davon ist abhängig, wie viele Lehrer man braucht.

Dann ist es auch wichtig, die Rahmenbedingungen zu gestalten. Es ist ganz wichtig, dass die sogenannte demografische Rendite im Bildungssystem verbleibt. In Sachsen haben wir es wenigstens geschafft, dass bei einem Rückgang der Schülerzahlen um 50 % und einer vergleichsweise schlechten Einnahmesituation – Sachsen ist ein neues Bundesland; wir können nicht auf DAX-Unternehmen und dergleichen verweisen, die dort ihre Standorte haben – nicht auch die Lehrerstellenzahl halbiert wurde, sondern nur auf 70 % heruntergefahren worden ist.

Wir haben die demografische Rendite auch dazu genutzt, um die Qualität im System zu verbessern. Exemplarisch sei hier der Ausbau der Ganztagsangebote genannt. Das hat bereits zu Beginn dieses Jahrtausends begonnen und wurde ab 2006 sehr intensiv fortgesetzt. Im Jahr 2010 endete für Gymnasial- und Mittelschullehrer die unfreiwillige Teilzeit. Die Ressourcen, die dort verblieben, hat man in die Ganztagsangebote übernommen und damit die Schulqualität gesichert. Die Klassengrößen waren zu der Zeit des sogenannten Lehrerüberhangs relativ klein. Mittlerweile zeichnet sich leider ein anderer Trend ab. Aufgrund des Lehrermangels ist von Optimierung die Rede.

Punkt 3: Lehrer-Schüler-Relation. Man erkennt ganz klar die Stellschrauben. Ich muss sagen, alle neuen Bundesländer hatten aufgrund dieses dramatischen Rückgangs der Schülerzahlen natürlich die besten Lehrer-Schüler-Relationen. Ab 2010 sind die Schülerzahlen wieder gestiegen. Ich habe das einmal anhand einer Statistik der KMK aus dem Jahr 2008 herausgearbeitet. Man erkennt, dass die neuen Flächenländer eine deutlich bessere Schüler-Lehrer-Relation hatten als die alten. Das hängt mit dem Rückgang der Schülerzahlen zusammen. Dadurch bieten sich auch gewisse Chancen, gerade was den Erhalt von Schulstandorten im ländlichen Raum betrifft. Zahlen zu der Schüler-Lehrer-Relation habe ich dem Bildungsmonitor für die Jahre 2007, 2008 und 2009 entnommen, weil mir das ganz interessant erschien. Hessen lag ganz hinten, aber das ist Zufall, und es kann sich seitdem auch verändert haben. Damals ging bei uns der Schülerrückgang zu Ende; wir hatten sozusagen den Tiefpunkt erreicht.

Das setzt sich durch alle Schularten fort: Sekundarstufe I und Sekundarstufe II. Auch im dualen System haben wir ähnliche Tendenzen, aber nicht bei den Förderschulen. Das liegt daran, dass bei uns die Zahl der Schüler an den Förderschulen konstant geblieben ist. An den Förderschulen gab es keinen Schülerrückgang. Zu den Gründen möchte ich nichts sagen; ich möchte das Ganze jetzt nicht vertiefen. Aber es wäre aufschlussreich, auch das noch einmal zu analysieren.

Die KMK hatte seinerzeit auch Daten dazu erhoben, wie sich das in den westlichen Ländern – stellvertretend Bayern und Baden-Württemberg – und in den östlichen Ländern – stellvertretend Sachsen – entwickelt. Es kann festgestellt werden, dass sich die Kurven gegen Ende des vergangenen Jahrzehnts wieder angenähert haben. Dieser Prozess hält mittlerweile an. Die Flächenländer West haben ihre Schüler-Lehrer-Relation verbessert, und die Flächenländer Ost haben sich diesem Level angepasst. Wir haben dort momentan eine sehr deutliche Annäherung.

Wir kommen zu Punkt 4: Schulnetz. Das ist eine sehr interessante Entwicklung. Es war klar, dass der Schülerrückgang mit Schulschließungen verbunden sein würde. Auch in Sachsen wurden Parameter zu Mindestschülerzahlen oder zu Mindestzügigkeiten sehr streng gehandhabt. Erst in den letzten zwei bis drei Jahren gab es sogenannte Schulschließungsmoratorien, mit denen Schulstandorte bewusst erhalten wurden.

Wenn ich jetzt von unseren Erfahrungen berichte, brauche ich das beim letzten Punkt nicht noch einmal zu machen: Dort, wo der Freistaat eine öffentliche Schule geschlos-

sen hat, entstand mitunter eine freie Schule. Ich komme aus einer Kleinstadt, aus Lunzenau im Muldental. Dort gab es einmal eine Mittelschule, die 30 Anmeldungen hatte. 40 Anmeldungen braucht man aber mindestens, um zwei Klassen zu je 20 Schülern zu bilden. Das ist das Minimum. Zugunsten des benachbarten Schulstandorts 5 km weiter wurde die Mittelschule Lunzenau geschlossen. Das Resultat war, es entstand eine ganz kleine evangelische Mittelschule, die im ersten Schuljahr zehn Anmeldungen hatte. Sie existiert aber heute noch. Die Mittelschule, die erhalten werden sollte, hatte auch nur noch 30 Anmeldungen.

Ich möchte mich an dieser Stelle nicht großartig über die Bildungsqualität in diesen kleinen Schulen äußern. Das ist mir völlig egal. Aber die freien Träger werden nach der Anzahl der Schüler finanziert. Sie können sich vorstellen, dass man sich, wenn man nur zehn Schüler hat und für sie nur die Pro-Kopf-Leistung bekommt, kein Team von guten Lehrern anschaffen kann. Das geht nicht. Auch bei den berufsbildenden Schulen haben wir einen Rückgang, wobei hier immer die Zwischenstufe, nämlich die Umwandlung in Außenstellen, genutzt wurde. Ehemals eigenständige Berufsschulen blieben also als Außenstellen anderer Schulen erhalten. In der Folgezeit sind auch einige dieser Außenstellen verschwunden. Das hängt in erster Linie mit dem Schülerrückgang zusammen.

Insbesondere im ländlichen Raum muss man Lösungen finden, wie man Schulstandorte erhalten kann. Ich habe in meinen Ausführungen schon einige Gründe genannt: dass damit auch wichtige Standortfaktoren für diese Gemeinden wegfielen, was den Zuzug junger Menschen erschweren bzw. dazu führen würde, dass junge Menschen mit Kindern oder mit Kinderwunsch diese Region verlassen. Das ist ein Teufelskreis, der sich dann fortsetzt. Den Unternehmen brechen die Fachkräfte weg, wenn keine jungen Leute nachkommen. Sie siedeln sich dort nicht an. Dann kommt es zu einer Situation wie im Brandenburgischen, wo kleine Dörfer schon verkauft wurden.

Wir haben auch in Sachsen eine Differenz zwischen den Ballungsräumen und dem ländlichen Raum. In Sachsen haben wir zehn Landkreise und drei kreisfreie Städte. Dort boomt es; im Speckgürtel rund um diese Ballungszentren boomt es auch. Wir haben dort große Zuwächse bei den Schülerzahlen, während ansonsten im ländlichen Raum ein weiterer Schülerrückgang zu verzeichnen ist, bei einem Anstieg der Schülerzahlen im sächsischen Schnitt um 3,3 % bis 2020.

Es ist wichtig, die freien Träger in die Schulnetzplanung einzubeziehen, damit man eine verlässliche Planung machen und mit anderen Maßnahmen wie flexiblen Schulbezirken, Ausnahmen bei Mindestschülerzahlen und Schulschließungsmoratorien reagieren kann, bevor man eine Schule schließt. Auch im Freistaat Sachsen gibt es laut Schulgesetz schon immer und in der Praxis ab diesem Schuljahr die Möglichkeit des jahrgangsübergreifenden Unterrichts. Über Erfahrungen damit kann ich also nicht berichten. Ich möchte zu dem Punkt aber noch etwas sagen.

Punkt 5: Schülerbeförderung. Die Schülerbeförderung ist gerade in den letzten zwei Jahren von den Elternvertretern zu einem Thema gemacht worden, weil die Kosten für die Eltern immer mehr gestiegen sind. In Sachsen werden momentan Koalitionsverhandlungen geführt. Seitens der SPD wird gefordert, zu einer kostenlosen Schülerbeförderung zu kommen. Abgesehen von den Finanzen dürfen diesen Schülern natürlich keine zusätzlichen Nachteile entstehen. Auch sie müssen die Chance haben, z. B. Ganztagsangebote wahrzunehmen. Für diese Schüler müssen die Fahrtzeiten minimiert werden, statt dass man sie aus betriebswirtschaftlichen Gründen optimiert. Ich kann mich entsinnen, als meine Kinder – ich habe zwei Jungen – mit dem Schulbus gefahren sind, brauchten sie für eine Strecke, die ich mit dem Auto in zehn Minuten zurückgelegt habe, fast eine Stunde, weil der Bus sämtliche Dörfer abgefahren ist.

Punkt 6: Auswirkungen auf Kinder in ländlichen Regionen. Dazu kenne ich keine Statistiken. Das ist vielleicht eher ein Punkt für einen Schulpsychologen; wir haben schließlich mindestens einen unter uns. Aber anhand von Erfahrungsberichten von Lehrern kann ich feststellen, dass Kinder, die in einem Dorf aufwachsen, wo sie die Einzigen in ihrer Altersgruppe sind – die Beispiele hat es gegeben –, Defizite in der Sozialkompetenz aufweisen. Das merkt man bereits im Kindergartenalter. Die reden wie Erwachsene. Bei allem, was gesagt wird, heißt es: Ja, aber. – Es ist nicht ganz einfach. In den Schulen stellen wir dann fest, dass dort Besonderheiten existieren.

Punkt 7: Ganztagsangebote. Das Land Sachsen ist der Spitzenreiter beim Ausbau der Ganztagsangebote. Dazu habe ich jetzt aber keine Statistiken angefertigt. Die Nachfrage nach diesen Ganztagsangeboten ist von mehreren Faktoren abhängig: die Qualität des Angebots, das Spektrum bei den Altersgruppen und natürlich das Personal, das die Ganztagsangebote realisiert. In Sachsen wird das gewährleistet und auch angenommen. Der Schülerverkehr wird größtenteils so organisiert, dass er denjenigen, die längere Schulwege haben, nicht zum Nachteil gerät.

Punkt 8: Abmilderung/Steuerung der Folgen des demografischen Wandels. Bei diesem Thema habe ich mich auf vier Punkte konzentriert: die Nutzung der demografischen Rendite, der Erhalt von Schulstandorten im ländlichen Raum, die Sicherung der Vielfalt an Bildungsangeboten und die Sicherung von Betreuungsangeboten. Die Kitabetreuung ist ganz wichtig. Ich kann mich an einen Satz der Regionalstellenleiterin Dresden erinnern. Sie sagte mir letztes Jahr: Ich hätte dieses Jahr drei Grundschullehrerinnen mehr einstellen können, wenn die Kitaplätze da gewesen wären. – Im Normalfall gibt es in Sachsen Kitaplätze, aber in Dresden trat aufgrund der gestiegenen Geburtenzahl, die wir hatten und glücklicherweise weiterhin haben, ein Engpass auf.

Punkt 9: Schulschließungen. Es gab eine Forsa-Umfrage zum ländlichen Raum – ich habe sie in meiner Handreichung erwähnt –, in der es hieß, dass 54 % der Bevölkerung es für wichtig halten, eine Grundschule in der Nähe zu haben, während 41 % die Versorgung mit weiterführenden Schulen für wichtig halten. Beides steht in der Rangliste also relativ weit oben. Natürlich gibt es auch andere Punkte; denn nicht jeder ist von der Schulstruktur betroffen – gerade in Sachsen nicht mit seiner immer älter werdenden Bevölkerung. Auf jeden Fall haben Schulschließungen negative Auswirkungen; das steht außer Frage.

Auf die Zuwanderung bzw. Abwanderung bin ich vorhin schon eingegangen. Aber das Szenario geht weiter: Den Gemeinden fehlt ein ganzes Stück weit die Kultur, und die Vereine haben Nachwuchssorgen. Ich denke da an die Fußballmannschaften. Man bekommt eben nicht mehr acht oder elf Spieler zusammen. Das setzt sich fort. So schwindet die Attraktivität solcher Orte für andere junge Menschen allmählich. Diese Kette kann man durchbrechen, indem man Schulstandorte erhält. Mir ist natürlich bewusst, dass das keine optimale Lösung sein kann: Wenn es keine Gastwirtschaft und keinen Laden mehr gibt, soll wenigstens noch die Schule existieren. Das wird sicherlich auch nicht realisierbar sein.

Punkt 10: Schulverbünde bzw. Verbundschulen. Auf jeden Fall sind Verbundschulen, wie es sie auch in Hessen gibt, die bessere Alternative zur Schließung von Schulstandorten. Natürlich müssen sie die gleiche Bildungsqualität gewährleisten, und sie sind mit einer höheren Personalausstattung verbunden.

Punkt 11: jahrgangsübergreifender Unterricht. Bezüglich des jahrgangsübergreifenden Unterrichts haben wir auch unsere Sorgen, was den Erhalt der Bildungsqualität angeht.

Für uns steht die Bildungsqualität sehr weit oben. Wir stellen das nicht in Abrede, aber wir werden sehr genau hinschauen, was in den nächsten Jahren passiert, wenn in Sachsen erstmals jahrgangsübergreifender Unterricht erteilt wird. Was vorhin schon angedeutet wurde: Die Lehrerinnen und Lehrer sind dafür nicht qualifiziert, und wenn das auf sie zukommt, bedeutet das eine große Mehrbelastung. Es gibt durchaus Grundschulen im ländlichen Raum mit vier oder fünf Lehrern, die alle über 60 Jahre alt sind. Denen zu sagen: „Macht einmal jahrgangsübergreifenden Unterricht; dafür gibt es tolle Konzepte, die müsst ihr euch nur aneignen, dann klappt alles", ist natürlich nicht ganz einfach. So etwas darf nicht verordnet werden, sondern es muss von unten wachsen, und zwar bei allen Beteiligten einschließlich der Lehrkräfte.

Punkt 12: demografische Veränderungen und berufliche Bildung. Bei den beruflichen Schulen haben wir auch sehr unterschiedliche Entwicklungen. Bestimmte Ausbildungsberufe werden nur noch wenig nachgefragt. Das hängt mit der Attraktivität dieser Berufe zusammen, auch mit den Verdienstmöglichkeiten und der Frage: Bekomme ich dort einen Arbeitsplatz oder nicht? Nur wenn diese Berufe jungen Menschen attraktiv erscheinen, werden sie auch angenommen. Andere Berufe werden deutlich mehr nachgefragt, beispielsweise Pflegeberufe oder der Beruf der Erzieherin, weil dort ein erheblicher Bedarf besteht. Wir hatten einen deutlichen Wandel bei den beruflichen Schulen zu verzeichnen. Für Ausbildungsberufe, die vor 20 Jahren noch an fast jedem Standort unterrichtet wurden, bekommt man mittlerweile sachsenweit vielleicht noch sechs Schüler zusammen. So sehr hat sich das Interesse reduziert.

Am Beispiel der Absolventen mit Abitur – das könnte ich auf die Absolventen mit Realschulabschluss und mit Hauptschulabschluss übertragen – sehen wir, was uns bei den Fachkräften in Zukunft blüht. Ich nehme als Beispiel die Absolventen des Jahres 2006, also einen starken Jahrgang. Damals hatten wir doppelt so viele Abiturienten wie im Jahr 2012, als der Tiefpunkt erreicht war. Wenn wir uns überlegen, wie viele Lehrkräfte wir in den nächsten Jahren brauchen, stellen wir fest, dass ein Fünftel dieser Abiturienten Lehramt studieren müsste.

Punkt 13: Migration und Diversität. Dazu möchte ich sagen, dass es hier durchaus Steuerungskonzepte gibt. Auch für diese Erscheinungen braucht man weitreichende Strategien. Es ist wichtig, dass Kinder mit Migrationshintergrund in Klassen mit Kindern lernen, die hier ihre Wurzeln haben, sodass es nicht zu einer Aussonderung kommt. Ich denke, das gelingt in Sachsen. Zugegeben, wir haben in Sachsen einen kleinen Migrantenanteil, aber das gelingt eigentlich recht gut. Ich kenne die Erwerbsbiografien von Schülern meines Gymnasiums, die ganz toll ihren Weg gegangen sind. Ein Schüler mit Migrationshintergrund hat einmal eine naturwissenschaftliche Olympiade gewonnen. Das ist für uns selbstverständlich.

Wichtig ist es auch, die Lehrerinnen und Lehrer in diesen Prozess einzubeziehen; denn bei Schülern mit Migrationshintergrund, die aus bestimmten Kulturkreisen kamen, gab es doch Probleme. Die Mehrzahl unserer Lehrkräfte ist weiblich. Sie wurden von bestimmten männlichen Schülern nicht akzeptiert. Ihnen wurde klipp und klar gesagt: „Sie haben mir nichts zu sagen", wobei das noch die hohe Kunst des Sichausdrückens ist. Man beachte, dass gesiezt wird und dass keine Fäkalsprache und keine Sexismen verwandt werden. Damit mussten die Lehrerinnen erst einmal umgehen können, um sich dann wieder Autorität zu verschaffen. Das ist ein nicht ganz einfacher Prozess. Auch religiöse Besonderheiten verdienen hier mehr Beachtung.

Punkt 14: Erfahrungen aus Sachsen. Ich möchte abschließend über einige Erfahrungen aus Sachsen berichten. Wichtig ist, dass Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung regelmäßig fortgeschrieben werden, eine hohe Akzeptanz bei allen Entscheidungsträgern

finden und detailliert gestaltet sind. Wenn diese Kommission ihr Ergebnis vorlegt, und wenn in Zukunft weitere Kommissionen, die sich mit dem demografischen Wandel befassen, ihre Ergebnisse vorlegen, müssen diese auch ernst genommen werden. Es ist nicht einfach, politische Entscheidungsträger von schmerzhaften Prognosen zu überzeugen. Ich denke an Bürgermeister, die ihre Schulen mit Geldsummen in Millionenhöhe saniert haben, und dann sind sie geschlossen worden. Auch das ist in Sachsen leider passiert. Mittlerweile sind dort die Kriterien für die Fördermittelvergabe sehr streng, und sie sind an die Standortsicherheit gebunden.

Wichtig ist auch, dass die demografische Rendite zur Steigerung der Schulqualität genutzt wird, dass Schulen erhalten und qualitätssteigernde Maßnahmen durchgeführt werden und dass auch, wenn die Schülerzahlen einmal zurückgehen, die Einstellung von Lehrkräften erfolgt, um eine ausgewogene Altersstruktur herzustellen.

Ich möchte noch auf einige Besonderheiten in Sachsen eingehen, was die Lehrerausbildung anbelangt. In Sachsen wurden zu Zeiten des Lehrerüberhangs – die Lehrkräfte arbeiteten über viele Jahre in unfreiwilliger Teilzeit; Grundschullehrer arbeiteten bis zu 57 %, das bedeutete auch nur 57 % des Einkommens, und damals gab es noch Ostgehalt – nur wenige Lehrer eingestellt, aber es wurden welche eingestellt. Selbst während der Laufzeit des Bezirkstarifvertrags für Mittelschulen und Gymnasien hatten wir – auch im Rahmen der Gewerkschaft – einen Einstellungskorridor vereinbart: Jährlich wurden 50 Gymnasiallehrer und 80 Mittelschullehrer eingestellt.

Trotzdem gab es zwischen Lehrerüberhang und Lehrermangel keine Übergangszeit. Der Überhang schlug schlagartig in einen Mangel um. Das waren die Beispiele aus dem Jahr 2011: Die Zeichen wurden zu lange ignoriert. Bis 2010 gab es, wie gesagt, die unfreiwillige Teilzeitarbeit, ab 2011 gab es, angefangen bei den Grundschulen, den ersten Lehrermangel.

Es kommt hinzu, dass das Studienverhalten, auch bedingt durch polyvalente Studiengänge, die es in Sachsen von 2005 – Leipzig – und 2006 – Dresden – bis 2011 gegeben hat, die Fächer nicht bedarfsgerecht studiert wurden. Bis zu zwei Drittel der Studenten haben gymnasiales Lehramt studiert, obwohl ein Viertel genügt hätte. Das ging zulasten der anderen Schularten. Mittlerweile ist der Trend gegenläufig. Insgesamt liegt der Anteil derjenigen, die gymnasiales Lehramt studieren, immer noch bei 52 %; betrachtet man jedoch nur die Erstsemester, stellt man fest, dass es bei ihnen lediglich 38 %. Das heißt, hier ist die Struktur wieder etwas ausgewogener.

Bei den Fächerbedarfen gibt es ebenfalls erhebliche Unterschiede. Die Fächer, die laut Stundentafel benötigt werden, und die Fächer, die studiert werden, passen nicht recht zusammen. Ganz erschreckend ist, wie wenig die technischen Fächer, die an den berufsbildenden Schulen gelehrt werden, noch studiert werden. Das sind erschreckende Zahlen zu dem, was uns in den nächsten Jahren dort an Lehrernachwuchs erwartet.

Damit bin ich am Ende und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Vorsitzender: Vielen herzlichen Dank für Ihren Vortrag. Ich merke, wenn es um Lehrer geht, ist es ganz schwierig, den 45-Minuten-Rhythmus herauszubekommen. 30 Minuten Redezeit sind eigentlich die Vorgabe.

Als erste Fragerin habe ich Frau Wiesmann notiert.

Abg. **Bettina Wiesmann:** Es zeigt sich, dass es auf der Welt noch andere Orte gibt, von denen wir manches lernen können, wo aber auch manches anders ist.

Ich möchte kurz auf zwei Punkte zu sprechen kommen, die zwar vorhin teilweise schon angesprochen wurden, aus meiner Sicht aber ein bisschen offen geblieben sind.

Die eine Frage bezieht sich noch einmal auf die Schulplanung. Ich meine mich zu erinnern, dass in Sachsen inzwischen nur noch für sechs Bildungsregionen gearbeitet und geplant wird. Herr Weichelt, Sie haben ganz am Anfang von der Schwierigkeit gesprochen, mit differierenden Prognosen umzugehen. Sie haben zwei Ministerien erwähnt, deren Mitarbeiter zu unterschiedlichen Schlüssen gelangt sind.

Mich würde Folgendes ganz konkret interessieren: Können Sie uns sagen, wie dieser Streit aufgelöst wurde oder wie man sich heute bei so etwas verhält? Wahrscheinlich gibt es diese Differenzen weiterhin; ihnen liegen Annahmen zugrunde, über die man unterschiedlicher Auffassung sein kann. Hat Sachsen einen Modus gefunden, wie man zu einer umfassend akzeptierten Prognose und zu einer darauf fußenden Schulnetzplanung kommt? Das betrifft zum einen die Zahlen, auf die man sich stützt, zum anderen die regelmäßige Aktualisierung und schließlich den Umgang mit diesen Zahlen in möglichst geeigneten Räumen. Wie wird das im Rahmen einer dort vielleicht existierenden Schulnetzplanung eingesetzt, von der wir uns noch etwas abschauen können? Vielleicht können wir auch nichts lernen, aber das hatten Sie noch nicht ganz ausgeführt.

Die andere Frage ist: Es wurde von Prof. Weishaupt ein bisschen am Rande gesagt, es sei relativ klar, dass man dort, wo die Schülerrückgänge groß sind, die äußere Differenzierung reduzieren müsse. Das hätte auch viele andere Vorteile. Ich weiß, dass das heute nicht unser Hauptthema ist. Trotzdem möchte ich an dem Punkt nach den sächsischen Erfahrungen fragen. Sachsen bekennt sich meines Wissens weiterhin zur äußeren Differenzierung, hat aber schwer mit dem Schülerrückgang in den ländlichen Räumen zu tun. Welche Linie wird da verfolgt? Was davon bewährt sich weiterhin auch in Regionen mit starken Schülerzahlrückgängen? Bewährt es sich, verschiedene Bildungsgänge anzubieten und in Ihrer Form der Oberschule – ich weiß, sie ist ein bisschen anders als unsere – auch einen Hauptschulbildungsgang aufrechtzuerhalten? Wie gehen Sie mit dem Gymnasium und der verkursten Oberstufe um? Das würde mich an der Stelle interessieren.

Abg. **Daniel May:** Sehr geehrter Herr Weichelt, auch ich danke Ihnen für Ihren Vortrag. Ich habe eine kleine Verständnisfrage und dann noch eine etwas umfangreichere Frage. Die Verständnisfrage schließt sich an das an, was Frau Wiesmann gerade ausgeführt hat. Sie haben von der Schulform Mittelschule berichtet. Mich würde interessieren, was für eine Schulform das auf hessische Verhältnisse übertragen ist: Ist das eine integrierte Gesamtschule, also eine Schule, an der der Hauptschul- und der Realschulabschluss erworben werden und von der man auf das Gymnasium überwechseln kann, oder ist das eher eine verbundene Haupt- und Realschule?

Außerdem würde mich der Punkt interessieren, den Sie zuletzt und in der Mitte Ihrer Ausführungen beleuchtet haben, nämlich das Wahlverhalten der Studienanfänger und die Informationskampagnen diesbezüglich. Ich meine, erkannt zu haben, dass der gewünschte Effekt nicht ganz erreicht wurde, was die Quantität betrifft. Wie groß ist die Unterdeckung, und wie groß ist die Überdeckung in anderen Bereichen? Welche weiteren Schritte werden in Ihrem Bundesland unternommen, um das Studienwahlverhalten zu beeinflussen?

Herr **Weichelt:** Falls ich eine Frage überhöre, haken Sie bitte noch einmal nach. Ich hoffe, ich habe mir alles notieren können.

Bei den Prognosen war es relativ einfach. Die Prognosen stammten aus dem Jahr 2011. 2013/2014 wurde eine Übereinstimmung erzielt, nachdem man gemerkt hatte, dass die Schülerzahlen der Variante 1 entsprachen. Man hat also abgewartet, was eintreten wird. Wir haben in Sachsen einen Geburtenzuwachs, und wir haben seit einem Jahr glücklicherweise mehr Zuwanderung als Abwanderung. Aber es ist immer noch ein Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen. Das hängt mit der Überalterung zusammen. Wir haben mehr Ältere als Jüngere. Wir werden auch, wie allen klar ist, einen weiteren Schülerrückgang bekommen, wenn die geburtenschwachen Jahrgänge – die sind momentan 23 – in das Alter kommen, in dem man üblicherweise Kinder bekommt. Die müssten theoretisch doppelt so viele Kinder gebären, um deren Zahl stabil zu halten. Aber momentan gibt es immer noch einen Geburtenzuwachs.

Ich ziehe jetzt die Frage nach der Mittelschule vor. Es fällt mir dann leichter, auf die Frage nach der Aufrechterhaltung der Differenzierung einzugehen. Die Mittelschule in Sachsen wurde letztes Jahr in „Oberschule“ umbenannt. Allerdings ist der Begriff im Schulgesetz noch nicht verankert, weil man vor der Landtagswahl keine Schulgesetzänderung vornehmen wollte. Die steht irgendwann nach der Wahl an, und dann wird dieser Begriff aller Wahrscheinlichkeit nach in das Schulgesetz aufgenommen. Deshalb sind zurzeit beide Begriffe legitim.

Die Mittelschule wurde 1992 zusammen mit dem sächsischen Schulsystem als eine Schulart kreiert, die zwischen Hauptschulbildungsgang und Realschulbildungsgang differenziert. Sie beginnt mit der Klasse 5 und geht bis zur Klasse 9 im Hauptschulbildungsgang bzw. bis zur Klasse 10 im Realschulbildungsgang. Sie vergibt den Hauptschul- und den Realschulabschluss. Nach dem Erwerb des Realschulabschlusses können die Schüler auf die beruflichen und auf die allgemeinbildenden Gymnasien gehen, die Klasse 10 wiederholen und mit der 12. Klasse das Abitur machen. In Sachsen war das achtjährige Gymnasium übrigens nie ein Thema; es war nie umstritten. Daran halten wir fest; denn unsere Erfahrungen waren schon immer entsprechend. Auch ich habe nach 12 Jahren das Abitur gemacht; das war 1982. Aber diesen Streit möchte ich heute nicht vom Zaun brechen.

Ich muss dazusagen, es fällt im Zuge des Schülerrückgangs schwer, die Mittelschulen zu erhalten. Der Landtag hat auf Initiative der FDP, also der Liberalen, das Schulschließungsmoratorium beschlossen, weil das Schulgesetz normalerweise eine Zweizügigkeit vorschreibt. Aufgrund des Moratoriums war es möglich, in ländlichen Regionen – nur dort – auch einzügige Mittelschulen zu erhalten. Dort muss die Differenzierung in Gruppen erfolgen, nicht über die Einrichtung von Hauptschul- und Realschulklassen. Das war übrigens bei zweizügigen Mittelschulen auch schon der Fall, wenn der Anteil der Hauptschüler relativ gering war und man keine eigenständige Hauptschulklasse bilden konnte. Man hat nur in den Kernfächern zwischen einem Hauptschul- und einem Realschulbildungsgang differenziert.

Für uns ist es wichtig, dass wir auch dort, wo die Mittelschulen einzügig werden, diese Differenzierung aufrechterhalten, und zwar im Interesse der Hauptschüler; denn die erhalten in den kleineren Gruppen eine deutlich bessere Förderung. Dann muss ich auch sagen, dass die Chancen auf dem Arbeitsmarkt in Sachsen mittlerweile viel besser sind als in den Neunzigerjahren, als man selbst mit einem Realschulabschluss von den Abiturienten aus ganz normalen Berufen herausgedrängt wurde. Bankkauffrau wurde man nur mit Abitur, obwohl das ein Beruf ist, für den der mittlere Schulabschluss genügt.

Zur Oberstufe des Gymnasiums: Wir hatten 2006 eine Oberstufenreform. Sie wurde aber erst 2008 umgesetzt. Manche Schulleiter und auch viele Gymnasiallehrer haben nicht verstanden, dass die Wahlmöglichkeiten bei den Leistungskursen nicht mehr so groß waren, sondern dass sich das auf die Wahl von zwei Leistungskursen aus bis zu fünf Möglichkeiten beschränkt hat, und dass viele Fächer obligatorisch belegt werden mussten. Bei den Grundkursen beschränkte sich das auf die Wahl zwischen Kunst und Musik oder Religion und Ethik.

Als die Schülerzahlen in der gymnasialen Oberstufe wirklich dramatisch gesunken waren – sie gingen bis auf 40 % zurück –, hat sich gezeigt, dass mit dieser Oberstufenreform die Oberstufen gehalten werden konnten. Der Preis sind eben eine höhere Verbindlichkeit und übrigens auch eine größere Einbringungspflicht. Es gibt keine Grundkurse mehr, die nicht in die Abiturnote eingehen. Der Schüler kann nicht mehr nach zwei Kurshalbjahren sagen: „Jetzt habe ich meine Punkte im Trockenen“, sondern die nächsten beiden Kurse zählen auch noch mit. Das hat dazu geführt, dass die Oberstufen der Gymnasien auch mit einer guten Qualität erhalten werden konnten. Die Prüfungsergebnisse der letzten Jahre bestätigen das.

Zum Wahlverhalten von Studierenden möchte ich noch etwas sagen. Aufgrund der polyvalenten Studiengänge, die 2005/2006 gestartet sind, war es so, dass die Studenten der Lehrämter an den drei allgemeinbildenden Schularten – Grundschule, Mittelschule und Gymnasium – gemeinsam studierten. Das heißt, man hat sich zunächst nur für den Bachelor of Education entschieden, aber noch nicht für eine Schulart, obwohl über 90 % der Studienanfänger genau wussten, in welcher Schulart sie unterrichten wollten.

Das führte dazu, dass über den Numerus clausus im Fach Germanistik die potenziellen Interessenten am Beruf des Grundschullehrers durch gute Abiturienten – der Numerus clausus lag bei 1,7, dann bei 1,9 und schließlich bei 2,2 – rausgekegelt wurden. Somit haben die potenziellen Gymnasiallehrer – Deutsch und Englisch, Deutsch und Geschichte usw. – mit den besseren Abinoten studiert, während die potenziellen Grundschullehrer den NC nicht geschafft haben. Deshalb haben wir erst nach drei Jahren Bachelorstudiengang erkannt, dass uns die Grundschullehrer fehlen. Daher fragen wir jetzt Gymnasialabsolventen, ob sie nicht an der Grundschule unterrichten möchten. Einige legen den Telefonhörer gleich wieder auf, andere sagen: Das ist besser als gar nichts, ich möchte in Sachsen bleiben.

Deshalb veranstalten wir Kampagnen zum Wahlverhalten junger Leute. Der Freistaat und wir, der Sächsische Lehrerverband, geben seit drei Jahren Broschüren heraus, in denen wir Klartext sprechen. Sie enthalten auch Diagramme, die zeigen, in welchen Fächern die Aussichten gut sind und in welchen nicht. Wir können klarer sprechen als der eine oder andere Jurist in einem Ministerium. Diese Broschüren sind auch auf unserer Homepage zu finden.

Wir möchten den jungen Leuten zeigen, wo sie gute Chancen haben und wo sie gebraucht werden. Der Freistaat hat seit 2011 – beschlossen 2011, umgesetzt 2012 – Zielvereinbarungen mit den Universitäten geschlossen, in denen sich die Universitäten verpflichten, schulartbedarfsgerecht auszubilden. Die Universitäten haben sich sowohl zu einer hohen Bestehensquote – 85 % – verpflichtet als auch dazu, bestimmte Fächerbedarfe zu berücksichtigen. Das ist allerdings in der Umsetzung nicht so einfach. Zum Beispiel erklärt die Uni Leipzig: Wir haben vier Professorenstellen in Geschichte, wir können keinen NC in Geschichte machen. – Dabei bräuchten wir theoretisch bis 2020 keinen neuen Geschichtslehrer, denn wir haben schon genug, die in der Warteschlange stehen, weil sie in den Jahren zuvor nicht angenommen worden sind.

Mit den Zielvereinbarungen ist es also besser geworden, aber es ist noch nicht so, dass wir sagen: Jetzt ist es absolut zufriedenstellend. – Da müssen also weitere Schritte folgen. Ein Schwerpunkt der Werbung für den Lehrerberuf bereits bei den Abiturienten, aber auch bei den Studierenden, die ihre Blockpraktika an den Schulen machen, ist die Werbung für den ländlichen Raum. Auch wir konnten zum jetzigen Schuljahr nicht alle Stellen mit den optimalen Bewerbern besetzen, insbesondere nicht außerhalb der großen Ballungszentren.

Sachv. **Josef Kraus:** Ich möchte gern aus schulischer Sicht den Kontrast zwischen den Ballungsgebieten und dem flachen Land darstellen. Vielleicht kann Herr Prof. Weishaupt auch noch etwas dazu sagen. Die Frage an den Sachsen ist: Gibt es da ein erhebliches Gefälle, was die Abiturientenquote betrifft? Indirekt hat das ebenfalls demografische Auswirkungen, etwa durch die längere Schulzeit und anderes mehr. Dadurch erhöht sich natürlich die Schülerzahl.

Noch mehr interessiert mich aber, ob es ein Leistungsgefälle gibt. Wir diskutieren über die Demografie immer nur in quantitativer Hinsicht, auf Quoten bezogen. Mich würde daher interessieren, ob es ein Leistungsgefälle gibt, das dadurch entstanden ist oder das sich dadurch verschärft, dass man – das ist meine These – eine Bevölkerungszunahme und eine weitere Heterogenisierung in den Ballungsgebieten hat, während die Bevölkerungsverhältnisse auf dem flachen Land relativ homogen sind. Sie hören bei mir eine gewisse These heraus. Mich würde interessieren, ob es das in Sachsen oder auch allgemein gibt und was beispielsweise in Sachsen dagegen getan wird. Ein solches Gefälle müsste anhand von Jahrgangsstufentests und den Ergebnissen der zentralen Abschlussprüfungen nachweisbar sein.

Herr **Weichelt:** Die Übergangsquoten in den drei kreisfreien Städten liegen tatsächlich über den durchschnittlichen Übergangsquoten im ländlichen Raum. Das hängt nicht nur mit der Entfernung zwischen Wohnort und Gymnasium zusammen. Wir haben auch innerhalb der drei kreisfreien Städte Dresden, Leipzig und Chemnitz Unterschiede. Diese resultieren aus der Bevölkerungszusammensetzung dieser Städte. Dresden ist bei den Übergangsquoten auf das Gymnasium der absolute Spitzenreiter. Dort befinden sich die Ministerien mit all den Regierungsbeamten. Dresden ist auch eine kulturelle Hochburg. Da sind deutliche Unterschiede zu Leipzig zu spüren. Das sind auch Gründe für bestimmte Übergangsquoten.

Dass Schüler mit Migrationshintergrund die Ursache dafür sind, dass in Sachsen die Leistungen hier und da unterschiedlich ausfallen, kann ich nicht bestätigen. Wir haben in Sachsen im Vergleich zu anderen Ländern, insbesondere zu Ballungsgebieten und Stadtstaaten in den westlichen Ländern, einen relativ kleinen Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund. Aber wir haben einen Migrantenanteil, der meines Wissens zunimmt. Ich kann aber nicht bestätigen, dass damit schlechtere oder bessere schulische Leistungen verbunden sind. Natürlich ist der Migrantenanteil in ländlichen Regionen geringer als in den Städten. Aber die Abiturprüfungsergebnisse werden immer verglichen; es gibt ein Ranking der Abiturnoten. Aus meiner Sicht ist kein Trend erkennbar, dass die Schüler in den kreisfreien Städten schlechtere Abiturnoten haben als die Schüler auf dem Land. Es gibt Unterschiede von Gymnasium zu Gymnasium, aber dort würde ich keine Trennlinie ziehen.

Vorsitzender: Herr Weichelt, wir bedanken uns recht herzlich für ihre Mitwirkung. – Wir hören jetzt den dritten Sachverständigen. Zum Schluss der Sitzung können noch einmal Fragen an alle gestellt werden.

Herr **Bachmann:** Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal bedanke ich mich herzlich für die Einladung. Ich versuche, bei meinem Vortrag innerhalb des Rahmens von 30 Minuten Redezeit zu bleiben.

Der Punkt ist folgender: Ich bin Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Amt für Wirtschaft und Stadtentwicklung der Wissenschaftsstadt Darmstadt und bin dort der Leiter der Abteilung Statistik und Stadtforschung. Ich bin gebürtiger Frankfurter, wurde jedoch von meinen Eltern ins Schwabenland entführt, habe in Freiburg studiert, war dort längere Zeit Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Sozialwissenschaften und dann in verschiedenen Forschungseinrichtungen tätig und bin seit 1998 der Leiter der abgeschotteten Statistikstelle.

Ich muss ein bisschen erläutern, was das bedeutet: Es gibt fünf Großstädte in Hessen, die eine sogenannte abgeschottete Statistikstelle haben. Das heißt, wir sind die einzige Einrichtung in der Stadt, die personengebundene Daten aus allen Richtungen und aus allen Fachbereichen verarbeiten darf. Wir haben also einen großen Vorteil, auch gegenüber dem Hessischen Statistischen Landesamt und anderen Ämtern, weil wir sehr gut an Sozialdaten, an Bildungsdaten, an Arbeitsmarktdaten, an Meldedaten usw. herankommen und daher für das Stadtgebiet sehr schön kleinräumige Auswertungen vornehmen können. Ebenso ist das in Frankfurt, Offenbach, Wiesbaden und Kassel der Fall, aber außerhalb dieser fünf Städte gibt es – im Moment – keine abgeschotteten Statistikstellen. Zu unserem großen Glück, wie ich einmal sage, haben die Kollegen in Darmstadt-Dieburg jetzt beschlossen, so etwas nach dem Zensus ebenfalls einzurichten. Es ist natürlich für uns Darmstädter eine Wohltat, mit den Kolleginnen und Kollegen des Kreises, der Darmstadt umgibt, zusammenarbeiten zu können.

Unsere Schwerpunkte in der Statistik sind insbesondere Demografie, Arbeitsmarkt, Wirtschaft, natürlich auch Soziales, und seit dem Jahr 2000 ist der ganze Bereich der Bildung und des Bildungsmonitorings von uns, aber auch von den politischen Mandatsträgern als extrem wichtig erkannt worden, und daher haben wir sehr viel Zeit und Arbeitskraft investiert, um ein modernes Bildungsmonitoring aufzubauen. Sie sehen, dass wir auf der einen Seite den ganzen Bereich der amtlichen Statistik abdecken, wo wir sehr viele Daten und sehr viele Möglichkeiten haben, Auswertungen vorzunehmen; auf der anderen Seite fehlen uns aber für bestimmte Bereiche wichtige Daten. Das sind z. B. der gesamte Wohnungsbau, die Lebensqualität, aber auch Fragen zum Einkommen in der Stadt Darmstadt.

Dazu haben wir uns jetzt an Großstädte in Deutschland und in der Europäischen Union angeschlossen. Seit 2006 führen wir – etwa 250 Städte in Europa – regelmäßig gemeinsame Bürgerumfragen durch, um an wichtige Strukturdaten heranzukommen, die wir möglichst kleinsträumig auswerten können. Dabei machen Darmstadt, Frankfurt und Wiesbaden mit. Sie merken, die drei Städte arbeiten immer relativ gut zusammen. Diese drei Städte in Hessen sind an der gemeinsamen EU-Umfrage beteiligt. Außerdem sind sie an einem sehr wichtigen Forschungsprojekt des Bundesamts für Bauwesen und Raumordnung beteiligt, das sich „Innerstädtische Raumbeobachtung“ nennt. Da machen 50 deutsche Großstädte mit, auch Dresden und Leipzig. Darmstadt ist eine der kleineren Großstädte darunter.

Aus diesem allen ergibt sich eine Fülle von Wissen über demografische Entwicklungen, und davon möchte ich Ihnen heute das eine oder andere vorstellen. Karl Valentin, der berühmte Münchner, hat etwas ganz Wichtiges gesagt: „Prognosen sind schwierig, vor allem wenn sie die Zukunft betreffen." Darum geht es mir heute ein bisschen.

Wir können für die Wissenschaftsstadt Darmstadt feststellen, dass sich seit 1998 eine ganz massive Veränderung in der Stadtentwicklung vollzieht. 1998 war sozusagen der Tiefpunkt erreicht. Wir hatten knapp über 135.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Die „weiße", also die rauchlose Industrie – sprich: die Buchverlage, die Druckereien usw. –, ist fast komplett zusammengebrochen, und das hat sehr große Lücken in die Beschäftigtenzahl, aber auch in den kulturellen Hintergrund in Darmstadt gerissen. Zum anderen sind die Maschinenbauunternehmen in eine ganz schwere Krise geraten, weil der Markt im Osten – sprich: die Sowjetunion und der Warschauer Pakt – zusammengebrochen ist. Von daher ist der gesamte Maschinenbau in Darmstadt in eine ganz schwere Krise geraten.

Was hat die Stadt Darmstadt gemacht? Man hat sich überlegt: Wir müssen uns auf neue Schwerpunkte konzentrieren und ganz neue Wege gehen. Peter Benz, der damalige Oberbürgermeister, und Johann-Dietrich Wörner, der damalige TU-Präsident, haben beim Land Hessen die Verleihung des Titels „Wissenschaftsstadt" beantragt und ihn auch bekommen. Am Anfang haben Darmstadts Bürgerinnen und Bürger darüber gelacht, mittlerweile – das zeigen unsere Bürgerumfragen - sind 80 bis 90 % der Bürgerinnen und Bürger stolz darauf, dass Darmstadt den Titel „Wissenschaftsstadt" im Namen trägt.

Seit 1998 hat sich sehr viel geändert: Auf der einen Seite haben wir seit 1998 eine von Jahr zu Jahr höhere Zahl von Einwohnerinnen und Einwohnern. Es ist also ein ständiges Anwachsen der Bevölkerungszahl zu verzeichnen. Wir haben auf der anderen Seite eine drastische Zunahme der Zahl der Arbeitsplätze, vor allem der sozialversicherungspflichtigen, einen relativ starken Rückgang der Arbeitslosigkeit und einen völligen Umbau der Stadt und der Stadtgesellschaft, sowohl die Quantität als auch die Qualität betreffend.

Wir haben zwei wichtige Merkmale, die wir sonst in der Bundesrepublik heute nur noch sehr selten finden. Wir haben nämlich in Darmstadt seit 2004 eine positive Geburtenrate. Ich glaube, außer Frankfurt schafft das in Hessen keine andere Stadt. In Wiesbaden ist es in etwa ausgeglichen. Was heißt eine positive Geburtenrate? Man setzt die Geburtenrate immer zur Sterberate ins Verhältnis. Das heißt, es werden in Darmstadt mehr Kinder geboren, als Menschen sterben, und das ist etwas sehr Seltenes – etwas, was wir in Deutschland nicht mehr sehr häufig haben. Das ist der eine Effekt, der zum Bevölkerungswachstum beiträgt.

Der andere Effekt sind die enormen Zuwanderungen. Jetzt könnte man sagen: Darmstadt ist mittlerweile eine, auch durch die Exzellenzuniversität, bekannte Hochschulstadt; es hat drei Universitäten bzw. Hochschulen; daher kommen viele Studierende dorthin. – Das ist schon richtig. Etwa die Hälfte der Zuwanderung können wir – gerade in den letzten Jahren – auf die höhere Zahl der Studierenden zurückführen. Aber der spannende Effekt ist folgender: Aufgrund der hohen Anzahl an IT-Firmen und der sehr modernen Firmenausgründungen aus der Technischen Universität – es war das Projekt von 1998, kleine und mittelständische Firmen mit jungen Unternehmern auszugründen – sind viele Leute dorthin gezogen. Das hat sich extrem gelohnt. Das heißt, wir haben heute einen sehr starken Zustrom von jungen Menschen. Die machen ihre Ausbildung in Darmstadt, bleiben dann dort, gründen eine Familie, arbeiten in der Hightech- und IT-Branche und tragen so zum Reichtum in der Stadt bei.

Der Punkt ist: Dadurch ändern sich die Bevölkerungsstruktur und die Alterspyramide. Wir hatten, wie Prof. Weishaupt es sehr schön gesagt hat, zu Beginn des 20. Jahrhunderts die klassische Pyramide, was die Bevölkerungsstruktur betraf: ganz viele junge Menschen und relativ wenige ältere. Mittlerweile haben wir in Deutschland einen Baum: einen kräftigen Stamm, der unten dünner ist und oben breiter wird, um ganz oben spitz zuzulaufen. Das ist heute der Aufbau der Alterspyramide in Deutschland. Wenn Sie eine Publikation des Statischen Landesamts oder auch die Publikationen anderer Einrichtungen – auch von der Stadt Darmstadt – für die Siebziger- oder die Achtzigerjahre aufschlagen, sehen Sie genau das: einen Baum mit einem ganz schmalen Stamm, der nach unten immer schmaler wird – sprich: immer weniger Geburten. Wir haben die geburtenstarken Jahrgänge in den Sechzigerjahren, und oben wird der Baum doch recht dürr.

In Darmstadt ist es mittlerweile anders. Der Baumstamm wird unten immer stärker und breiter, und wir haben vor allem sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen sehr starke Ausbuchtungen des Stammes, wo er die jüngeren Jahrgänge abbildet. Das betrifft vor allem auch die jungen Familien. Es gibt einen schönen, ganz neuen Begriff: die „Schwarmstadt". Das bezieht sich auf eine Untersuchung, die besagt, dass der Anteil der Bevölkerung im Alter zwischen 20 und 35 Jahren mehr als 30% über dem Bundesdurchschnitt liegt. In Deutschland ist das in nur 18 von etwa 170 bis 200 Städten der Fall. Das sind überwiegend mittelgroße Großstädte, die auf der einen Seite einen großen Dienstleistungsanteil in der Wirtschaft haben und auf der anderen Seite meistens eine sehr moderne oder technologisch ausgerichtete Universität – oder sogar mehrere.

Dass diese Städte Schwarmstädte sind, bedeutet nichts anderes, als dass junge Leute dorthin ziehen, dort wohnen bleiben und versuchen, dort eine Familie zu gründen und ihren Arbeitsplatz entweder selbst zu erzeugen oder in einer der dort ansässigen Firmen einen Job zu finden. Darmstadt hat, wie Sie wissen, sehr viele Softwarefirmen, und es werden fast täglich mehr. Das ist der Punkt: Von etwa 124.800 Beschäftigten sind ungefähr 17.000 im engeren Bereich der IT tätig. Sie erkennen daran, wie ungeheuer dominant diese neuen Dienstleistungsbereiche in der Stadt sind. Das hat sich im Vergleich zu der Situation von vor 20 bis 30 Jahren drastisch geändert.

Ich habe Ihnen eine Grafik beigelegt, auf der die Ergebnisse einer ganz neuen EU-Studie aus dem Jahr 2014 dargestellt sind. In dieser Studie sind für ganz Europa die Bedeutung von bestimmten Industrien für die europäische Wirtschaft und für den Arbeitsmarkt verglichen worden. Darmstadt ist bei den „Top European ICT Poles of Excellence" ganz weit vorne. Das heißt also, Darmstadt ist auch in der Wahrnehmung der anderen ganz weit vorne, z. B. der EU-Kommission. Oder nehmen Sie die aktuelle Prognos-Studie, die Untersuchungen, die das Deutsche Institut für Altersvorsorge gemacht hat, oder auch die Georg Consulting-Studie: eine im Herbst 2013 veröffentlichte Studie, in der es heißt, Darmstadt, Jena und Regensburg seien die Topstädte in Deutschland, die einen sehr hohen Anteil an hoch qualifizierten Menschen haben.

Das Schöne an Darmstadt ist, wir haben sowohl einen industriellen Kern als auch einen sehr hohen Anteil an sonstigen Dienstleistungen. Was ich jetzt sage, gilt immer auch sehr stark für Frankfurt, wo die Entwicklung relativ ähnlich ist, sowohl von der Bevölkerungszahl und der Zahl der Arbeitsplätze her als auch die Schulentwicklung betreffend, worauf wir gleich noch zu sprechen kommen. Das heißt, Darmstadt hat in den letzten Jahrzehnten einen rasanten Aufschwung erlebt, was die Bevölkerungszahl betrifft und die Zahl der stabilen, sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze. Diese Dynamik hat sich in den letzten zwei bis drei Jahren eher noch verstärkt.

Das heißt, wir haben eine ungeheure Dynamik, die natürlich auf den Wohnungsmarkt und auf andere Bereiche der Darmstädter Gesellschaft einen bestimmten Druck ausübt, und wir haben eine sehr starke Veränderung der Stadt. Es ist auch deswegen kein Ende abzusehen, weil Darmstadt Konversionsflächen hat, also Flächen, die die amerikanischen Streitkräfte verlassen haben. Wir haben ein sehr großes innenstadtnahes Gebiet, das wir seit diesem Herbst endlich bebauen und bewohnen können. Wir haben noch zwei andere Kasernenstandorte, die für Wohnbebauung geeignet sind und die wir in den nächsten Jahren ebenfalls bebauen werden. Wir haben eine sehr große Fläche, die wir für moderne Gewerbebetriebe reserviert haben, und eine weitere Fläche im Süden Darmstadts, in Eberstadt, wo wir das alte Klinikgelände aufgeben. Auch dort wäre eine Wohnbebauung möglich.

All dies zusammengenommen bedeutet natürlich, dass der Druck, der in Darmstadt auf dem Wohnungsmarkt lastet, in gewisser Weise dadurch abgemildert werden kann, dass wir ganz neue, bisher nicht vorhandene Wohnmöglichkeiten zur Verfügung stellen. Der Druck wird nicht nachlassen. Wir können sehen – jetzt sind wir wieder bei den Prognosen –, dass die positive Geburtenrate, die Zuwanderung aus ganz Deutschland und in neuerer Zeit die Zuwanderung von hoch qualifizierten Menschen insbesondere aus Südwesteuropa für Zuwachs sorgen. Diese kommen aus Portugal, aus Spanien, teilweise aus Frankreich, aber auch aus Griechenland. Gerade in den letzten beiden Jahren konnten wir von dort viele Menschen gewinnen, die schon eine Ausbildung hinter sich haben und eine Stelle in Darmstadt antreten. Das ist ein ganz neuer Trend, der die Dynamik, die wir für die Bundesrepublik sehen und die sich auf unsere Wissenschaftsstadt auswirkt, noch einmal verstärken wird.

Das sind Entwicklungen, die durch Prognosen nur sehr schwer abzubilden sind. Ich will deswegen auf die Bevölkerungsentwicklung eingehen, wie sie die Hessen-Agentur prognostiziert hat und die ich sehr gut finde. Sie stammt aus dem Jahr 2011. Vom Hessischen Statistischen Landesamt gibt es eine Prognose aus dem Jahr 2010. Das Dilemma der Prognose des Hessischen Statistischen Landesamts ist, dass sie diese Dynamik methodologisch nicht in ihrem Programm hat. Die Hessen-Agentur hat eine ganz andere Methode angewandt – Uwe van den Busch hat das veröffentlicht –, die die Dynamik der unterschiedlichen Entwicklungen in Hessen sehr gut abbildet. Wenn Sie sich die Prognose anschauen, sehen Sie, dass die Hessen-Agentur davon ausgeht, bis zum Jahr 2030 wird Darmstadt am stärksten von allen hessischen Städten und Gebietskörperschaften wachsen, mit 6,5 %. In Frankfurt sieht es mit 5,1 % Wachstum ähnlich aus. Dann folgen der Main-Kinzig-Kreis, aber auch Offenbach und Wiesbaden.

Ansonsten sieht es – ich sage es einmal bösartig – relativ trostlos aus in Hessen. Es wird nicht nur die Bevölkerungszahl insgesamt um 2 bis 3 % zurückgehen, sondern wir haben laut dieser Prognose ganz schlimme Einwohnerverluste für den Werra-Meißner-Kreis, für den Vogelsbergkreis und für den Odenwaldkreis. Das sind Größenordnungen von 15,8 bis 20 %. Die Einwohnerzahlen werden also vor allem in Nordhessen, aber eben auch bei uns im Odenwaldkreis um ein Viertel zurückgehen. Das ist natürlich eine Entwicklung, auf die das Land reagieren muss, auf die aber auch die Gebietskörperschaften reagieren müssen. Ähnliche Prognosen gibt es für den Arbeitsmarkt nicht, aber Sie sehen anhand der Zahlen, was für eine wirtschaftliche Dynamik in Frankfurt, in Darmstadt, aber auch in Wiesbaden herrscht. Dort wird es weiterhin einen Bevölkerungszuwachs geben.

Noch schlimmer ist die Prognose der Hessen-Agentur für das Jahr 2056. Das ist ein Zeitraum, auf den wir nicht genau schauen können. Darmstadt ist dann neben Frankfurt, Main-Kinzig-Kreis, Wiesbaden und Offenbach immer noch am wachstumsstärksten. Die Verluste für die nordhessischen Landkreise sind noch drastischer: Sie bewegen sich in

der Größenordnung von über 20 % – also ein Viertel – bis fast 50 %, was den Werra-Meißner-Kreis betrifft. Das ist fast die Hälfte der Bevölkerung.

Das heißt, wir haben drastische Veränderungen und sehr große Disparitäten in Hessen: In Südhessen, vor allem in den beiden großen Metropolstädten Darmstadt und Frankfurt, haben wir starke Einwohnerzuwächse. Sie wissen, Frankfurt hat jetzt mehr als 700.000 Einwohnerinnen und Einwohner. In Frankfurt ist aus meiner Sicht noch ein besonderer Effekt zu verzeichnen – das merken wir immer bei den Großstadtvergleichen –: Viele Jahrzehnte lang war Essen die fünftgrößte Stadt der Bundesrepublik Deutschland. Das ist jetzt Frankfurt. Essen, die ehemals fünftgrößte Stadt, rangiert nun an sechster oder siebter Stelle. Davor kommen andere Städte wie Frankfurt oder Stuttgart – München sowieso –, das ebenfalls sehr starke Wachstumsraten hat. Sie sehen, dass es auch innerhalb der Bundesrepublik Deutschland bei den Großstädten starke Verschiebungen gibt, die sehr gut feststellbar sind.

Was ist eigentlich die Ursache dieser Bevölkerungsentwicklung in Darmstadt? Da kommen mehrere Faktoren zusammen. Ich habe bereits die positive Geburtenrate genannt. Das heißt, die Darmstädter bekommen mehr Kinder. Außerdem haben wir eine hohe Zuwanderung aus anderen Städten – insbesondere aus anderen Städten der Bundesrepublik Deutschland –, und wir haben einen stabilen und sich positiv entwickelnden Arbeitsmarkt. Das sind wichtige Faktoren.

Innerstädtisch kommen Faktoren hinzu, die es attraktiver machen, nicht im Umland von Darmstadt zu wohnen, sondern in der Stadt selbst. Dazu gehört das, was die Stadt bereits 1998 beschlossen hat und immer besser umgesetzt hat, nämlich die Möglichkeit, Familie und Beruf zu vereinbaren: Das bedeutet Ganztagsangebote in den Schulen und eine sehr viel bessere – möglichst ganztägige – Versorgung mit U-3-Plätzen und Kindergärten. Hoch qualifizierte Frauen erhalten dadurch, dass die städtische Kindertagesbetreuung mit sehr viel kommunalem Geld aufgebaut wurde, die Möglichkeit, im Beruf zu bleiben oder in den Beruf zurückzukehren. All diese Maßnahmen führen dazu, dass die Leute nicht in Roßdorf, nicht in Griesheim und nicht in Weiterstadt wohnen wollen, sondern in der Stadt selbst. In der Fachdiskussion spricht man vom „Trend zurück in die Stadt“.

Das gilt nicht für alle Städte, aber es trifft auf Frankfurt, auf Darmstadt und zum Teil auch auf Düsseldorf, Stuttgart und München zu. Auch Leipzig und Dresden gehören zu dieser Gruppe, von der man sagt: Die Menschen – vor allem die jungen Leute – wollen zurück in die Stadt; sie versuchen, dort ein Reihenhaus zu erwerben, das einigermaßen kostengünstig ist, und wollen von den kulturellen und infrastrukturellen Möglichkeiten profitieren, die die Städte bieten: die bessere Kinderversorgung, die bessere U-3-Versorgung, das Freizeit- und das Kulturangebot. Das führt dazu, dass wir diese enorme Dynamik haben, die Städte wie Darmstadt oder Frankfurt wachsen lässt.

Wir merken bei der Auswertung sowohl unserer eigenen amtlichen Statistik als auch der Bürgerumfragen, dass wir eine sehr hohe, ständig wachsende Zahl von hoch qualifizierten Menschen mit Familie – mit kleinen und mit jugendlichen Kindern – in der Stadt haben. Das bedeutet vor allem auch hoch qualifizierte Frauen, und das ist eine Besonderheit. Darmstadt ist keine altindustrielle Stadt mit Montanindustrie, sondern eine sehr moderne Stadt mit sehr modernen Dienstleistungsangeboten. Das heißt, Darmstadt besitzt eine hohe Attraktivität für junge Frauen, die dort entweder ihre Ausbildung machen oder den ersten Arbeitsplatz antreten wollen. Da wir sehr viele Arbeitsplätze haben, vor allem im modernen, hoch bezahlten Dienstleistungssektor, ist es für Frauen höchst attraktiv, nach Darmstadt zu ziehen und dort vielleicht sogar eine Familie zu gründen.

Das hat natürlich enorme Folgen, vor allem für unsere Grundschulen, in denen wir das zuerst gemerkt haben. Im Jahr 2000 hatten wir etwa 1.200 Grundschulkinder pro Jahrgang; mittlerweile sind wir bei 1.500 angelangt. Das sind also drastisch steigende Zahlen. Ähnliches kann ich für Frankfurt berichten. Das heißt, wir haben zunächst einmal den Effekt, dass wir eine drastische Zunahme der Zahl der Grundschulkinder haben. Das ist eine Situation, auf die wir nicht unbedingt vorbereitet waren. Wir müssen also sehr schnell die Grundschulen erweitern, z. B. durch das Aufstellen von Containern, oder die Stadt Darmstadt als Träger muss die Errichtung neuer Grundschulen bezahlen. In Frankfurt ist die Zahl der Grundschulkinder um 11 % gestiegen, in Darmstadt um 4,1 %.

Die Zahlen werden in den nächsten Jahren noch einmal deutlich steigen. Wir wissen jetzt schon, wer geboren ist, und wir können aufgrund der Abschätzung der Wanderungsbewegung sagen, wie viele davon wegziehen und wie viele in etwa noch dazukommen werden. Das heißt, wir werden in den nächsten Jahren in Darmstadt deutlich mehr Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer brauchen, und es muss auch mehr für die Raumausstattung ausgegeben werden. Das können wir heute schon sehr gut prognostizieren. Dafür hat die Stadt mich eingestellt. Wir werden also wahrscheinlich einen Fehlbedarf bei den Grundschullehrerinnen und Grundschullehrern haben. Es wir also in Hessen aufgrund der erhöhten Schülerzahl in den Grundschulen schwieriger werden, den Unterricht abzudecken. Das ist die Einschätzung unseres städtischen Schulamts. Wir brauchen also weitere Schulräume, und wir brauchen eine steigende Zahl von Lehrkräften, z. B. in den Grundschulen.

Ich habe vorhin von den Konversionsstädten gesprochen, also von den Städten, in denen neue Wohngebiete erschlossen worden sind oder erschlossen werden. In diesem Gebiet werden wir eine neue Grundschule und eine weiterführende Schule bauen. Wir werden also auf den Druck, der durch die jungen Eltern auf den Bildungssektor ausgeübt wird, sehr gut reagieren.

Wir haben einen großen Vorteil gegenüber dem Statistischen Landesamt oder gegenüber anderen Einrichtungen, weil wir sowohl über die amtliche Statistik als auch über die Ergebnisse unserer eigenen Bürgerumfragen verfügen. Das gilt übrigens genauso für Frankfurt oder Wiesbaden, die ebenfalls Bürgerumfragen machen und daher sehen, wie die Bedeutung der infrastrukturellen Forderungen seitens der jungen Eltern ständig gestiegen ist. Die wollen gute Grundschulen haben; sie wollen, dass ihre Kinder in Waldkindergärten untergebracht werden. Sie wollen praktisch eine Vollversorgung haben oder zumindest die Abdeckung eines großen Teil des Tages. Sie wollen, dass ihre Kinder dort untergebracht und auf eine sehr moderne pädagogische Art unterrichtet oder betreut werden. Das ist eindeutig feststellbar, zumindest für die drei südhessischen Städte, die Bürgerumfragen machen.

Wir haben eine sehr große Chance dadurch, dass wir in der abgeschotteten Statistikstelle die hessische Lehrer- und Schülerdatenbank, die LUSD, auswerten können. Das ist ein sehr großer Vorteil von uns. Ähnliches gilt für Frankfurt und Wiesbaden. Wir können dadurch sehr viele kleine und kleinsträumige Bewegungen und Veränderungen im Interesse unserer Schulplanung nachvollziehen. Es werden auch der Migrationshintergrund und eine Vielzahl anderer Daten erhoben. Da wir dem Datenschutz unterliegen, dürfen wir die Daten nicht 1 : 1 an unser Schulamt weitergeben. Aber wir können sie für die Schulbezirke und für kleinräumige Bereiche sehr gut auswerten. Das ist ein nicht zu unterschätzender Vorteil, der uns bei unserer Schulplanung bereichert.

Das ist der Nachteil des Statischen Landesamts: Sie haben eine sehr schöne, auch methodisch sehr gute Publikation erstellt, die Sie sicherlich kennen: „Schüler und Schulentlassene in Hessen 2025“. Sehr gut dargestellt ist auch die extrem starke Auseinander-

entwicklung zwischen Nord- und Südhessen oder, anders gesagt, zwischen den Agglomerationsräumen und den anderen Gebieten. Wenn Sie sich nämlich in Südhessen die Situation im Odenwald anschauen, stellen Sie fest, dass die Entwicklung der in bestimmten Bereichen von Nordhessen ähnelt. Man muss dabei von der Stadt Kassel und der sie umgebenden Region absehen.

Hierin sind auch die Übergangsquoten enthalten. Unter anderem steht dort, dass die Übergangsquoten in Darmstadt die höchsten in Hessen sind und dass Darmstadt für die Schülerinnen und Schüler der umgebenden Gemeinden ein ganz wichtiger Schulstandort ist. Jetzt sind wir an einem ganz wichtigen Punkt. Das ist ein Modell, das es in Hessen sonst nicht sehr häufig gibt: Wir arbeiten seit 2010/2011 – seitdem wir die neue Stadtregierung haben – sehr eng mit dem Landkreis zusammen. Wir machen eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung, und das ist etwas ganz Wichtiges.

Ich habe vorhin berichtet, dass auch die Eltern der umliegenden Gemeinden – Roßdorf, Griesheim, Pfungstadt, Weiterstadt, Dieburg; alles Städte mit 20.000 bis 25.000 Einwohnerinnen und Einwohnern – ihre Kinder am liebsten auf die hervorragenden Darmstädter Gymnasien schicken wollen. Der Trend ist weiterhin vorhanden. Wir haben überlegt: Was um Gottes willen können wir machen, um diesen starken Druck, den wir innerstädtisch aufgrund der Zuwanderung und der hohen Geburtenzahl schon haben, zu mildern und die Situation in Darmstadt zu entlasten?

Das geht nur über eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung. Die haben wir sehr lang und sehr gut vorbereitet. Wir haben mit dem Landkreis und den dortigen Schulplanerinnen und -planern sehr eng zusammengearbeitet und mehrere Optionen entwickelt: Wir haben es erstens geschafft, die Schülerzahlen ein bisschen zu regionalisieren, sprich: Diejenigen, die südlich von Darmstadt zu Hause sind, gehen im Süden von Darmstadt zur Schule, diejenigen, die aus dem Westen kommen, besuchen eher eine Schule im Westen, und die, die aus dem Norden kommen, gehen im Norden oder Osten zur Schule.

Zweitens haben wir es geschafft, nicht immer in freundlichem Einvernehmen mit dem Kultusministerium, in Griesheim, also in der durch die Straßenbahn angebundenen Teilstadt von Darmstadt – in Griesheim wohnen ganz viele Menschen, die in Darmstadt arbeiten –, das Gymnasium um einige Schulklassen zu erweitern und sozusagen noch einiges obendrauf zu setzen. Es ist also gelungen, den Schulstandort Griesheim, der sich in unmittelbarer Nähe zu Darmstadt befindet, zu profilieren und weiterzuentwickeln. Verschiedene andere kleine Maßnahmen wurden getroffen: Ausbau von Gymnasien, Bereitstellung von Containern für größere Schulklassen usw. Wir können einen sehr positiven Effekt vermelden: Der Druck der Kinder und Jugendlichen aus dem Landkreis, die in der Stadt zur Schule gehen wollen, lässt deutlich nach, und die Schulstandorte im Kreis werden mittlerweile eher angenommen.

Das alles kann man sehr schön mit Zahlen belegen, was ich jetzt aber nicht machen möchte. Ich will mich noch einem anderen aus meiner Sicht sehr wichtigen Aspekt nähern, den ich auch in meiner Stellungnahme dargestellt habe: Wir haben in Darmstadt Eltern – meistens sehr gut qualifiziert, in der Regel deutschsprachig, aber manchmal auch französisch-, spanisch- oder englischsprachig –, die in unseren Forschungseinrichtungen arbeiten, ob das die EUMETSAT, die ESA – das kleine Houston Europas – oder der Beschleuniger FAIR ist. Dieser hat im Moment 1.700 Beschäftige; im Jahr 2018 werden dort 3.000 hoch bezahlte Wissenschaftler arbeiten. Sie sehen anhand dieser Zahlen, dass die Zahl der Hochqualifizierten in Darmstadt weiter steigen wird.

Diese Menschen leben mit ihren Familien in Darmstadt. Sie sind englisch-, französisch- oder spanischsprachig. Was fordern sie von einer solchen Stadt? Sie fordern natürlich, dass bilingualer Unterricht angeboten wird. Das ist doch selbstverständlich. Wir haben es in sehr kurzer Zeit geschafft, den Unterricht in zwei Schulen bilingual auszurichten. Dort bieten wir im Moment Englisch und Deutsch als Sprachen an. Das ist für diese hoch bezahlten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die ihre Kinder qualifiziert und gebildet sehen wollen, ein ganz wichtiger Aspekt. Der zweite Aspekt ist, dass wir gerade dabei sind – es gibt schon ein starkes Engagement –, auch den Unterricht in französischer Sprache auszuweiten. Der dritte Aspekt wäre der Unterricht in spanischer Sprache. Sie sehen, die Stadt ist einem gewissen Druck von hoch qualifizierten Eltern ausgesetzt, hier die Angebote zu verbessern.

Das sind die Migranten, die sehr gut ausgebildet sind, in der Regel sehr gut bezahlte Jobs haben und Forderungen bezüglich Kinderbetreuung und Schulentwicklung an die Stadt stellen. Wir haben aber eine zweite Gruppe von Migrantinnen und Migranten – die meistens anderen Nationen angehören –, die wenig qualifiziert sind, schlecht bezahlte Jobs haben, die manchmal einen Arbeitsplatz haben, manchmal auch nicht. Sie können wir durch unsere Sozialraumanalysen – das ist ein Schwerpunkt meiner Arbeit – sehr gut verorten. Sie sind in Kranichstein und in Eberstadt-Süd zu finden. Eine große Anzahl von Kindern und Jugendlichen stammt aus diesen Familien, die dort, sozialräumlich gesehen, relativ eng zusammenwohnen, worauf die Schulpolitik natürlich massiv reagieren muss.

Wir haben in Darmstadt, wie Sie in den Unterlagen gesehen haben werden, im Vergleich zu Offenbach einen deutlich niedrigeren Anteil von Migrantinnen und Migranten. Wir liegen, was die Zahl der Ausländer betrifft, bei 16 &. Die Zahl der Migranten liegt mit etwa 35 % praktisch doppelt so hoch. Offenbach hat – nach eigenen Auswertungen – mit knapp über 50 % den höchsten Migrantenanteil in Deutschland. Bei den Kindern und Jugendlichen ist dieser Anteil noch einmal deutlich höher. Das sind fast zwei Drittel. Wir haben in den beiden Stadtteilen Kranichstein und Eberstadt sehr heftige soziale Probleme. Dort haben wir Menschen mit einem niedrigen Bildungsniveau, einen niedrigen Einkommen und einem niedrigen Sozialstatus.

Da wir seit 1998 eine sehr umfangreiche Sozialberichterstattung machen und versuchen, die Probleme in diesen Stadtteilen zu lösen oder zumindest die Situation der Menschen, die dort wohnen, zu verbessern, haben wir uns um zwei „Soziale Stadt"-Projekte bemüht, und wir haben es auch geschafft, sie zu bekommen – was sehr ungewöhnlich war. Eigentlich hätte uns nur ein Projekt zugestanden. Wir haben aufgrund der Datenanalysen zwei bekommen – Eberstadt-Süd und Kranichstein-Süd –, und wir haben eine ganze Menge an EU-Fördermitteln an Land gezogen. Ich will Ihnen kurz beschreiben, was das bedeutet, und beziehe mich vor allem auf das BIWAK-Programm.

Das BIWAK-Programm ist für Jugendliche gedacht, die in die Erich-Kästner-Schule in Kranichstein gehen. Es sind etwa 270 Kids, die dort gezielt mit Hausaufgabenbetreuung, Nachhilfe und einem Nachmittagsprogramm gefördert werden. Wir haben es durch genau dieses Programm tatsächlich geschafft, die Arbeitslosenrate von jugendlichen Migrantinnen und Migranten in Kranichstein um die Hälfte zu reduzieren. Das heißt, die Kids, die dort in die Schule oder in die Berufsschule gehen, haben eine Unterstützung erfahren, die von der Bildung über die Bewegung bis zum Mittagessen reichte. Genau solche Ansätze verhelfen in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf Kindern und Jugendlichen mit einem Migrationshintergrund zu einem Schulabschluss, oder sie werden dadurch weiterqualifiziert, sodass sie an Berufsschulen oder an andere Einrichtungen gehen können.

Ich komme zum Schluss. Das Dilemma bei den EU-Mitteln ist immer, dass sie an eine Förderperiode gebunden sind. Wir haben vier Jahre, manchmal vielleicht auch sechs Jahre, und dann ist das Geld weg, und die Stadt muss einspringen. Sie wissen, wie begrenzt die finanziellen Mittel von Städten sind. Sie sehen, dass die Stadt eine Menge unternimmt. Wir haben die Schulsozialarbeit stark ausgeweitet, auch dank unseres Oberbürgermeisters, der vorher Sozialdezernent war.

Ich will es zusammenfassen: Der Punkt ist, wir können für Hessen feststellen, dass wir extrem starke regionale Disparitäten haben. Es gibt also innerhalb Hessens sehr große Unterschiede in der Entwicklung, z. B. zwischen Nordhessen und Südhessen. Aber auch in Südhessen haben wir ganz starke regionale Disparitäten, wie wir feststellen, wenn wir uns die Situation in Darmstadt und im Odenwaldkreis anschauen. Unterschiede gibt es in der Trendentwicklung nicht so sehr zwischen Frankfurt und Darmstadt – die Städte sind relativ ähnlich –, aber wir brauchen uns nur bestimmte Landkreisteile, etwa vom Landkreis Groß-Gerau oder gerade auch vom Odenwaldkreis, anzuschauen, um zu merken, dass es sehr starke regionale Disparitäten gibt.

Wir haben eine zunehmende Heterogenität, sowohl innerhalb Hessens als auch in der Stadt Darmstadt selbst. Wir haben eine größere Gruppe von sozial schwachen Menschen, wobei es sich nicht nur um Menschen mit Migrationshintergrund handelt, sondern auch um solche mit Deutsch als Muttersprache, die der Sprache dennoch fast nicht mächtig sind. Sie sind sozial schwach, haben ein geringes Einkommen und einen niedrigen Bildungsstand und sind nur sehr schwer dazu zu bewegen, ihre Kinder weiterzuqualifizieren oder auf höhere Schulen zu schicken. Das heißt, wir haben diese Heterogenität sowohl in der Stadt als auch im Verhältnis zwischen der Stadt und den benachbarten Landkreisen. Außerdem haben wir eine massive Segregation in den Großstädten, sprich: Es wohnen bestimmte Gruppen von Menschen mit einem bestimmten Sozialstatus in bestimmten Stadtvierteln. Auch darauf muss die Bildungspolitik heutzutage unbedingt eingehen.

Damit komme ich zum Ende. Ich bin gern bereit, Fragen zu beantworten.

Vorsitzender: Vielen herzlichen Dank. – Gerade als Frankfurter Abgeordneter finde ich es sehr wohltuend, dass wir, nachdem wir über Sachsen gehört haben, das extrem stark von sinkenden Schülerzahlen betroffen ist, den Fokus auch einmal auf wachsende Städte wie Frankfurt oder Darmstadt legen, in denen die Einrichtungen sozusagen überquellen. Das betrifft nicht nur die Schulen, sondern auch die U-3-Betreuung und die Kindergärten. Dadurch ergibt sich das gesamte Bild des demografischen Wandels.

Die Fragerunde ist eröffnet. – Als Erster hat Herr Prof. Radtke das Wort.

Sachv. Prof. **Dr. Frank-Olaf Radtke:** Herr Bachmann, vielen Dank für diese Ausführungen. Es ist nicht ganz zufällig, dass wir mit der Einladung an Sie versucht haben, diesen Aspekt der demografischen Entwicklung in Südhessen in den Vordergrund zu stellen.

Zur Vertiefung möchte ich nachfragen: Wenn ich es richtig sehe, sprechen wir, wenn wir über den Regierungsbezirk Darmstadt bzw. über das Rhein-Main-Gebiet reden, über fast zwei Drittel der hessischen Bevölkerung.

(Herr Bachmann: Richtig! Genau!)

Das heißt, wir reden über ein größeres Problem als das Schwundproblem, das hier im Vordergrund steht. Das möchte ich nur noch einmal festgehalten haben.

Mich interessieren Ihre anfänglichen Aussagen, denn das Thema hat auch schon in dem, was Herr Weishaupt gesagt hat, eine Rolle gespielt. Sie haben sich als jemand präsentiert, der eine geschlossene Statistikabteilung leitet, und haben darauf hingewiesen, dass Sie über bessere Daten als das Hessische Landesamt für Statistik verfügen, wenn es darum geht, kleinräumige Planungen, z. B. Bildungsplanungen, machen zu können oder überhaupt kleinräumige statistische Analysen zu erstellen.

Das müssen Sie mir noch einmal ein bisschen erklären: Wie kann es sein, dass das Land an einer bestimmten Stelle über andere Daten verfügt? Wir haben das hier schon mehrfach festgestellt. Sie werden sich an die Sitzungen erinnern, in denen wir Herrn Büdinger gefragt haben, ob er uns dazu oder dazu eine Auskunft geben kann. Er hat immer gesagt: Nein, das kann ich nicht. Das steht in der LUSD, und die ist mir nicht zugänglich. – Herr Bachmann, können Sie mir erklären, welcher Logik es folgt – abgesehen vom Datenschutz –, dass bestimmte Gebietskörperschaften über andere statistische Möglichkeiten verfügen als das Land? Oder muss man sagen – Herr Weishaupt hat darauf hingewiesen –: „Das Kultusministerium scheint auch darüber zu verfügen, teilt sie uns aber nicht mit"?

In Ihren Ausführungen ist schließlich sehr deutlich geworden, dass das für die kleinräumigen Planungen wichtig ist. Im Integrationsausschuss der Stadt Frankfurt z. B. – wobei das vom AMKA ausgeht – sitzen wir im Moment ebenfalls an einer solchen Frage und stoßen immer wieder auf Statistiken, die nicht weiterführen und aus denen man die entscheidenden Informationen nicht gewinnen kann.

Auch die letzte Frage, die ich stellen möchte, dient eigentlich nur der Vertiefung: Sie haben darauf hingewiesen, dass eine zwischen der Stadt und dem Kreis koordinierte Schulentwicklungsplanung eine ganz wichtige Rolle spielt. Ich hatte heute Morgen bei dem, was wir, auch von Herrn Weishaupt, gehört haben, den Eindruck, dass die einzelnen Gebietskörperschaften versuchen, das durch den demografischen Wandel entstehende Problem in Ihrer eigenen Zuständigkeit zu lösen. Dabei kann es zu Schulschließungen kommen, wie wir eben aus Sachsen gehört haben.

Aber am Ende, wenn wir es auf ganz Hessen bezogen betrachten, wissen wir nicht, was das für einen Effekt hat. Das Schulsystem verändert sich durch Schließungen und, wie in Frankfurt und Darmstadt, durch Neueröffnungen. Aber wie sich das auf die Struktur des Bildungsangebots auswirkt, unterliegt offensichtlich keiner gemeinsamen Planung. Sie haben gesagt, Sie mussten diese Koordination für den Raum Darmstadt-Dieburg mühevoll und, wie Sie in einem Nebensatz angedeutet haben, nicht unbedingt mit Unterstützung des Kultusministeriums durchführen. Da frage ich mich und uns alle: Wie sorgen wir dafür, dass die Einzelmaßnahmen, die jetzt überall getroffen werden – diese Einzelanpassungen –, am Ende nicht einen Effekt haben, von dem wir zehn Jahre später sagen: „Wie kann das sein?"?

Herr Kraus, ich will noch einmal das aufgreifen, was Sie gesagt haben: Sie haben gesagt, wir kennen den Gymnasiasten des Jahres 2024 heute schon.

(Sachv. Josef Kraus: Er ist schon geboren!)

– Ja. – Aber dahinter steckt – bei Herrn Weishaupt kam das heute Morgen zum Ausdruck – eine Lenkung der Schülerströme. Es ist nicht so, dass wir die Schüler willkürlich verteilen können, sondern wir haben eine Struktur, bei der die Schüler von vornherein

auf ein dreigliedriges – oder mehrgliedriges – Schulsystem verteilt werden. Wenn wir zulassen, dass sich das Schulsystem naturwüchsig, gleichsam unkoordiniert an die demografische Entwicklung anpasst, können wir einige Überraschungen erleben.

Abg. **Gerhard Merz:** Ich habe zwei Fragen. Die erste Frage betrifft das, was Sie zu einer gemeinsamen Schulentwicklungsplanung von Stadt und Landkreis gesagt haben. Ich komme aus einer Stadt, die ein ähnliches Problem hat: Seit Jahrzehnten haben wir stabil 50 bis 80 % Gastschüler an den Gymnasien respektive an den gymnasialen Zweigen. Würden Sie mir zustimmen, dass das einzige Mittel, um die Verhältnisse zwischen den städtischen Schulangeboten und denen des Landkreises zu regeln, die Festlegung von Höchstzügigkeiten ist und dass man das im Grunde auch ohne eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung machen kann? Dann wird nämlich sozusagen der Damm erhöht, und im Landkreis sind dann mit dem Ausbau oder Zubau von Schulangeboten die Konsequenzen zu ziehen. Ist das nicht im Grunde das einzige, harte Mittel?

Die zweite Frage ist: Glauben Sie tatsächlich – ich würde das auch gern glauben; ich habe schließlich eine gewisse Erfahrung mit der „Sozialen Stadt" –, dass die Reduzierung der Arbeitslosenzahlen bei Jugendlichen in Kranichstein in erster Linie oder vielleicht sogar ausschließlich auf das BIWAK-Programm zurückzuführen ist? Dann wäre dies das erste Programm – jedenfalls soweit ich weiß –, bei dem man einen solch positiven, harten Effekt nachweisen könnte. Die Aussage fand ich wirklich erstaunlich. Deswegen wollte ich da noch einmal nachhaken.

Abg. **Bettina Wiesmann:** Ich habe drei Punkte. Der erste Punkt ist: Sie haben in Ihrem Handout von der gemeinsamen Schulentwicklungsplanung der Stadt Darmstadt und des umliegenden Kreises in der Tat interessant berichtet. Das habe ich mir auch notiert. Unter Punkt 14 ist noch etwas allgemeiner von dem Vorschlag die Rede, die Schulplanung zwischen Kommunen und Kreisen mit Wachstumsprognosen und solchen mit Schrumpfungsprognosen besser zu koordinieren. Als Referenzpunkt nannten Sie Südhessen. Meine Frage ist: Gibt es jenseits dessen, was Sie jetzt geschildert haben, auch etwas, was Sie als Entwicklungschance sehen? Haben Sie Überlegungen und Vorschläge in dieser Richtung?

Der zweite Punkt bezieht sich grundsätzlich auf die Prognose. Ich habe mir im Vorfeld das angeschaut, was Sie verteilt haben – Darmstadt 2030 –, und dann noch ein paar andere Quellen hinzugezogen, die ich finden konnte, z. B. den Demografiebericht der Stadt Darmstadt und den Wegweiser Kommune der Bertelsmann Stiftung. Ich möchte nur ein paar Beispiele nennen; die Auswahl ist bestimmt oberflächlich. Wenn man sich die verschiedenen Prognosen anschaut, stellt man Unterschiede in der Größenordnung von 2.000 bis 7.000 Einwohnern fest. Einige Annahmen werden begründet, insbesondere mit Wanderungssalden. Sie haben das eben alles ausgeführt. Ich habe versucht, herauszufinden, ob Sie uns sagen können, dass es in Darmstadt schon ein Prognosewerkzeug gibt, das so zuverlässig ist, dass man damit arbeiten kann. Das habe ich nicht herausgehört; vielleicht habe ich es auch überhört.

Die Frage ist: Gibt es so etwas? Oder stimmen Sie mir darin zu, dass man in den Planungsprozessen ein Stück weit über eine intelligente Flexibilität verfügen muss, um mit all diesen Unwägbarkeiten umzugehen? Welcher ist der richtige Pfad? Wir müssen auch aufpassen, dass wir nicht Erwartungen an uns selbst kreieren. Jetzt können wir immer auf die LUSD, das Kultusministerium und darauf, dass die Daten nicht verfügbar sind, verweisen. Vielleicht ist das einfach nicht in der Präzision ermittelbar, um eine solche Verbindlichkeit zu haben. Was machen wir denn damit? Gibt es in der Schulentwicklungspla-

nung auch einen bestimmten Grad von Flexibilität? Sind manche Maßnahmen vielleicht deshalb besser, weil sie flexibler sind und leichter angepasst werden können als andere?

Dritter Punkt. Sie haben gesagt, Sie hätten Kenntnis von bestimmten Problemstadtteilen. Sie haben auch die Maßnahmen aufgeführt, die Sie, wie Sie sagen, in Darmstadt mit Erfolg anwenden. Ist der Sozialindex in Darmstadt nicht auch ein großer Beitrag dazu, und wird er nicht noch größer? 300 Stellen gibt es schon, 300 weitere sind angekündigt. Man kann hochrechnen, was für Möglichkeiten das bietet – unterstellt, die Stellen würden ähnlich verteilt. Wie beurteilen Sie das?

Sachv. **Dr. Katharina Gerarts:** Herr Bachmann, ganz herzlichen Dank für Ihre Ausführungen. Als junge Mutter habe ich mit Interesse Ihren Ausführungen dazu gelauscht, was die Wissenschaftsstadt Darmstadt schon alles unternommen hat, um Familien anzuziehen. Obwohl Herr Prof. Radtke schon darauf verwiesen hat, dass dies die eine Seite der Entwicklung in der Folge des demografischen Wandels ist, möchte ich noch einmal dafür plädieren, dass wir das ganzheitlich in den Blick nehmen und uns auch mit den Kreisen befassen, in denen sich ein anderer Trend zeigt. Aus den Tabellen, die Sie in Ihrer Stellungnahme eingefügt haben, ist es sehr gut ersichtlich, dass wir im Grunde zwei Trends im Blick behalten müssen.

Mich würde konkret interessieren, ob Sie das noch einmal pointiert darstellen können und ob Sie Empfehlungen für die Kreise aussprechen können, die keine positive, sondern eine negative Entwicklung bei den Geburtenzahlen aufweisen. Wo sind andere Entwicklungen festzustellen? Können Sie da Hinweise und Empfehlungen geben?

Abg. **Barbara Cárdenas:** Herr Bachmann, das waren sehr interessante Ausführungen. Ich habe zunächst eine ganz kurze Frage. Ich nehme an, ich habe etwas missverstanden, und zwar habe ich verstanden, dass von 124.800 Beschäftigten 117.000 im IT-Bereich arbeiten. Das kann nicht sein.

(Herr Bachmann: 17.000!)

– 17.000. Dann kann ich das korrigieren. – Bei der zweiten Frage handelt es sich eigentlich um einen Fragenkomplex, bezogen auf Ihre Ausführungen zum Speckgürtel auf der einen Seite, in dem hoch qualifizierte Menschen wohnen, sowie zu Kranichstein und Eberstadt auf der anderen Seite

In Bezug auf die Disparitäten, die es in Darmstadt anscheinend gibt, möchte ich zum einen fragen: Gibt es einen Mittelbereich? Wie stellt er sich dar? Oder gerät er aus dem Blickfeld? Wir haben oft das Problem, dass wir einerseits auf das Gymnasium und andererseits auf die Hauptschule schauen, während die Realschulabgänger irgendwie durchs Netz fallen. Die Frage ist also: Gibt es einen Mittelbereich, den Sie irgendwie quantifizieren können, vielleicht auch bezogen auf geografische Gegebenheiten?

Zum anderen habe ich die Frage: Wie sieht es mit den positiven Entwicklungen aus, die Sie im Zusammenhang mit diesem Thema dargestellt haben, z. B. mit den bilingualen Angeboten oder den Ganztagsschulen? Die Ganztagsschulen sind nicht nur für Berufstätige wichtig, sondern auch für Benachteiligte, genauso wie bilinguale Angebote nicht nur in Englisch, Französisch und Spanisch, sondern auch in den Muttersprachen der Einwanderer gemacht werden sollten. Wird versucht, das mit ähnlicher Intensität zu entwi-

ckeln, oder wird das Geld in die Entwicklung von Angeboten für diejenigen gesteckt, die die meisten Steuern zahlen können?

Letzte Frage: Wie entwickelt sich die Gesamtstadt? Gibt es auch ein Interesse daran, für eine Mischung der Bevölkerungsgruppen zu sorgen? Wie entwickelt sich die Kultur?

Herr **Bachmann:** Ich darf mit den Fragen von Dr. Radtke anfangen. Es ging um die kleinräumigen Statistiken, die sowohl das Land als auch die Kommune zur Verfügung haben. Das ist anders als z. B. in Frankreich, wo es ein klassisches hierarchisches System von Paris hinunter bis zu den Städten und Kommunen gibt. Ganz anders als in Frankreich funktioniert es in Deutschland. In Deutschland sind die Städte und Gemeinden, insbesondere diejenigen, die über eine sogenannte abgeschottete Statistikstelle verfügen – „abgeschottet" heißt in diesem Fall, dass sie datenschutzmäßig gegenüber den anderen Verwaltungsbezirken abgeschlossen ist –, selbst für die innerstädtische Raumbeobachtung, für die sozialräumliche Entwicklung und für die Demografie zuständig und dürfen diese Daten verarbeiten, miteinander kombinieren und auswerten, allerdings immer unter dem Datenschutzvorbehalt, dass einzelne Personen und Personengruppen nicht in den Tabellen aufgeführt werden.

Das ist schon sehr kleinräumig. Ich sage es einmal so: Alles, was mehr als drei Personen umfasst, werden Sie in unseren statistischen Jahrbüchern oder in unseren Analysen finden. Das heißt, wir haben hier ein knallhartes föderales System. Das bereitet z. B. auch der EU große Probleme. Deswegen bin ich vom Deutschen Städtetag abgeordnet, um in den EU-Arbeitsgruppen mit Eurostat und der Europäischen Kommission für die Entwicklung der Großstädte in Europa zusammenzuarbeiten. Ich bin da immer präsent, genauso wie in den Arbeitsgruppen beim Bundesstädtebauministerium. Da geht es um Indikatoren zur Beobachtung von Großstädten. Ich arbeite auch mit dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung zusammen. Dort gibt es eine ganz spezielle Arbeitsgruppe, die sich um Großstädte kümmert.

Dieses föderale System sieht so aus: Die Stadt ist für die Stadt selbst und für alles, was kleingliedriger ist, zuständig, das Land ist für die Gebietskörperschaften und das Land insgesamt zuständig, aber nicht für die kleinräumige Gliederung in der Stadt – es darf die Daten auch gar nicht auswerten und präsentieren –, und der Bund ist für die Bundesangelegenheiten zuständig und darf manchmal sogar Statistiken über die Länder veröffentlichen. Das ist die klassische Gliederung des föderalen Systems in Deutschland mit ihren Vor- und Nachteilen. Es ist leider so; das ist die gesetzliche Grundlage. Ich sage es einmal so: Die große Chance für die Städte besteht darin, solche abgeschotteten Statistikstellen zu haben und damit die Möglichkeit, sozialräumliche Prozesse zu beobachten.

2007 hatten wir eine europäische Tagung in Darmstadt. Meine Kollegen aus Paris haben gefragt: Wie macht ihr das denn, an solch großartige kleinräumige Sozialdaten zu kommen? Wir wissen über die Vorstädte von Paris gar nichts. – Die Londoner Kollegen haben gesagt: Wir haben ganz heftige Probleme. Bei uns gibt es diese Kämpfe in den Londoner Stadtteilen. Die Stadtteile brennen buchstäblich. Wie kommt ihr an solche Daten? – Da konnten wir nur sagen: Wir haben diese kleinräumige Beobachtung der Städte. Wir haben sehr gute Sozialdaten und die Bürgerumfragen, aber eben auch die amtliche Statistik.

Das macht es auch für das Land Hessen so schwierig. Dort darf man sozusagen nicht auf die innerstädtische Ebene durchgreifen. Wir haben z. B. die Gesundheitsdaten der einzuschulenden Kinder. Das ist eine großartige Fundgrube, wenn es darum geht, be-

stimmte Unterschiede – Migrationshintergrund, Sozialstatus – kleinräumig zu untersuchen. Diese Daten geben ganz spannende Hinweise auf die Gesundheitssituation der Kinder und darauf, wo die städtische Politik intervenieren muss: z. B. bei den Angeboten fürs Mittagessen, bei Bewegungsangeboten oder bei der Schulsozialarbeit. Nur wenn man so integriert denkt, also versucht, möglichst viele Aspekte zusammenzubringen, kann man eine einigermaßen konsequente und moderne Schulentwicklung machen.

Die zweite Frage bezog sich auf die Stadt und den Landkreis. Besonders spannend war folgende Situation: Wir hatten einen enormen Druck auf die Gymnasien seitens der Eltern, die ihre Kinder auf ein Darmstädter Gymnasium schicken wollten. Das war ein ganz heftiges Problem. Was die Größenordnung betrifft: Es ging um 700 bis – je nach Jahrgang – 1.000 Kinder, die in der Stadt ein Gymnasium besuchen wollten, abgewiesen wurden, mit bitteren Tränen in den Augen in ihren Landkreis zurückgegangen sind und gesagt haben: Die wollen mich in Darmstadt nicht. – Der Punkt ist: Wir konnten nur durch eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung,, die erst einmal außerhalb des Kultusministeriums erfolgte, versuchen, die bestehenden Ungleichgewichte zwischen Stadt und Landkreis aufzuheben.

Die eine Idee war, das Schuldorf Bergstraße zu erweitern und dort Möglichkeiten für Kinder zu schaffen, die aus dem südlichen Teil von Darmstadt-Dieburg kommen. Die andere Idee war – die ist in der gemeinsamen Diskussion entstanden –, das Gymnasium in Griesheim, in unserer westlichen Nachbarstadt, quantitativ und qualitativ aufzuwerten, einen Abschluss nach der 13. oder nach der 12. Klasse zu ermöglichen, also G 8 oder G 9, und dadurch den Druck zu vermindern.

Sie wissen, Darmstadts Einwohnerschaft ist tagsüber ungefähr doppelt so groß wie nachts. Wir haben 120.000 erwachsene Einwohner, und pro Tag pendeln etwa 70.000 Menschen zu ihrem Arbeitsplatz in der Stadt. Dazu kommen die Schüler, ein paar Touristen, ein paar Leute, die einkaufen wollen, Auszubildende und Berufstätige aus Städten und Gemeinden im Umfeld, die Selbstständigen und die Beamten, die in der Regel nicht in der Pendlerstatistik erfasst werden. Das heißt, Darmstadt hat tagsüber doppelt so viele Einwohner wie nachts. Daran sehen Sie, wie ungeheuer groß die Mobilität in diesem südhessischen Raum ist.

Man kann das nur schaffen, wenn man, wie es unsere Politiker zum Glück beschlossen haben, die Schulplanung gemeinsam macht, insbesondere bei den Berufsschulen. Es war eine sehr geglückte Sache, über Darmstadt hinauszudenken und ganz Südhessen einzubeziehen. Denken Sie an Rüsselsheim und die Autoindustrie, denken Sie an Bensheim mit den Schwerpunkten Hauswirtschaft und Pflege, oder denken Sie an den Schwerpunkt Automatisation und Maschinenbau in Groß-Gerau. Das müssen Sie so geschickt und so sinnvoll kombinieren, dass möglichst jeder, der an eine Berufsschule gehen will, dort auch einen Platz findet.

Daran wurde für Südhessen gedacht. Das war die Folge. Nachdem die gemerkt haben, dass es zwischen der Stadt Darmstadt und dem Kreis Darmstadt-Dieburg ganz gut klappt, haben sie sich gesagt, dass sie das bei der Berufsschulkonzeption auf den südhessischen Raum ausweiten müssen. Ich muss sagen – ich war nicht ganz unbeteiligt –, das war eine sehr glückliche Entwicklung.

Das Kultusministerium befindet sich in dem Dilemma, dass es weder kleinräumige noch kleinsträumige Daten hat und formal auch gar nicht haben darf, wenn man einmal von der LUSD absieht, diesem Erfassungsprogramm für Schülerinnen und Schüler. Man hat dort aber auch ein Interesse daran, die Schülerzahlen zu regulieren. Wir haben das große Problem, dass wir bei der Schulentwicklungsplanung zwischen Stadt und Landkreis

von bestimmten Gymnasien in Darmstadt massiv etwas auf die Ohren bekommen haben. Die erklären: Uns gehen bestimmte Anteile an Schülerinnen und Schülern verloren, wenn die in Griesheim bleiben und nicht in die Stadt fahren. – Die Konkurrenz zwischen den Schulformen, aber auch unter den Gymnasien ist einfach naturgegeben. Das ist leider so. Das müssen wir akzeptieren.

Dann gibt es die andere Ebene, nämlich das Kultusministerium, das, als wir all die Prognosen und Schulentwicklungszahlen auf den Tisch gelegt haben – ich nehme dieses Beispiel –, erklärt hat: Das stimmt nicht. Die Zahl der Schüler sinkt; ihr habt immer weniger Schüler. – Wir haben wirklich sehr ernsthaft argumentieren müssen. Wir haben dargestellt, wie sich die Zahlen für bestimmte Schulbereiche entwickeln werden. Es war sehr schwierig, zusammen mit den Mitarbeitern des Kultusministerministeriums zu einer – am Ende doch guten – Lösung zu kommen. Es war ein harter Kampf.

Nur noch ein kleiner Hinweis – Prof. Weishaupt hat es vorhin sehr schön gezeigt –: Metropolen oder Großstädte übernehmen für die umliegenden Gemeinden und Gebietskörperschaften bestimmte Funktionen und erbringen bestimmte Dienstleistungen. Übrigens ist es in Kassel ähnlich. Kassel hat in dieser Hinsicht die gleiche Rolle für ganz Nordhessen wie Darmstadt für Südhessen. Kassel hat auch, entgegen der Prognose des Statistischen Landesamts, eine leicht zunehmende Bevölkerungszahl. Wir hatten erwartet, dass die Bevölkerungszahl aufgrund des großstädtischen Charakters zunehmen würde.

Das Dilemma Höchstzügigkeit: Das ist natürlich eine regulierende Maßnahme. Sie können das machen. In den Gymnasien wird man sich auf die Hinterfüße stellen und versuchen, das zu umgehen. Besser ist es, in einem Mediationsverfahren zwischen den Vertretern von Stadt und Landkreis und der verschiedenen Schulformen Kompromisse zu finden.

> (Abg. Gerhard Merz: Aber Sie werden doch sicher Höchstzügigkeiten in Ihrem Schulentwicklungsplan stehen haben!)

– Die stehen drin, selbstverständlich. Wir haben sogar eine Höchstzügigkeit bei den Kindern, die aus dem Landkreis kommen und in der Stadt zur Schule gehen dürfen. Sogar das haben wir, wobei wir da – das war einer der Punkte – flexibler sein wollen und auch sind.

Sie haben die „Soziale Stadt"-Projekte angesprochen. Die Wirkung des BIWAK-Programms habe ich ein bisschen sehr pointiert dargestellt. Das gibt es seit 1998. Wir haben 1998 den ersten Sozialatlas erstellt und diese Veröffentlichungen fortgesetzt. Mittlerweile haben wir den dritten Sozialatlas. Wir haben in Darmstadt eine sehr ausgefeilte Sozialberichterstattung, in die sehr viele Beobachtungen eingehen. Das gilt auch für Frankfurt, Wiesbaden und Offenbach, die etwas Ähnliches wie wir machen. Da arbeiten wir auch zusammen. Ich habe es ein bisschen zu pointiert dargestellt. Es ist nicht das BIWAK-Programm allein.

Aber wir haben im Rahmen der Datenerhebungen zu der Entwicklung der „Soziale Stadt"-Projekte sowohl in Kranichstein als auch in Eberstadt bestimmte Korrelationen und Zusammenhänge festgestellt: dass, anders als in Eberstadt-Süd, in Kranichstein das BIWAK-Programm sehr gut angenommen worden ist und die wirklich großen Erfolge dazu geführt haben, dass die Zahl der Kinder, die keinen Schulabschluss haben, drastisch gesunken ist. Diese Zahl ist etwa um die Hälfte gesunken. Leider ist das in Eberstadt-Süd, unserem anderen Stadtteil mit besonderem Entwicklungsbedarf, nicht so der Fall. Da ist, es, wenn man die Entwicklung großzügig interpretiert, gerade einmal ein Viertel. Das hat andere Gründe, die ich jetzt gar nicht ausführen will.

Ferner habe ich mir die Frage nach den Prognoseinstrumenten aufgeschrieben. Das ist eine schwierige Sache. Wir haben kein schönes Instrument, mit dessen Hilfe wir sagen können: Wir wissen ganz genau, wie viele Menschen im Jahr 2020 in Darmstadt wohnen werden. – Aber wir können bestimmte Sachen sehen. Die sehen wir sicherlich deutlicher, auch methodisch deutlicher. Wir haben in den Großstädten, auch im Zusammenhang mit dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, eine große Tradition, in Prognosen sehr gute Einschätzungen abzugeben. Wir haben sehr stabile methodische Möglichkeiten. Wir rechnen Szenarien. Das würde ich Ihnen empfehlen.

Wir haben z. B. für unseren Demografiebericht Szenarien gerechnet: Was passiert, wenn pro Jahr 500, 1.000 oder 1.500 nach Darmstadt zuwandern? Das sind verschiedene Varianten. Im Laufe von einem, zwei, drei oder vier Jahren können wir sehen, welche Variante die wahrscheinlichere ist. Wir wissen heute schon, dass 2015/2016 etwa 3.000 bis 3.500 weitere Menschen im Konversionsgebiet wohnen werden. Das können wir jetzt schon in unsere Prognose einrechnen. Wir rechnen, dass wir spätestens 2020 zwei weitere Gebiete haben. Wir wissen, in dem einen Gebiet sind es 3.000 bis 3.500 Menschen, in dem anderen sind es 1.200 bis 1.500, und dann kommen noch einmal 800 hinzu. Also können wir schon jetzt sagen, im Jahr 2020 wird die Einwohnerzahl Darmstadts bei 160.000 liegen. So machen wir das. Das ist die einzige Chance.

Sehr wichtig ist es, historische Entwicklungen zu betrachten und die Dynamik des Arbeitsmarkts in etwa mit zu berücksichtigen. Das ist für Frankfurt und Darmstadt sehr einfach; denn wir wissen, da geht es nur bergauf. Das ist eine ungeheuer positive, dynamische Entwicklung. Wenn es eine ganz heftige Bankenkrise gäbe, sähe es für Frankfurt wieder anders aus. Das kann im Grunde keiner prognostizieren. Sie müssen die Wanderungsbewegungen berücksichtigen. Diese Wanderungsbewegungen können Sie im Grunde genommen nur über Szenarien, also über verschiedene Entwicklungspfade, herausbekommen. Dann muss man immer sehr schnell überprüfen, welches das realistischere der vorgestellten Szenarien ist.

Verblüffend ist Folgendes, das wir bei unseren Szenarien festgestellt haben: Wir haben einmal ausgerechnet, wie viele Menschen im erwerbsfähigen Alter es in Darmstadt im Jahr 2020 und im Jahr 2030 geben wird. Dabei ist uns aufgefallen, dass es, wenn die Menschen erst einmal in Darmstadt wohnen und das Alter von 40 Jahren erreicht haben, nur noch minimale Änderungen gibt. Das ist völlig verrückt. Jede junge Familie mit ein oder zwei Kindern, die nach Darmstadt zieht, verändert die Statistik stärker als Menschen, die 40 Jahre alt sind oder älter. Deren Zahl ist relativ konstant; da ändert sich nur ganz wenig. Deswegen braucht man also – ganz genau – eine intelligente Flexibilität.

Zum Sozialindex: Wir haben einen Sozialindex für die Stadt Darmstadt gebildet. Wir haben ihn aber kleinräumig immer so strukturiert – das sage ich auch für die öffentliche Diskussion –, dass, gerade im Sozialatlas, einzelne Personengruppen nicht identifiziert werden können. Wir haben versucht, das möglichst verständlich zu machen, indem wir Karten angeboten haben. Die rot eingezeichneten Gebiete sind die mit einem Entwicklungsbedarf, die grün eingezeichneten Gebiete sind die, in denen die Schönen und Reichen wohnen. In der Villenkolonie – da sind viele Villen, wie der Name schon sagt – wohnen eher die Gutverdienenden und auch die Älteren, während in unseren Stadtteilen mit sozialem Entwicklungsbedarf sehr viele Kinder und Jugendliche wohnen.

Es wurde eine Frage nach dem „mittleren Bereich“ gestellt. Wir haben das große Glück, in Darmstadt aus einer alten sozialdemokratischen Tradition heraus integrierte Gesamtschulen zu haben. Sie sind in den Siebzigerjahren gebaut worden. Das ist ein großes Pfund, mit dem wir wuchern können, wenn wir eben diese Möglichkeiten bieten wollen,

die – ich drücke es einmal extrem aus – zwischen Hauptschule und Gymnasium angesiedelt sind. Gerade der Stadtteil Kranichstein mit seiner integrierten Gesamtschule ist ein Musterbeispiel für die hauptsächlich gelungene Integration von Kindern mit Migrationshintergrund aus sozial schwächeren Milieus. Genau dort passiert das.

Jetzt hat die Stadt Folgendes gemacht: Sie hat südlich davon, sozusagen unterhalb der Grenze des „Soziale Stadt"-Projekts, Neubaugebiete errichten lassen. Da wohnen jetzt relativ gut verdienende junge Familien, die ihre Kinder in dieselbe Schule schicken. Manchmal haben sie einen portugiesischen oder spanischen Hintergrund, aber sie gehen jetzt in dieselbe Schule, in der auch unsere türkischen, jordanischen und syrischen Kinder sind. Die Schule hat auch die Besonderheit, dass sie Volkshochschulangebote, eine Bibliothek, soziale Angebote, Mittagessen, Nachmittagsbetreuung und Bewegungsangebote integriert hat. Das ist eine ganz wichtige Sache; Bewegungsangebot für Kinder sind von großer Bedeutung. Mithilfe der traditionellen Form der integrierten Gesamtschule werden gerade für diese Bevölkerungsgruppen neue Bildungsmöglichkeiten und neue Wege erschlossen. Das ist ein ganz wichtiges Pfund.

Zu den bilingualen Angeboten: Das ist ein ganz schwieriges Thema. Wir wissen natürlich, welche Nationalitäten in Darmstadt sehr stark vertreten sind. Das sind vor allem die türkische Community und die italienische Community. Die Italiener sind entweder bei der ESA damit beschäftigt, Satelliten zu steuern, oder sie backen Pizza. Da gibt es ein ganz breites Spektrum an Berufsorientierungen. Für Menschen aus der Türkei, aus Marokko oder aus Algerien, die die anderen stärkeren Gruppen bilden, müsste man tatsächlich ein Angebot zu machen versuchen. Wir sind heftig am Diskutieren. Ein solches Angebot gibt es noch nicht.

Wir haben etwas anderes gemacht. Wir haben das sehr breit angelegte und extrem gut angenommene Angebot „Mama lernt Deutsch" gemacht. In derselben Schule, in der das Kind ist, sitzt am Vormittag die junge Mutter aus der Türkei oder aus Marokko und lernt Deutsch. Das ist eine Chance, das Sprachvermögen der Eltern zu verbessern. Dieses Angebot wurde unglaublich gut angenommen. Wir lassen diesen Projekten ständig wachsende städtische Zuschüsse zukommen.

Auf das andere Angebot bin ich ebenfalls sehr stolz: Unsere Volkshochschule engagiert und bemüht sich sehr. Wir haben jetzt HESSENCAMPUS hier. Damit versuchen wir, den Menschen eine Möglichkeit zur Nachqualifizierung und einen zweiten Bildungsweg zu eröffnen. Da ist unsere Volkshochschule sehr rührig. Das kenne ich auch aus anderen Städten und Gemeinden. Ich wollte nur einmal sagen, dass es, wenn man eine öffentliche Bildungseinrichtung wie die VHS hat, Möglichkeiten der Nachqualifizierung gibt und Möglichkeiten – auch mit städtischen Zuschüssen –, Menschen mit schlechten Deutschkenntnissen neue Bildungswege zu eröffnen. Das sehe ich als sehr wichtig an.

Vorsitzender: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Ich möchte allen drei Sachverständigen für ihr Kommen und für ihre ausführlichen Stellungnahmen ganz herzlich danken. Der Dank des Hauses ist Ihnen gewiss. Damit schließe ich diesen Tagesordnungspunkt.

Wiesbaden, 8. Oktober 2014

Für die Protokollierung: Der Vorsitzende:

Michaela Öftring Marcus Bocklet

DIPF
Bildungsforschung
und Bildungsinformation

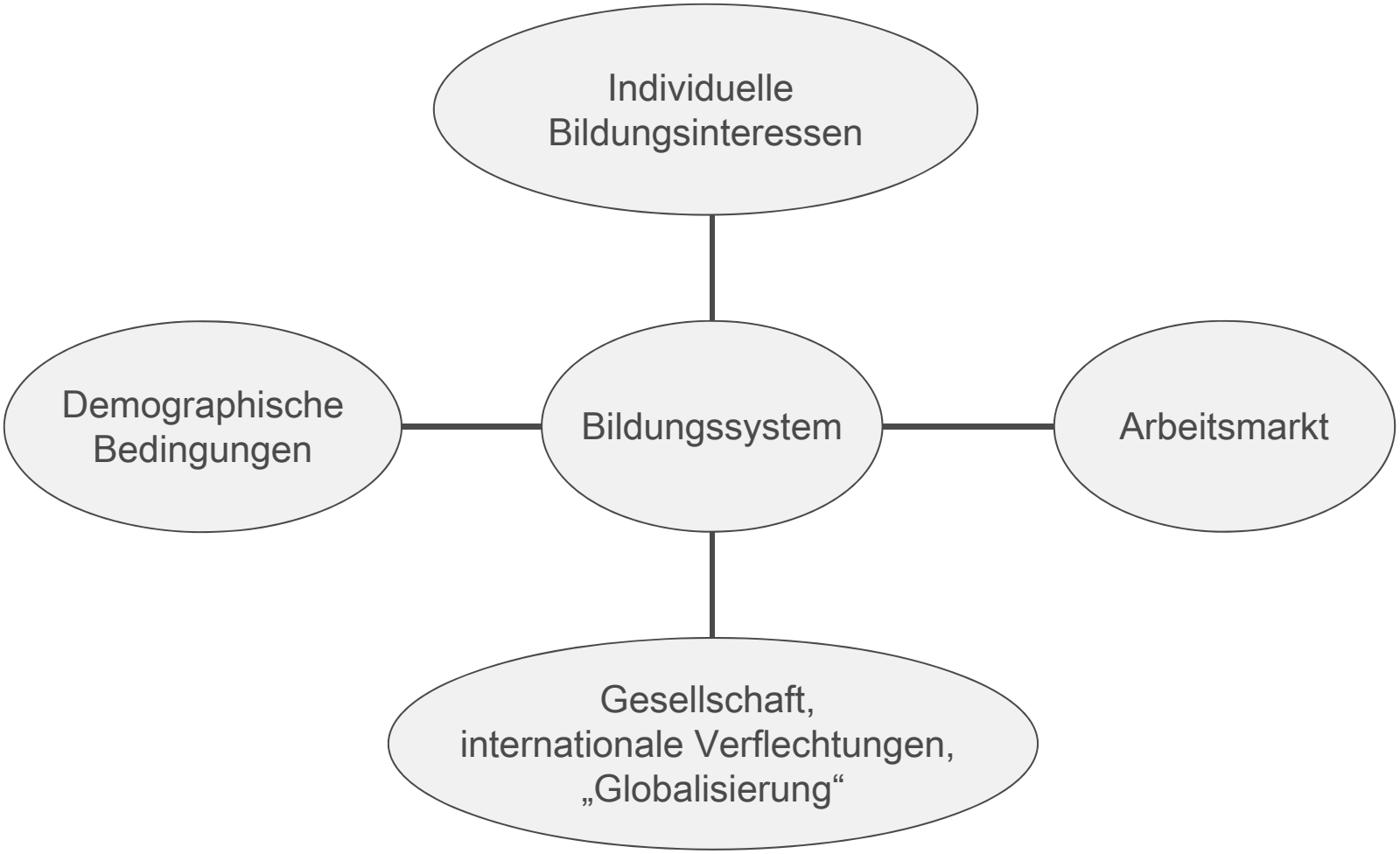
Horst Weishaupt

Demografischer Wandel und schulische Bildung

Stellungnahme im Rahmen der Anhörung der Enquetekommission „Kein Kind zurücklassen – Rahmenbedingungen, Chancen und Zukunft schulischer Bildung in Hessen“
am 26.9.2014 in Wiesbaden

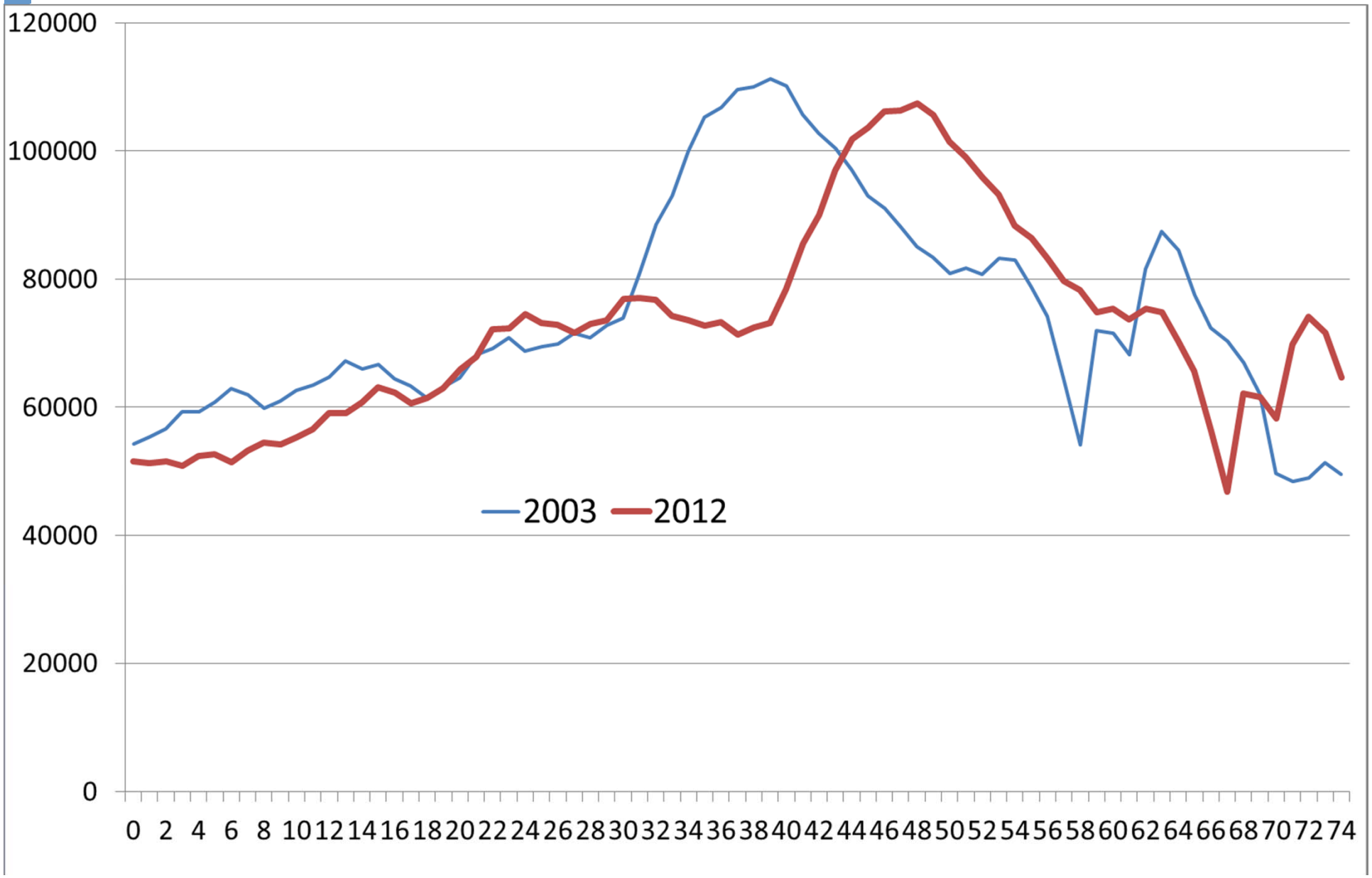
Rahmenbedingungen des Bildungssystems

DIPF
Bildungsforschung
und Bildungsinformation



Bevölkerung Hessens bis 75 Jahre nach Altersjahren 2003 und 2012

DIPF
Bildungsforschung
und Bildungsinformation



Gliederung

DIPF
Bildungsforschung
und Bildungsinformation

1. Demografische Entwicklungen und gesellschaftliche Auswirkungen
2. Folgerungen für die Schulentwicklung

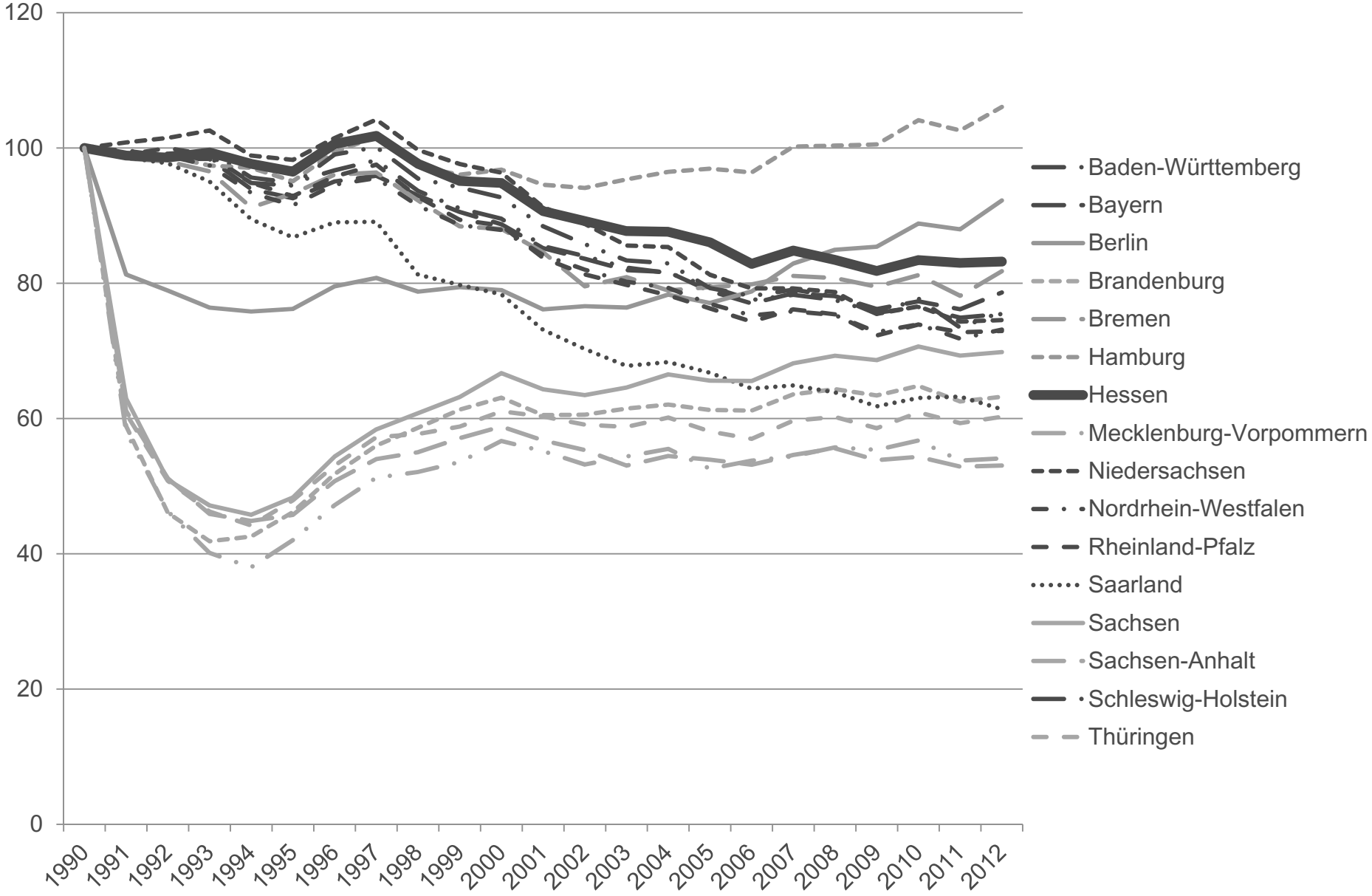
2.1 Auswirkungen der Demografie auf die quantitative Schulentwicklung

2.2 Veränderungen der Schülerzusammensetzung und schulische Lernbedingungen

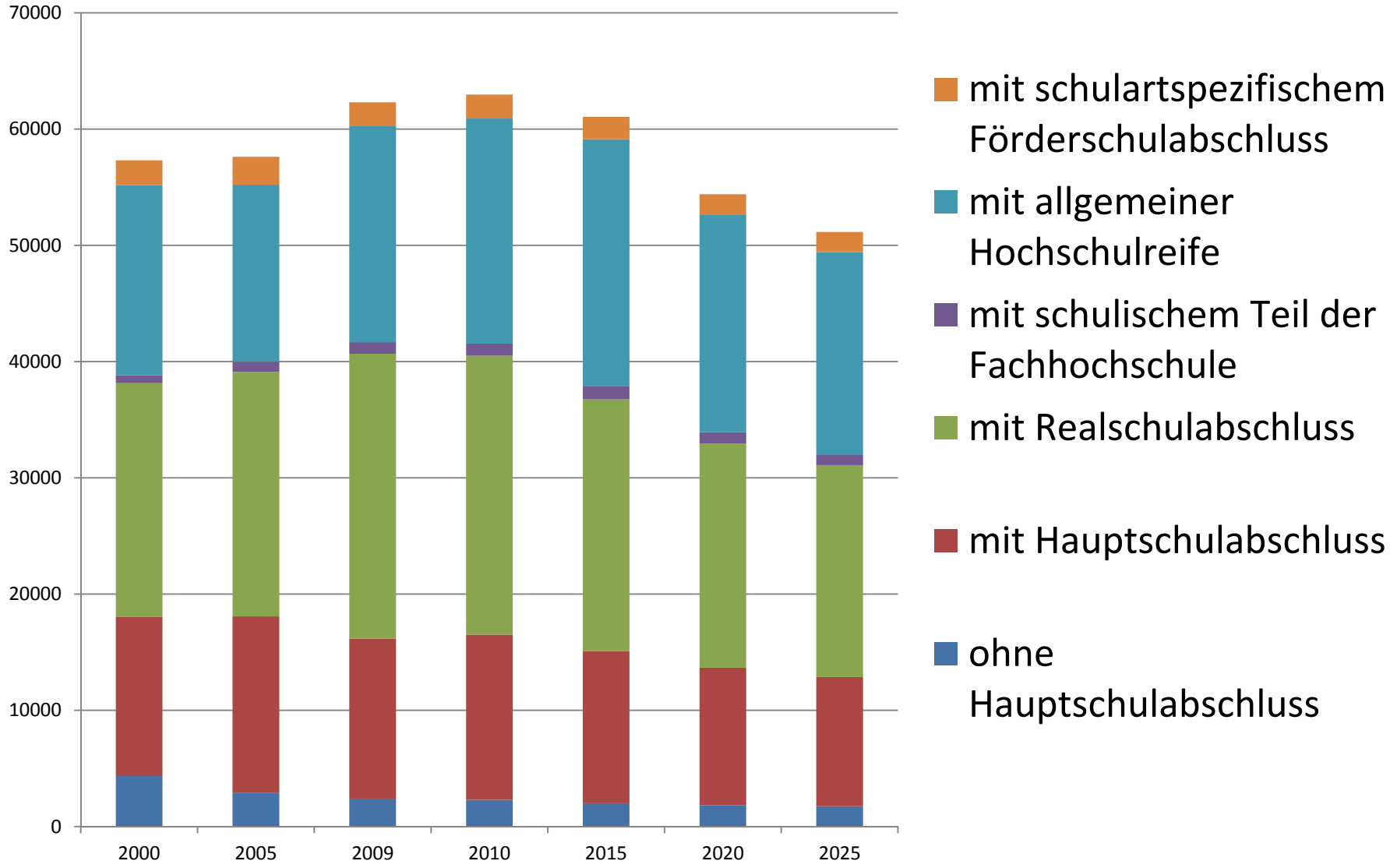
2.3 Ersatz- und Zusatzbedarf an qualifizierten Arbeitsplätze und Folgen für des Schulsystem

3. Weiterführende Überlegungen

Entwicklung der Geburtenzahlen in Deutschland nach Ländern 1990-2012 (1990 = 100)

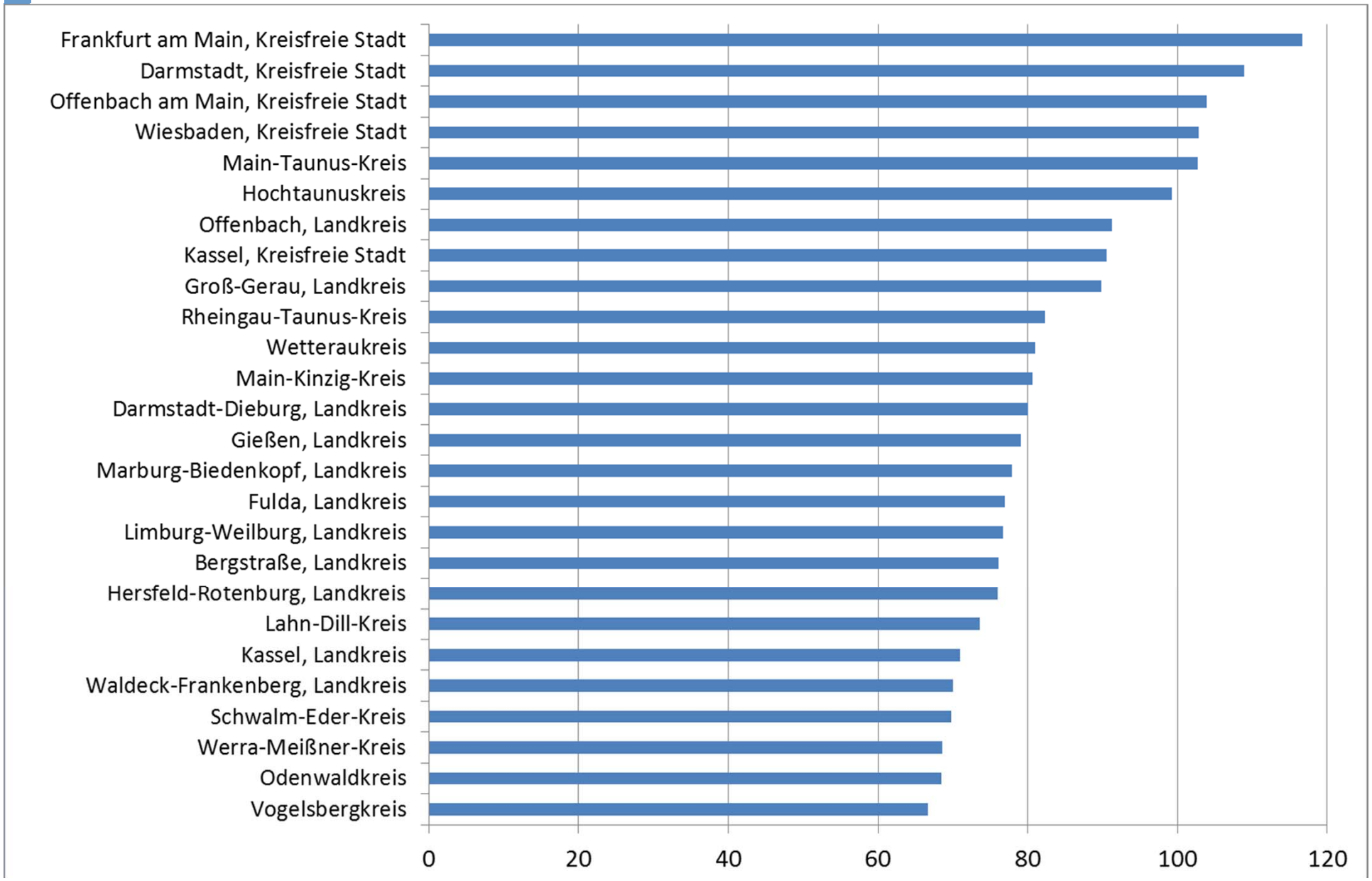


Schulentlassene aus allgemeinbildenden Schulen in Hessen 2000 bis 2025 nach Art des Schulabschlusses



Entwicklung der Bevölkerung im Grundschulalter (6-9 Jahre) nach Kreisen 2000 bis 2012, in v.H.

DIPF
Bildungsforschung
und Bildungsinformation



Ergebnisse

DIPF
Bildungsforschung
und Bildungsinformation

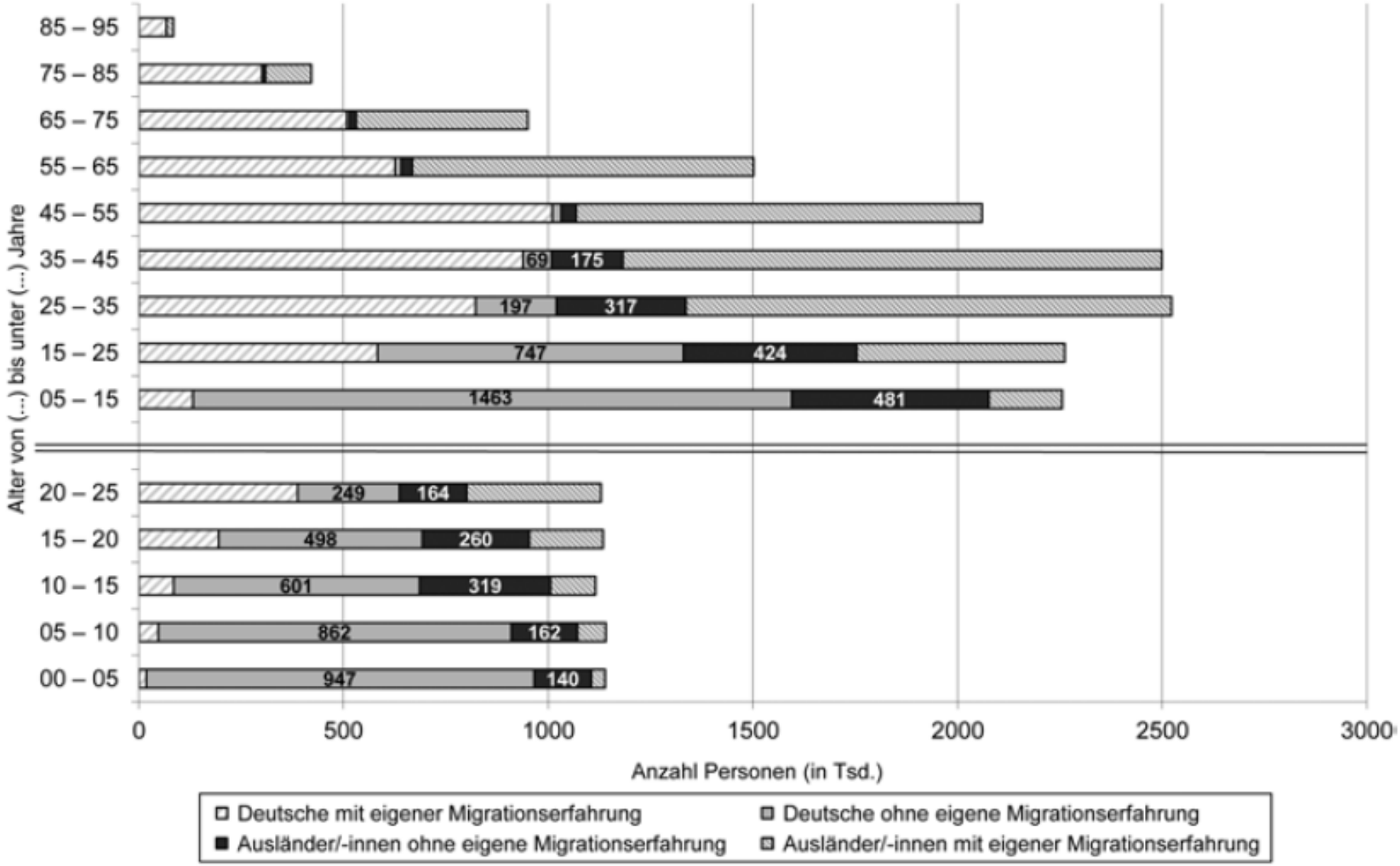
- Relativ geringer Schülerrückgang in Hessen im Ländervergleich – aber starke regionale Unterschiede: Ländliche eher dünn besiedelte Kreise stark vom Schülerrückgang betroffen, steigende Schülerzahlen in Städten.

- Rückläufige Schülerzahlenentwicklung in den nächsten Jahren vor allem in der Sekundarstufe II zu erwarten. Der Erhalt von beruflichen Schulen ist besonders gefährdet.

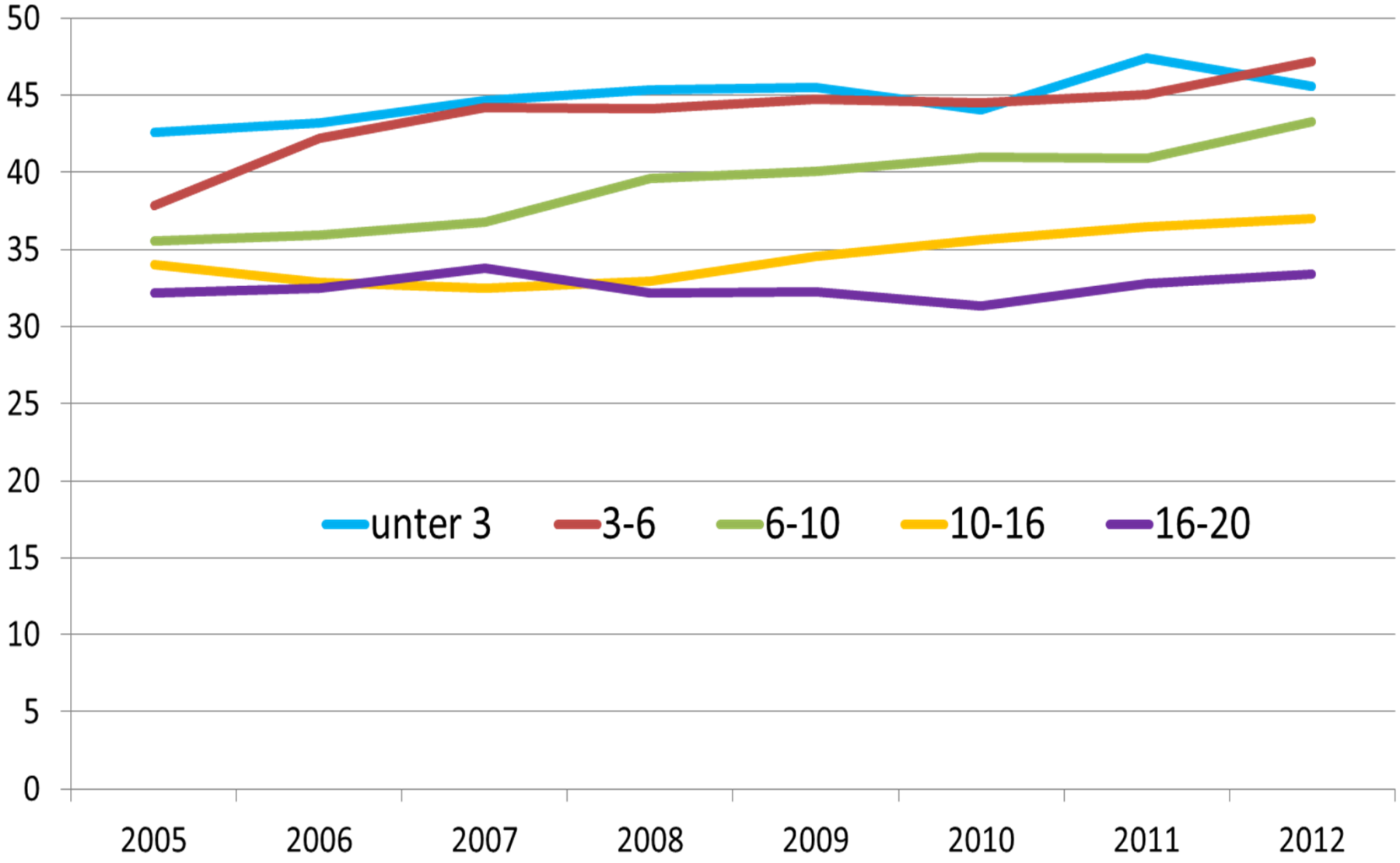
DIPF
Bildungsforschung
und Bildungsinformation

Veränderungen der Schülerzusammensetzung durch den demografischen Wandel

Abb. 1: Zusammensetzung der Altersgruppen nach Migrationshintergrund im Jahr 2009. (Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 2.2; eigene Darstellung)

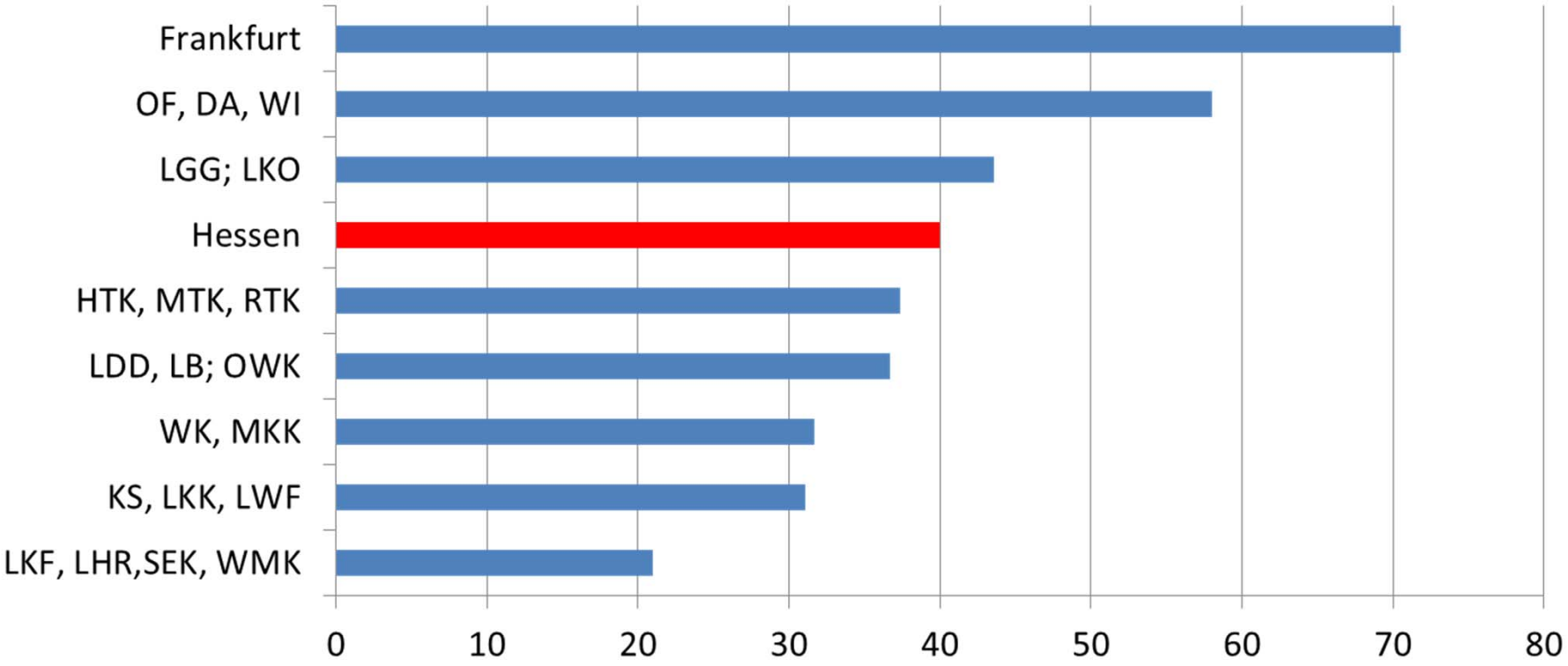


Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund i. e. S. nach Altersgruppen in Hessen 2005 bis 2012 (Mikrozensus)



Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung unter 18 Jahren (Mikrozensus 2011) in Regionen Hessens

DIPF
Bildungsforschung
und Bildungsinformation



Ergebnisse

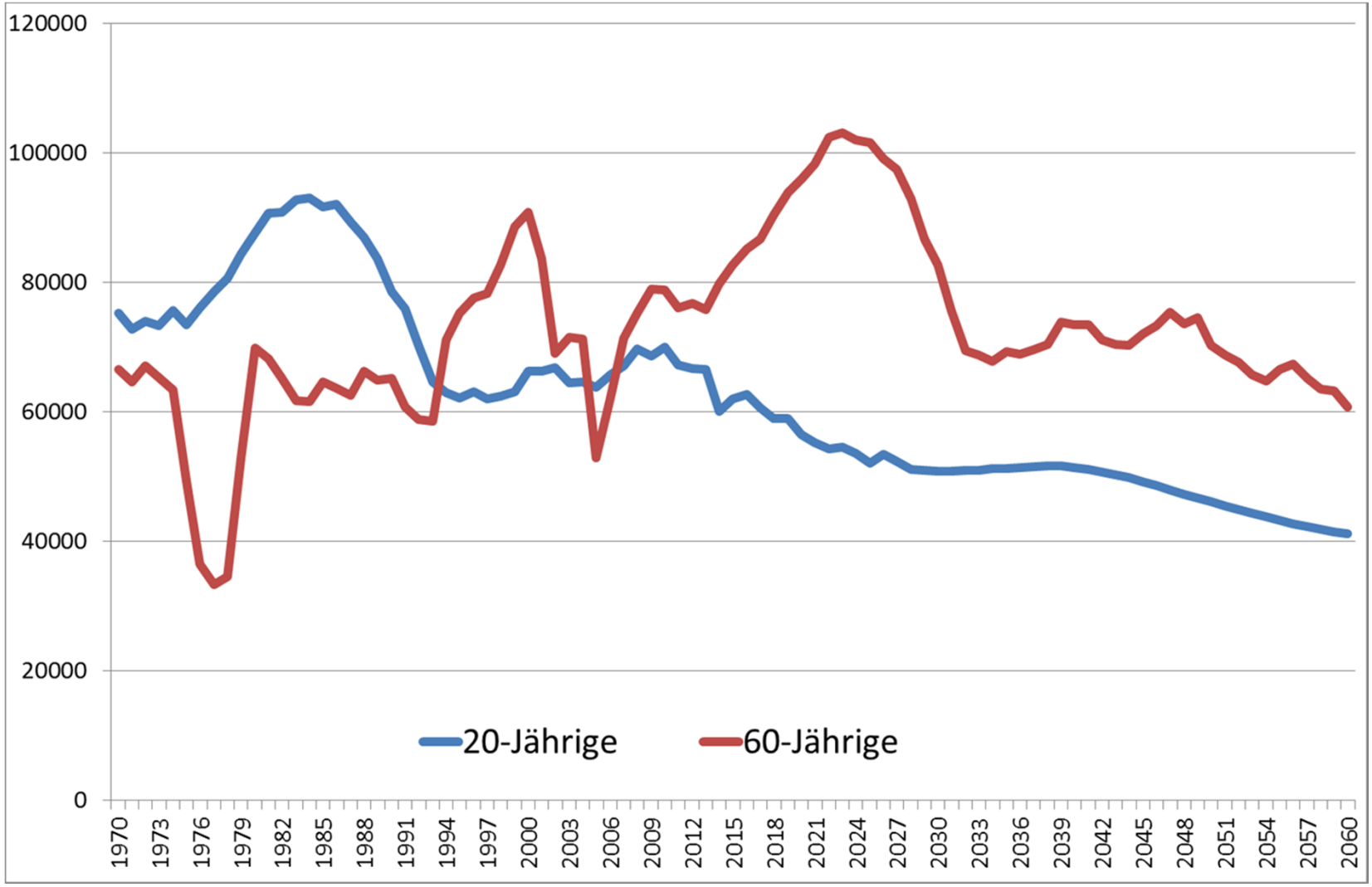
DIPF
Bildungsforschung
und Bildungsinformation

Im internationalen Vergleich sind in Deutschland die sozialen Unterschiede zwischen Deutschen und Migranten sehr ausgeprägt.

Migranten haben im Durchschnitt ein deutlich niedrigeres Bildungsniveau, einen niedrigeren Sozialstatus und geringeres Einkommen als die deutsche Bevölkerung. Angesichts der Bedeutung von Migranten in den jüngeren Altersgruppen wäre eine „Unterschichtung“ der Bevölkerungsstruktur denkbar. Deshalb sind - trotz der hohen Bildungsmotivation von Migranten – besondere Bildungsanstrengungen bei den Kindern von Migranten zu intensivieren, um ein Absinken des Bildungsniveaus in der Zukunft zu vermeiden .

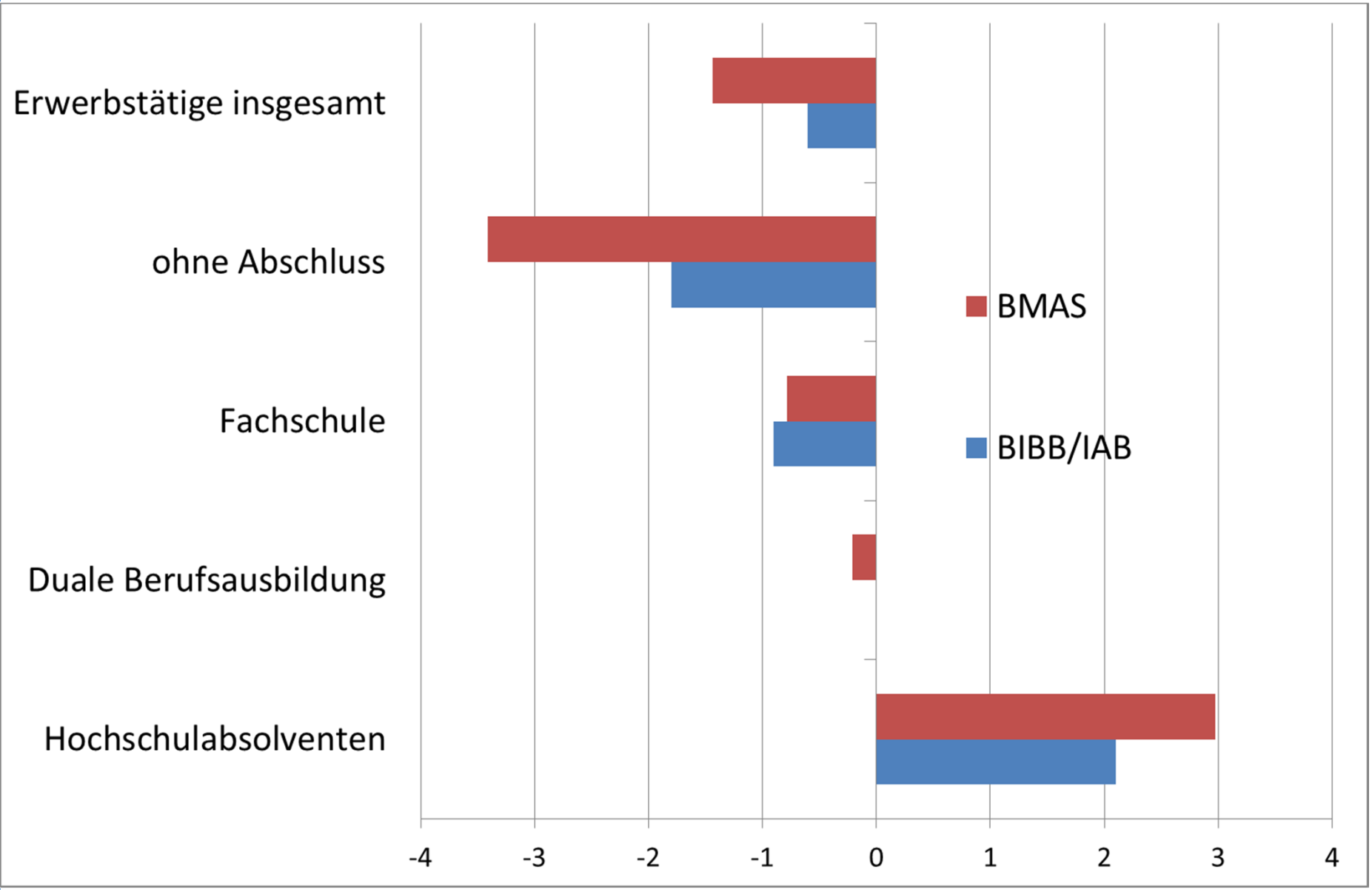
Ersatz- und Zusatzbedarf an qualifizierten Arbeitskräften

Vergleich der Jahrgänge der 20- und der 60-Jährigen 1970-2060 (ab 2014 Vorausschätzung)



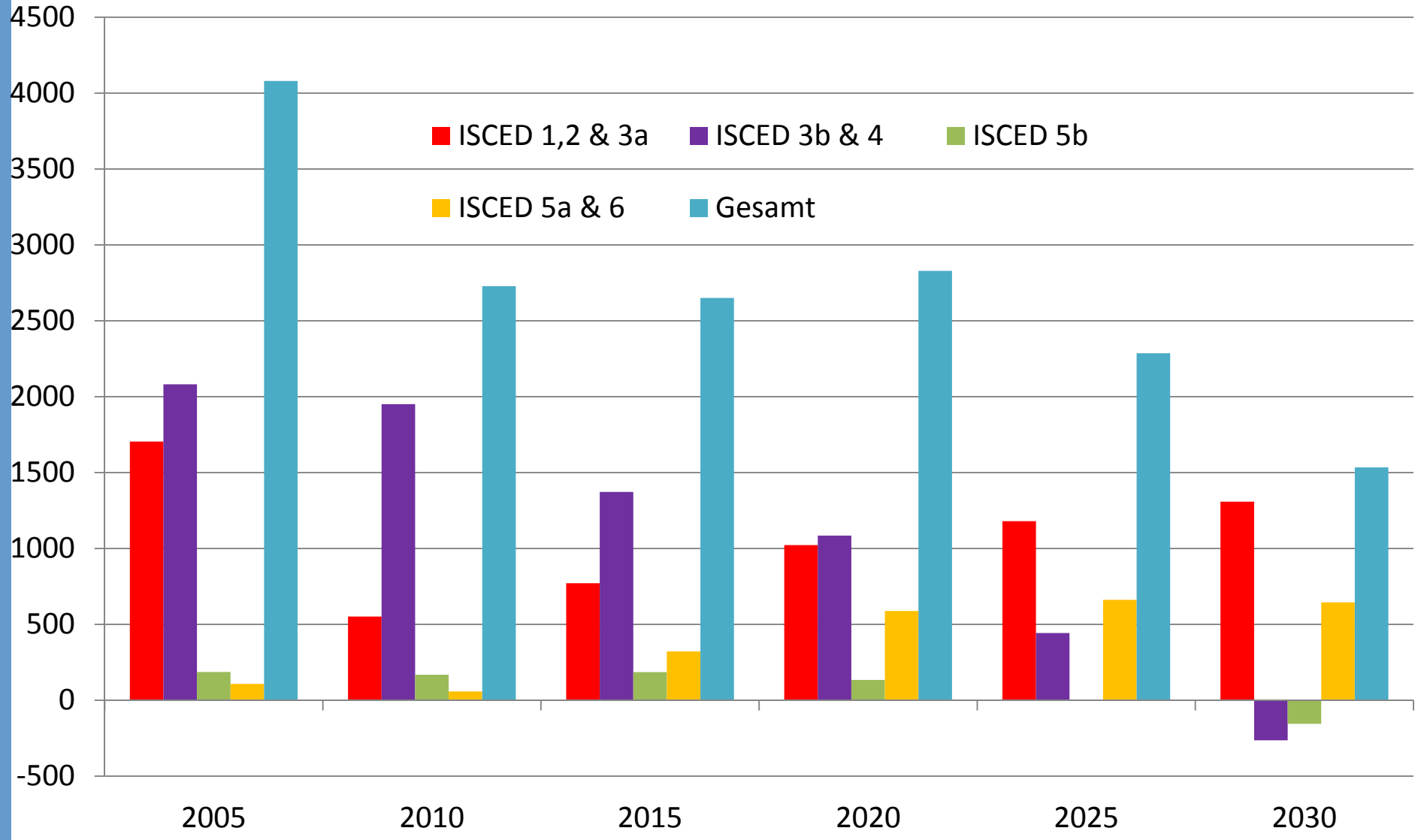
Entwicklung des qualifikationsspezifischen Arbeitskräftebedarfs 2010 - 2030

DIPF
Bildungsforschung
und Bildungsinformation



Arbeitsmarktbilanz nach Qualifikationsgruppen 2005-2030: Erwerbspersonen – Erwerbstätige (Quelle: BIBB-Report 18/12, S. 5)

DIPF
Bildungsforschung
und Bildungsinformation



Ergebnisse

DIPF
Bildungsforschung
und Bildungsinformation

- „Das Augenmerk der Bildungsbemühungen wird sich auf das untere Ende des Qualifikationsspektrums richten müssen. Dort muss es zu verstärkten Anstrengungen bei der Integration ausbildungsferner Jugendlicher kommen, aber auch zum Ausbau der beruflichen Weiterbildung. Dies sind die Voraussetzungen, damit die Wirtschaft ihren Qualifikationsbedarf überhaupt in wirksame Nachfrage umsetzen kann.“

(BMAS (2013): Arbeitsmarktprognose 2030.Eine strategische Vorausschau auf die Entwicklung von Angebot und Nachfrage in Deutschland, S. 23)

Folgerungen

- Eine Intensivierung der Maßnahmen zur Erhöhung des Qualifikationsniveaus der Kinder und Jugendlichen sind unverzichtbar.
- Gezielte Förderung von leistungsschwachen: „zweite Chance“
- Verstärkung der Maßnahmen zur beruflichen Qualifizierung und Weiterbildung

2. 1 Folgerungen für die Schulstandortsicherung

DIPF
Bildungsforschung
und Bildungsinformation

- Kleine Grundschulen mit jahrgangsübergreifende Klassen sind ein international erprobtes Schulmodell seit der Reformpädagogik (Petersen, Montessori) , das angesichts der zunehmenden Heterogenität der Schülerzusammensetzung und bei einem inklusiven Schulsystem noch an Bedeutung gewinnt.
- Die Forschung konnte bisher keine Nachteile für die Schülerinnen und Schüler feststellen: kein „Defizitmodell“ der Schulentwicklung.
- Problem ist die fehlende Lehrerqualifizierung: hier wären Änderungen und eine intensivierte berufsbegleitende Fortbildung notwendig.
- Unterrichtsmaterialien für eine binnendifferenzierende Unterrichtsorganisation sind vorhanden.
- Versuche zur Zusammenarbeit von Kindertagesstätte und Grundschule wären denkbar.
- Folgen von Schulschließungen für die Gemeinden bisher unerforscht.

Folgerungen für die Schulstandortsicherung

DIPF
Bildungsforschung
und Bildungsinformation

- *Sekundarstufe I: Verringerung der äußeren Differenzierung der Schulstruktur, um ein erreichbares Schulangebot zu sichern.*
- Aus Sicht der Forschung sind in der Sekundarstufe leistungsmäßig heterogen zusammengesetzte Lerngruppen und ein fachlich qualifizierter Unterricht (kein fachfremd erteilter Unterricht) anzustreben , um Benachteiligungen zu vermeiden. Entsprechend müssen die Schulen mehrzügig sein. Dies sollte zur Schließung von Schulen führen, die diese Qualitätsstandards nicht erfüllen.
- Denkbar wäre eine Verlängerung der Primarstufe im ländlichen Raum auf sechs Schuljahre, um länger eine wohnortnahe Unterrichtung der Kinder zu sichern (würde 2X3 Lösungen wie in der Petersen- und Montessori-Pädagogik ermöglichen).
- International gibt es Beispiele erfolgreicher Verbundschulmodelle

Folgerungen für die Schulstandortsicherung

Integrative sonderpädagogische Förderung kann zur Standortsicherung von Schulen im ländlichen Raum beitragen.

Inklusion ist auch eine Maßnahme, um die erhebliche Transportbelastung von Schülerinnen und Schülern an Sonderschulen im ländlichen Raum zu verringern.

Wichtig ist ergänzend aber ein Konzept zur Sicherstellung einer sonderpädagogischen Betreuung der Kinder.

Folgerungen für die Schulstandortsicherung

DIPF
Bildungsforschung
und Bildungsinformation

- *Vermeidung der Schließung ländlicher Berufsschulen als strukturpolitische Maßnahme*
- 1. Duale Berufsausbildung: ein verändertes Konzept der Fachklassenbildung Sicherstellung des Berufsschulunterrichts am Ausbildungsort (oder ersatzweise Wohnort) und Reduzierung überregionaler Fachklassen **(**z. B. über **Fachklassen auf Berufsgruppenebene** (zunächst Zusammen-fassung der Schüler benachbarter Schulen, dann auf Regions- und Bezirksebene, bevor Landesfachklassen gebildet werden) (Decker, Grimmer, Weis 1984) oder **Mischklassenbeschulung** (Laag, Müller 2010).

Auszubildende nach Ausbildungsort und Berufsschüler nach Berufsschulort 2013 im RB Darmstadt

DIPF
Bildungsforschung
und Bildungsinformation

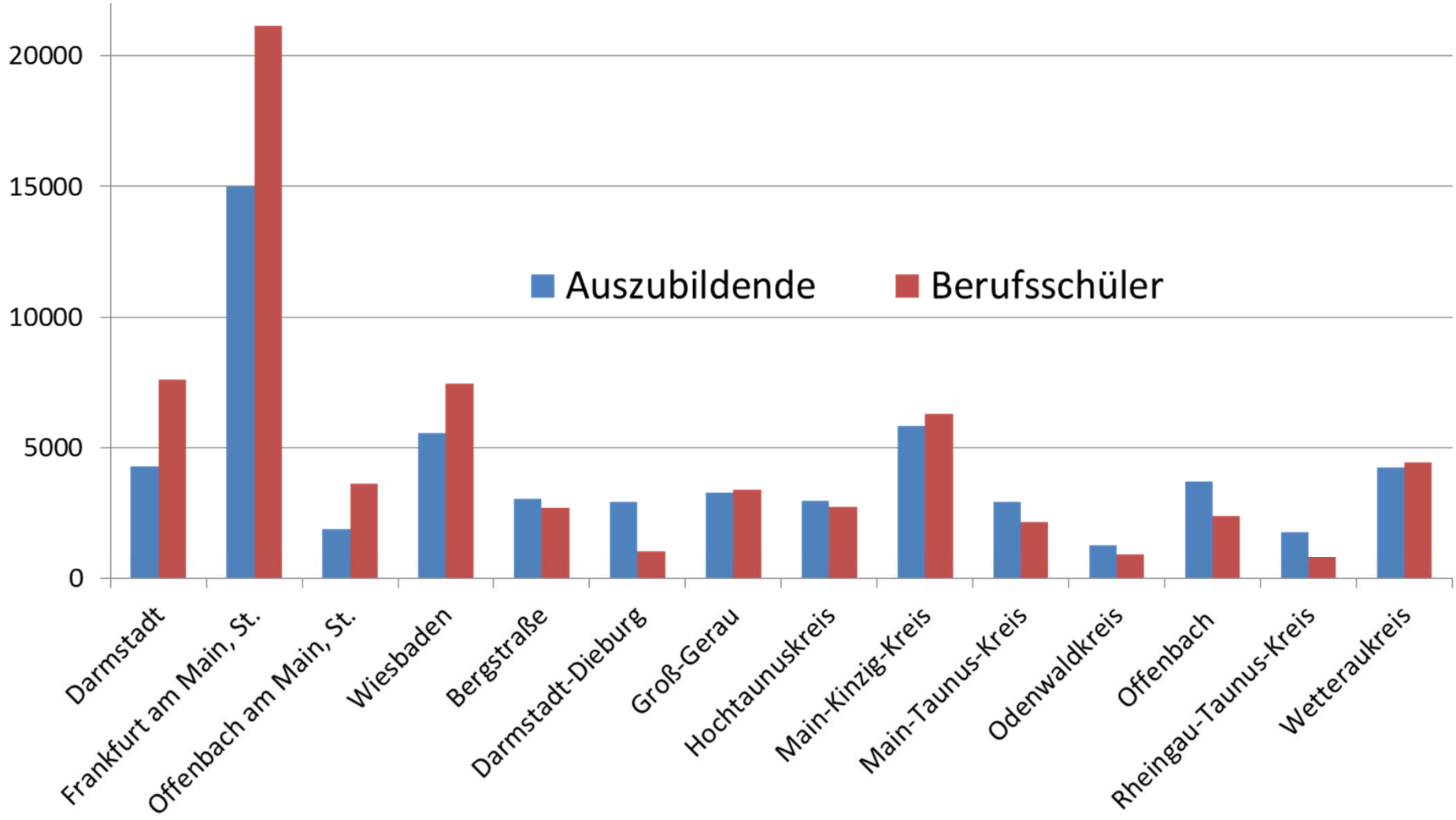
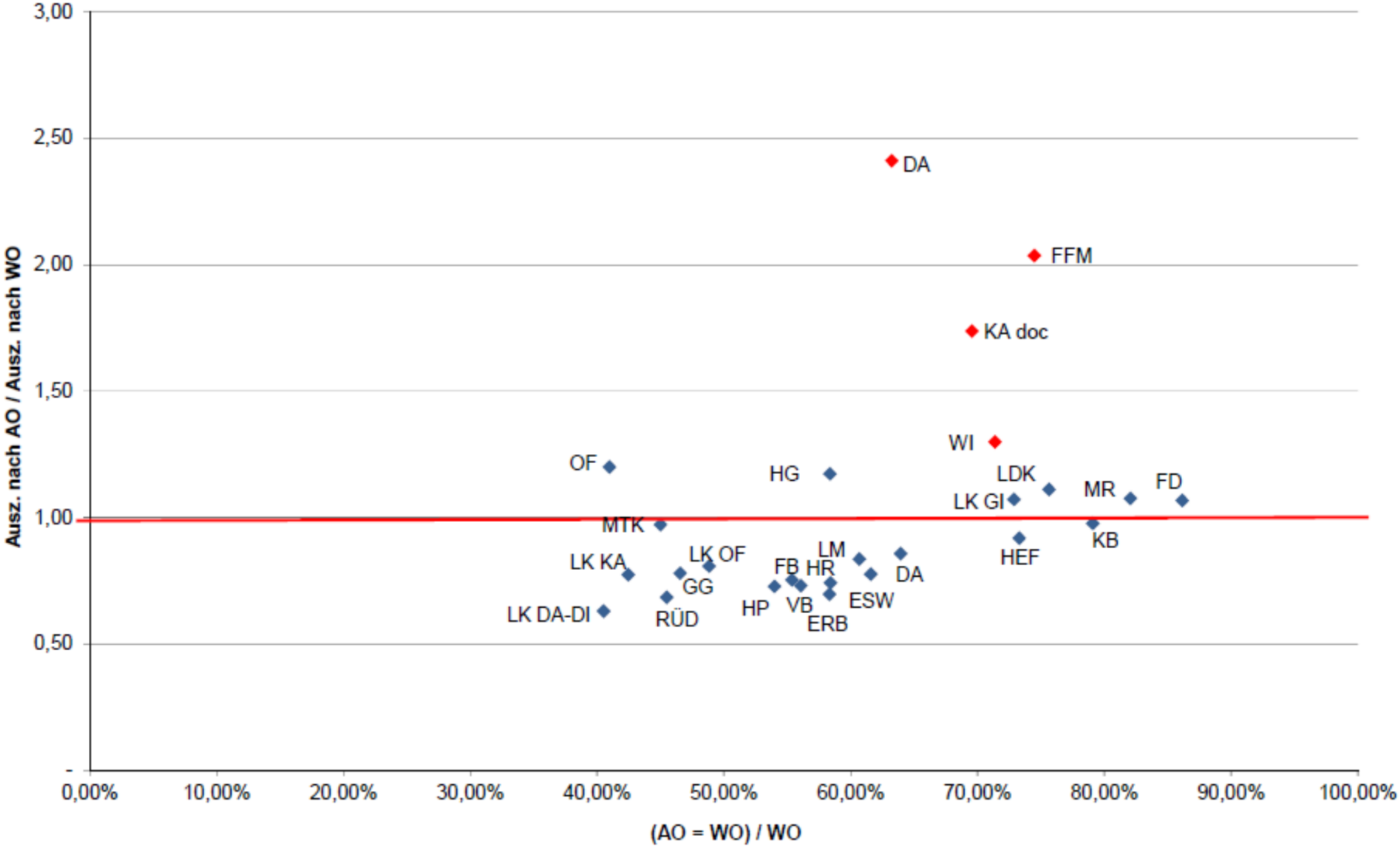


Abbildung 3-7: Anteile der Anfänger/-innen in betrieblicher Berufsausbildung, die Wohn- und Ausbildungsort in einem Kreis haben, in Relation zum Versorgungsquotienten der Kreise in 2010



Quelle: iABE 2010/11 und Sonderauswertung der Beschäftigtenstatistik der BA; eigene Berechnung und Darstellung

Prüfung der Möglichkeiten für berufliche Vollzeitangebote zur Stärkung ländlicher Berufsschulen

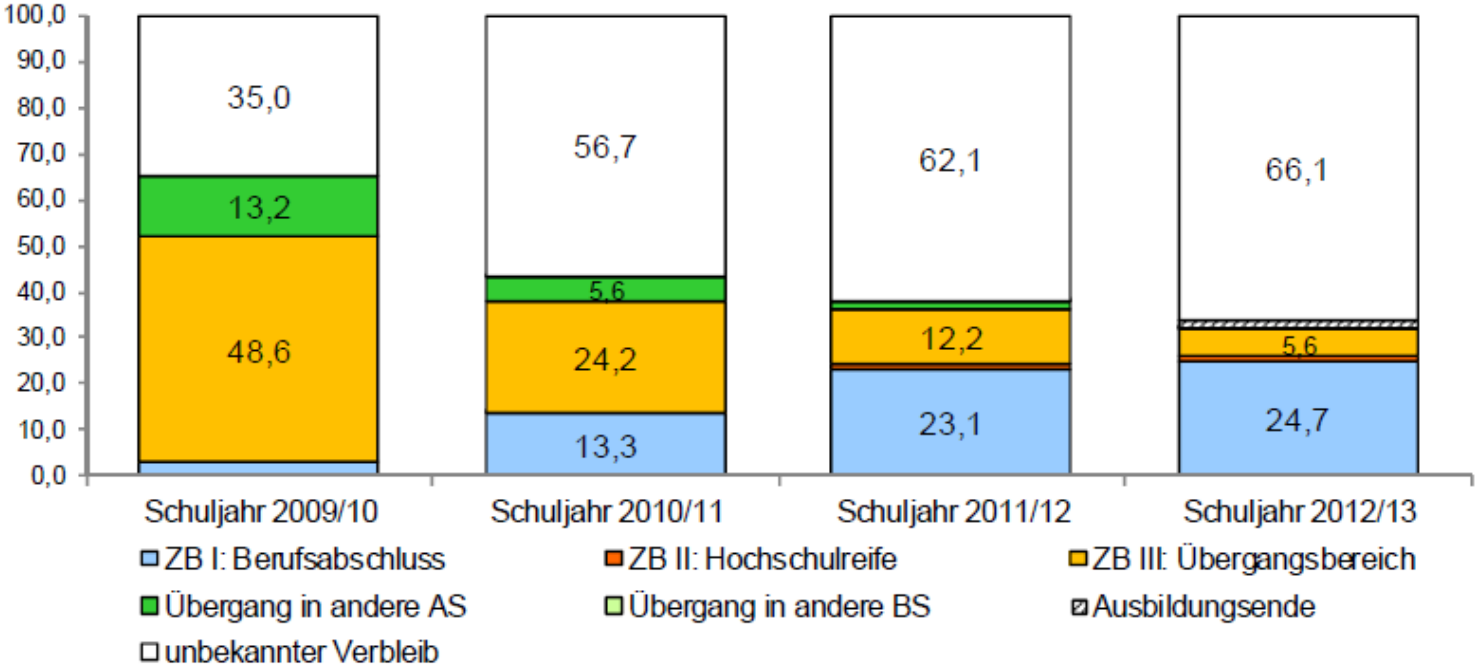
DIPF
Bildungsforschung
und Bildungsinformation

- Für die Entwicklung ländlicher Räume können vollzeitschulische Ausbildungsgänge an beruflichen Schulen und Fachschulangebote (auch über Kooperationen mit der lokalen Wirtschaft) eine besondere Bedeutung erhalten.
- Die strukturpolitischen Möglichkeiten des Schulberufssystems sollten verstärkt in den Regionen ausgelotet werden.

Ausbau des Übergangssystems als gut ausgestattetes Angebot der Benachteiligtenförderung

DIPF
Bildungsforschung
und Bildungsinformation

Abbildung 35 Verbleib der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss (Sek I) aus dem Sommer 2009 in den Jahren 2009/10 bis 2012/13 (N = 4464)



Kritikpunkte am Übergangssystem

DIPF
Bildungsforschung
und Bildungsinformation

- Viele Jugendliche ohne Schulabschluss oder höchstens Hauptschulabschluss werden vom Übergangssystem nicht ausreichend schulisch gefördert, weil sie die Maßnahmen verlassen (können).
- Vor dem Hintergrund abnehmender Schülerzahlen ist eine innere Differenzierung und Individualisierung der Förderung angezeigt (Weishaupt u.a. 2012), damit das wohnortbezogene Angebot erhalten bleiben kann.
- Maßnahmen der Kooperation mit beruflichen Schulen im Bereich der allgemeinbildenden Schulen sind ergänzend zu fördern, um schon frühzeitig schwierige Berufseinmündungsprozesse zu begleiten und individuelle Entwicklungsmöglichkeiten zu finden (s. auch: Bertelsmann Stiftung 2012, 2013) (Intensivierter Ausbau der Mittelstufenschule).
- Die Ressourcen müssen erheblich erhöht werden (garantierte sonder- und sozialpädagogische Betreuung)

Ausbau der allgemeinbildenden Bildungsgänge an beruflichen Schulen

DIPF
Bildungsforschung
und Bildungsinformation

Mit ihren Fachrichtungen (Fachgymnasium: Technik und Naturwissenschaften, Wirtschaft, Sozialwirtschaft, Hauswirtschaft, Umwelt; Fachoberschule: Technik, Wirtschaft und Verwaltung, Gestaltung, Sozialwesen und Sozialpädagogik, Gesundheit) eröffnen zweijährige Fachoberschule, und Berufliche Gymnasien den Hochschulzugang auch Kindern sozialer Gruppen, die einem Besuch des Gymnasiums eher distanziert gegenüberstehen.

Im Blick auf die regionale Verwertbarkeit der erworbenen Qualifikationen sollten berufliche Gymnasien insbesondere im ländlichen Raum gestärkt und ggf. sogar ausgebaut werden.

Regionalpolitische Bedeutung der beruflichen Schulen im ländlichen Raum stärken

DIPF
Bildungsforschung
und Bildungsinformation

Alle Handlungsansätze sollten auf eine integrierte Weiterentwicklung der vier Ausbildungsbereiche der beruflichen Schulen bezogen sein und gegebenenfalls auch den Verbund mit allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe II und dem öffentlichen Weiterbildungsbereich anstreben, damit die demografische Entwicklung zur Chance für neu angepasste berufliche Qualifizierungsstrukturen in ländliche Regionen wird.

Folgerungen aus der migrationsspezifischen und sozialen Zusammensetzung der Schülerinnen und Schüler

DIPF
Bildungsforschung
und Bildungsinformation

Heterogene Schülerzusammensetzungen sind die Voraussetzung für eine geringe Benachteiligung im Schulwesen. In vielen städtischen Gebieten in Hessen lässt es sich aber nicht mehr vermeiden, dass Schulen mehrheitlich von Kindern mit Migrationshintergrund besucht werden.

Durch Gestattungen und Privatschulen wird diese Entwicklung noch vorangetrieben.

In der Sekundarstufe kommt die Schulartdifferenzierung belastend hinzu.

Folgerungen aus der migrationsspezifischen und sozialen Zusammensetzung der Schülerinnen und Schüler

DIPF
Bildungsforschung
und Bildungsinformation

- Intensivierung der schulischen Förderung der Kinder mit Migrationshintergrund
- Schulische Anerkennung der Muttersprache neben einer intensive Förderung in der deutschen Sprache wäre zu prüfen (Bilinguale Klassen, muttersprachlicher Fremdsprachenunterricht)
- Ganztagsschule

- Zusätzliche Förderung von Schulen mit benachteiligter Schülerschaft

Eine weiterhin unzureichende schulische Förderung von Migranten wird zu erheblichen negativen gesellschaftlichen Konsequenzen führen.

-

Folgerungen für die Fachkräftesicherung

DIPF
Bildungsforschung
und Bildungsinformation

Arbeitsmarktpolitische Instrumente um das Erwerbspersonenpotential zu erhöhen sind:

- Erhöhung der Erwerbsquote
- Verlängerung der Erwerbsdauer
- Erhöhung der Frauenerwerbsquote
- Erhöhung der Erwerbsquote von Migranten
- Erhöhung des Anteils vollzeitbeschäftigter Frauen

Folgerungen für die Fachkräftesicherung

DIPF
Bildungsforschung
und Bildungsinformation

Um die arbeitsmarktpolitischen Ziele zu erreichen sind Bildungsmaßnahmen notwendig:

- Eine weitere Senkung der Schulabsolventen ohne Schulabschluss
- Die Erhöhung des allgemeinbildenden Schulabschlussniveaus,
- mindestens ein qualifizierter Berufsbildungsabschluss,
- die Erhöhung der Studierbereitschaft von Hochschulzugangsberechtigten
- Die Erhöhung der Studienerfolgsquote.

Nachqualifizierungsaufgaben angesichts der Arbeitsmarkterfordernisse

DIPF
Bildungsforschung
und Bildungsinformation

- Für alle Formen nachholender Qualifizierung („zweite Chance“, Weiterbildung älterer Arbeitnehmer), die eine zunehmende Bedeutung erhalten, stellt nur das **Berufsschulsystem eine flächendeckende Infrastruktur** bereit.
- Dabei muss zusätzlich an Nachqualifizierungsaufgaben im Zusammenhang der Anerkennung von im Ausland erworbenen Schulabschlüssen gedacht werden.

- Änderung des Rechtsrahmens für die berufliche Weiterbildung, damit die Bedingungen für Nachqualifizierung und berufliche Weiterbildung durch die beruflichen Schulen verbessert werden.

Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Kinderbetreuung

DIPF
Bildungsforschung
und Bildungsinformation

- Für Kinder im Kindergartenalter (ab3 Jahre bis zum Schuleintritt) standen 2013 für 48 % in Hessen Ganztagsplätze (mehr als 35 Wochenstunden Betreuung) zur Verfügung.
- Für 13,4% der Kinder unter 11 Jahren standen 2013 Hortplätze zur Verfügung (die in den letzten Jahren zunahmen!)
- Nur 20,7% besuchten Ganztagsgrundschulen (davon 0,8% in gebundenen Ganztagsschulen (6 in Hessen))

Der Ausbau von wenigstens teilgebundenen Ganztagsgrundschulen sollte zügig vorangetrieben werden, um die Betreuungslücke im Grundschulalter für Familien zu schließen.

Weiterführende Überlegungen zum Lehrkräfteeinsatz und –bedarf

DIPF
Bildungsforschung
und Bildungsinformation

- Die Schüler-Lehrer-Relation (SLR) ist eine Planungsgröße, die sich mathematisch aus drei Komponenten herleiten lässt:

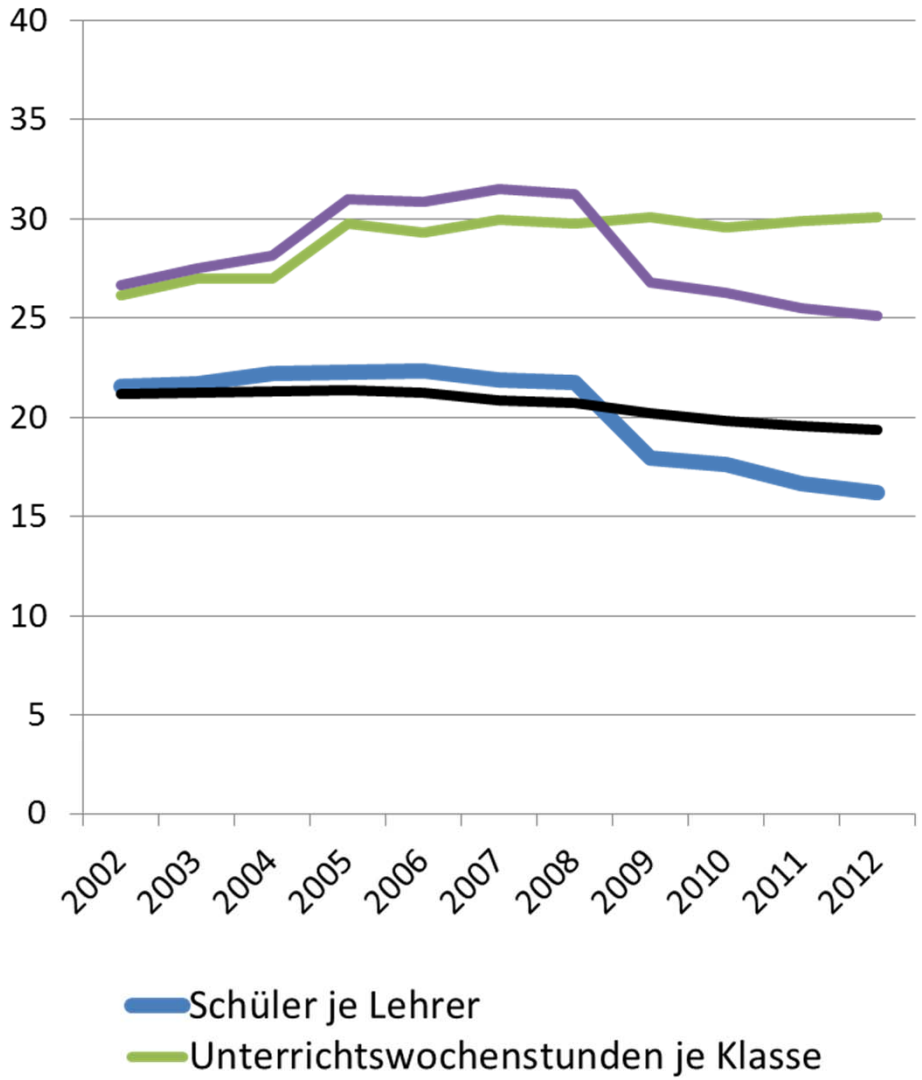
$$SLR = \frac{\text{Klassenfrequenz x (Erteilte) Unterrichtsstunden je Lehrer}}{\text{Erteilte Unterrichtsstunden je Klasse}}$$

- Die Unterrichtsbedingungen hängen davon ab, ob mit den Personalressourcen eher kleine oder große Klassen gebildet werden, diesen Klassen viele Lehrkräftestunden zur Verfügung stehen oder nicht (z. B. für mehr Pflichtstunden, Fördermaßnahmen) und in welchem Umfang das Lehrdeputat der Lehrkräfte für unterrichtsergänzende Maßnahmen (Schulleitung, Lehrkräftefortbildung Doppelbesetzungen, Förderunterricht etc.) und sonstige Entlastungstatbestände (z. B. Altersermäßigung) genutzt wird.

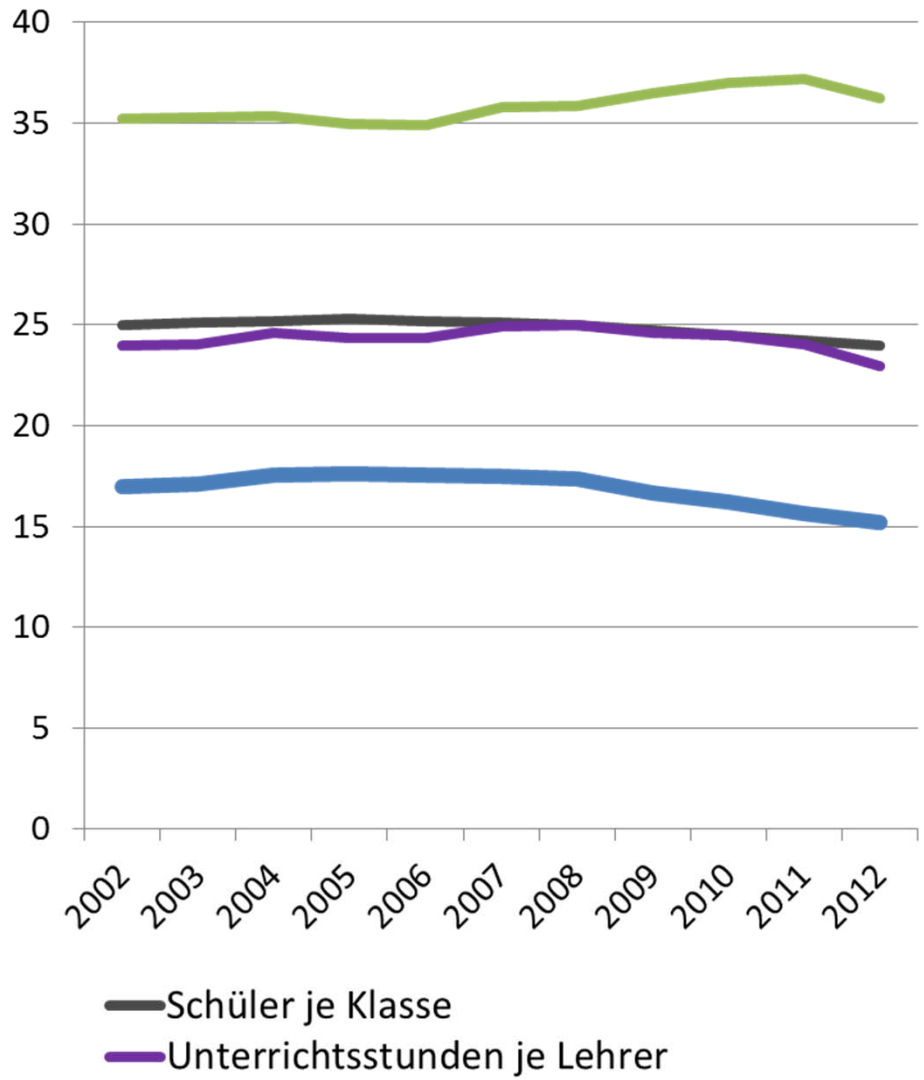
Entwicklung der Schüler-Lehrer-Relation und ihrer Komponenten in Hessen 2002 bis 2012 (Quelle: KMK 2014)

DIPF
Bildungsforschung
und Bildungsinformation

- Grundschule



Sekundarstufe I



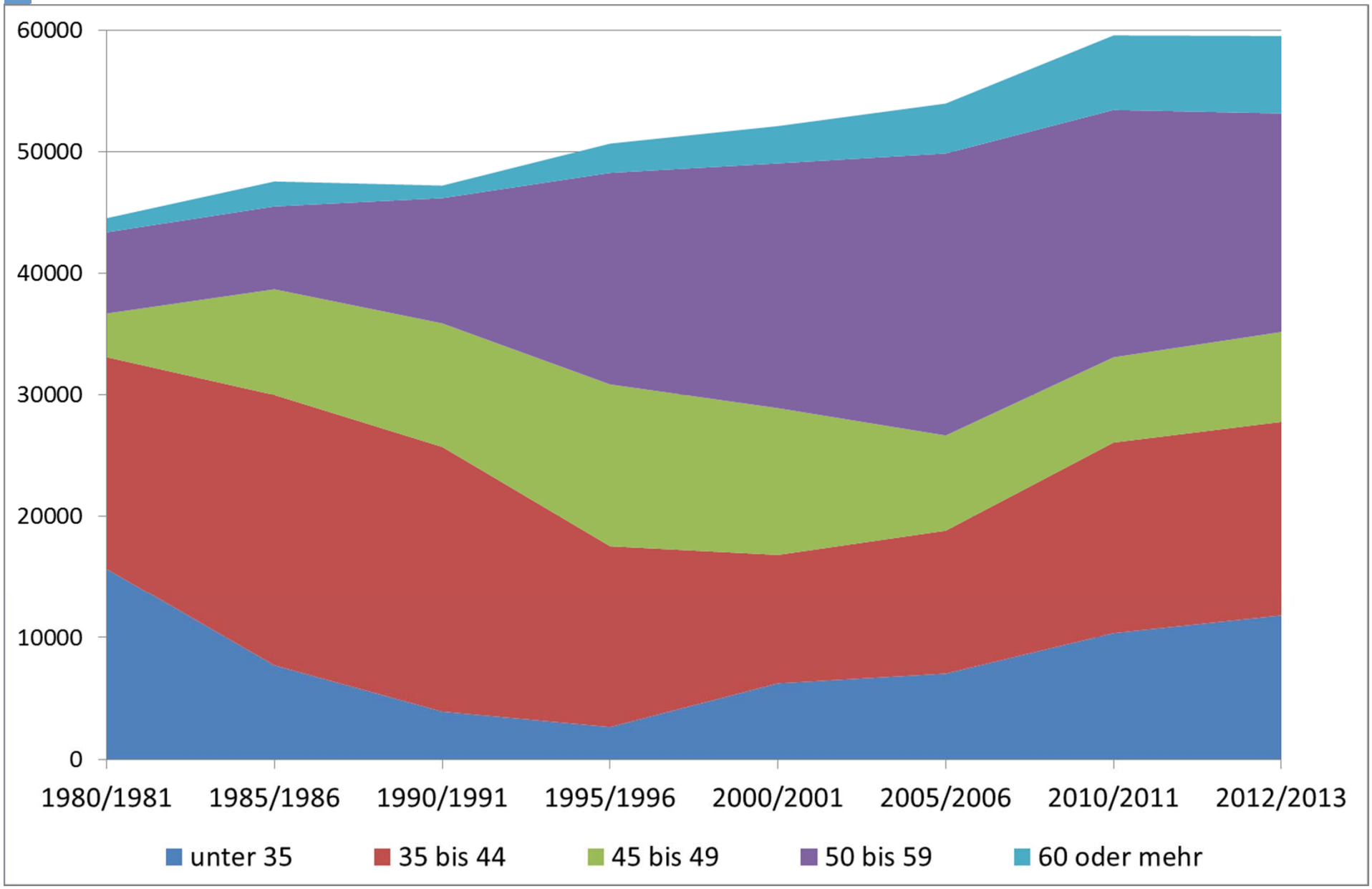
Weiterführende Überlegungen zum Lehrkräfteeinsatz und –bedarf

DIPF
Bildungsforschung
und Bildungsinformation

- Nur leichte Senkung der SLR in den letzten Jahren zugunsten der Unterrichtsentlastung der Lehrkräfte in der Grundschule und der Bereitstellung zusätzlicher Unterrichtsstunden in der Sekundarstufe I.
- Für den Mehrbedarf an Lehrkräftestunden für eine inklusive Schule, den Ausbau der Ganztagsschule, Integrationsmaßnahmen, den Erhalt kleiner Grundschulen wäre eine weitere Senkung der SLR erforderlich.
- Zusätzliches Personal ist für gezielte Fördermaßnahmen, Doppelbesetzungen in heterogenen Lerngruppen besser eingesetzt als für Klassenfrequenzsenkungen.

Hauptamtliche und hauptberufliche Lehrerinnen und Lehrer an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in Hessen seit 1980 nach Geschlecht und Altersgruppen

DIPF
Bildungsforschung
und Bildungsinformation



Lehrerbedarf

DIPF
Bildungsforschung
und Bildungsinformation

- Trotz der Verjüngung des Lehrkräftebestands in Hessen seit 2005 bleibt der Ersatzbedarf an Lehrkräften hoch:
- 40 % der Lehrkräfte sind noch über 50 Jahre alt (2005 waren es 50%),
- die Entlastung durch sinkende Schülerzahlen ist in Hessen vergleichsweise gering.

- Bedarfsvorausberechnung wäre notwendig, die die Folgen der Inklusion berücksichtigt und vor allem auch den fächerspezifischen Lehrkräftebedarf berücksichtigt. Politische Vorgaben sind notwendig für den Zusatzbedarf für einen weiteren Ausbau der Ganztagsschule, verstärkte Maßnahmen zur schulischen Integration von Migranten, für sonderpädagogische Kompetenzen an beruflichen Schulen, verbesserte Lehrerausstattung kleiner Schulen im ländlichen Raum usw.

Demografische Rendite

DIPF
Bildungsforschung
und Bildungsinformation

- Demografische Rendite würde sich ergeben, wenn die Schulausgaben an die sinkenden Schülerzahlen angepasst würden.
- Aufklärung der Öffentlichkeit über die gesellschaftlichen Entwicklungen und die schulpolitischen Notwendigkeiten ist notwendig, um sie für schulische Veränderungen zu gewinnen. Vor allem die massiven Veränderungen in der Zusammensetzung der jungen Generation nach Migrationsstatus und in den Angebots-Nachfrage-Konstellationen am Arbeitsmarkt müssen in ihren Konsequenzen für das Schulwesen herausgestellt werden. Hinzu kommt das Anliegen eines Inklusiven Schulsystems.
- **Nach meiner Überzeugung reicht in Hessen die demografische Rendite nicht zur Finanzierung der Herausforderungen an das Schulwesen aus.**

Kontakt

Prof. Dr. Horst Weishaupt

Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF)

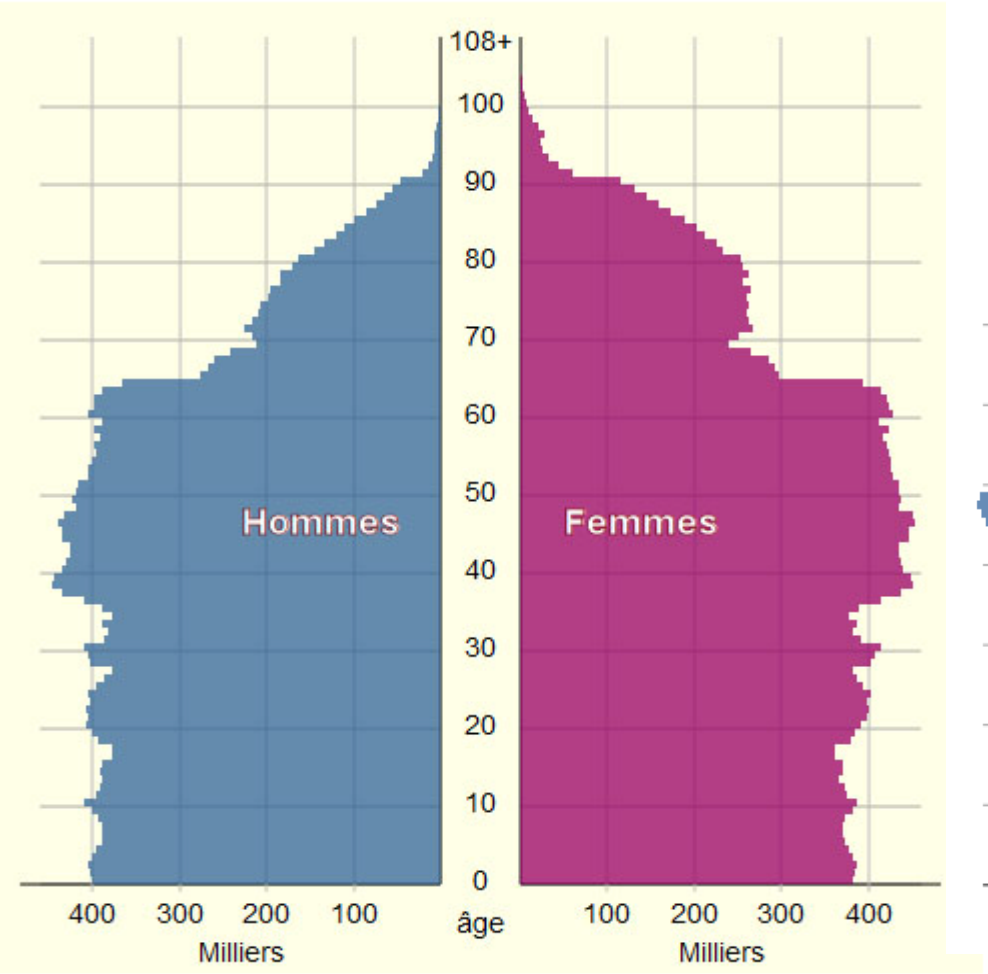
Abteilung „Struktur und Steuerung des Bildungswesens“

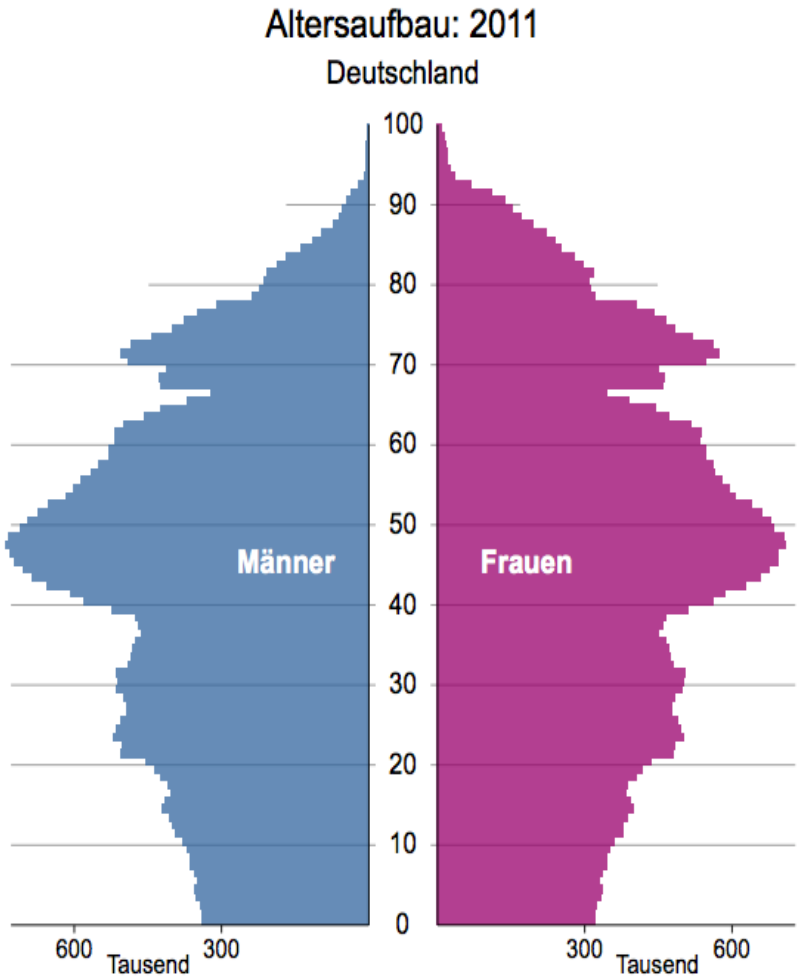
Schloßstr. 29, 60486 Frankfurt am Main

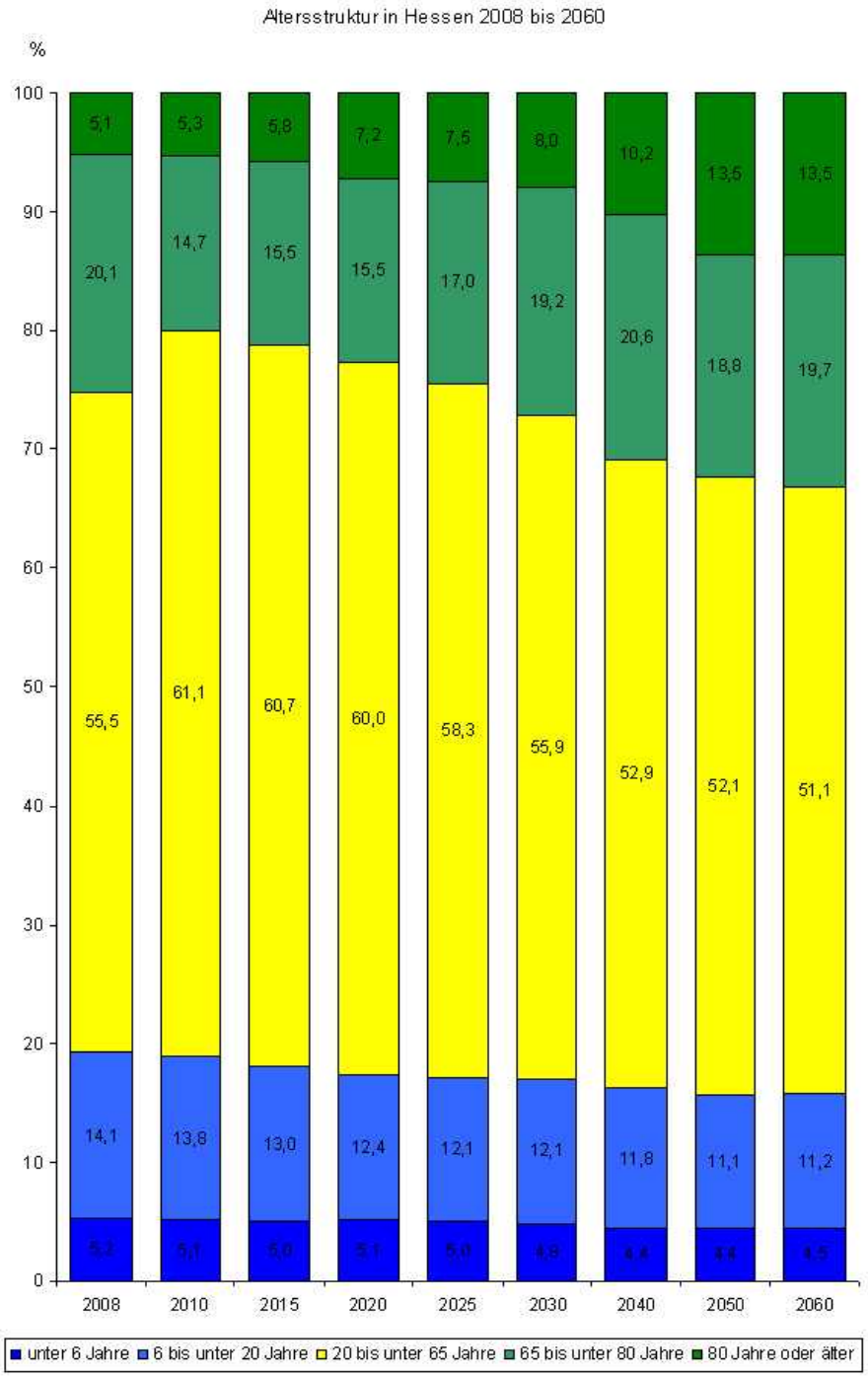
weishaupt@dipf.de

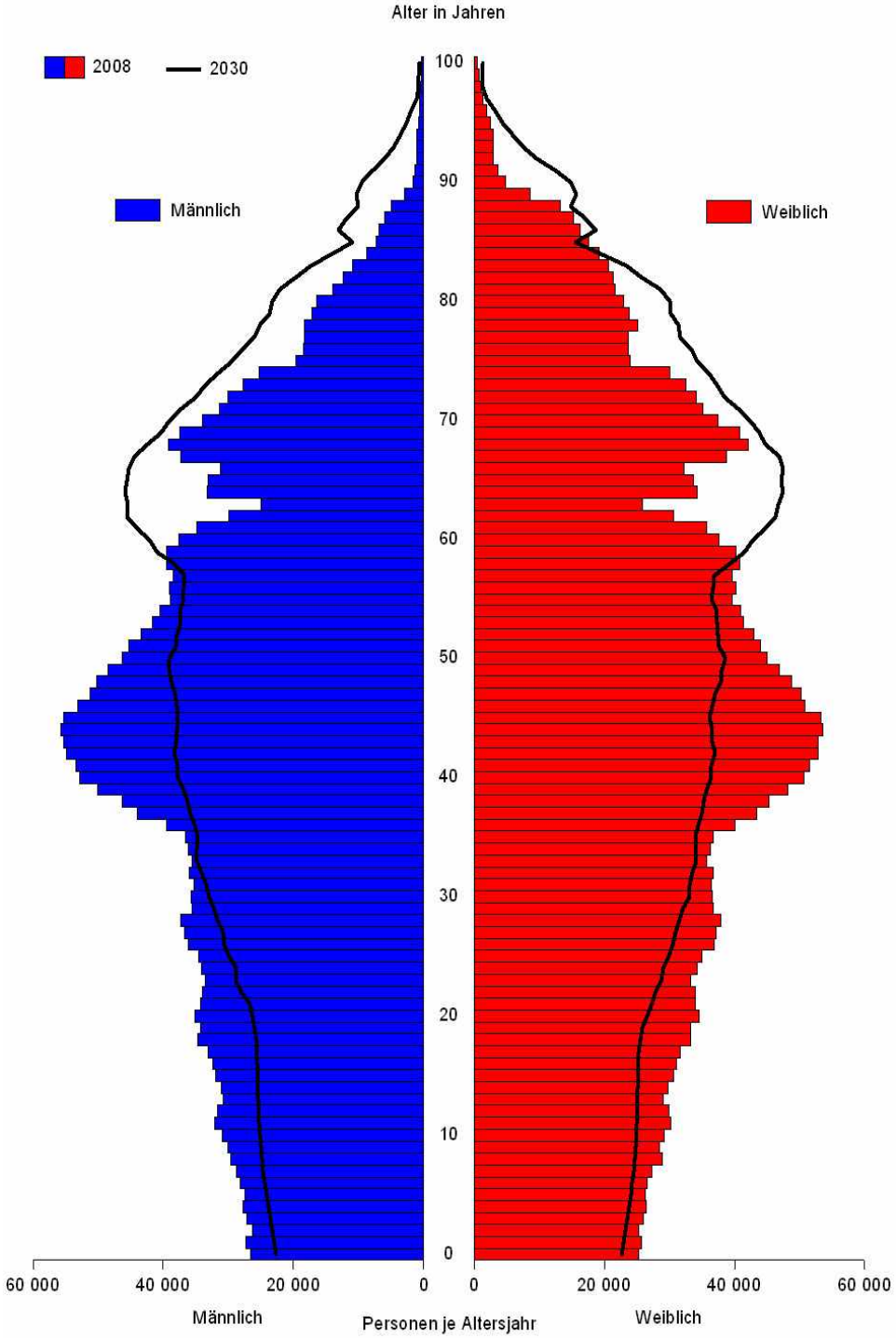
Vergleich der Bevölkerungspyramiden von Deutschland und Frankreich 2011

DIPF
Bildungsforschung
und Bildungsinformation






Altersstruktur in Hessen 2008 bis 2060
%
100
90
80
70
60
50
40
30
20
10
0
5,1
5,3
5,8
7,2
7,5
8,0
10,2
13,5
13,5
20,1
14,7
15,5
15,5
17,0
19,2
20,6
18,8
19,7
55,5
61,1
60,7
60,0
58,3
55,9
52,9
52,1
51,1
14,1
13,8
13,0
12,4
12,1
12,1
11,8
11,1
11,2
5,2
5,1
5,0
5,1
5,0
4,8
4,4
4,4
4,5
2008
2010
2015
2020
2025
2030
2040
2050
2060
unter 6 Jahre
6 bis unter 20 Jahre
20 bis unter 65 Jahre
65 bis unter 80 Jahre
80 Jahre oder älter


Alter in Jahren
2008
2030
Männlich
Weiblich
100
90
80
70
60
50
40
30
20
10
0
60 000
40 000
20 000
0
0
20 000
40 000
60 000
Männlich
Personen je Altersjahr
Weiblich

Enquetekommission am 26.09.2014

Hessischer Landtag

Sächsischer Lehrerverband

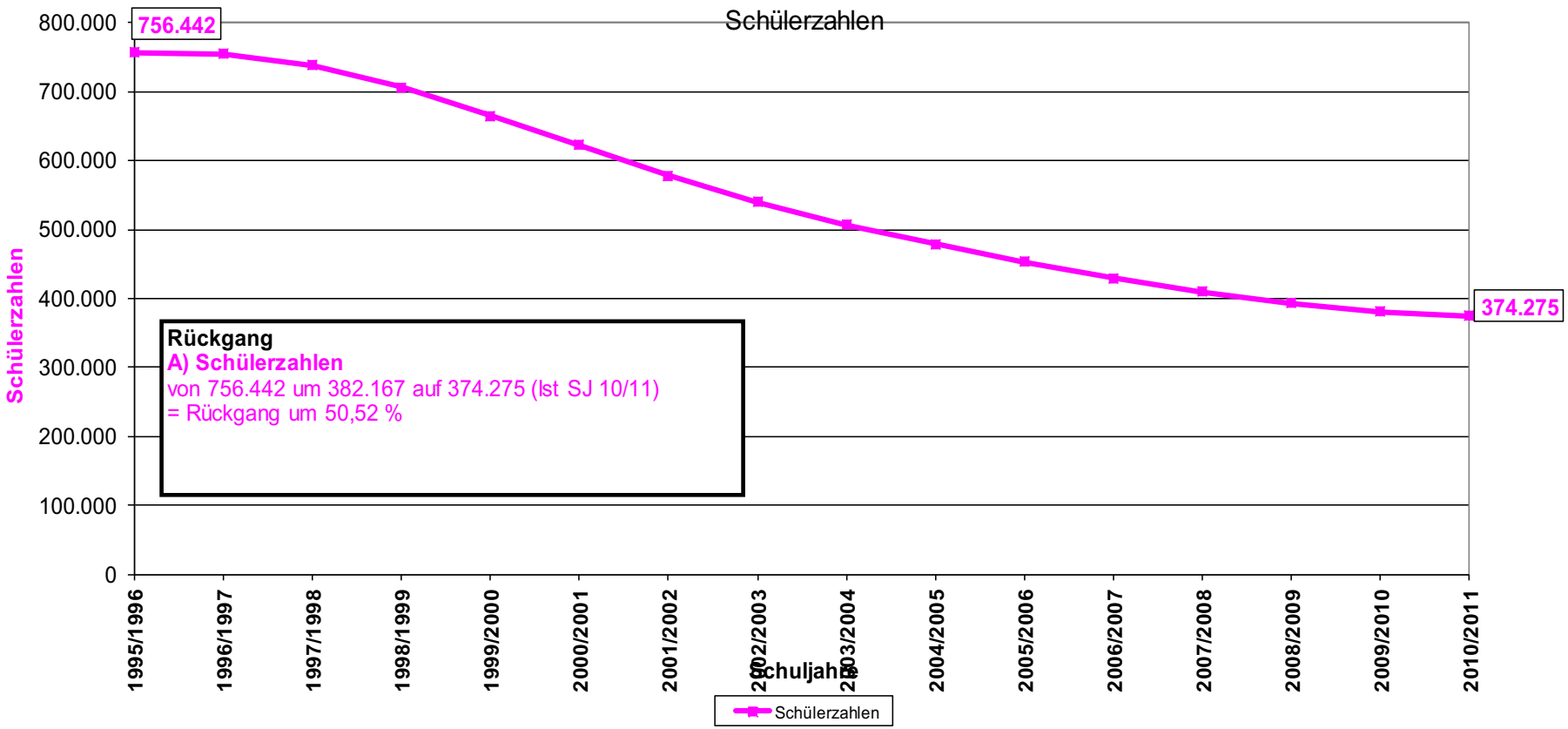
Auswirkungen des demografischen Wandels

Erfahrungen aus Sachsen

Überblick

- Prognosen
- Lehrerbedarf und demografische Rendite
- Schüler-Lehrer-Relation
- Schulnetz
- Schülerbeförderung
- Auswirkungen auf Kinder in ländlichen Regionen
- Ganztagesangebote
- Steuerung/Abmilderung der Folgen des demografischen Wandels
- Auswirkungen von Schulschließungen
- Schulverbünde bzw. Verbundschulen
- Jahrgangsübergreifender Unterricht
- Demografische Veränderungen und berufliche Bildung
- Migration und Diversität

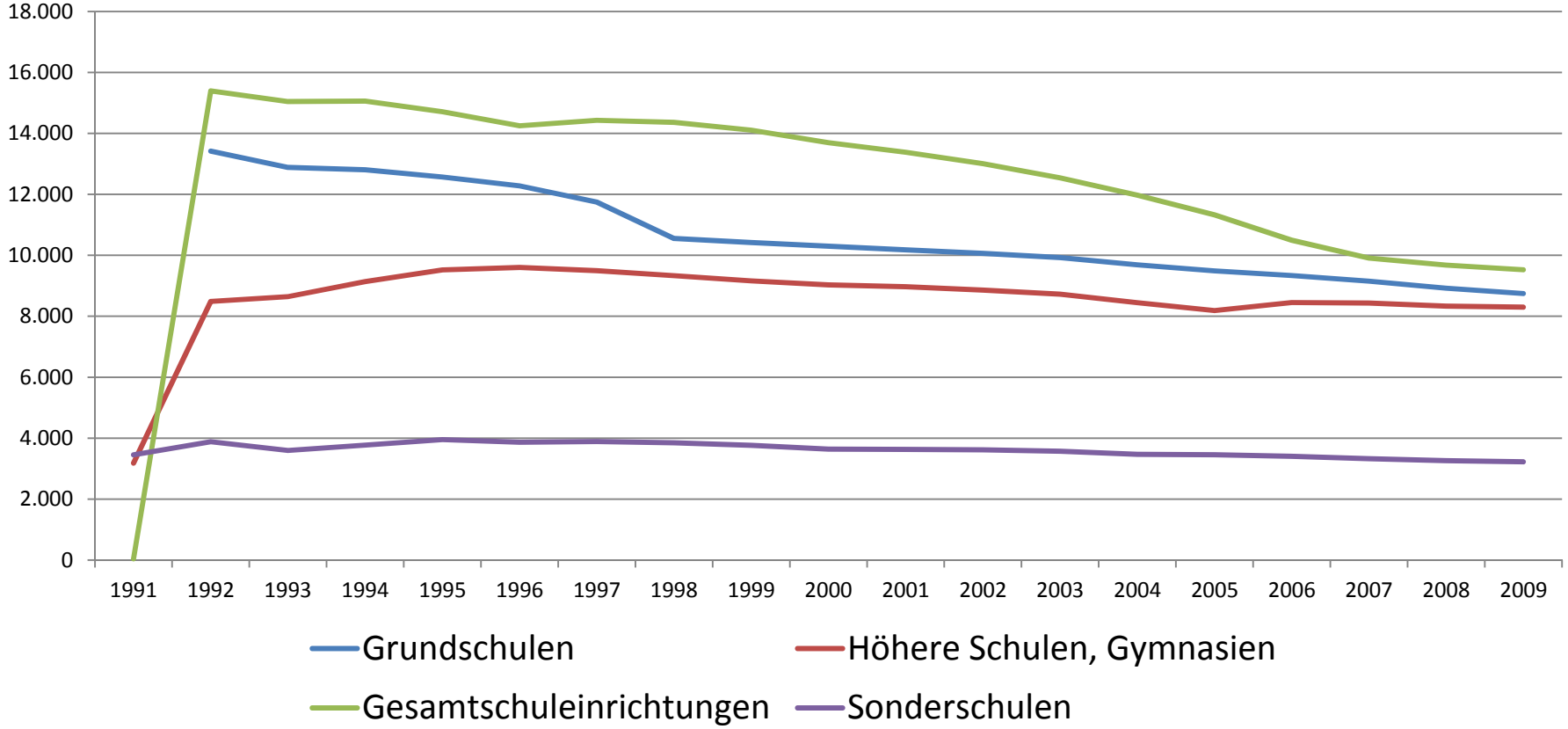
Entwicklung der Schülerzahlen
SJ 1995/96 bis SJ 2010/11 (alle Schularten)



Rückblick Sachsen

Lehrkräfte an allgemein bildenden Schulen nach Schularten in Sachsen, 1991–2009

Quelle: Datenhandbuch zur deutschen Bildungsgeschichte Band 11; Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen, 2013



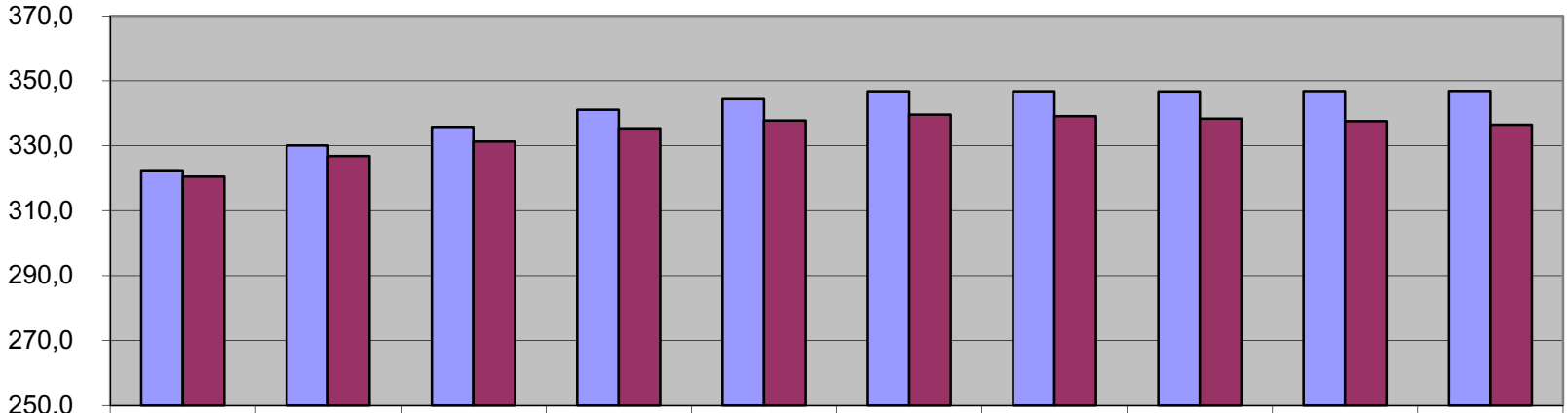
1. Prognosen

- Die „2. Schüler- und Absolventenprognose des Statistischen Landesamtes für den Freistaat Sachsen bis zum Schuljahr 2030/31“ aus dem Jahr 2011 enthält zwei Varianten zum Anstieg der Schülerzahlen in den nächsten Jahren.
- „In Variante 1 wird der Höchststand mit 346 Tausend Schülern in den Schuljahren 2016/17 bis 2020/21 erwartet, danach erfolgt bis 2030/31 ein Rückgang auf 324 Tausend.
- In Variante 2 werden für das Schuljahr 2016/17 mit etwa 338 Tausend die meisten Schüler prognostiziert. Nach einem kontinuierlichen Rückgang werden es bis 2030/31 in dieser Variante nur noch 285 Tausend sein.“

[Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Medieninformation 156/2011; 8.7.2011]

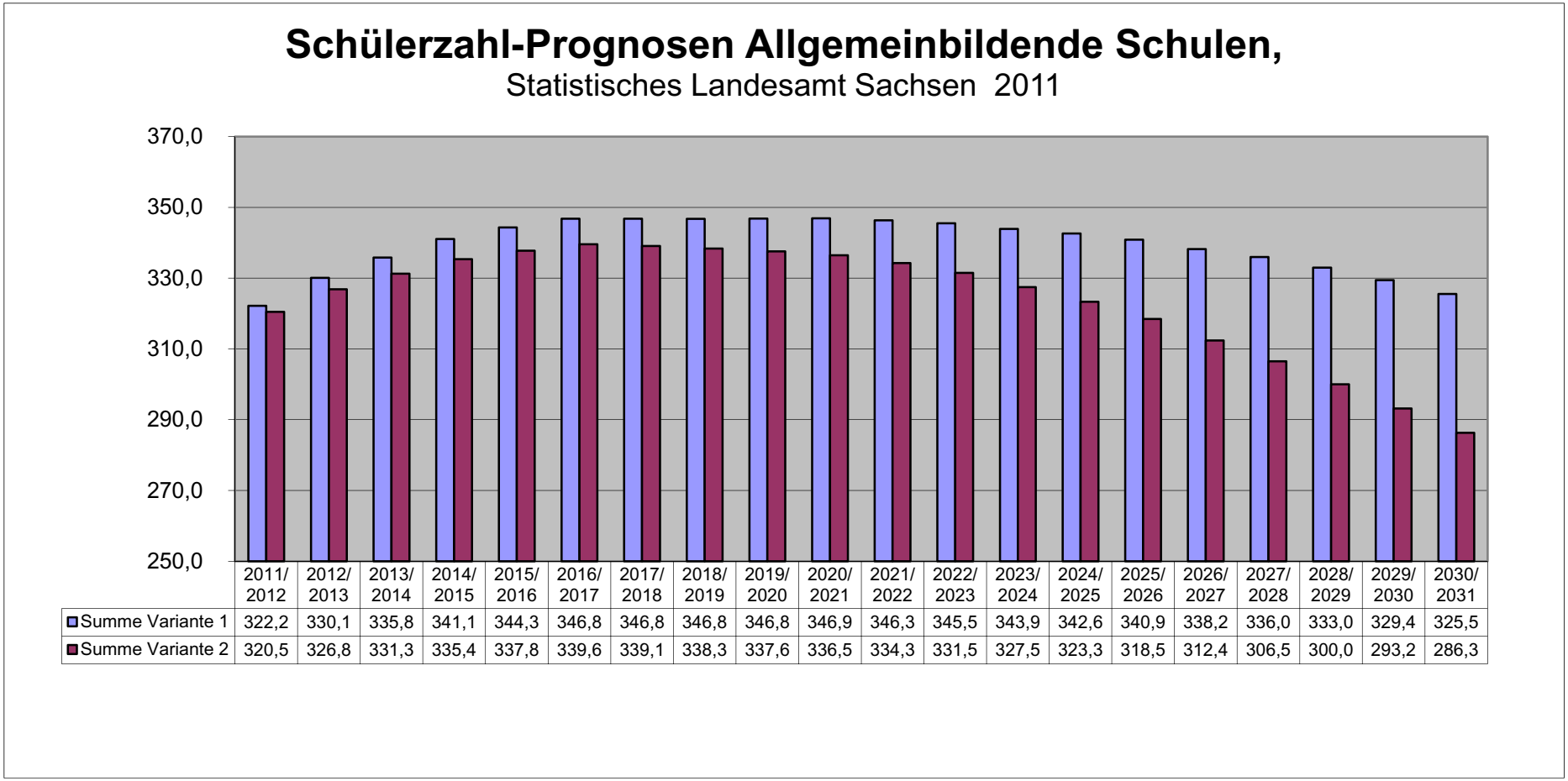
1. Prognosen

Schülerzahl-Prognosen Allgemeinbildende Schulen,
Statistisches Landesamt Sachsen 2011



	2011/2012	2012/2013	2013/2014	2014/2015	2015/2016	2016/2017	2017/2018	2018/2019	2019/2020	2020/2021
Summe Variante 1	322,2	330,1	335,8	341,1	344,3	346,8	346,8	346,8	346,8	346,9
Summe Variante 2	320,5	326,8	331,3	335,4	337,8	339,6	339,1	338,3	337,6	336,5

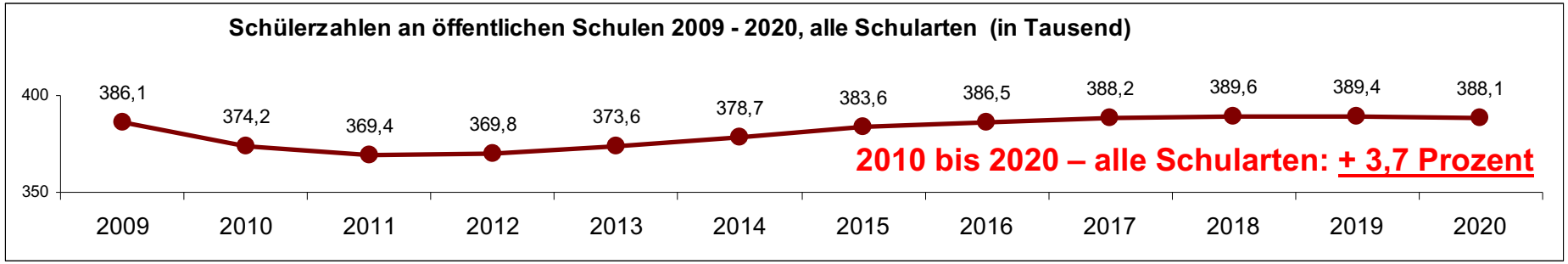
1. Prognosen

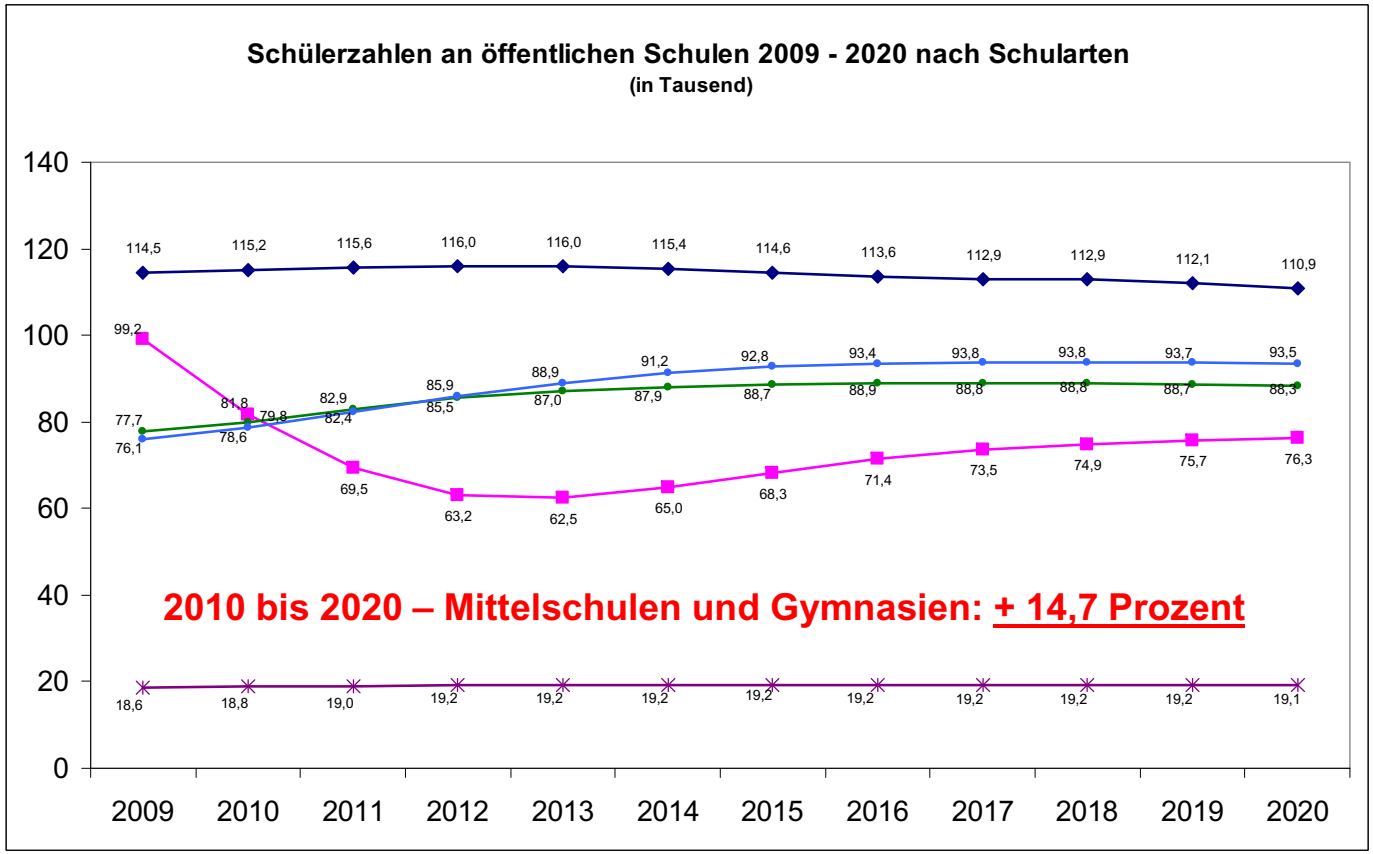


	2011/ 2012	2012/ 2013	2013/ 2014	2014/ 2015	2015/ 2016	2016/ 2017	2017/ 2018	2018/ 2019	2019/ 2020	2020/ 2021	2021/ 2022	2022/ 2023	2023/ 2024	2024/ 2025	2025/ 2026	2026/ 2027	2027/ 2028	2028/ 2029	2029/ 2030	2030/ 2031
Summe Variante 1	322,2	330,1	335,8	341,1	344,3	346,8	346,8	346,8	346,8	346,9	346,3	345,5	343,9	342,6	340,9	338,2	336,0	333,0	329,4	325,5
Summe Variante 2	320,5	326,8	331,3	335,4	337,8	339,6	339,1	338,3	337,6	336,5	334,3	331,5	327,5	323,3	318,5	312,4	306,5	300,0	293,2	286,3

2030/31: V1: 325.532 V2: 286.284

1. Prognosen


Schülerzahlen an öffentlichen Schulen 2009 - 2020, alle Schularten (in Tausend)
400
350
386,1
374,2
369,4
369,8
373,6
378,7
383,6
386,5
388,2
389,6
389,4
388,1
2009
2010
2011
2012
2013
2014
2015
2016
2017
2018
2019
2020
2010 bis 2020 – alle Schularten: + 3,7 Prozent


Schülerzahlen an öffentlichen Schulen 2009 - 2020 nach Schularten
(in Tausend)
140
120
100
80
60
40
20
0
114,5 115,2 115,6 116,0 116,0 115,4 114,6 113,6 112,9 112,9 112,1 110,9
99,2 81,8 69,5 63,2 62,5 65,0 68,3 71,4 73,5 74,9 75,7 76,3
77,7 79,8 82,9 85,9 88,9 91,2 92,8 93,4 93,8 93,8 93,7 93,5
76,1 78,6 82,4 85,5 87,0 87,9 88,7 88,9 88,8 88,8 88,7 88,3
18,6 18,8 19,0 19,2 19,2 19,2 19,2 19,2 19,2 19,2 19,2 19,1
2009
2010
2011
2012
2013
2014
2015
2016
2017
2018
2019
2020
2010 bis 2020 – Mittelschulen und Gymnasien: + 14,7 Prozent
Grundschulen
Gymnasien
Mittelschulen
Berufsbildende Schulen
Förderschulen

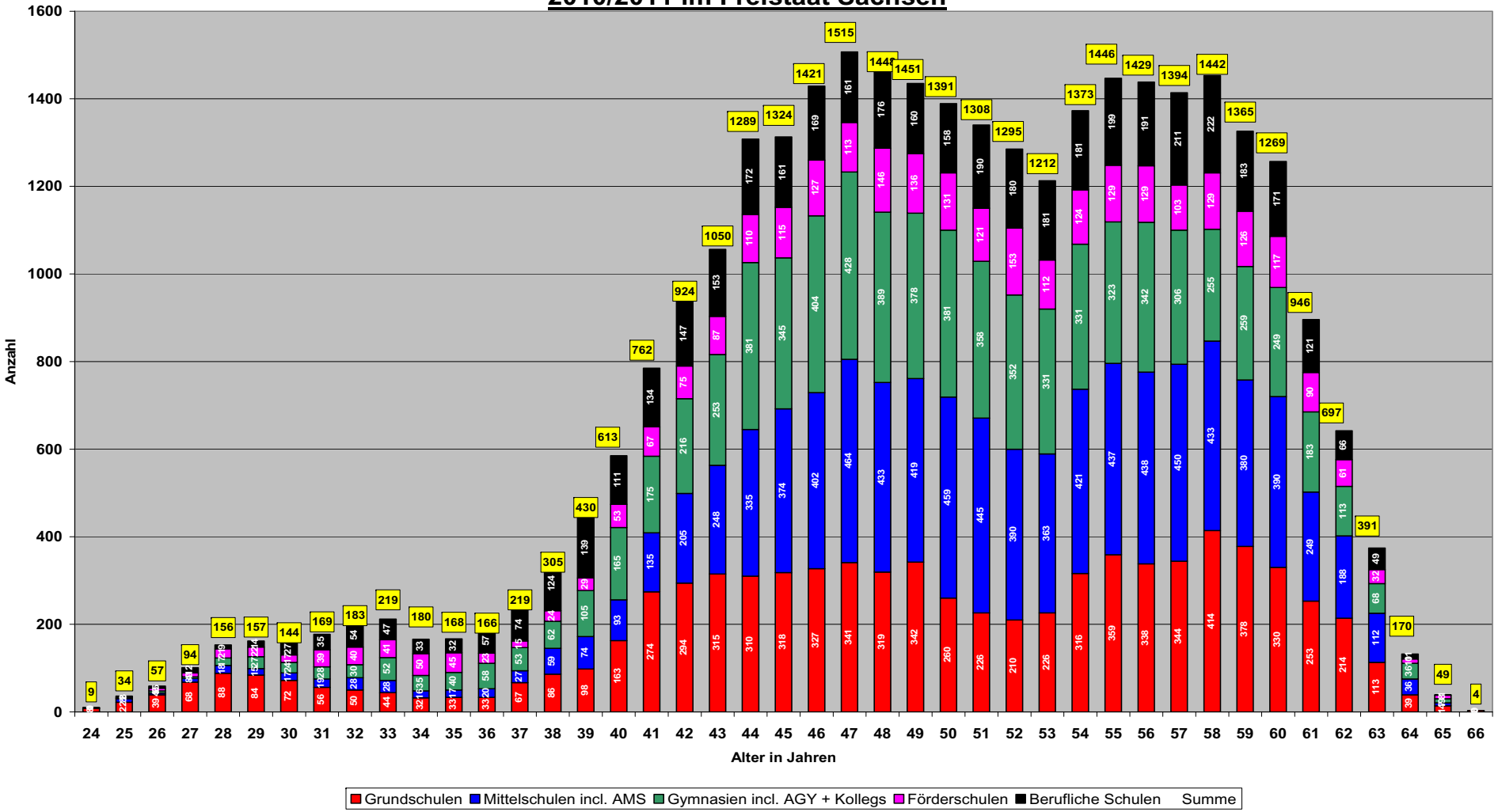
1. Prognosen

Lehrerbedarf: „Warnungen zu lange ignoriert“

Gewerkschaft und Opposition üben Kritik an Kultus- und Finanzminister. Alle Zahlen auf den Tisch, heißt es auch aus der CDU.

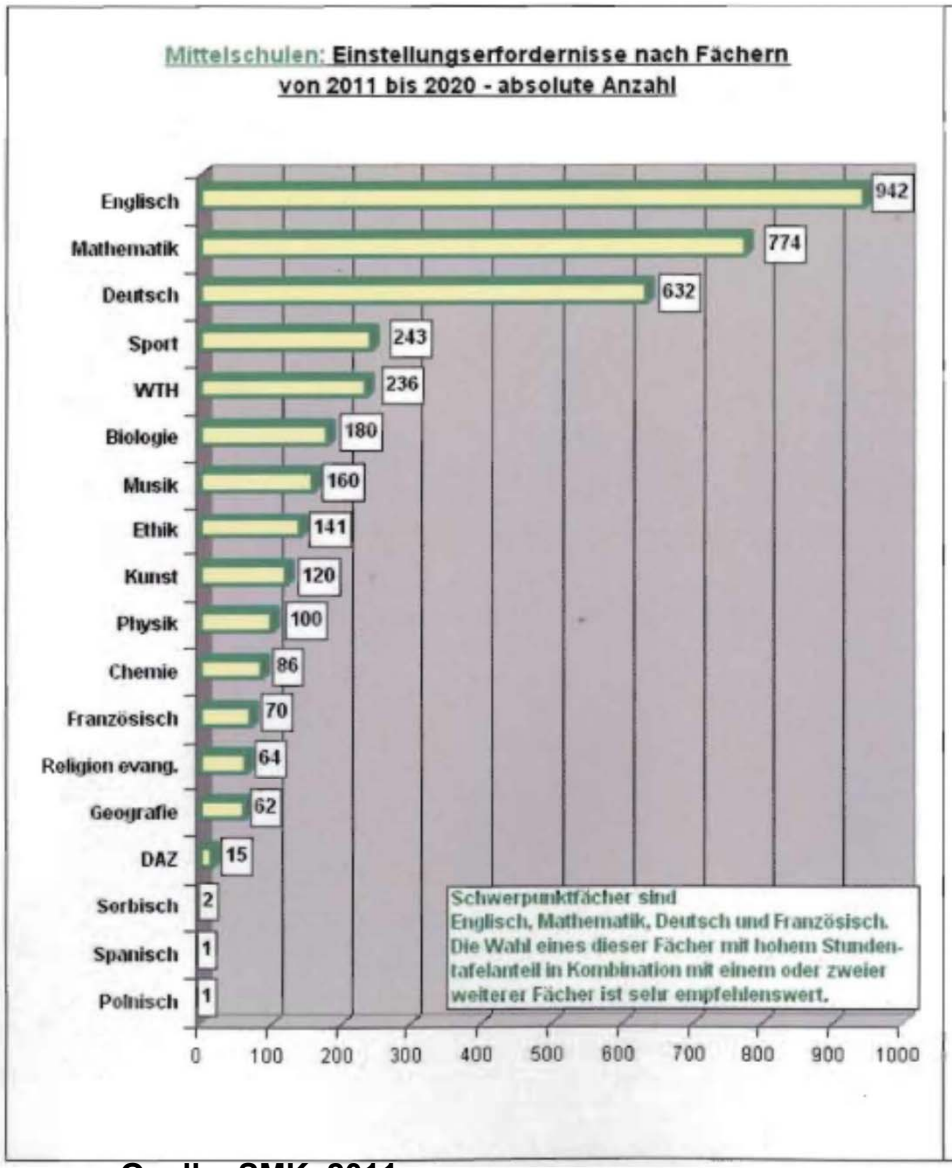
2011

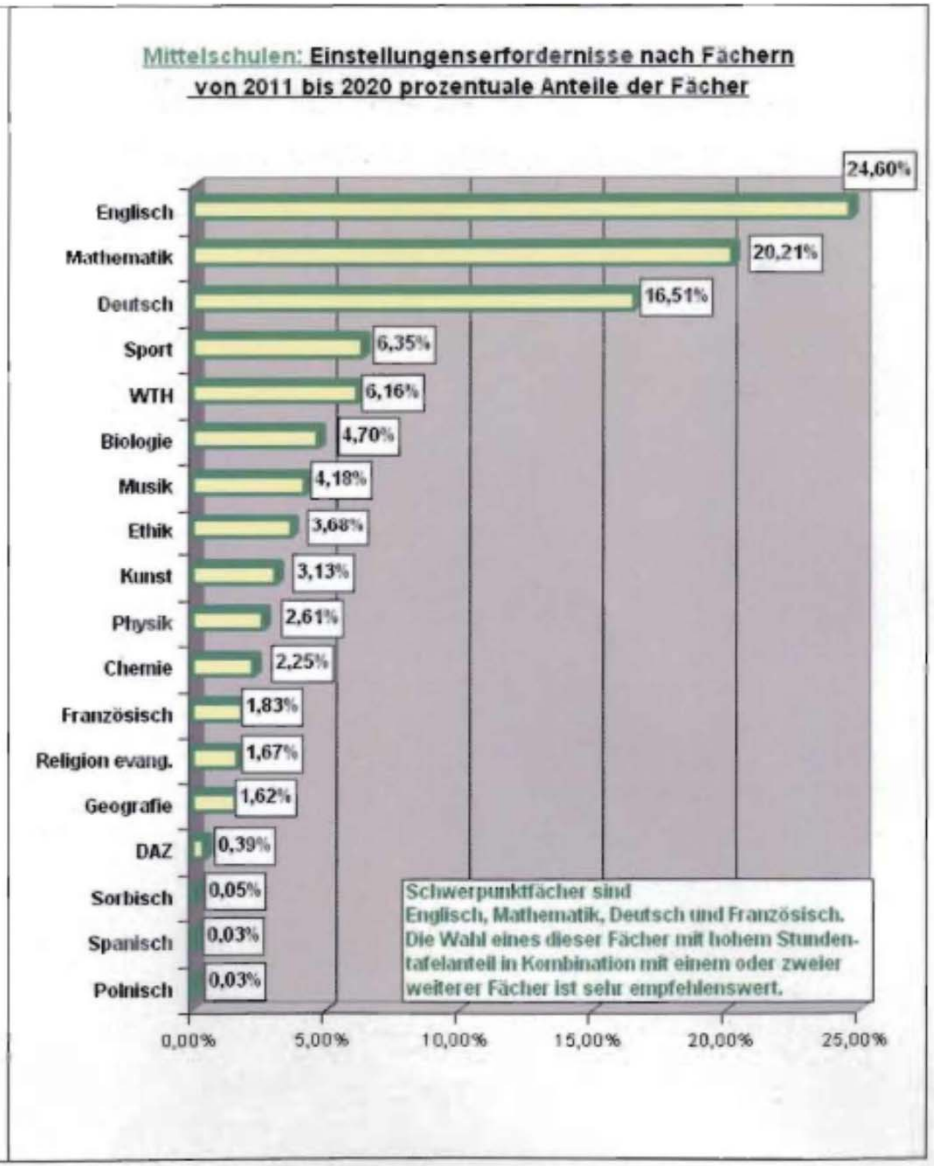
Lebensbaum der Lehrkräfte an öffentlichen allgemein bildenden Schulen im Schuljahr 2010/2011 im Freistaat Sachsen



Quelle: SMK, 2011

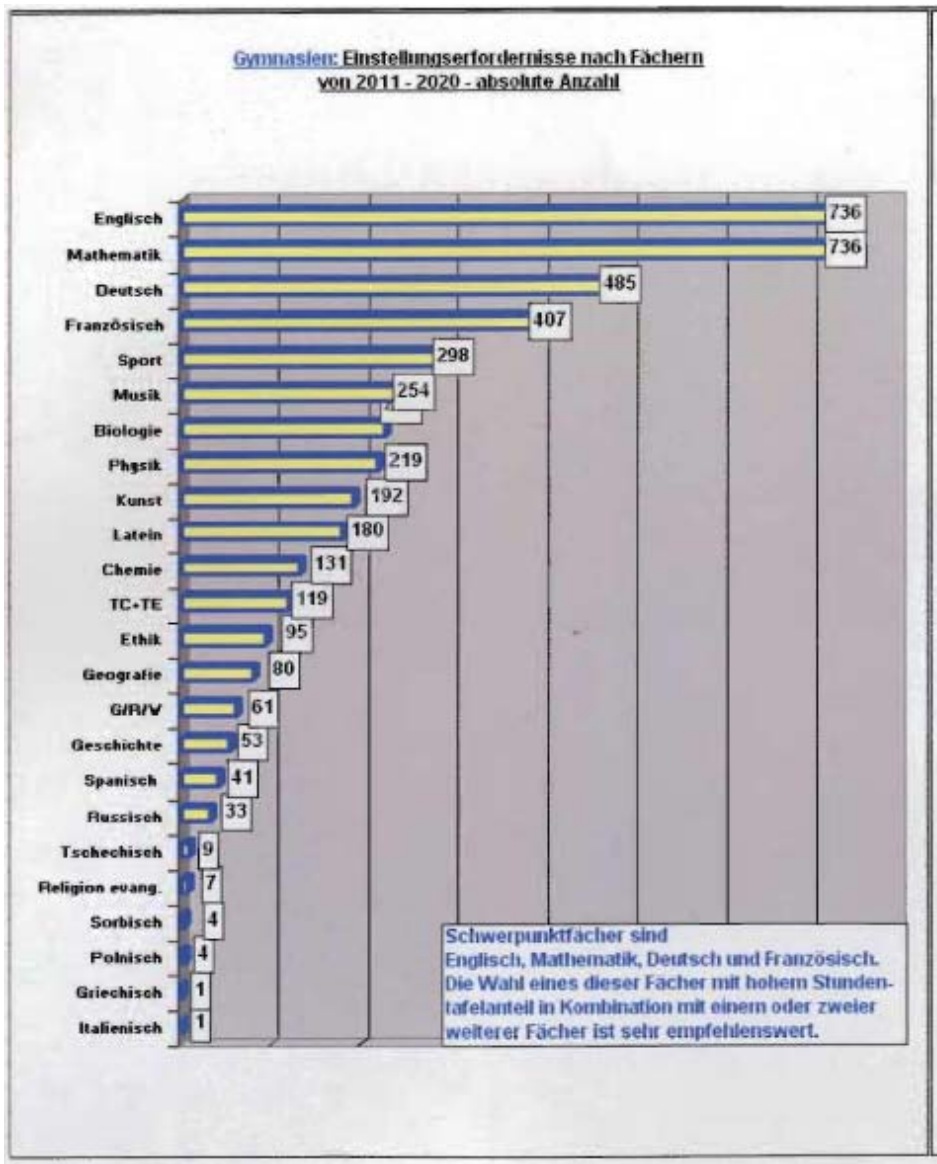
1. Prognosen

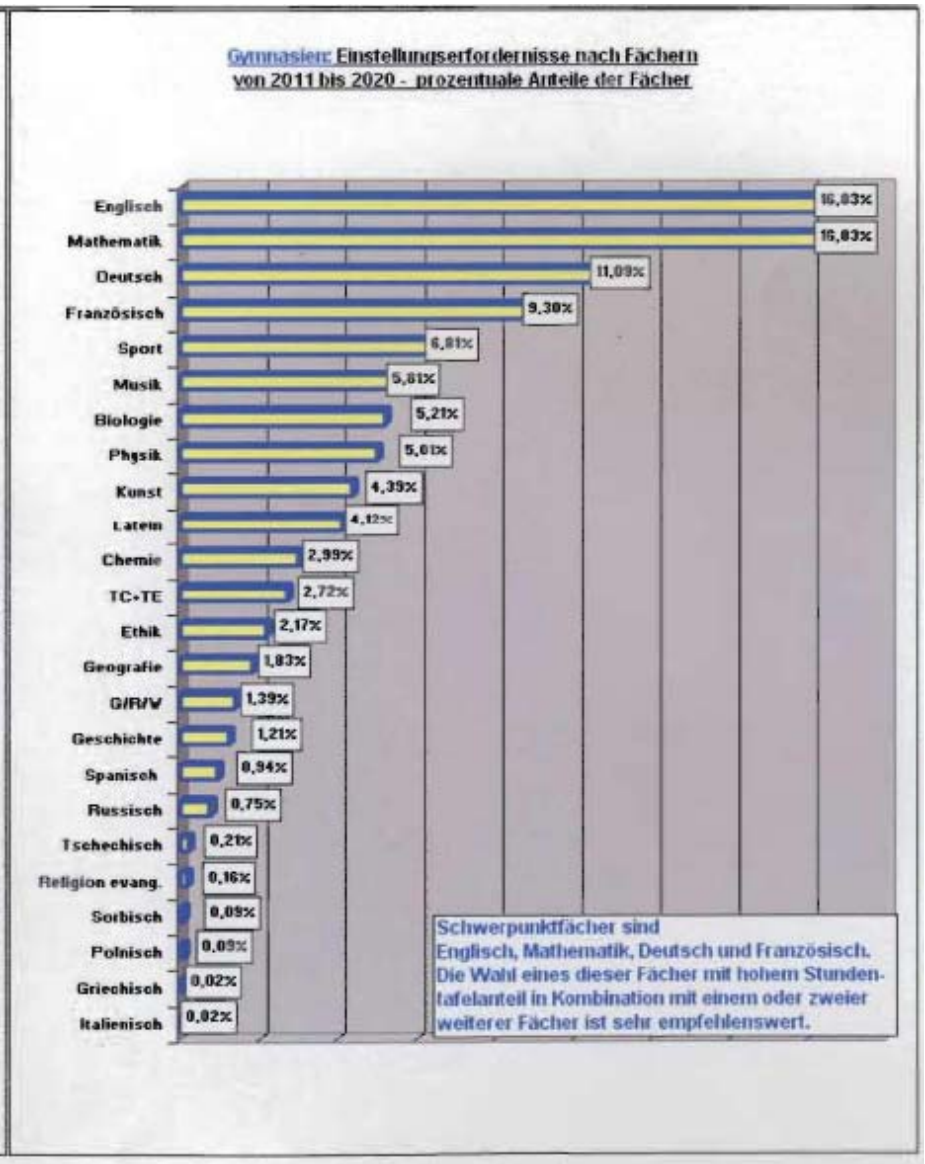




Quelle: SMK, 2011

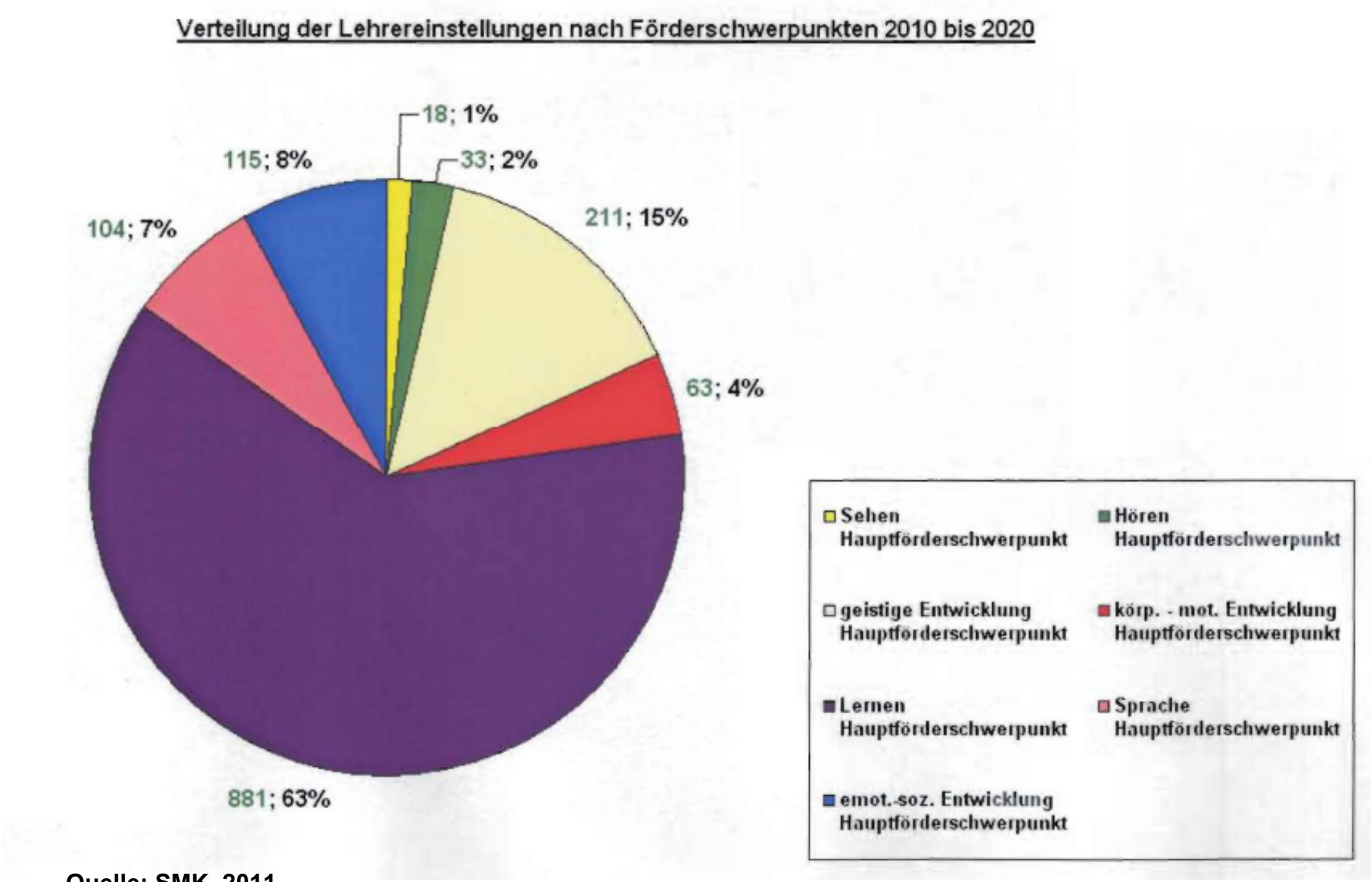
1. Prognosen





Quelle: SMK, 2011

Einstellungsbedarf bis 2020

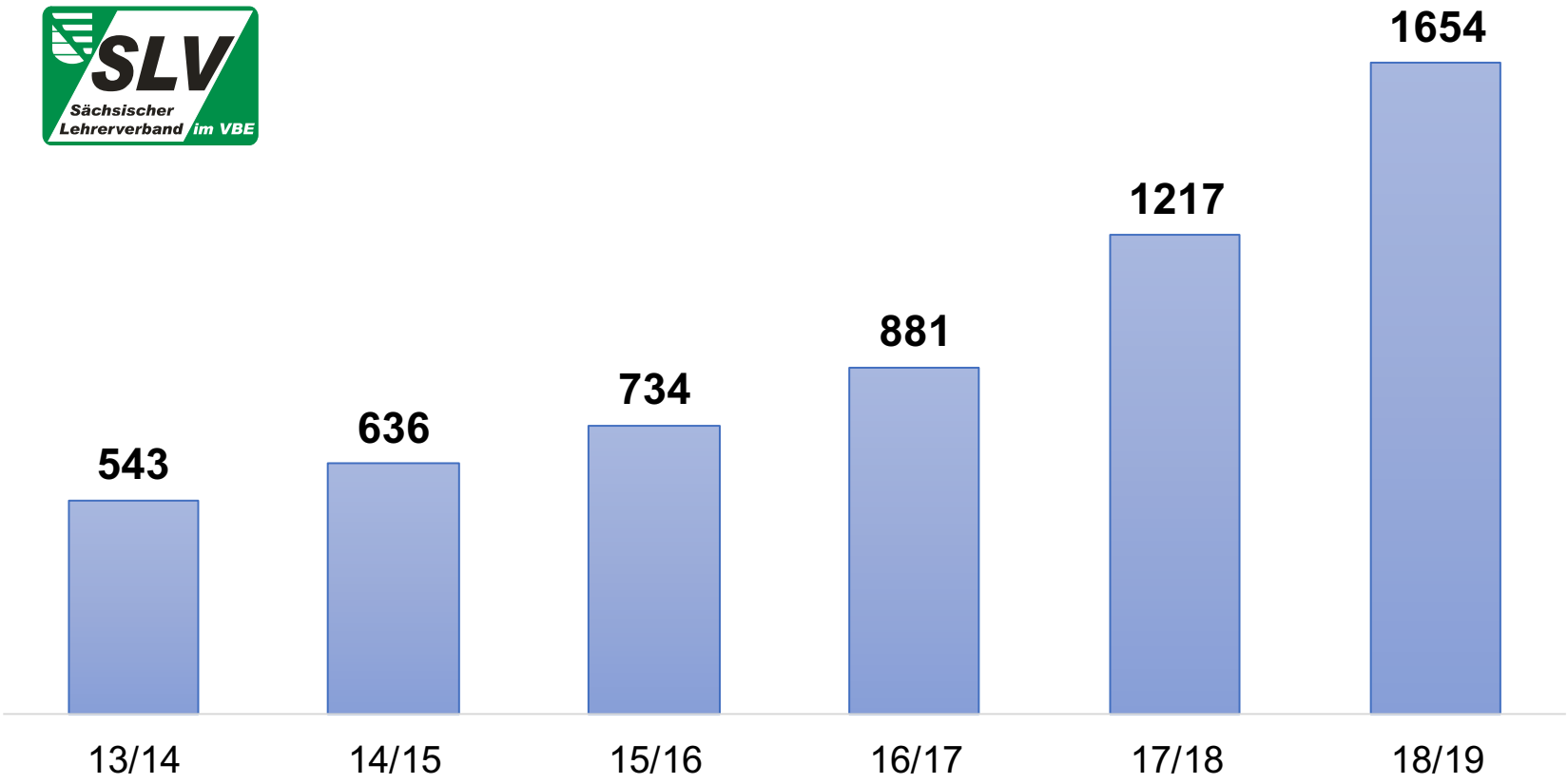


Quelle: SMK, 2011

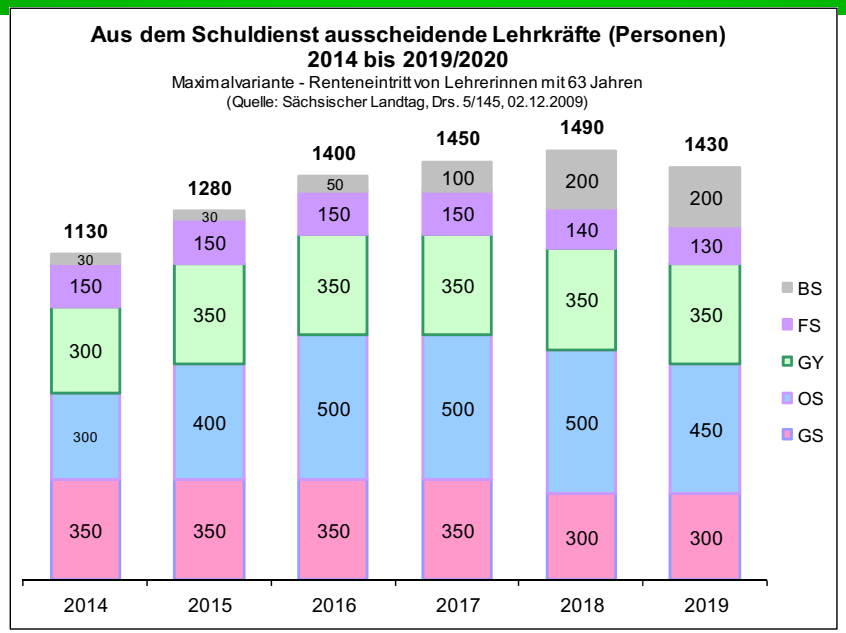
1. Prognosen

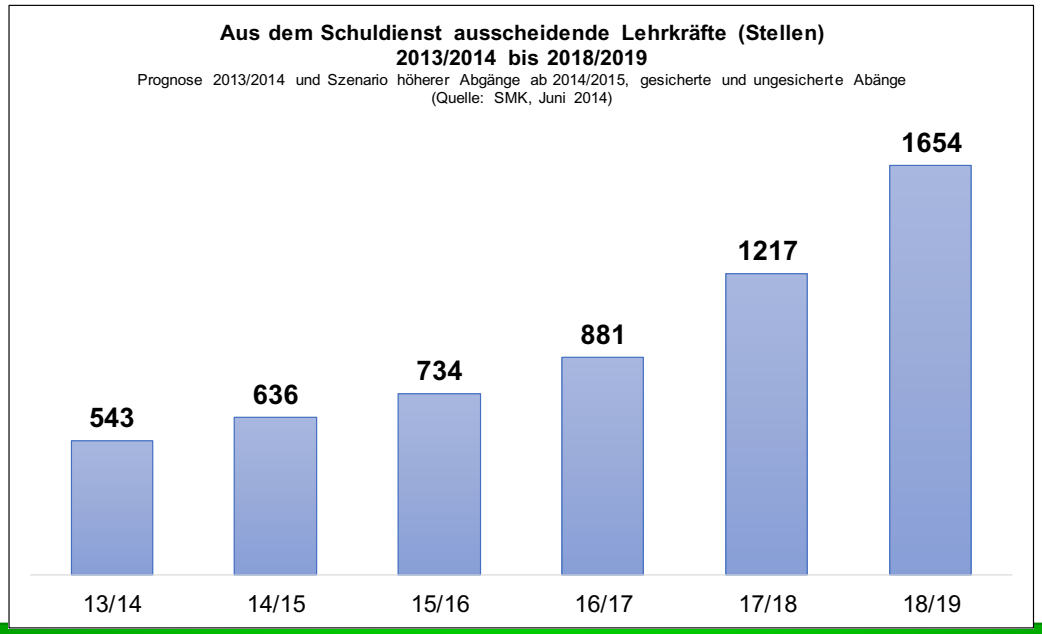
Aus dem Schuldienst ausscheidende Lehrkräfte (Stellen)
2013/2014 bis 2018/2019

Prognose 2013/2014 und Szenario höherer Abgänge ab 2014/2015, gesicherte und ungesicherte Abänge
(Quelle: SMK, Juni 2014)



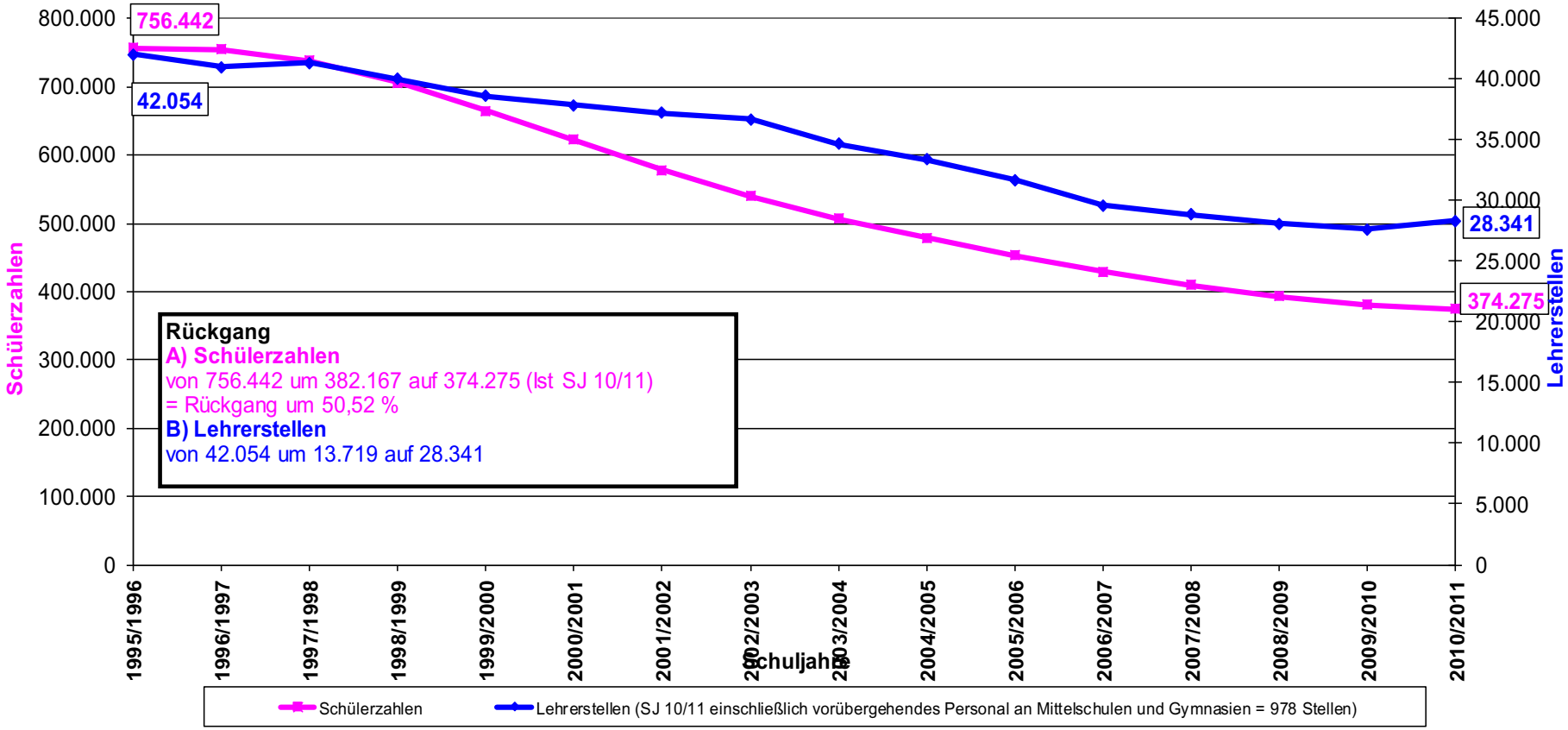
1. Prognosen


Aus dem Schuldienst ausscheidende Lehrkräfte (Personen)
2014 bis 2019/2020
Maximalvariante - Renteneintritt von Lehrerinnen mit 63 Jahren
(Quelle: Sächsischer Landtag, Drs. 5/145, 02.12.2009)
1130
30
150
300
300
350
1280
30
150
350
400
350
1400
50
150
350
500
350
1450
100
150
350
500
350
1490
200
140
350
500
300
1430
200
130
350
450
300
2014
2015
2016
2017
2018
2019
BS
FS
GY
OS
GS


Aus dem Schuldienst ausscheidende Lehrkräfte (Stellen)
2013/2014 bis 2018/2019
Prognose 2013/2014 und Szenario höherer Abgänge ab 2014/2015, gesicherte und ungesicherte Abänge
(Quelle: SMK, Juni 2014)
543
636
734
881
1217
1654
13/14
14/15
15/16
16/17
17/18
18/19

2. Lehrerbedarf und demografische Rendite

Entwicklung der Schülerzahlen und der Lehrerstellen SJ 1995/96 bis SJ 2010/11 im Vergleich (alle Schularten)



Schulkompromiss Sachsen: Schülerzahlrückgang auf 50 Prozent → Lehrerstellenzahl auf 70 Prozent

Ganztagesangebote

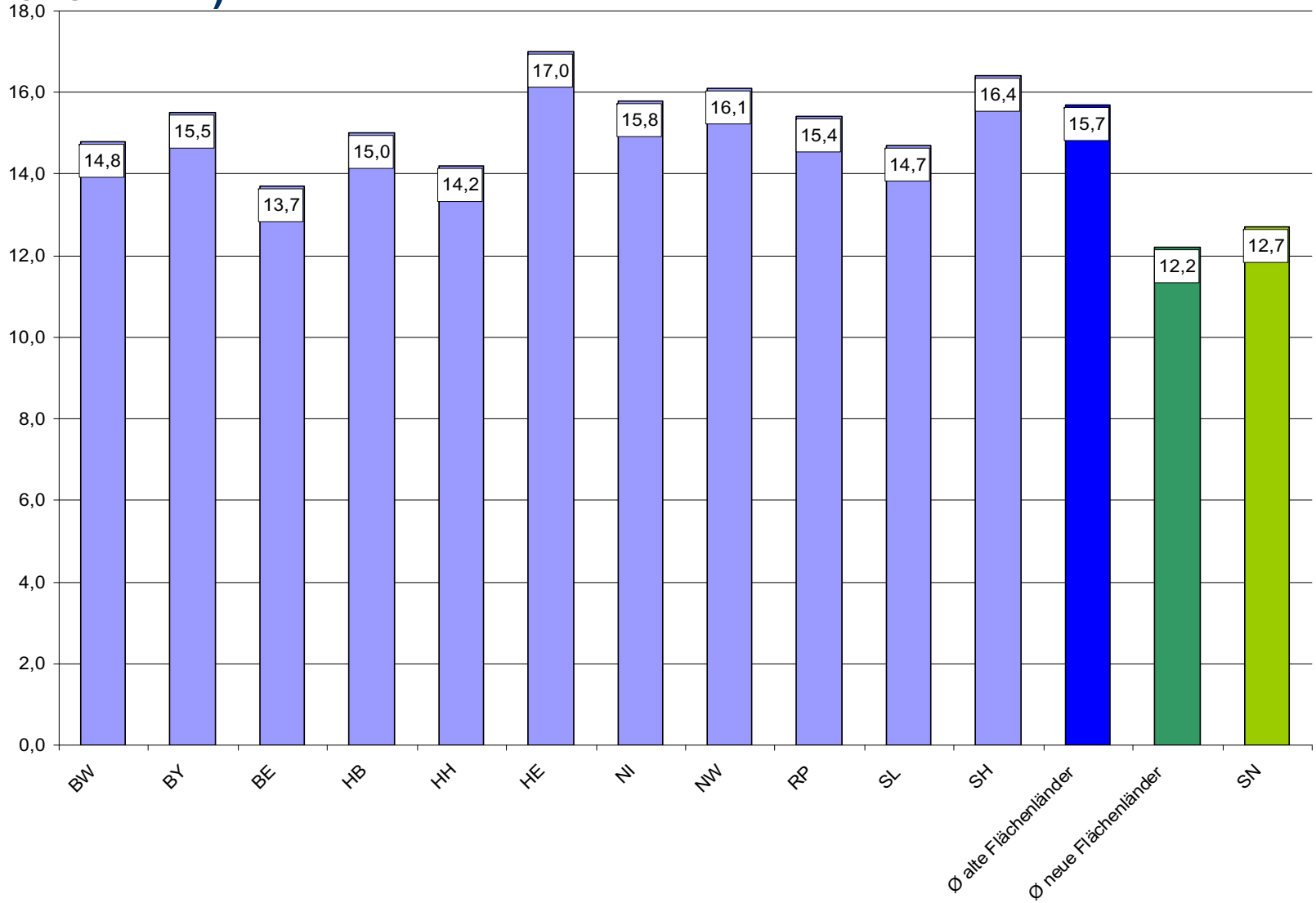
„Das quantitative und qualitative Niveau der Ganztagsangebote bleibt trotz Rückgang der Förderung gesichert. Dies wird durch den verstärkten Einsatz der in die Vollzeit zurück gewechselten Pädagogen erreicht.“

Medieninformation der sächsischen Staatsregierung vom 15. Juni 2010.

Schüler-Lehrer-Relation

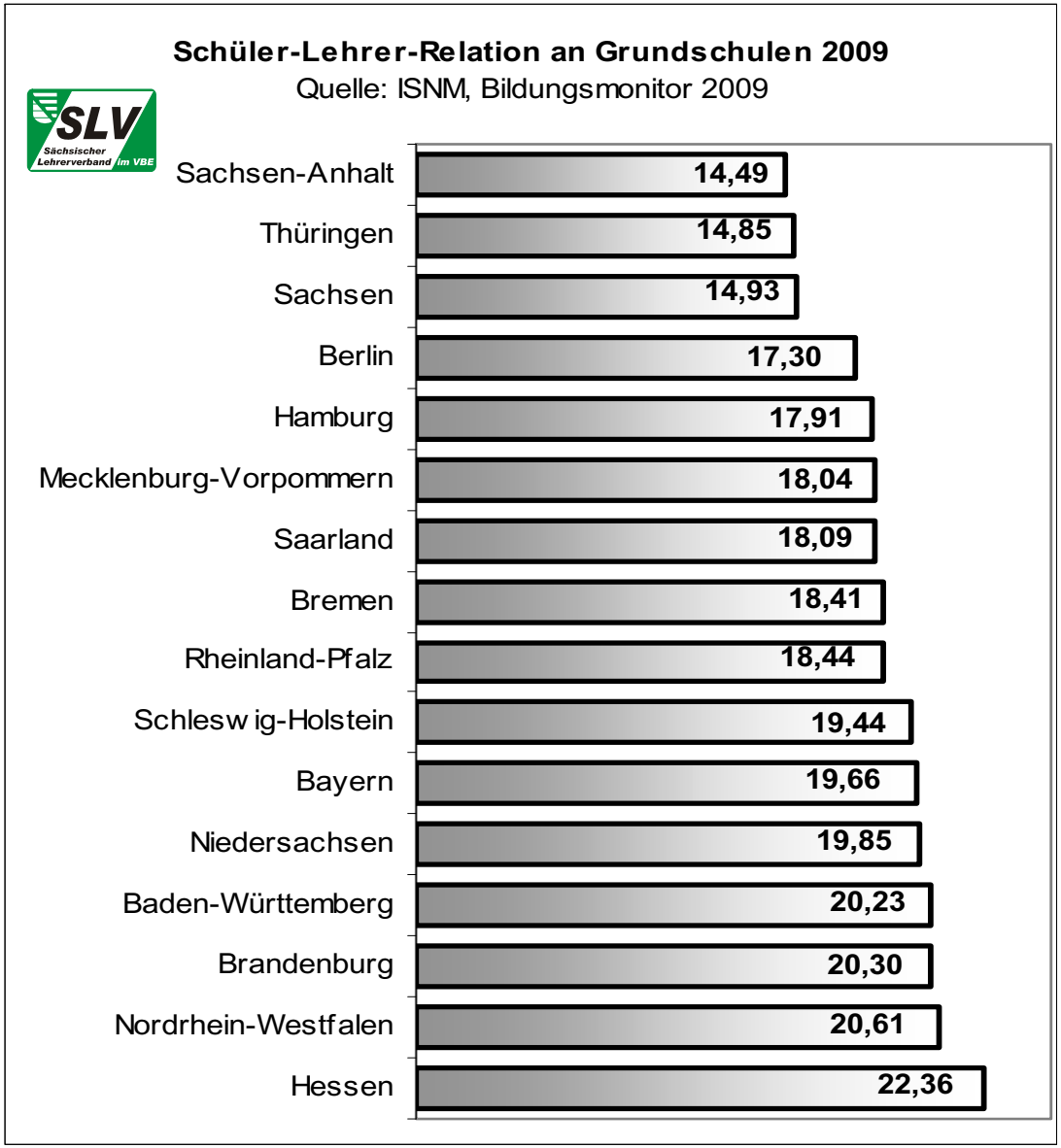
$$Schüler-Lehrer-Relation = \frac{Klassengröße \cdot Unterrichtswochenstunden\ je\ Lehrer}{Unterrichtswochenstundenbedarf\ je\ Klasse}$$

Schüler-Lehrer-Relation 2008 Allgemeinbildende Schulen (Quelle: KMK)

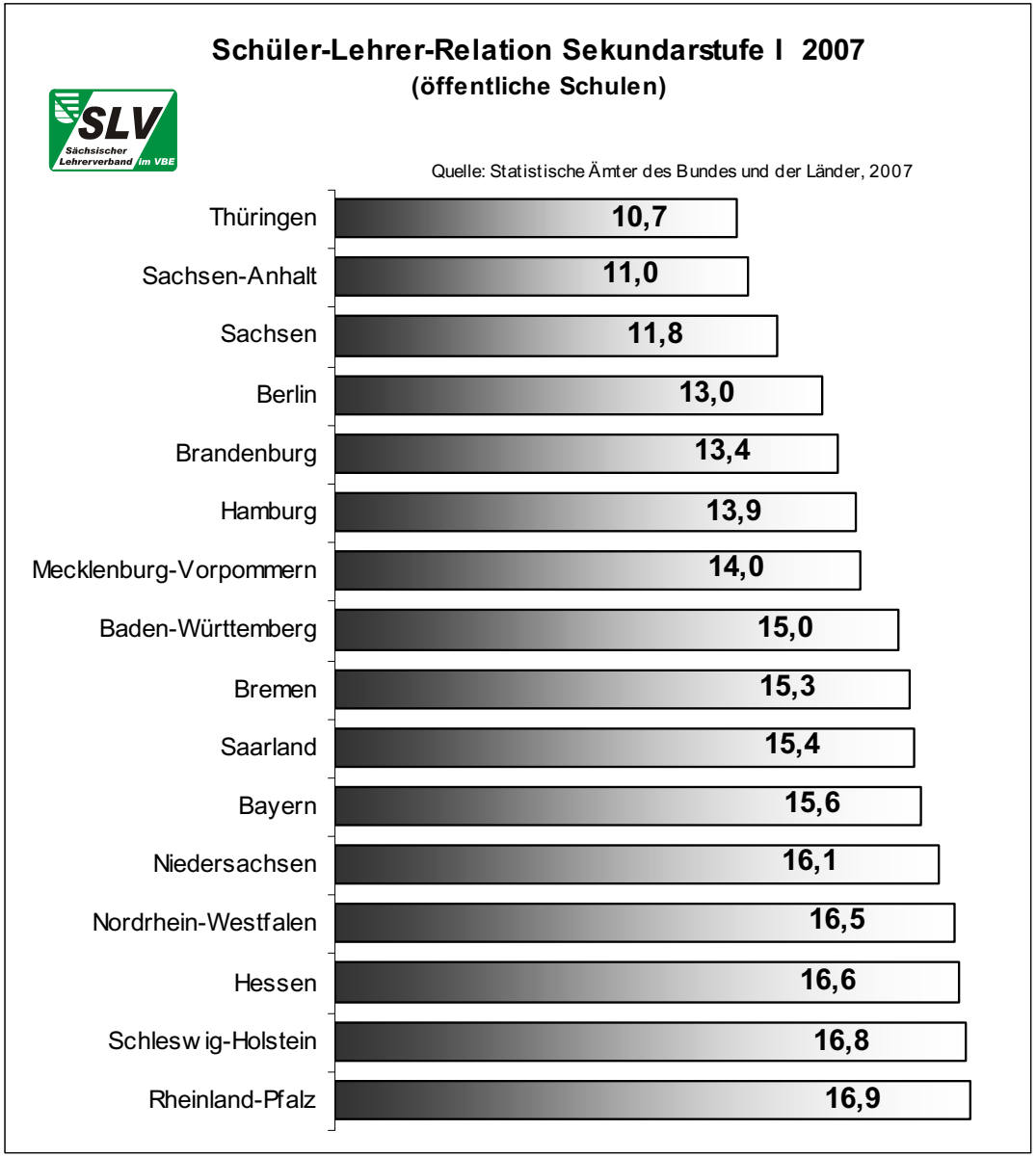


© Jens Weichelt

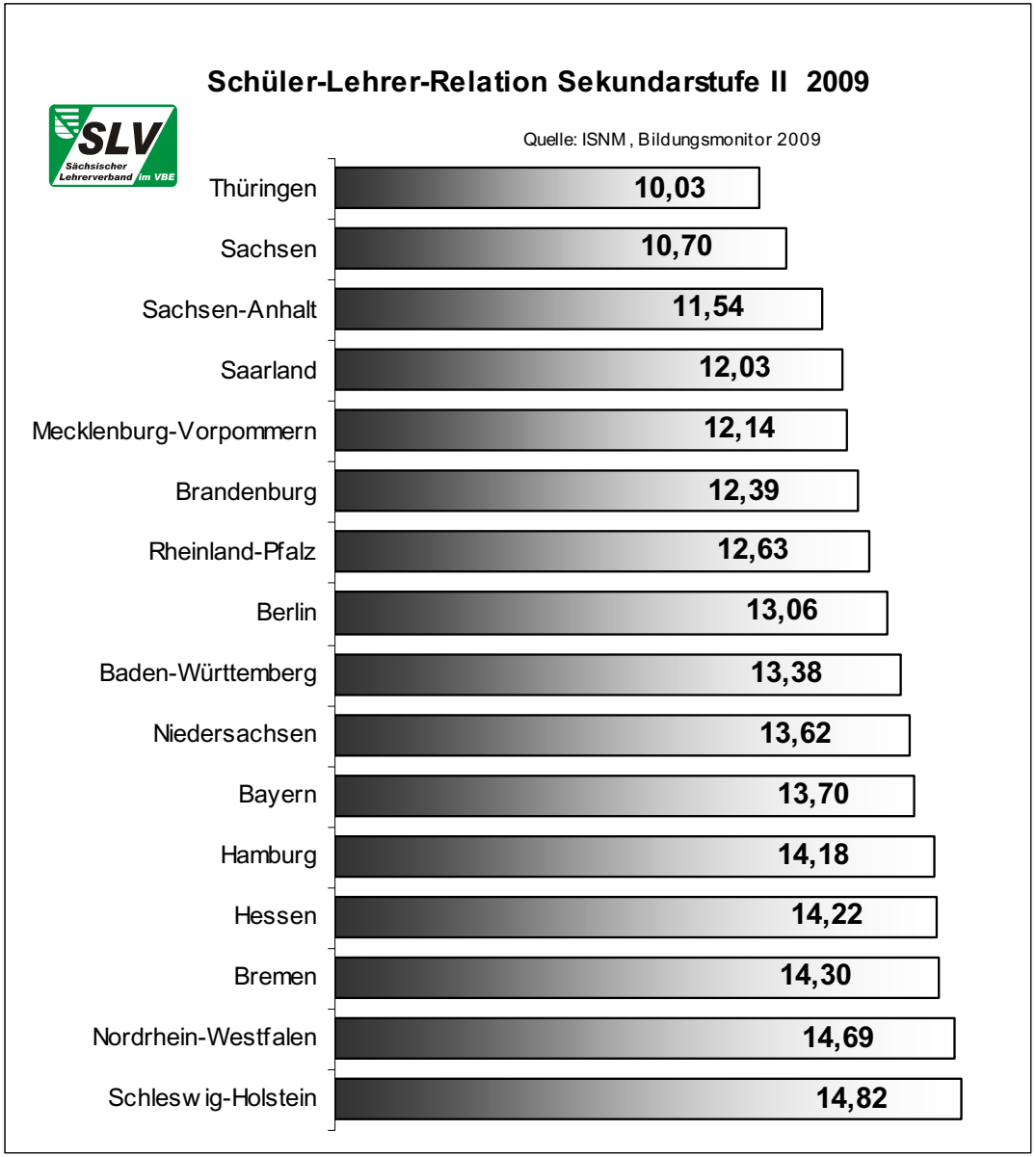
3. Schüler-Lehrer-Relation



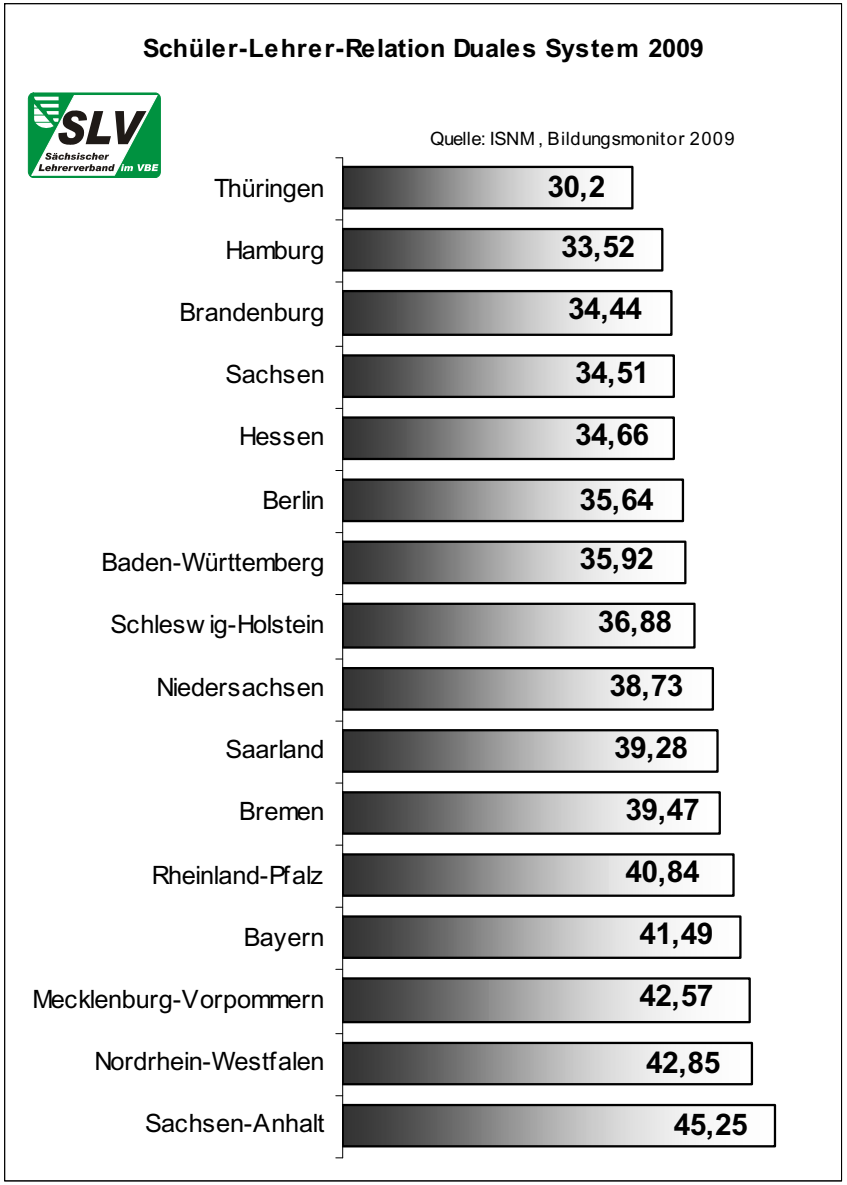
3. Schüler-Lehrer-Relation



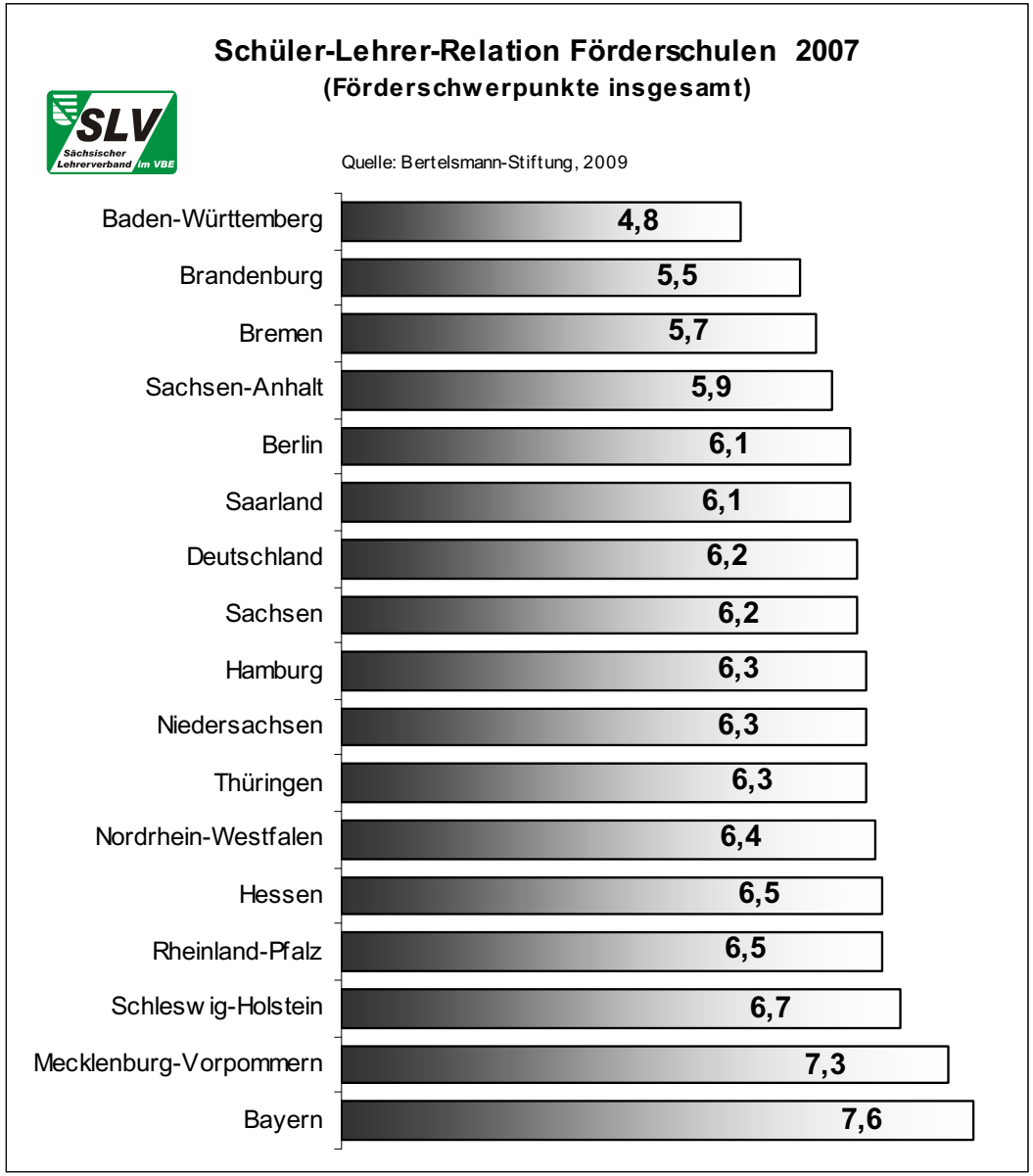
3. Schüler-Lehrer-Relation



3. Schüler-Lehrer-Relation



3. Schüler-Lehrer-Relation



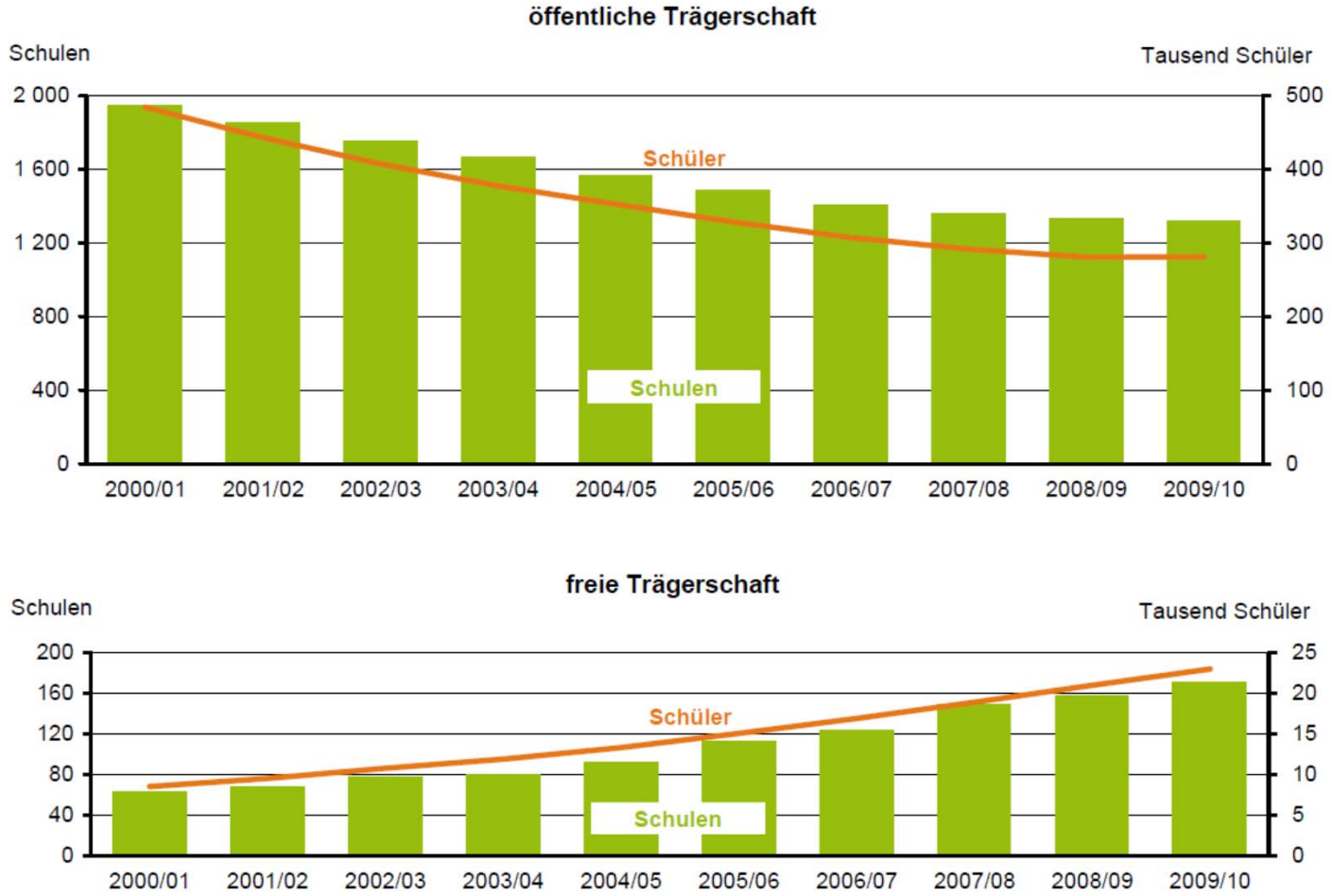
Im Bereich der Förderschulen liegt Sachsen im Bundesdurchschnitt.

An unseren Förderschulen wird der Grundbereich (Stunden laut Stundentafel) seit Jahren nicht vollständig abgesichert und es gibt kaum Ergänzungsbereich.

Allgemeinbildende Schulen in Sachsen 2000 bis 2010

Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, B I 1 - j/09, Kamenz 2010

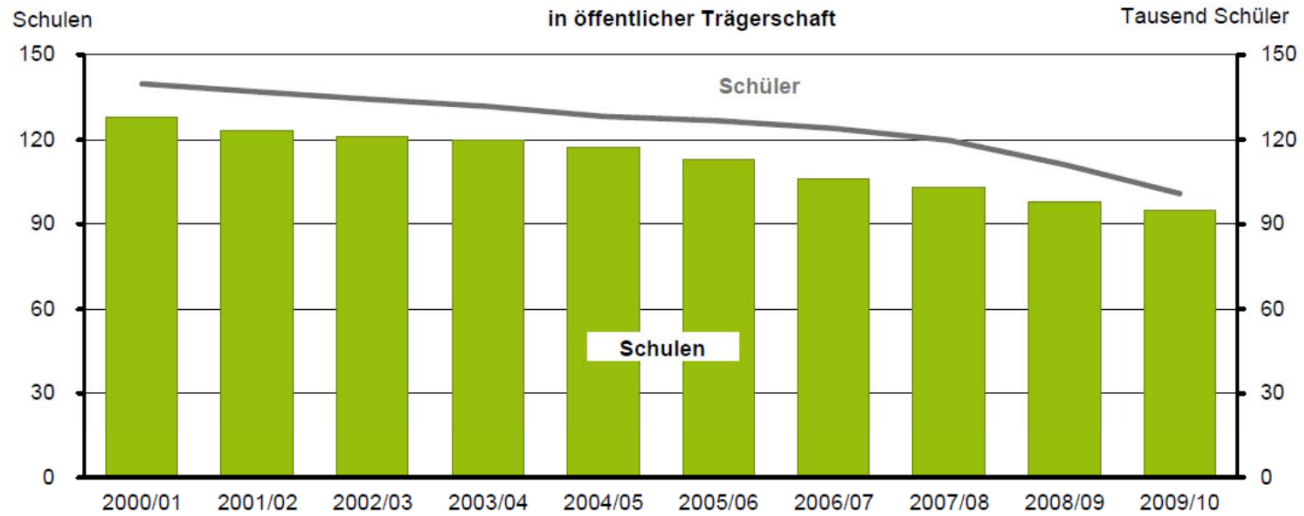
Abb. 1 Allgemein bildende Schulen und Schulen des zweiten Bildungsweges im Freistaat Sachsen in den Schuljahren 2000/01 bis 2009/10 nach Trägerschaft

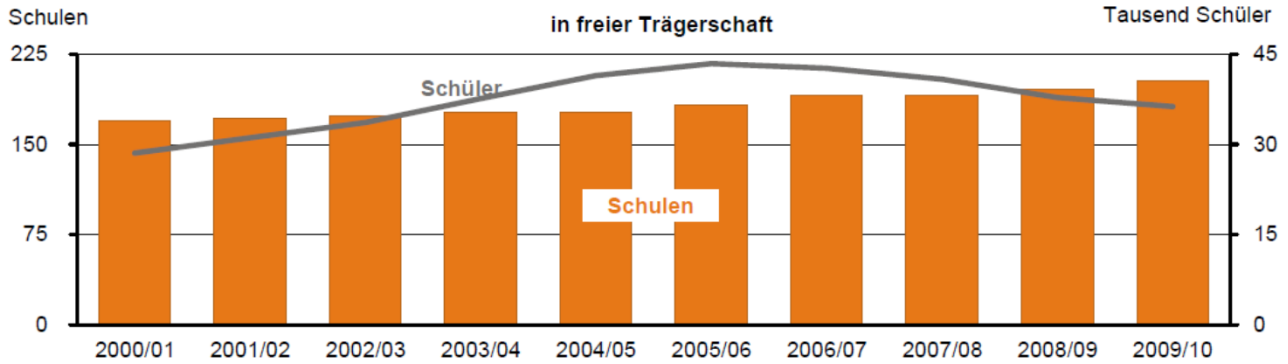


Berufsbildende Schulen in Sachsen 2000 bis 2010

Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, B II 1 - j/09, Kamenz 2010

Abb. 2 Berufsbildende Schulen und Schüler in den Schuljahren 2000/2001 bis 2009/2010 nach Trägerschaft





4. Schulnetz

Der Schülerrückgang gefährdet die Existenz von Schulstandorten. Insbesondere für Schulen im ländlichen Raum müssen langfristige Konzepte erarbeitet werden, um wohnortnahe Schulstandorte zu erhalten. Kleinstädte und Gemeinden werden vom Bevölkerungsrückgang noch stärker betroffen sein, wenn sie keine Schule in ihrem Gebiet haben. Das ist ein Standortnachteil, der den Zuzug junger Menschen/Familien erschwert.

4. Schulnetz

Schülerzahlentwicklung an allgemeinbildenden Schulen (öffentliche und freie Träger) bis 2020 im Vergleich zum Schuljahr 2013/14 (=100 %)	
Kreisfreie Stadt Dresden	**+19,3%**
Kreisfreie Stadt Leipzig	**+18,6%**
Kreisfreie Stadt Chemnitz	**+9,0%**
Freistaat Sachsen	**+3,3%**
Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzg.	**+2,8%**
Landkreis Meißen	**+0,2%**
Landkreis Leipzig	**-0,6%**
Landkreis Mittelsachsen	**-2,1%**
Landkreis Nordsachsen	**-2,4%**
Landkreis Bautzen	**-3,6%**
Erzgebirgskreis	**-3,9%**
Landkreis Zwickau	**-4,3%**
Vogtlandkreis	**-6,4%**
Landkreis Görlitz	**-8,0%**

Quelle: Statistisches Landesamt: 2. Schüler- und Absolventenprognose für den Freistaat Sachsen bis 2030 - Variante 1, 2011

4. Schulnetz

Freie Träger von Schulen sollten in die Schulnetzplanung einbezogen werden.

Durch die (flexible) Gestaltung von Schulbezirken, Ausnahmen bei Mindestschülerzahlen und „Schulschließungsmoratorien“ können Schulstandorte erhalten werden.

Jahrgangsübergreifender Unterricht an Grundschulen ist ein weiteres Mittel.

5. Schülerbeförderung

Der Schülerrückgang und die damit verbundenen Schulschließungen führen insbesondere in ländlichen Regionen zur Zunahme der Schülerbeförderung.
Damit kommen auf die Träger der Schülerbeförderung (ggf. auch auf Eltern) finanzielle Belastungen zu.
Die Schülerbeförderung muss so organisiert sein, dass Schülerinnen und Schülern keine zusätzlichen Nachteile für ihren Lernerfolg entstehen.
Das betrifft beispielsweise die Teilnahme an Nachmittagsangeboten wie z.B. Ganztagesangebote, Schulchor usw.
Im Interesse der Schülerinnen und Schüler sollten Warte- und Fahrzeiten minimiert werden, um ihnen die Freizeit und Zeit zur Erledigung ihrer Hausaufgaben nicht unangemessen zu beschneiden.

6.Auswirkungen auf Kinder in ländlichen Regionen

In Dörfern mit wenigen oder keinen gleichaltrigen Kindern fehlen Freunde und Spielpartner.

Lehrkräfte stellen deshalb mitunter Defizite bei Sozialkompetenzen fest.

7. Ganztagesangebote

Die Nachfrage nach schulischen Ganztagesangeboten ist von mehreren Faktoren abhängig.

Ganztagesbetreuung wird (in Sachsen) an den Schulen gewährleistet und auch angenommen

Ganztagesangebote bei der Organisation des Schülerverkehrs beachten

8. St./Abmilderung der Folgen des demogr. Wandels

Demografische Rendite

Erhalt von Schulstandorten in Regionen mit rückgängigen Schülerzahlen

Vielfalt an Bildungsangeboten sichern

Betreuungsangebote

Vielfalt an Bildungsangeboten sichern

Bedeutung von Infrastrukturentwicklungen in der Wohngegend

In unmittelbarer Wohnumgebung sind sehr wichtig *)

	LR	Ø	VBLR	Ø	VR	Ø
Einkaufsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf	91	1,4	96	1,3	93	1,4
Versorgung mit Ärzten und Krankenhäusern	87	1,6	93	1,4	87	1,5
Versorgung mit Bussen, Bahnen und anderem ÖPNV	85	1,7	78	1,9	85	1,6
Spielmöglichkeiten für Kinder	65	2,4	55	2,8	57	2,6
Gaststätten, Restaurants und andere Möglichkeiten zum Ausgehen	61	2,3	64	2,4	49	2,7
Grundschulen	59	2,6	51	3,0	51	2,8
Kindergärten, Kindertagesstätten	62	2,5	50	3,1	49	2,9
Einrichtungen und Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche	59	2,5	55	2,8	48	2,9
Betreuungseinrichtungen für alte Menschen	56	2,6	57	2,6	48	2,8
Sportanlagen	48	2,9	51	2,9	44	3,1
Angebote für Senioren	52	2,8	51	2,9	40	3,1
Versorgung mit weiterführenden Schulen	39	3,2	46	3,2	41	3,1
Angebote an Theater-, Film- und Musikveranstaltungen, Museen und andere kulturelle Einrichtungen	38	3,1	48	2,9	34	3,3

*) Werte 1 und 2 auf einer Skala von 1=„sehr wichtig" bis 7=„sehr unwichtig"
Basis: alle Befragten

Angaben in Prozent

forsa. Q2502/27485 12/12 Ma/Bü

8. St./Abmilderung der Folgen des demogr. Wandels

Die Versorgung mit Ärzten und Krankenhäusern sind 88 % (sehr) wichtig, die Versorgung mit Bussen, Bahnen und anderen ÖPNV 84 %. 60 % sind Spielmöglichkeiten für Kinder (sehr) wichtig.
Gaststätten, Restaurants und andere Möglichkeiten zum Ausgehen sind 55 % (sehr) wichtig,
Grundschulen 54 %.
Jeweils 53 % geben an, dass ihnen Kindergärten und Kindertagesstätten bzw. Einrichtungen und Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche (sehr) wichtig sind.

Weniger als der Hälfte der Befragten sind […] die Versorgung mit weiterführenden Schulen (41 %) […] (sehr) wichtig.

9. Auswirkungen von Schulschließungen

Das Vorhandensein von Schulen als Standortfaktoren fördert Zuwanderung und mindert Abwanderung, insbesondere von jungen Menschen/Familien.

Damit ergibt sich eine Kette von Szenarien, die zum Aussterben ländlicher Orte führen kann.

10. Schulverbünde bzw. Verbundschulen

Schulverbünde bzw. Verbundschulen sind die bessere Alternative zur Schließung von Schulstandorten im ländlichen Raum.

Sie müssen die gleiche Bildungsqualität gewährleisten wie selbstständige Einrichtungen.

Sie sind stets verbunden mit einer vergleichsweise deutlich höheren Personalausstattung.

11. Jahrgangsübergreifender Unterricht

Jahrgangsübergreifender Unterricht darf nicht zu Qualitätsverlusten und Benachteiligungen von Schülerinnen und Schülern hinsichtlich ihres weiteren Bildungsweges führen.

Er ist stets verbunden mit einer außerordentlichen Mehrbelastung von Lehrerinnen und Lehrern.

Deshalb kann jahrgangsübergreifender Unterricht nur eine letzte Option sein, d.h. ein Angebot für von Schließung bedrohte Schulen, dass von Lehrern, Eltern, Schülern und Schulträgern angenommen werden kann, aber nicht „verordnet“ werden darf.

12. Demogr. Veränderungen u. berufl. Bildung

Entwicklungen haben unmittelbar Auswirkungen auf die beruflichen Schulen.

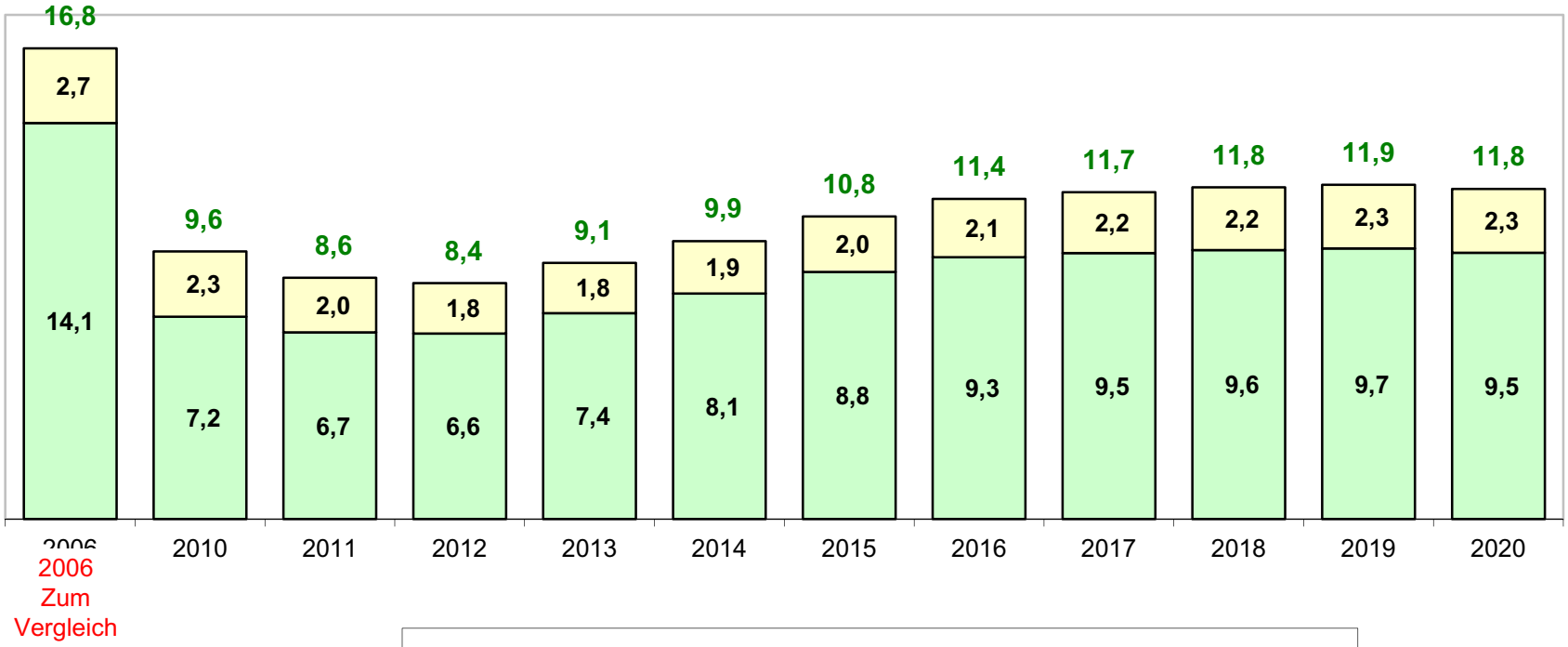
Bestimmte Ausbildungsberufe werden nur noch wenig nachgefragt.

In bestimmten Berufen wird der Fachkräftebedarf überdurchschnittlich steigen. Wenn die Arbeitsbedingungen zudem für junge Menschen attraktiv sind, werden Ausbildungsplätze stärker nachgefragt. Darauf werden auch die beruflichen Schulen reagieren.

Gut qualifizierte Fachkräfte bildet man am besten mit gut qualifizierten Lehrkräften aus.

Absolventen mit allgemeiner Hochschulreife im Freistaat Sachsen 2010 bis 2021 in Tausend

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen, Amtliche Schulstatistik 2009/2010

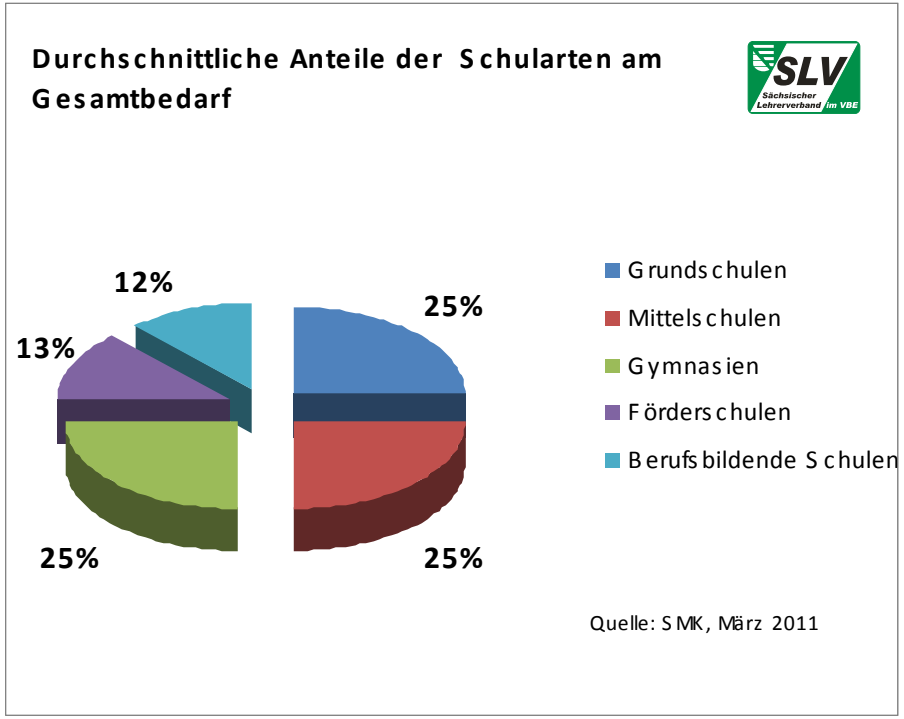


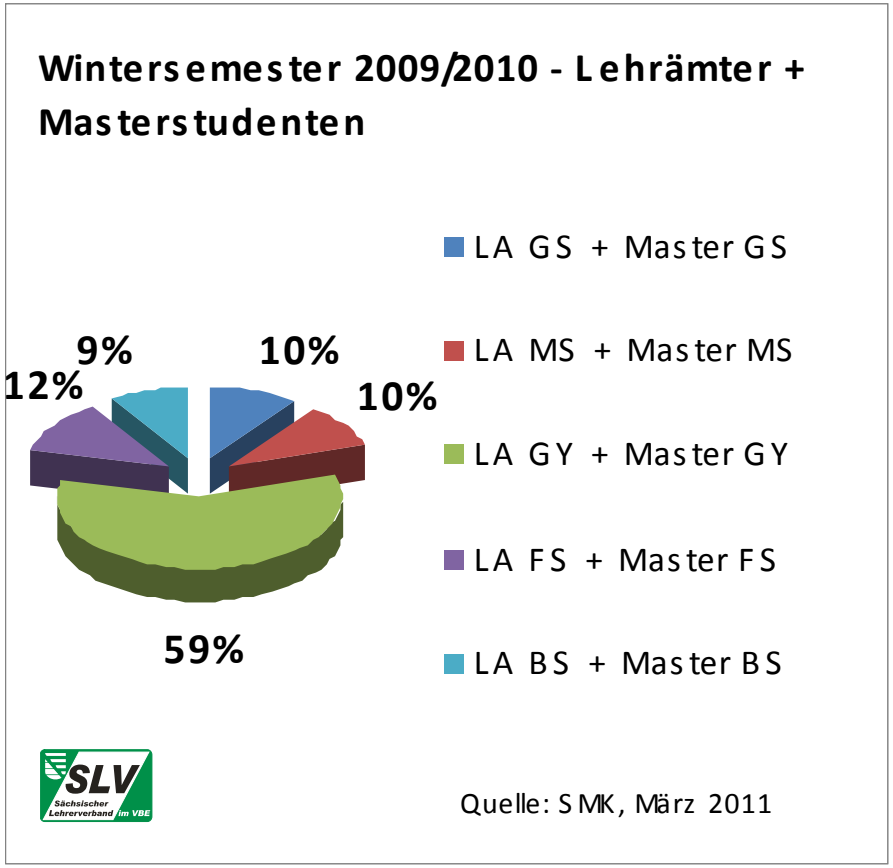
12. Migration und Diversität

Gesellschaftliche Entwicklungen, die mit dem demografischen Wandel einhergehen (Migration, Diversität usw.), benötigen Strategien und Steuerungskonzepte, die alle Lebensbereiche der Gesellschaft erfassen.
Speziell im Schulbereich ist die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund eine wichtige Aufgabe. Wesentliche Schwerpunkte sind das Beherrschen der deutschen Sprache, das Erlernen von Sozialkompetenzen und der Erwerb eines Schulabschlusses, der wiederum Grundlage für einen anschließenden Berufsabschluss und damit eine Erwerbsbiografie ist.

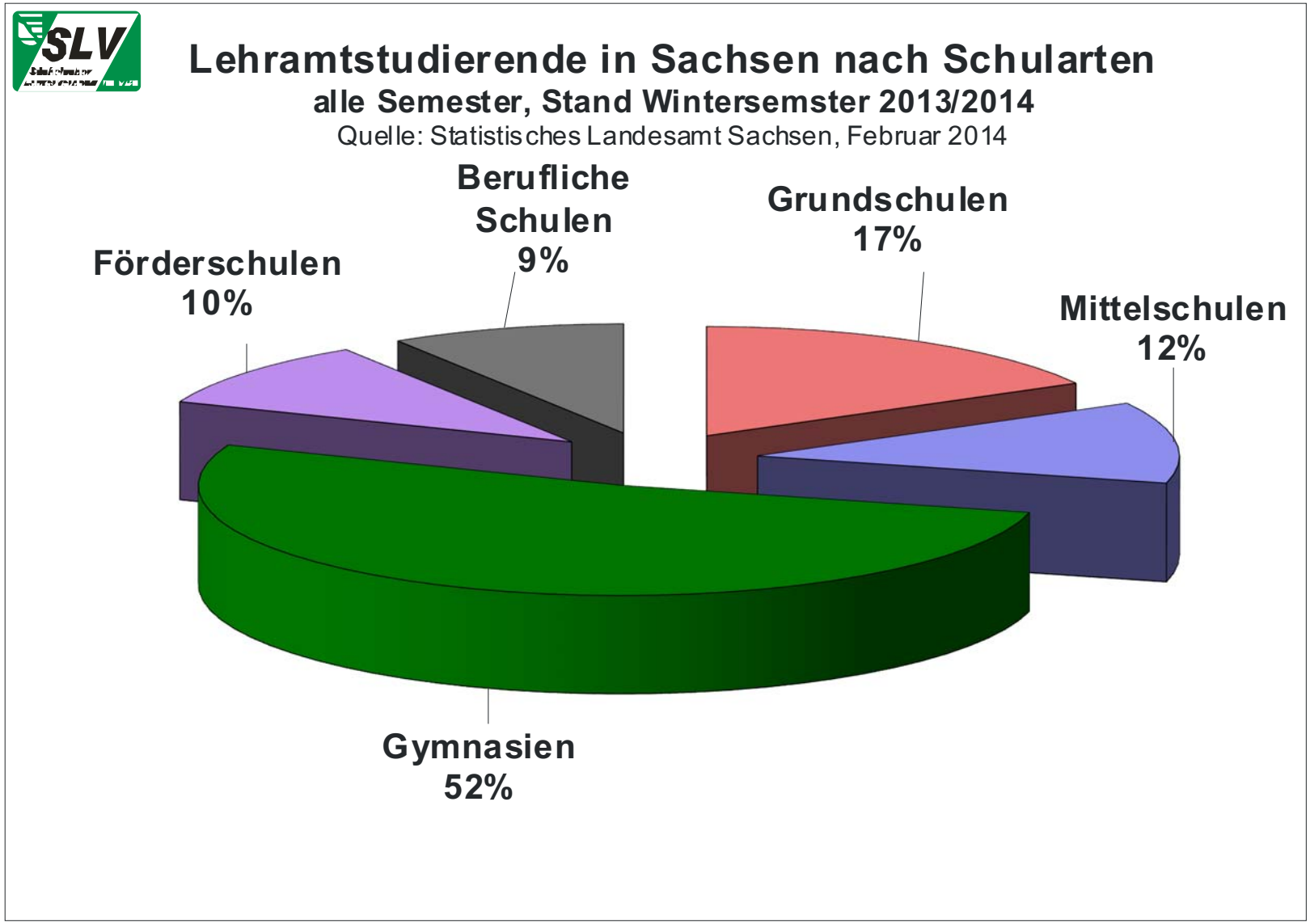
14. Erfahrungen aus Sachsen

Die Studierendenzahlen verhalten sich nicht so zueinander wie die erforderlichen Lehrerzahlen zwischen den Schularten. Gymnasien waren 2011 mit 60 % überrepräsentiert, Grundschulen und Mittelschulen mit je ca. 10 % unterrepräsentiert.



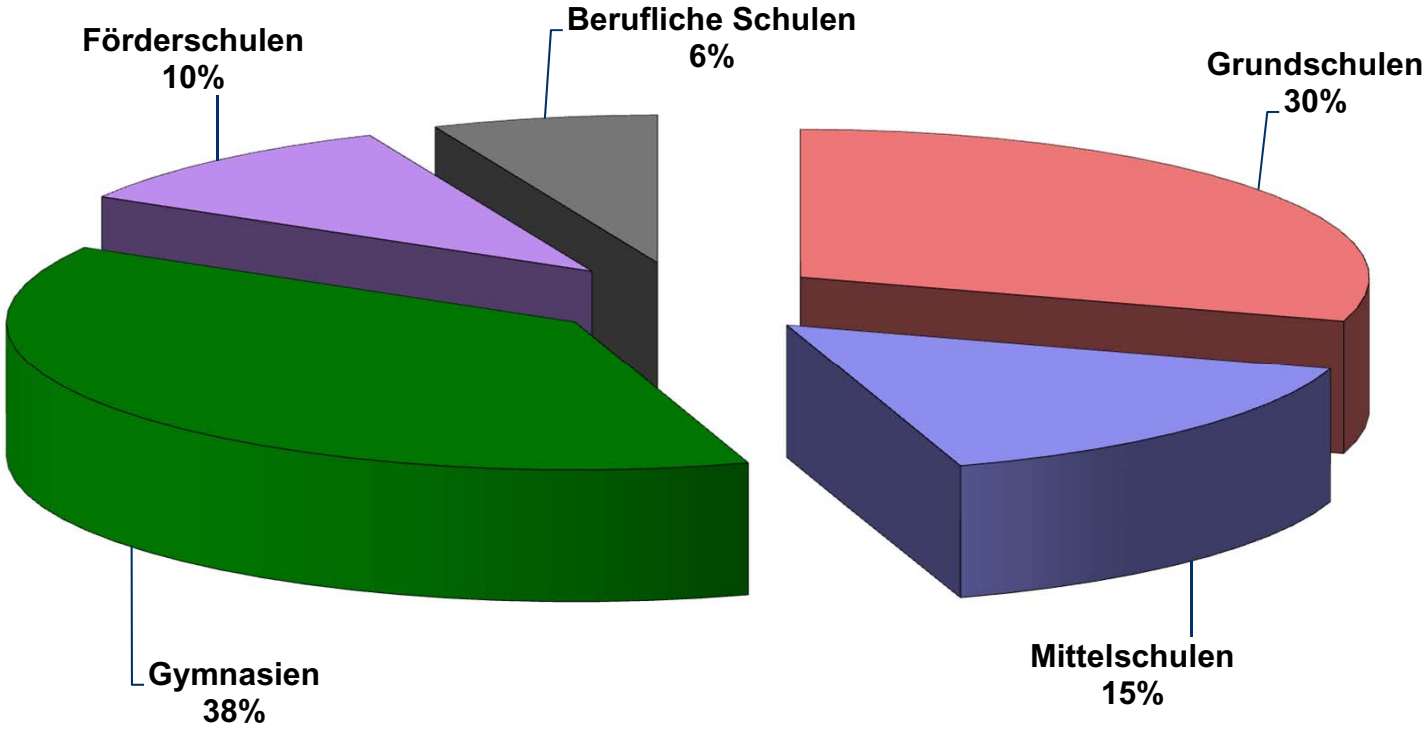


14. Erfahrungen aus Sachsen



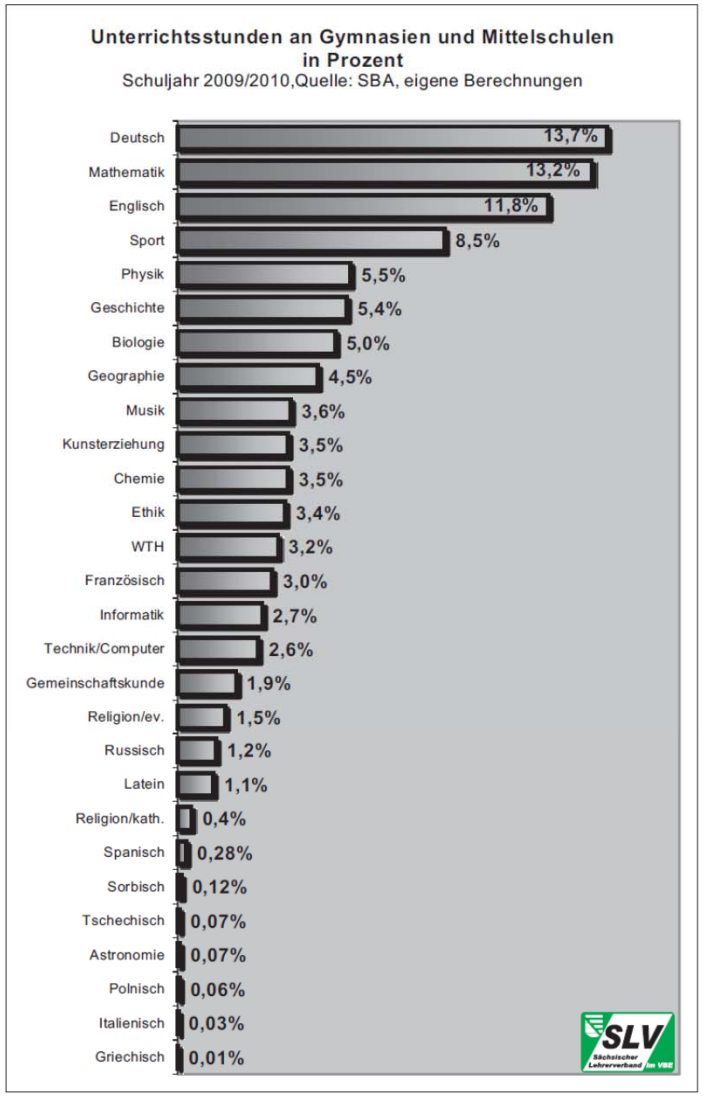
14. Erfahrungen aus Sachsen

Studienanfänger Lehramt in Sachsen nach Schularten
Wintersemster 2013/2014 (nur Erststudium)
Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen, Februar 2014

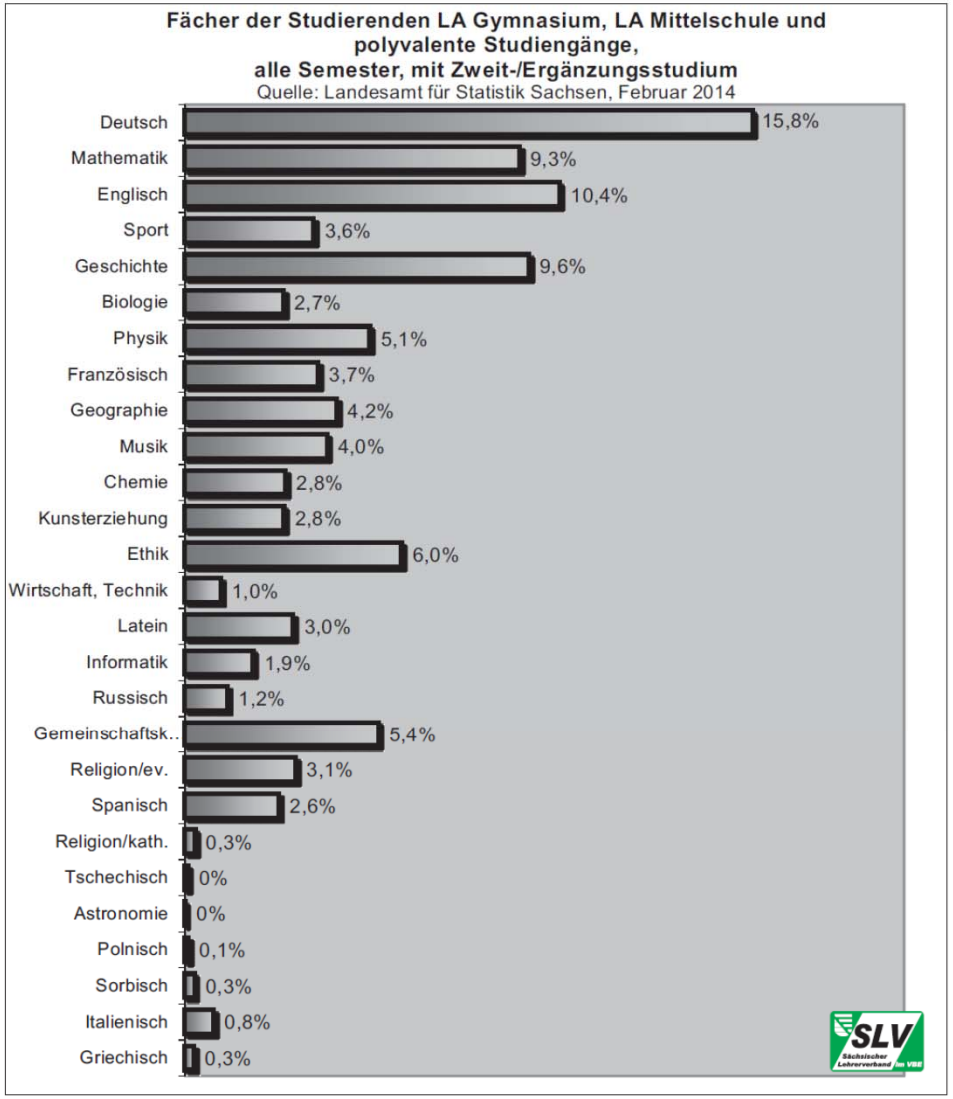


14. Erfahrungen aus Sachsen

Vergleich Fächerbedarf und Studierende in Sachsen



Quelle: SBA, 2010, eigene Berechnungen



Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen, 2014, eigene Berechnungen

14. Erfahrungen aus Sachsen

Ausgewählte Fächer der Studierenden
Höheres Lehramt Berufliche Schulen in Sachsen - alle Semester
(Bachelor, Master, Staatsexamen)
Stand: Wintersemester 2013/14; Quelle: Statistisches Landesamt, Februar 2014

Bautechnik	**26**
Chemieingenieurwesen/Chemietechnik	**25**
Elektrotechnik/Elektronik	**21**
Elektrotechnik und Informationstechnik	**21**
Farbtechnik und Raumgestaltung	**58**
Gesundheitspädagogik	**239**
Haushalts- und Ernährungswissenschaft	**136**
Holztechnik	**52**
Metalltechnik	**43**
Sozialpädagogik	**194**
Umweltschutz und Umwelttechnik	**29**

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Sächsischer Lehrerverband

© *Jens Weichelt*

Kontakt:

slv-ev@t-online.de